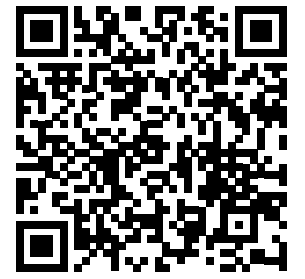




Abonnieren Sie den GZ-Newsletter unter www.gemeindezeitung.de/newsletter oder scannen Sie diesen QR-Code.



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Vollversammlung des Bayerischen Städtetags:

Die Städte im Klimawandel

„Der Klimaschutz funktioniert nur mit handlungsfähigen Kommunen. Wir sind bereit, unseren Anteil zu leisten“, lautete die klare Botschaft der diesjährigen Vollversammlung des Bayerischen Städtetags in Regensburg. Wie Markus Pannermayr, Verbandsvorsitzender und Straubinger OB, vor (Ober-)Bürgermeistern und Stadträten aus über 300 bayerischen Städten und Kommunen deutlich machte, benötigten sie hierfür jedoch die Unterstützung von Bund und Freistaat. „Städte und Gemeinden brauchen rechtliche Instrumente und einen verlässlichen finanziellen Gestaltungsrahmen. Die Rahmenbedingungen, die Bund und Freistaat setzen, müssen stimmen.“

Eingang findet dieser Appell in einer von der Vollversammlung einstimmig gefassten Resolution. Darin wird die Staatsregierung aufgefordert, die Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels als kommunale Pflichtaufgabe zu begreifen und entsprechend mit staatlichen Mitteln auszustatten. Dazu gehöre zwingend, dass der Freistaat nach den Grundsätzen des Konnexitätsprinzips der Bayerischen Verfassung auch eine entsprechende Kostenfolgeschätzung vorlegt, mit dem Ziel, den

Kommunen für diese Aufgaben nicht nur einzelne Förderprogramme anzubieten, sondern vielmehr eine Kostenerstattung zu gewähren.

Forderungen aus dem Vollzug von Förderprogrammen

Aus dem Vollzug von Förderprogrammen ergäben sich folgende Forderungen:

- Die Mehrkosten für elektrische angetriebene Kommunalfahrzeuge und Busse sowie der rechtlich selbstständigen Ver-

kehrsgesellschaften der Kommunen sind in voller Höhe vom Bund zu bezuschussen.

- Der Zuschuss für die Errichtung öffentlich zugänglicher Ladestationen für Elektrofahrzeuge durch den Bund ist anzuhängen, unabhängig davon, ob die Stationen von der jeweiligen Kommune selbst oder von Beteiligungsgesellschaften errichtet werden.
- Bei der Förderung des Radwegebaus muss eine Kumulierung von mehreren Förderprogrammen möglich sein (z. B. BayGVFG mit Bundes-Kommunal-Richtlinie).
- Die BEG-Förderung muss die Projektlaufzeiten kommunaler Großbauprojekte berücksichtigen und von strikten zeitlichen Umsetzungsvorgaben entkoppelt werden. Die BEG-Zuschüsse sind anzuhängen. Bei einer Kumulierung mit Landesmitteln (wie z. B. Art. 10 BayFAG) ist die staatliche Zuwendungsbegrenzung auf 60 Prozent abzuschaffen.

(Fortsetzung auf Seite 4)



Bild: Stefan Obermeier / Bayerischer Landtag

Einladung ins Schloss

Nach zweijähriger coronabedingter Pause haben Landtagspräsidentin Ilse Aigner und das Präsidium erstmals wieder zum Sommerempfang des Bayerischen Landtags im Park des Neuen Schlosses in Schleißheim geladen. Zwei Tage später empfangen Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Landtagspräsidentin Aigner nochmals 3.000 Helferinnen und Helfer, die sich während der Corona-Pandemie in besonderer Weise für die Menschen engagierten.

Landtagspräsidentin Ilse Aigner begründete die Entscheidung, trotz der aktuellen Lage dieses Fest zu begehen. Diese habe das Präsidium wohl abgewogen: „Wir feiern im Bewusstsein der Krise.“ Gerade in diesen Zeiten sei die Wertschätzung für das Engagement der unzähligen Ehrenamtlichen in Bayern wichtig: „Menschen, die etwas beitragen und große Verdienste haben – um unsere Heimat, die Regionen und unser Gemeinwesen. Denn ein Gemeinwesen lebt vom Zusammenhalt.“ Dabei warnte sie auch vor Spaltung und dankte den anwesenden Gästen und den Ehrenamtlichen in ganz Bayern: „Sie, meine Damen und Herren, sind Repräsentantinnen und Repräsentanten der schönsten Seite unserer Heimat. Bunt und vielfältig – und doch gemeinsam stark im Engagement.“

Ukraine-Konflikt – engagieren.

Beim Empfang zwei Tage später sagte die Landtagspräsidentin: „Heute Abend stehen Menschen im Mittelpunkt, deren Namen nicht prominent sind. Aber ihre Aufgaben haben sich für uns alle als überlebensnotwendig erwiesen.“

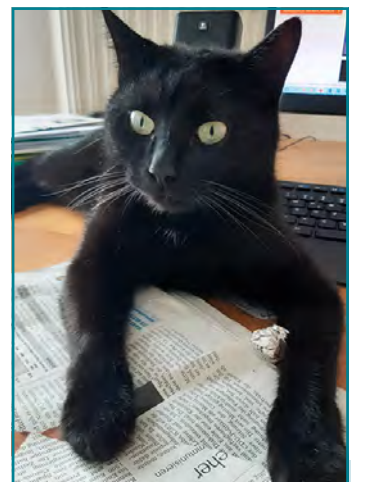
Bayern sagt Danke!

Ministerpräsident Dr. Markus Söder schloss sich ihren Worten an: „Bayern sagt Danke! So viele Menschen unterstützen jeden Tag andere und sind gerade in den Stunden größter Not füreinander da!“ An diesem Abend waren unter den geladenen Gästen Krankenschwestern und -pfleger, Ärztinnen und Ärzte, Altenpflegerinnen und -pfleger, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Laboren, im öffentlichen Gesundheitsdienst und bei Hilfs- und Blaulichtorganisationen sowie Gäste aus der Kommunal- und Landespolitik.

Aigner ging auf die vielfältigen Belastungen ein, die die Corona-Pandemie mit sich brachte, und betonte an die vielen Helferinnen und Helfer gerichtet, dass geübte Solidarität keine Modeerscheinung sondern vielmehr eine Handlungsfrage sei, die Respekt, Dank und Anerkennung verdiene.

Im Dank des Ministerpräsidenten wurde deutlich, wie unverzichtbar das Engagement

der vielen, vielen Ehrenamtlichen für ein funktionierendes Gemeinwesen ist. „In der Corona-Pandemie wurde besonders deutlich sichtbar, wie stark Bayern durch das Engagement und die Hilfe dieser Menschen ist. Diesen Einsatz können wir gar nicht hoch genug schätzen. Dafür gebührt ihnen von ganzem Herzen unser Dank!“



Der bayerische Ministerpräsident begrüßte Staatsoberrhäupter aus aller Welt zum G7-Gipfel im elegant-sommerlichen Janker und Twitter glühte vor Hohn und Spott: Bayernbashing at its best. Warum hat sich keiner aufgeregt, als der indische und der senegalesische Ministerpräsident heimische Tracht trugen? Für Pino, den Rathauskater, steht Tracht für Heimatliebe, Herkunft und Ortsverbundenheit: „Sie ist damit einerseits Kontrapunkt zur Globalisierung der blauen Anzüge, andererseits ist sie bei uns Zeichen der Integration und des Ankommens.“ Seite 19

8. Bayerisches WasserkraftForum in Gersthofen:

Wasserkraft hat Zukunft

In Zeiten, da die Wasserkraft aufgrund der aktuellen prekären Situation besser dasteht als zuvor, fand das 8. Bayerische WasserkraftForum in Gersthofen statt. Das Team der Bayerischen GemeindeZeitung konnte hierzu 120 politische und kommunale Entscheidungsträger, Vertreter aus Wirtschaft, Verwaltung, Verbänden und Medien sowie Fach- und Führungskräfte aus Wasserkraftunternehmen begrüßen. Als Medienpartner fungierte einmal mehr TV Bayern Live.

Insgesamt präsentierten 13 Partner und Aussteller ihre Innovationen und Angebote. Zudem standen informative Fachvorträge auf der Agenda. Die Referenten Dr. Johann Niggel/Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Michael Bohlinger/LEW Wasserkraft, Karl-Heinz Gruber/VERBUND Innkraftwerke GmbH, Dr. Manfred Ahlers/Journalist und Fernsehproduzent, Dr. Heidrun Benda/Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik,

Fritz Schweiger & Andrea von Haniel/Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e.V. (VWB) sowie Georg Loy/Vorsitzender des VBEW-Arbeitsausschusses Wasserkraft informierten über die Potenziale der Wasserkraft, deren Einsatz für das Gelingen der angestrebten Energiewende unverzichtbar ist.

Energie im öffentlichen Interesse

„Die Wasserkraft hat Zukunft“, stellte GZ-Chefredakteur

in Constanze von Hassel in ihrer Begrüßung fest. Entgegen ursprünglicher Pläne der Berliner Ampelkoalition sollen auch künftig kleine, neue und modernisierte Wasserkraftwerke mit einer Leistung von bis zu 500 Kilowatt weiter mit EEG-Förderungen unterstützt werden. Die für fast 150 Jahre bayerische Wirtschaftsgeschichte verantwortliche Wasserkraft werde demnach wie alle anderen erneuerbaren Energien im öffentlichen Interesse stehen.

Sichere Energiequelle

Die Wichtigkeit der Stromerzeugung aus Wasserkraft in Bayern wird laut von Hassel deutlich, „wenn man sich vor Augen führt, dass sie im Schnitt für jeden Einwohner 1.000 Kilowattstunden pro Jahr bereitstellt.“ (Fortsetzung auf Seite 4)

Ehrenamt im Fokus

Beim traditionellen Sommerempfang des Bayerischen Landtags standen ehrenamtlich Aktive im Fokus; hier lag der Schwerpunkt auf Bürgerinnen und Bürgern, die sich in der Flüchtlingshilfe – unter anderem im Zusammenhang mit dem

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische GemeindeZeitung als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.



Im Anschluss an das 8. Bayerisch WasserkraftForum folgten Exkursionen zu den Wasserkraftwerken in Langweid und Gersthofen. Bild: JK

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Landtag beschließt Digitalgesetz	2
Ehrenamtssymposium 2022	2
Durchführung des Zensus 2022 bereitet Probleme	2
GZ-Kolumne Josef Mederer:	
In die Zukunft investieren, heißt in Menschen investieren	3
Bilanz-PKs von Messe München und Nürnbergmesse	3
Eine Welt-Tage in Augsburg	4
Kommunale Bauthemen	5 - 12
Freizeit	13
Wasser • Abwasser	14 - 17
Aus den bayerischen Kommunen	17 - 20

Landtag beschließt Digitalgesetz

Der Bayerische Landtag hat mit den Stimmen der Regierungskoalition das Bayerische Digitalgesetz beschlossen. Bundesweit das erste seiner Art, schafft es rechtliche Rahmenbedingungen, damit Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Organisationen über zukunftsfähige digitale Angebote verfügen und diese sicher nutzen können. Wer will, soll aber auch weiterhin aufs Amt gehen können. Das neue Digitalgesetz tritt am 1. August in Kraft.

Das von der Bayerischen Staatsministerin für Digitales, Judith Gerlach, vorgelegte Gesetz gliedert sich dabei in drei wesentliche Kernpunkte: Es legt erstmals die allgemeinen Ziele und Grundsätze für die Digitalisierung im Freistaat Bayern fest. Daran werden sich zukünftig die staatlichen Bemühungen orientieren. Es verankert zweitens die Digitalrechte von Bürgerinnen und Bürgern und von den Unternehmen im Freistaat. Dazu gehört beispielsweise der Anspruch auf die Nutzung von digitalen Diensten im Austausch mit Behörden. Und schließlich hilft es den Kommunen durch ein neues Kompetenzzentrum (Anstalt des öffentlichen Rechts) dabei, ihren Bürgern nutzerfreundliche und unkomplizierte digitale Serviceleistungen anzubieten.

Digitalen Wandel auch rechtlich vorantreiben

Gerlach zufolge „ist es unser bayerischer Anspruch, den digitalen Wandel auch rechtlich voranzutreiben. Wir lassen die Digitalisierung nicht auf uns niederprasseln, nehmen die Zukunft nicht als gegeben hin, sondern

gestalten sie aktiv mit. Den ersten Schritt haben wir mit unserer High-Tech-Agenda getan, jetzt folgt das Digitalgesetz. Wir schaffen den rechtlichen Rahmen, damit alle Menschen von den Vorteilen der Digitalisierung profitieren. Das Digitalgesetz ermöglicht Fortschritt, Innovationen in Wirtschaft und Wissenschaft, fördert den Staat auf allen Ebenen und macht unsere Verwaltung fit für unsere moderne Gesellschaft.“

Kritik am Entwurf

Doch sind nicht alle begeistert von dem neuen Gesetz. So stimmte etwa die FDP gegen den Entwurf, während sich die anderen Oppositionsparteien enthielten. „Das Gesetz ist seinen Namen nicht wert. Es hat an vielen Stellen inhaltliche Lücken“, meinte etwa Dr. Helmut Kaltenhauser. „Das vordergründige Ziel scheint zu sein, die Verwaltung von Verantwortung freizustellen. Und es weist konstruktive Mängel auf. So hat etwa eine neue Anstalt des öffentlichen Rechts namens eKom Bayern Eingang ins Gesetz gefunden. Konkrete Aufgaben,

seine Stellung im immer weiter wuchernden auch digitalen Behördenwust und vor allem die Finanzierung sind völlig unklar. Auch das Thema Open Data wird komplett ausgeklammert – obwohl die Staatsregierung seit Jahren verspricht, hierzu einen Gesetzentwurf vorzulegen.“

Vorrang für den Menschen

Benjamin Adjei (Grüne) vermisste konkrete Umsetzungsfristen und -schritte. Bei dem Gesetz gebe es noch immer „einiges an Verbesserungsbedarf“, so etwa bei der Unterstützung der Kommunen. Zudem fänden die Schulen zu wenig Beachtung. Dabei müssten diese dringend modernisiert und ins 21. Jahrhundert geholt werden.

Die SPD-Abgeordnete Annette Karl begrüßte es zwar, dass der Gesetzestext noch verbessert worden sei, jedoch nicht in ausreichendem Maße. Gut sei, dass der Ausbau digitaler Bil-

dungsangebote an Schulen und Hochschulen jetzt als Ziel genannt werde. „Der Bereich der Digitalisierung selber der Schulen und der Hochschulen, die digitale Ausstattung, Vernetzung aller Bildungseinrichtungen über eine gemeinsame Cloud kommt noch nicht mal als Thema vor.“ Auch sei das Gesetz vollkommen veraltungstechnisch getrieben: „Der Mensch wird darin zur Randnotiz.“

Aus Sicht von AfD-Fraktionsvize Gerd Mannes „ist dieser Gesetzentwurf leider kein großer Wurf“. „Trotzdem unterstützen wir eine bürgerfreundliche Digitalisierung der Verwaltung. Wir fordern aber, dass staatliche Manipulation von digitalen Identitäten juristisch und technisch verhindert wird.“ Zwar habe die Staatsregierung einige AfD-Forderungen übernommen, „dennoch müssen wir bemängeln, dass bürgerrechtliche und nationale Interessen zu kurz gekommen sind. Als AfD setzen wir uns besonders dafür ein, dass Bürgerrechte besser geschützt werden und Zensur ausgeschlossen wird.“ **DK**



Der Innenminister gemeinsam mit dem Stiftungsvorstand v.l.: Franz Kränzler, Barbara Schick, Joachim Herrmann, Dr. Frank Walthes, Dr. Daniela Heisel und Wolfgang Reif. Bild: VKB

Danke Ehrenamt

Die Versicherungskammer Stiftung feiert 11 Jahre und mit ihr die Preisträger des Publikumspreises beim Ehrenamtsymposium 2022

Das diesjährige Ehrenamtsymposium der Versicherungskammer Stiftung war nach zwei Jahren Pause Feierstunde, Ehrung und fachlicher Austausch zugleich: Auf dem Programm stand das 11-jährige Stiftungsjubiläum, die Preisverleihung der Publikumspreise sowie ein Impulsvortrag mit anschließender Podiumsdiskussion. Dazu lud die Stiftung Vertreter:innen aus dem Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements, Rettungs- und Hilfsorganisationen, Politik, Behörden, Kommunen und Kirchen am 15. Juli 2022 nach München in die Räumlichkeiten des Konzerns Versicherungskammer ein.

Nach der Begrüßung durch Moderator Klaus Schneider erfuhr die Gäste in einem Jubiläumsvideo mehr über die Aufgaben der Stiftung: Förderung, Anerkennung und Vernetzung. Dr. Frank Walthes, Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Stiftung, schilderte die Gründungsgeschichte: „Die Stiftung wurde anlässlich des 200-jährigen Jubiläums der Versicherungskammer Bayern 2011 gegründet mit Fokus auf das Ehrenamt, weshalb wir sie auch gerne Ehrenamtsstiftung nennen.“

Überraschung: Ehrung für Vorstandsvorsitzenden Dr. Frank Walthes

Für sein Engagement für die Feuerwehren verlieh Johann Eitzenberger, Vorsitzender des Landesfeuerwehrverbands Bayern e.V., im Namen des Deutschen Feuerwehrverbands e.V. Dr. Frank Walthes die Deutsche Feuerwehr-Ehrenmedaille. Sie ist die höchste Auszeichnung der Deutschen Feuerwehren für Personen, die nicht aktiv einer Feuerwehr angehören.

In der Laudatio hieß es: „Dr. Frank Walthes engagiert sich als Vorstandsvorsitzender des Versicherungskammer Konzerns und der Versicherungskammer Stiftung außergewöhnlich für die Belange der Deutschen Feuer-

wehren. Die Unternehmen des Konzerns (Versicherungskammer Bayern, Saarland Versicherungen und Feuersozietät) sind in Bayern, Rheinland-Pfalz, im Saarland sowie in Berlin und Brandenburg zuverlässige Partner der Feuerwehren. Herrn Dr. Walthes ist dabei persönlich ein Anliegen die Ausrüstung und Ausbildung der Feuerwehren und die Brandprävention voranzubringen. Nur dadurch werden und sind Aktionen wie Schmutzsauger usw. möglich. In Bayern werden zudem gemeinsam mit dem LFV das Infomobil Handfeuerlöcher betrieben. Herr Dr. Walthes hat zudem auch für einzigartige Aktionen die der Beschaffung eines Amphibienfahrzeugs für Bayern gesorgt.“

Im Anschluss gratulierte der Bayerische Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann dem überraschten Ausgezeichneten und hielt seine Laudatio anlässlich des Stiftungsjubiläums. Er betonte: „Ehrenamtliches Engagement – insbesondere über viele Jahre – ist nicht selbstverständlich! Es muss gewürdigt werden und ist kostbar und unbezahlbar. Denn das Ehrenamt und der uneigennützigste Dienst am Nächsten sind der Kitt unserer Gesellschaft und unverzichtbarer Grundstein unserer De-

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Schwierigkeiten mit Personal meistern

11. Oktober 2022, 9:30 - 12:00 Uhr

Überall, wo Menschen aufeinandertreffen, kann es knirschen. Kaum eine Bürgermeisterin, kaum ein Bürgermeister hat Erfahrungen in der Personalführung in einer Verwaltung. Viele Anreize, die man aus der freien Wirtschaft einsetzen kann, fehlen im öffentlichen Dienst. Umso mehr kommt es darauf an, die Mitarbeiter*innen bei Laune zu halten. Wie geht das und was kann man tun, wenn Dinge aus dem Ruder laufen?

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

Rechtssicheres Gemeinde- oder Stadtblatt

19. Oktober 2022, 14:00 - 15:30 Uhr

Gemeindeblätter sind nach dem Urteil zum Stadtblatt in Crailsheim inhaltlich und im Layout eingeschränkt. Vieles darf nicht mehr mitgeteilt werden – vieles, was gerade das Zwischenmenschliche in einer Kommune ausmacht. Das hat seine Berechtigung. Aber was bleibt dann noch für die Gemeindeblätter übrig? Wie realisiert man ein attraktives Blatt mit eingeschränkten Inhalten? Der Vortrag zeigt Wege für ein qualitativvolles Blatt, das nicht in Konkurrenz zur freien Presse tritt.

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: 95,- € zzgl. MwSt.

Bildrechte und die DSGVO

Teil 1: 18. November 2022, 14:00 - 16:30 Uhr

Teil 2: 9. Dezember 2022, 14:00 - 16:30 Uhr

Die Menschen lieben Bilder. Bilder können besser verstanden werden als Texte. Deshalb können weder Politik noch Verwaltung auf Bilder verzichten. Doch was muss man wissen, um nicht in die Fallen der Betrüger und die Mühlen der Justiz zu geraten. Das Ganze ist nicht so einfach, wie man glaubt – aber auch nicht so schwierig, wie befürchtet. Aber es braucht Zeit, um Sicherheit zu gewinnen. Deshalb wird dieser Vortrag zweigeteilt. Ihre Fragen dazu sind herzlich willkommen.

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: 290,- € zzgl. MwSt.

mokratie.“ Die Versicherungskammer Stiftung leiste seit ihrer Gründung im Jahre 2011 mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag dazu: „Sie befähigen die Menschen zum ehrenamtlichen Engagement, unterstützen sie darin und fördern ihre gesellschaftliche Anerkennung.“

Aus über 400 Projekten, die sich aus ganz Bayern sowie der Pfalz unter dem Motto „Danke Ehrenamt. Für gestern, heute und morgen.“ für den Ehrenamtspreis bewarben, nominierte eine Fachjury besonders beeindruckende Engagements für das online stattfindende Publikums-Voting. Abgestimmt werden konnte für insgesamt acht Projekte, von denen die drei Projekte mit den meisten Stimmen jeweils 1.000 Euro Preisgeld erhalten. Der Schirmherr des Symposiums, Staatsminister Joachim Herrmann, verlieh den Preis und bedankte sich für den unermüdeten Einsatz: „Sie packen für das Gemeinwohl beherzt mit an.“

Die Preisträger

Die meisten Votes gingen an die BRH Rettungshundestafel Kaiserslautern e.V. – Region

Westpfalz, gefolgt von den Stimmen für das Projekt „Lacrima – Zentrum für trauernde Kinder, Jugendliche und Angehörige“ der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., Regionalverband München sowie dem Projekt „Bahnhofsmision Schweinfurt mit den Angeboten: Mobile Reisebegleitung, Stadtteil-Café und Männerfrühstück“ von IN VIA Würzburg e.V. und Diakonie Schweinfurt e.V. als Träger der Bahnhofsmision.

Doch keiner der Nominierten sollte an diesem Tag leer ausgehen: Die weiteren fünf Projekte wurden ebenfalls von Geschäftsführerin Isabel Stier und Dr. Frank Walthes mit einer Anerkennungsurkunde und 350 Euro geehrt:

1. United Kilrunners e.V. mit dem Riksha-Projekt;
2. Verein für Fraueninteressen e.V. mit dem Projekt „Zu Hause Gesund Werden“;
3. Kunst und Kultur in der Pfarrei Hannberg e.V. mit dem Projekt „Kinder für Geschichte & Kultur in ihrer Heimat begeistern“;
4. Europa Miniköche Gruppe Südliche Weinstraße;
5. Hilfe von Mensch zu Mensch e.V. und das Team der Balkantage mit der Veranstaltungsreihe „Balkantage“.

Durchführung des Zensus 2022 bereitet Probleme

Nicht gesichert ist nach Auffassung der bundesdeutschen Städte und Landkreise, ob der aktuell laufende Zensus 2022 erfolgreich zu Ende geführt werden kann. „Gegenwärtig erreicht uns eine Vielzahl von Problemanzeigen aus verschiedenen Bundesländern von den örtlichen Erhebungsstellen zur Durchführung des Zensus 2022“, heißt es laut dpa in einem gemeinsamen Brief von Deutschem Städtetag und Deutschem Landkreistag an den für Digitalisierung zuständigen Innenstaatssekretär Markus Richter.

Die bundesweite Erhebung von Daten zu Bevölkerung, Wohnraum, Mieten, Heizung, Bildung und Erwerbstätigkeit hatte im Mai begonnen und soll drei Monate dauern. Hauptproblem sei die eigens für den Zensus entwickelte Software, die trotz entsprechender Angebote der Kommunen „nicht ausreichend und belastbar erprobt worden ist“. Diese zeige in der praktischen Anwendung nun „erhebliche Performanceprobleme“. Die Schwierigkeiten mit dem Programm führten zu Verzögerungen in der Datenerfassung. Darüber hinaus komme es zu Programmabbrüchen bei der Datenerfassung durch die Erhebungsstellen. Aufgrund dieser massiven Beeinträchtigungen werde „ein zeitlich geordneter Ablauf und Abschluss des Zensus 2022 in Frage gestellt“, befürchten die Kommunalverbände. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Reithmeier
83132 Pittenhart
am 3.9.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Fent
85617 Aßling
am 31.7.

Bürgermeister Werner Troiber
94239 Ruhmannsfelden
am 8.8.

Bürgermeister Willi Albrecht
91746 Weidenbach
am 9.8.

Bürgermeister
Franz Schnitzenbaumer
83727 Schliersee
am 12.8.

Bürgermeister Klaus Angermeier
86561 Aresing
18.8.

Bürgermeister Volker Herzog
91247 Vorrä
29.8.

Bürgermeister Matthias Huber
84513 Erharting
02.09.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Wörle
86368 Gersthofen
am 31.7.

Bürgermeister Herbert Blascheck
84085 Langquaid
am 1.8.

Bürgermeister
Hannörg Zimmermann
91327 Gößlstein
8.8.

Bürgermeister Jürgen Geier
91601 Dombühl
10.8.

Bürgermeister Jürgen Götz
97209 Veitshöchheim
11.8.

Oberbürgermeister
Thomas Kiechle
87435 Kempten
19.8.

Bürgermeister Roland Kempfle
89349 Burtenbach
am 30.8.

Bürgermeister
Hans-Jörg Birner
83417 Kirchanschöring
am 6.9.

Bürgermeister
Guntram Vogelsang
86978 Hohenfurch
am 8.9.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Markus Bauriedl
92726 Waidhaus
am 8.8.

Bürgermeister Marco Heinicke
97724 Burglauer
am 10.8.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Landrat
Dr. Alexander Legler
63739 Aschaffenburg
am 30.7.

Bürgermeister Armin Grassinger
84130 Dingolfing
am 31.7.

Oberbürgermeister
FM Tobias Eschenbacher
85350 Freising
am 1.9.

Bürgermeisterin Sonja Rahm
97659 Schönau/Brend
am 7.9.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Kattari
83224 Grassau
am 3.8.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Stefan Schneider
88179 Oberreute
am 4.8.

Bürgermeister Sebastian Koch
93173 Wenzenbach
am 7.8.

Bürgermeister
Martin Pichler
94513 Schönberg
am 18.8.

Bürgermeisterin
Alexandra Riedl
93426 Roding
am 2.9.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Bilanzpressekonferenzen von Messe München und NürnbergMesse:

Mit Zuversicht aus der Krise

Positive Signale nach den vergangenen beiden Corona-Jahren haben Messe München und NürnbergMesse in ihren Halbjahres-Pressekonferenzen gesendet. Erstere erhofft sich nach zwei schwierigen Messejahren schwarze Zahlen, während die NürnbergMesse mit einem deutlich reduzierten Verlust gegenüber den Pandemie Jahren 2020 und 2021 rechnet.

Die Messe München unter Führung ihrer neuen Doppelspitze Dr. Reinhard Pfeiffer und Stefan Rummel, die seit 1. Juli 2022 das Unternehmen als gleichberechtigte Geschäftsführer / CEOs leiten, sieht das laufende Geschäftsjahr 2022 mit einer noch nie dagewesenen Dichte von Veranstaltungen als entscheidend für die Messe München an. „Den diesjährigen Messestart mit dem zweiten Quartal kann man als wirklich gelungen bezeichnen. Unsere Kunden haben uns bestätigt, dass gerade bei komplexen und innovativen Themen Messen unverzichtbar sind. Genauso unverzichtbar ist der persönliche Kontakt, der sich nicht digitalisieren lässt“, betonten die beiden Geschäftsführer Dr. Reinhard Pfeiffer und Stefan Rummel. Sie nahmen dabei Bezug auf Leitmesse wie die IFAT Munich, die im Mai das gesamte Gelände belegt hatte.

2021 coronabedingt wie 2020 ernüchternd

Der Jahresabschluss 2021 war coronabedingt wie 2020 ernüchternd. Für die Messe München GmbH wurde ein Umsatz von 127,2 Millionen Euro erzielt (2020: 93,6 Millionen Euro). Weltweit erwirtschaftete das Unternehmen einen Konzernumsatz von 158,1 Millionen Euro. Das EBITDA für die GmbH lag für 2021 bei -33,0 Millionen Euro.

Trotz aller Herausforderungen hat die Messe München mit ihren Tochtergesellschaften im Ausland und den Gastveranstaltungen 2021 insgesamt 125 Veranstaltungen mit über 1,1 Millionen Besuchern bzw. Teilnehmern umgesetzt – sowohl online als auch als Präsenzveranstaltung. Davon fanden fünf eigene Präsenzveranstaltungen in München statt, darunter auch die gemeinsam mit dem Verband der Automobilindustrie erstmals in München veranstaltete IAA MOBILITY.

Gastveranstaltungen Eigenveranstaltungen und Weltleitmessen

Heuer finden insgesamt neben 79 Gastveranstaltungen wie der Internationalen Handwerksmesse IHM auch 43 Eigenveranstaltungen im In- und Ausland statt. Allein im Herbst veranstaltet die Messe München fünf Weltleitmessen, allen voran die flächenmäßig größte Messe der Welt, die bauma, die vom 24. bis 30. Oktober wieder wichtige Zukunftsthemen der Bau-, Baustoff- und Bergbaumaschinenindustrie in den Fokus stellt. Davor wird u.a. bereits die EXPO REAL (4.–6.10.2022) stattgefunden haben. Am 15. November folgt die electronica, Weltleitmesse und Konferenz der Elektronik.

Persönlicher Kontakt ist unersetzbar

Laut Pfeiffer und Rummel „ist die Resonanz unserer Kunden sehr positiv“. Die Erfahrungen der vergangenen zwei Jahre ließen sich wie folgt zusammenfassen: „Der persönliche Kontakt lässt sich weder digitalisieren noch ersetzen. Neue Netzwerke, neue Innovationen und neue Kunden entstehen in persönlichen Begegnungen auf unseren Messen. Und in diesem Jahr haben wir einen sehr vollen Veranstaltungskalender.“ Ziel sei es daher, 2022 mit einem klar

positiven EBITDA abzuschließen. Wie die beiden Geschäftsführer weiter ausführten, seien digitale Lösungen und Abläufe inzwischen wichtige Bestandteile des Messegeschäfts und würden in Zukunft immer wichtiger. Dadurch könne das Kerngeschäft sinnvoll ergänzt und ausgebaut werden. Umgekehrt könnten Messen auch dazu beitragen, die Digitalisierung voranzutreiben, wie etwa die digitalBAU die Bauindustrie.

Klimaneutralität

Frühzeitig, so die CEOs, habe das Unternehmen bereits die Weichen für klimaneutrale Messen gestellt. Man habe sich zum Ziel gesetzt, Klimaneutralität bis spätestens 2030 zu erreichen: „Nachhaltigkeit ist ein zunehmend entscheidender Wettbewerbsfaktor im Messegeschäft. Die Nachhaltigkeitsstrategie der Messe München umfasst deshalb eine Vielzahl von Maßnahmen und Projekten in den Bereichen Energie, Wasser, Mobilität, Biodiversität, Soziales, Governance und Ressourcen. Wichtige Ziele sind Nachhaltigkeit messbar zu machen, eine Zero-Waste-Strategie – also Abfall vermeiden und Ressourcen-Kreisläufe schließen –, CO₂-Kompensationsmöglichkeiten für Kunden zu etablieren oder Mobilitätsangebote intern und extern weitgehend CO₂-arm zu gestalten.“

Globaler Austausch von Wissen und Innovationen

Da das internationale Geschäft und mit ihm der globale Austausch von Wissen und Innovationen eine treibende Kraft der Messe München sei, bleibt für Pfeiffer und Rummel die Verankerung in den wichtigsten Wachstumsmärkten der Welt auch künftig unverzichtbar: „Nur so können wir die Stärke unserer international ausgerichteten Messecluster ausspielen und den Status unserer Weltleitmessen in der Landeshauptstadt festigen.“

Wieder optimistischer in die Zukunft blickt auch die NürnbergMesse: „Wir rechnen mit einem Umsatzsprung auf deutlich über 200 Mio. Euro und mit einem deutlich reduzierten Verlust gegenüber den Pandemie Jahren 2020 und 2021“, erklärte Prof. Dr. Roland Fleck, CEO der NürnbergMesse Group. Müssen im vergangenen Jahr noch weltweit zwei von drei Messen abgesagt oder verschoben werden, finden in diesem Jahr voraussichtlich über 80 Prozent statt. „Insgesamt rechnen wir in diesem Jahr mit 136 Veranstaltungen, die wir weltweit durchführen werden und das zeigt eindrucksvoll: Die Lagerfeuer brennen wieder, Menschen wollen sich treffen. Gleichzeitig werden unsere digitalen und hybriden Formate gut angenommen“, erläuterte CEO-Kollege Peter Ottmann.

Zwangspause und Restart

Das zweite Jahr des pandemiebedingten Ausnahmezustands spiegelt sich in den Geschäftsergebnissen 2021 der NürnbergMesse Group wider: Nach 19-monatiger Zwangspause und dem Restart im Herbst 2021 konnte die internationale Messegesellschaft weltweit 26 von ursprünglich geplanten 77 Messen durchführen und

schloss das Geschäftsjahr mit einem Umsatz von 68,3 Mio. Euro ab (2020: 110,3 Mio. Euro). Durch eine konsequente Kosten- und Investitionsbremse sowie staatliche Hilfen gelang es, den Jahresfehlbetrag im Vergleich zu 2020 auf 42 Mio. Euro zu reduzieren und den operativen Verlust von -67,6 Mio. Euro im Jahr 2020 in etwa zu halbieren. Insgesamt wurden 2021 90 Mio. Euro im Vergleich zu den Vor-Corona-Planungen eingespart und damit Verluste deutlich begrenzt.

Gleichzeitig treibt die NürnbergMesse den Umbau ihres Geschäftsmodells weiter voran: So werden neue hybride und digitale Formate entwickelt, die die Präsenzveranstaltungen ergänzen und deren Reichweite noch erhöhen: „Der erfolgreiche Restart und der Messesommer 2022 zeigen es – Menschen wollen wieder Messen. Wir haben uns deshalb zum Ziel gesetzt, künftig noch nachhaltiger, serviceorientierter und digitaler für unsere Kunden da zu sein“, unterstrich Fleck.

Neues Service-Konzept

Ottmann zufolge profitieren Aussteller in Nürnberg vom neuen Service-Konzept, das die Kompetenzen der verschiedenen ServicePartner bündelt. Fit für die Zukunft macht sich die NürnbergMesse auch mit Hilfe ihrer neuen Nachhaltigkeitsstrategie, in der Handlungsfelder und klare Ziele für alle Bereiche des Unternehmens fixiert sind: „Nachhaltigkeit wird künftig neben attraktiven Messekonzepten und einem leistungsfähigen Team ein zentraler Gradmesser für die Zukunftsfähigkeit der Messebranche sein. Wir haben uns deshalb vorgenommen, in den kommenden Jahren weiter konsequente Schritte in diese Richtung zu gehen“, unterstrich Ottmann.

Leitbild ist die klimaneutrale Energieversorgung bis 2028. Im Rahmen der Energieeffensive sollen zum Beispiel über 70 Prozent des Energieverbrauchs für Beleuchtung eingespart werden, in dem die Hallenbeleuchtung bis Anfang nächsten Jahres komplett auf LED-Leuchten umgestellt wird. Insgesamt 38 Elektro-Ladepunkte stehen für Kunden auf dem Messegelände zur Verfügung. Weitere Einsparziele sieht die NürnbergMesse beim Wasser und der Entsorgung, wo die Menge bis 2025 um 15 bzw. 20 Prozent reduziert werden soll, sowie bei der nachhal-

Liebe Leserinnen und Leser,

Tumulte am Check in, Kofferberge an der Gepäckausgabe und annullierte Zugverbindungen, weil es keine Mechaniker für die ICE-Wartung gibt: Vielleicht haben Sie selbst in jüngster Zeit eine solche Situation erlebt. Wer in der Ferienzeit auf Reisen geht, braucht aktuell starke Nerven. Für manchen ist die Urlaubsreise vorbei, bevor sie begonnen hat. Flug oder Zug ersatzlos gestrichen!

Vom Reisechaos berichten die Nachrichtensendungen beinahe täglich. Die Ursache ist überall der Personalmangel. Während der Lockdowns der Pandemiejahre haben sich viele Arbeitnehmende umorientiert und Jobs mit offener attraktiveren Arbeitsbedingungen gesucht. Schwere Zeiten durchlebt deshalb auch die Gastronomie-Branche. Auch beim Bezirk Oberbayern bekommen wir die Folgen etwa bei un-

In die Zukunft investieren, heißt in Menschen investieren

serem Kultur- und Bildungszentrum Kloster Seon zu spüren. Hochsaison – und unsere Kloster-gaststätte bleibt geschlossen! Natürlich wegen Personalmangels.

Das Fehlen von Fachkräften gehört besonders im Gesundheitswesen und im sozialen Bereich seit vielen Jahren zum Alltag. Kliniken, die sich tageweise vom Notruf abmelden, geschlossene Gruppen in Kitas und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, die die ihnen Anvertrauten nicht mehr angemessen versorgen können: Die Liste ließe sich problemlos über die gesamte Länge dieser Kolumne fortführen. Die Lage im sozialen Bereich ist nicht nur aus meiner Sicht besorgniserregend. Doch leider bleibt der große gesellschaftliche Aufschrei – wie wir ihn aktuell bei den geplatzten Urlaubsträumen erleben – bislang aus.

Fakt ist jedoch, jeder Mensch kann jederzeit in eine Situation geraten, in der er oder sie Fürsorge und Pflege braucht – vielleicht sogar rund um die Uhr. Zu Recht hoffen dann alle auf die Solidarität ihrer Mitmenschen und ein funktionierendes Hilfesystem. Besonders Menschen mit Behinderungen, die Leistungen der Eingliederungshilfe erhalten, und pflegebedürftige Personen sind auf ein tragfähiges soziales Netz an-

tigen Durchführung von Veranstaltungen.

Digital Network

Im Bereich digitaler Services verbindet das Unternehmen verschiedene Dienstleister im „Digital Network“. Kunden und Mitarbeiter können dabei auf die verschiedenen digitalen Kompetenzen zugreifen, wie zum Beispiel auf Entwickler von Aussteller- und Produktdatenbanken oder Agenturen für Bewegtbild und hybride Formate.



© Bezirk Oberbayern | www.aviso-muenchen.de

KOLUMNE
Josef Mederer

gewiesen. Bedauerlicherweise wird sich der Mangel an Fachkräften in sozialen Berufen weiter zuspitzen. Wenn in den nächsten Jahren die Babyboomer in Rente gehen, fehlen nochmal bis zu 20 Prozent Beschäftigte vor allem in sozialen Berufen.

Hier sehe ich die Bezirke in einer besonderen Verantwortung. Wir dürfen die Hände nicht tatenlos in den Schoß legen. Deshalb haben wir in Oberbayern in enger Zusammenarbeit mit unseren Partnerinnen und Partnern in der Wohlfahrtspflege das Förderprogramm „In die Zukunft investieren, heißt in Menschen investieren“ auf den Weg gebracht. Es zielt darauf ab, dass Auszubildende und Studierende mit Hilfe von bezahlten Praktika in Einrichtungen und Diensten für Menschen mit Behinderungen schnuppern, um sie dauerhaft als Fachkräfte zu gewinnen.

Unsere Idee ist, dass junge Menschen bereits während ihres Studiums der Sozialen Arbeit oder Sozialpädagogik in inklusiven Kindertagesstätten, Werkstätten für Menschen mit Behinderungen oder Sozialpsychiatrischen Diensten sowie weiteren Einrichtungen und Diensten der Psychiatrie und Suchthilfe den Arbeitsalltag und vor allem die Menschen kennenlernen, die sie künftig versorgen sollen. Aufgrund der gesammelten Erfahrungen können sie besser entscheiden, ob die Aufgabe für sie geeignet und erfüllend ist. Und ob sie ihr gewachsen sind.

Wir fördern pro Jahr 75 Praktikumsstellen mit einer Million Euro. Heuer haben wir aufgrund der guten Resonanz sogar 96 Praktikumsstellen genehmigt – mehr als im Beschluss festgelegt. Denn in einer ersten Zwischenbilanz hat sich gezeigt: Unser Programm wirkt. Die Vermittlungsquote lag bei beachtlichen 31 Prozent. Auch bei den Einrichtungen kommt die Idee bestens an: 90 Prozent würden ihre Praktikantinnen und Praktikanten am liebsten sofort übernehmen.

Diese Zahlen ermutigen uns. Sie zeigen aber auch, um für die Herausforderungen einer Arbeitswelt mit deutlich weniger Fachkräften gerüstet zu sein, braucht es Kreativität und die Bereitschaft, Neuland zu betreten. Wir beim Bezirk Oberbayern sind bereit, ungewöhnliche Wege zu gehen. Wir sehen das als unseren Beitrag, um das Miteinander und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Ihr Josef Mederer

Bezirkspräsident von Oberbayern

Fazit: Nach Ende des 19-monatigen Veranstaltungsverbots verspürt die Messebranche in Deutschland eine schrittweise Erholung. Die andauernde Pandemie, der Angriffskrieg in der Ukraine und in der Folge die Fragen nach der Sicherheit der Energieversorgung, die anhaltende Rohstoffknappheit und die steigende Inflation dämpfen diesen positiven Ausblick.

Wirtschaftsmotor

Trotz dieser Entwicklungen

verzeichnet die NürnbergMesse bislang eine gute Nachfrage nach ihren Messen, Kongressen und Events. Sie rechnet deshalb für das Geschäftsjahr 2022 mit einem Umsatz von deutlich über 200 Mio. Euro und einem Ergebnis, das sich weiter verbessern sollte. Damit werde das Unternehmen auch wieder zum Wirtschaftsmotor für die Metropolregion Nürnberg mit Kaufkräfteffekten, die vor der Corona-Pandemie jährlich 1,93 Mrd. Euro betrug, zeigten sich Fleck und Ottmann zuversichtlich. DK

Ich lese die GZ

» ... mit Gewinn, weil sie mir einen fundierten Überblick über das Geschehen in kleinen wie auch großen Kommunen verschafft und mir damit wertvolle Anregungen für meine Arbeit gibt. «

Dr. Michael Fraas

Berufsmäßiger Stadtrat und Wirtschafts- und Wissenschaftsreferent der Stadt Nürnberg



Die Städte im ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Zur Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen für den kommunalen Klimaschutz muss nach den Vorstellungen des Bayerischen Städtetags auch ein Grüner Kommunalkredit ermöglicht werden. Dabei sollten größere Investitionen, z. B. über 100 Mio. Euro, über Green Bonds erfolgen, kleinere Investitionen über den Grünen Kommunalkredit. Somit hätten auch mittlere und kleinere Kommunen ein alternatives Finanzierungsinstrument zur Verfügung.

Notwendig sei zudem ein neues Klimaschutz- und Klimaanpassungsfinanzierungsgesetz des Bundes, das den Kommunen eine adäquate und dauerhafte Finanzierung der Maßnahmen sichert. Die Inanspruchnahme dieser Mittel müsse uneingeschränkt möglich sein und von Ausschlusskriterien, wie etwa Einwohnerzahlen oder kommunaler Finanzkraft, entkoppelt werden. Erforderlich sei auch ein konsistentes nationales Konzept zur Erreichung der Klimaziele bis 2045 (Bund) bzw. bis 2040 (Freistaat Bayern), aus dem die Rahmenbedingungen für die Kommunen sowie ihre Finanzierung deutlich werden, z. B. Verfügbarkeit von Wasserstoff, Ausbaupfade bei den erneuerbaren Energien, Umbau der Gasnetze, Verbot von Heizungen auf fossiler Basis und Ausrichtung des Rechts- und Förderrahmens hierauf.

Weiterentwicklung neuer Technologien

„Neben dem raschen Ausbau erneuerbarer Energien und der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren unter Wahrung der kommunalen Planungshoheit muss die Energiewende sektorenübergreifend betrachtet werden“, heißt es weiter. Sie beinhaltet neben einer Stromwende eine Wärme- und Kälte-wende. Eine Schlüsselstellung nähmen der Ausbau und die Dekarbonisierung der Wärmenetze ein. Diese werde durch eine konsequente Nutzung von Abwärme sowie durch die Stärkung und Weiterentwicklung neuer Technologien erreicht. Auch Tiefengeothermie könne einen Beitrag leisten.

Investitionen in Schlüsseltechnologien

Bund und Land müssten in Schlüsseltechnologien investieren, die Investitionsrisiken besonders für Stadtwerke und kleinere Unternehmen reduzieren und die zukunftsweisende Technologie in Gesetzesvorhaben mitemdenken. Daneben seien weitere Technologien wie die Kraft-Wärme-Kopplung zu stärken. Die Energieeinsparung sei wesentliche Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende.

Wie Pannermayr erläuterte, bedrohe der Klimawandel unsere Lebensgrundlagen: „Unsere Städte leiden unter den Folgen: Wir spüren den Klimawandel auf der Haut und erleben Hitzestress. Trockene Sommer mit Monaten ohne einen Regentropfen lassen Grünanlagen, Spielplätze und Parks mit Bäumen verdorren.“ Auch in Bayern steigt die Gefahr von Waldbränden und sinken die Grundwasserspiegel. Die Zahl der Kommunen in Bayern, die mit Überschwemmungen, Hagelschauern und Starkregen zu kämpfen haben, wachse von Jahr zu Jahr. Unwetter könnten jederzeit die eigene Stadt oder das eigene Haus treffen.

„Wir dürfen deshalb nicht darauf warten, bis andere Maßnahmen ergreifen – wir müssen selbst handeln“, unterstrich der Vorsitzende. Jeder Mensch sei

als Individuum gefordert, Städte und Gemeinden seien gefragt. Nötig sei die Bereitschaft, selbst und im Schulterschluss mit anderen Akteuren zu handeln.

Als „Leitmotiv für Klimaschutz in Kommunen formulierte Pannermayr einen Dreiklang aus „Verändern – verstetigen – schützen“. Veränderungen führten zum Erfolg, wenn positive Effekte verstetigt und geschützt werden. Ein Weiter-so könne es nicht geben. Verstetigen bedeute, dass laufende kommunale Maßnahmen zu Klimaschutz und Klimaanpassung weiterverfolgt werden. Neue Maßnahmen müssten auf Dauer angelegt sein.

Klimagerechter Städtebau

Ein Instrument für klimagerechten Städtebau ist laut Verbandschef die grüne Infrastruktur mit Parks, Bäumen, Straßen-grün, Grüngürteln, begrünten Fassaden und Dächern, Friedhöfen, Kleingärten, Spielplätzen, Sportplätzen und Hinterhöfen. Hilfreich könne ein Hitzeschutz-Konzept wirken. Stadtgrün schaffe einen Beitrag für mehr Klimaneutralität, speichere CO₂, mildere die Folgen von Hitze und Starkregen.

Jede Stadt ist anders, weshalb es keine „Blaupause“ für klimagerechten Stadtbau gebe, so der Vorsitzende. Klimaschutz und Klimaanpassung funktionierten eher im Quartier als in einzelnen Gebäuden: „In historischen Altstädten mit Baudenkmalen stellen sich andere Voraussetzungen als in Wohnvierteln der 1960er Jahre. Siedlungen samt Grünanlagen ermöglichen Durchlüftung und Vernetzung von grüner Infrastruktur, woraus sich Chancen zur Speicherung von Regenwasser nach dem Prinzip der Schwammstadt bieten.“ Grüne, blaue und graue Infrastruktur müssten stärker abgestimmt werden – etwa mit der Öffnung von Stadtbächen oder der durchlässigen Pflasterung von Plätzen und Wegen, die mit Bäumen gesäumt werden.

Städte und Gemeinden benötigten wirksame Instrumente, um mit Konzepten und Investitionen konsequenter handeln zu können. Dazu zählten straffere Planfeststellungsverfahren sowie rechtssichere Anordnungsmöglichkeiten für eine solare Baupflicht. Die Instrumente für den quartiersbezogenen klimaresilienten Stadtbau sind aus Pannermayrs Sicht unzureichend.

Konsequent klimaorientiert

So wie Städte und Gemeinden im Zuge ihrer Planungshoheit die Belange von Klimaschutz und Klimaanpassung zu integrieren haben, müssten das Bau- und Planungsrecht und seine Förderprogramme konsequent klimaorientiert ausgerichtet werden. Gemeindliche Vorkaufrechte und das Sanierungsrecht für einen strategischen, klimagerechten Stadtbau seien zu schärfen. Zur kleinstmöglichen Regulierung des Stadtklimas sollte der Freistaat den Gemeinden ein einfaches Instrumentarium für blau-grüne Standards an Bauwerken und auf Freiflächen zur Verfügung stellen.

Über konkrete Maßnahmen für den Klimaschutz in ihren Städten informierten neben Verbandschef Pannermayr seine beiden stellvertretenden Vorsitzenden, Fürths OB Thomas Jung und der Weilheimer Bürgermeister Markus Loth. Pannermayrs Fokus richtet sich unter anderem auf eine Mobilitätswende. Straubing sei dabei, den kompletten ÖPNV auf Biomethan umzustellen. Zudem soll Carsharing ein zweites Auto im Familienverband über-

flüssig machen. Für Bauherren, die bei großen Projekten Carsharing-Stützpunkte einplanen, werde die Stellplatzverpflichtung gelockert und parallel dazu das Radwegenetz ausgebaut.

Fürths Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung verwies auf den dringend erforderlichen und sehr teuren Netzausbau in den Städten. Schließlich müsse neue regenerative Energie auch verteilt werden, um den alleinigen Stromverbrauch zu decken. In Fürth sei etwa auch ein neues Umspannwerk nötig, berichtete Jung.

Klimaschutzmanagement

Nach Angaben von Bürgermeister Markus Loth hat Weilheim eine Klimaschutzmanagementeinheit eingestellt. Damit sollen innerhalb der Stadtverwaltung mehr Kooperationen einzelner Ressorts erfolgen, die Bürgerschaft eingebunden, Gewerbe, Handwerk und Industrie ins Boot geholt werden. „Jeder Ort ist anders, hat andere Voraussetzungen und Wirtschaftsstrukturen. Patentrezepte liegen nicht vor. Jeder Ort findet seinen Weg – etwa mit Carsharing, Radwegekonzepten, elektrischen Stadtbussen oder einem Energienutzungsplan“, betonte Loth. Städte könnten die Kreativität der Gesellschaft nutzen, um Strategien für eine nachhaltige Veränderung umzusetzen.

„Die Lage ist ernst: Eine drohende Gas-Triage, der Klimawandel, Krieg in der Ukraine und Corona sind historische Herausforderungen. Mit dem Spitzenniveau von 10 Mrd. Euro im kommunalen Finanzausgleich stehen wir weiter fest an der Seite der Kommunen“, erklärte Ministerpräsident Markus Söder. Klimaschutz betrachtet er als „überragende Aufgabe für die Zukunft“, die möglicherweise noch dominanter sein werde

Wasserkraft hat ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Das ist der Bedarf, den im Schnitt jeder einzelne Bewohner Bayerns benötigt. Im Ernstfall verfügt der Freistaat damit über eine sichere Energiequelle, die für die Einwohner eine ausreichende Notstromversorgung bereitstellen kann.“

Freiheitsenergien aus der Heimat

In Bayern wie in Deutschland müsse sich jeder Einzelne eingestehen, dass erneuerbare Energien aus der Heimat Freiheitsenergien sind, die Unabhängigkeiten bestärken und Abhängigkeiten von Importen verringern, so von Hassel. Energieerzeugung vor der eigenen Haustür sei Teil der Energiewende daheim. „Wir können es uns nicht leisten, die Wasserkraft einseitig auszubremsen. Die rund 53.000 Querbauwerke in Bayern ohne Wasserkraftnutzung sollten unter dem Gesichtspunkt des Klimaschutzes für eine Wasserkraftnutzung neu bewertet werden. Wir brauchen schließlich jede Kilowattstunde, die wir kriegen können.“

Leitprojekt Contempo 2

„Wir brauchen grünen Strom. Wasserkraft ist für uns ein zentrales Thema. Unsere Infrastruktur ist darauf ausgerichtet“, unterstrich Gersthofens Bürgermeister Michael Wörle in seinem Grußwort. Er verwies auf das Leitprojekt Contempo 2, wofür die Stadt Gersthofen gemeinsam mit der Stadt Augsburg einen Förderantrag gestellt habe. Weitere Projektpartner sind LEW Wasserkraft, Fischereiverband, TU München, die Universitäten Augsburg und Eichstätt sowie der LPV Augsburg. „Hier

als die Corona-Pandemie oder der Krieg in der Ukraine.

Auf wenig Resonanz stieß bei ihm die Idee einer weiteren kommunalen Pflichtaufgabe. „Sollen wir wirklich festlegen, dass ihr Klimaschneisen legen müsst?“, fragte Söder die anwesenden Kommunalpolitiker und warnte vor einem möglichen Einschnitt in die kommunale Selbstverwaltung. Städte und Gemeinden sollen aus seiner Sicht die Möglichkeit erhalten, beim Klimaschutz unterschiedliche Wege zu gehen.

Söder: Angebot zum Dialog

Als Angebot zum Dialog wollte Söder eine mögliche Gesprächsrunde mit Vertretern des Bayerischen Städtetags verstanden wissen. Dabei sollten zusätzliches Geld für den Klimaschutz in den Kommunen und weniger Bürokratie bei den Förderprogrammen im Mittelpunkt stehen. Eventuell müsse das Finanzausgleichsgesetz neu strukturiert werden, vielleicht bedürfe es bei der staatlichen Förderung anderer Schwerpunkte. „Kommunikation auf Augenhöhe“ laute die Devise.

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion äußerten sich abschließend Umweltreferent Reiner Erben, Augsburg, Vorsitzender des Umweltausschusses des Bayerischen Städtetags, Dr. Robert Frank, Vorsitzender der VDV-Landesgruppe Bayern, Oberbürgermeister Max Gotz, Erding, Vorsitzender des Wirtschafts- und Verkehrsausschusses des Bayerischen Städtetags, Josef Hasler, Vorsitzender der VKU-Landesgruppe Bayern, Dr. Simone Linke, Lehrstuhl für Energieeffizientes und nachhaltiges Planen und Bauen an der Technischen Universität München, sowie Josef Schön, Audi AG, zu diversen Aspekten des Tagungsthemas. DK

geht es um Investitionen in das, was den Lech ausmacht“, erläuterte Wörle: Grünflächen, Hochwasser- und Niedrigwassermanagement, Naherholung, Umweltbildung. Erwartet wird ein baldiger Fördermittelbescheid in Höhe von 7,2 Mio. Euro.

„Wir können auf keinerlei erneuerbare Energieformen ver-

Die Vorträge, soweit sie freigegeben wurden, stehen auf der Internetseite www.bayerisches-wasserkraftforum.de. Mit dem Passwort Wasser.Kraft.Bayern haben Sie Zugriff. TV Bayern live hat einen Beitrag gesendet, den Sie sich in der Mediathek ansehen können: <https://www.tvbayernlive.de/mediathek/video/wasserkraftforum-in-gersthofen>

zichten und schon gar nicht auf die Kleine Wasserkraft“, unterstrich Dr. Johann Niggel vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie. Nach seinen Angaben werden in Bayern aktuell 11 TWh Strom aus Wasserkraft erzeugt; durch Modernisierungen speziell der Großen Wasserkraft seien 12 bis 13 TWh möglich. Von einem „großen, signifikanten Quantensprung“ sei freilich nicht auszugehen, obwohl Potenziale vorhanden wären. Dafür seien die Widerstände zu groß.

Niggel kritisierte die aus seiner Sicht „nicht nachvollziehbare ideologische Verbohrtheit der Wasserkraftgegner“. Ihm sei völlig rätselhaft, wieso die Wasserkraft das Übel aller gefährdeten Fischarten sein soll. Seit vergangenem Jahr unterstütze das

Bayerische Eine Welt-Tage in Augsburg:

Beitrag zum Fortschritt

Im Rahmen der „Bayerischen Eine Welt-Tage“ mit „Fair Handels Messe Bayern“ präsentierten sich in Augsburg Importorganisationen des Fairen Handels mit ihren neuesten Trends und Produkten. Gleichzeitig stellten Organisationen aus allen „Eine Welt-Bereichen“ ihre Aktivitäten, Partnerschafts-Initiativen, Ideen oder Bildungsangebote vor.

Insgesamt beteiligten sich über 60 Organisationen bzw. Initiativen an der Veranstaltung, zudem standen Politikerinnen und Politiker aus dem Deutschen Bundestag, dem Bayerischen Landtag und dem Europäischen Parlament für Gespräche zur Verfügung. „Die Entwicklungszusammenarbeit ist von zentraler Bedeutung für die Zukunft. In Bayern und Deutschland widmen sich ihr eine große Zahl staatlicher und privater Initiativen mit unterschiedlichen Schwerpunkten“, betonte Melanie Huml, MdL Staatsministerin für Europaangelegenheiten und Internationales, in ihrer Begrüßung. So fördere das Eine Welt Netzwerk Bayern vor allem den fairen Handel.

Entscheidend im gemeinsamen Kampf für Perspektiven bleibe das, was man als Good Governance bezeichnet, so Huml. Die Garantien von Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung und Freiheit des Einzelnen nannte die Ministerin als Voraussetzungen für einen Wohlstand, der in den sich entwickelnden Ländern nicht nur die jeweiligen Eliten, sondern vor allem die Völker selbst erreiche. Die Eine Welt-Tage riefen die Bedeutung dieser globalen Entwicklung ins Bewusstsein zurück.

Zu aktuellen Eine Welt-Themen, insbesondere aus den Bereichen Fairer Handel, Globales Lernen und Eine-Welt-Partnerschaftsarbeit, fanden insgesamt 18 Infoshops statt, darunter zum Thema „Faire Metropolregion München – eine Chance, fairen Handel und nachhaltige Beschaffung in der Region voranzubringen“. Seit Juli 2021 ist die Metropolregion München fair. Durch die Unterstützung zahlreicher Landkreise, Schulen, Vereine und Unternehmen konnte die Auszeichnung durch Fairtrade Deutschland vergeben werden. Teilnehmer des Infoshops erhielten die Möglichkeit, die Faire Metropolregion München kennenzulernen, sowie Einblicke in weitere Projektideen und Anregungen, sich in der Region zu engagieren, zu bekommen.

Informiert wurde zudem über die neue Auszeichnung „Gemeinde: Fair und nachhaltig“. Gerade angesichts der globalen Krisen soll ein enkeltauglicher, generationengerechter und nachhaltiger Weg eingeschlagen werden. Im Vorfeld hatte das Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. in Kooperation mit Fairtrade-Deutschland zum 17. „Runden Tisch Bayern: Kommunen und Eine Welt – Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung“ eingeladen. Besonders angesprochen waren kommunale Mitarbeiter, Bürgermeister, Fairtrade-Town-Steuerungsgruppen, Gemeinde- und Stadträte. Darüber hinaus stand ein Vernetzungstreffen für Fairtrade-Schulen auf dem Programm. DK

Bayerische Wirtschaftsministerin die umweltverträgliche Modernisierung und den Ausbau von Wasserkraftanlagen mit einem Förderprogramm. Demnach werden die erforderlichen ökologischen Anpassungsmaßnahmen gefördert, wenn bei der Modernisierung mindestens 10 Prozent mehr Leistung realisiert wird.

Wasserkraftwerke stärker zur Geltung zu bringen

Niggel rief die Anlagenbetreiber dazu auf, das Förderprogramm zu nutzen und die Wasserkraftwerke stärker zur Geltung zu bringen. In vielen Kommunen sei offenbar noch nicht bekannt, welche Bedeutung auch der Kleinen Wasserkraft im Falle eines Blackouts zukomme. Generell sei die Wasserkraft wichtig für die Netzstabilität und ein dezentrales Stromnetzwerk. „Diese Stärke muss vor Ort stärker ausgespielt werden“, forderte Niggel. Energieminister Hubert Aiwanger fungiere hier als „verlässlicher Fürsprecher“.

„Keine Energieform bringt so viel Zusatznutzen für die Gesellschaft wie die Wasserkraft. Wasserkraft ist mehr als nur regenerative Stromerzeugung. Sie ist und bleibt auch in Zeiten des Klimawandels eine zuverlässige Säule der Erneuerbaren Energien“, hob Michael Bohlinger, Geschäftsführer der LEW Wasserkraft GmbH, hervor. Mit der CO₂-freien Stromerzeugung gehe eine regionale Wertschöpfung einher. Zudem seien Stautufen Mehrzweckanlagen: „Sie dienen dem Hochwasserschutz, Sohl- und Grundwasserstabilisierung, Stromerzeugung und Trinkwassersicherung.“ Ökologische Erfolge an den Gewässern hätten sich bereits eingestellt, berichtete Bohlinger. „Die Wasserkraftbetreiber stehen zu den mit der Staatsregierung vereinbarten Eckpunkten.“

Laut Karl-Heinz Gruber (VERBUND Innkraftwerke GmbH) ist

ein „klares gesellschaftspolitisches Bekenntnis zur besonderen Leistungsfähigkeit der heimischen Wasserkraft als erneuerbare Energieform mit einem wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit und mit Multifunktionsaufgaben für die Allgemeinheit“ notwendig für die Zukunft der Wasserkraft. Dazu zähle auch die ehrliche Gleichbehandlung mit anderen Erneuerbaren beim Betrieb, bei der Erneuerung und beim ökologischen Ausbau.

Vergleichbare Behandlung von Wasser- und Windkraft

Sei in punkto EEG-Förderung die Diskriminierung der Kleinkraftwerke gerade noch verhindert worden, „wäre nun eine Reduktion des Mindestgrads bei Effizienzsteigerungen für die große Wasserkraft zielführend“. Mit Blick auf Genehmigungsverfahren und verwaltungsrechtliche Themen sprach sich Gruber im Naturschutzrecht für eine vergleichbare Behandlung der Wasserkraft wie für Windkraft aus und plädierte zudem für klare Regelungen in Sachen Neubzw. Wiedergenehmigung. Darüber hinaus sei eine proaktive Unterstützung von Deutschland für die Wasserkraft auch auf europäischer Ebene erforderlich. Wichtig sei die Gleichbehandlung der Wasserkraft mit anderen erneuerbaren Erzeugungstechnologien sowie die Gleichbehandlung der hocheffizienten und erprobten Pumpspeicher mit allen anderen Speichertechnologien.

Im Anschluss an die Veranstaltung hatten die Forumsteilnehmer die Möglichkeit zu Kraftwerksführungen in Gersthofen und Langweid. Beide sind Teil des Augsburger Wassermanagement-Systems, das seit 2019 zum UNESCO-Weltkulturerbe zählt, und repräsentieren den Beginn der flächendeckenden Stromversorgung in Bayerisch-Schwaben. DK

Landkreis Weilheim-Schongau:

Aktiv gegen den Fachkräftemangel

Deutschlands modernste Berufsschule ist in Betrieb

„Das Handwerk ist Rückgrat und Herz unseres Landkreises und auch für die Industrie unentbehrlich. Unserem handwerklichen und industriellen Nachwuchs bieten wir in dieser Schule exzellente Ausbildungsbedingungen. Diese Schule ist Teil unserer Zukunft“, so unterstreicht Landrätin Andrea Jochner-Weiß im Grußwort zur Festbroschüre die Bedeutung des Projekts. Die Idee, die Berufsschule zu modernisieren geht noch auf Altlandrat Luitpold Braun zurück. Von den ersten konkreten Planungen bis zur Fertigstellung sind inzwischen 10 Jahre vergangen. Jetzt werden 1.600 Auszubildende an der neuen Berufsschule in 60 Berufen ausgebildet. 73,5 Mio. Euro investierte der Landkreis für den Neubau, wobei 30 Mio. Euro Förderung an den Landkreis zurückfließen. Durch einen entsprechenden Bauplan hat auch die Stadt Weilheim großen Anteil daran, dass für die Schule ein geeigneter Standort direkt neben dem alten Gebäude, das nun als Wohnheim dienen soll, gefunden werden konnte. In einem Hintergrundgespräch erläutern Kreiskämmerer Norbert Merk, Leiter der Bauverwaltung Florian Steinbach und Projektleiter Philipp Rehm die ihnen gestellten Herausforderungen.

Was fühlen Sie, wenn dieses Riesenprojekt nun abgeschlossen ist?

Norbert Merk: Glück und Dankbarkeit, dass es ohne größere Unfälle und Probleme über die Bühne ging. Dass es keine größeren Konflikte gab, stattdessen nur Reibungen mit positiver Energie. Und auch Stolz, weil wir den finanziellen und zeitlichen Rahmen weitgehend eingehalten haben.

Florian Steinbach: Es ist ein echter Meilenstein unserer Arbeit. Es waren intensive Jahre, auf die Fertigstellung der Schule hinzuwirken. Nun ist das, was wir geplant haben, endlich in der Nutzung.

Philipp Rehm: Am wichtigsten ist, dass Schüler und Lehrer angekommen sind, sich zurechtfinden und zu Hause fühlen.

ten wir ein sehr hohes Niveau an handwerklicher Atmosphäre, verbunden mit einer vorbildlichen Umsetzung der Anforderungen an die Arbeitssicherheit.

Merk: Für mich dagegen war es der gesamte politische Prozess, den ich begleiten durfte: Vom Beschluss eines Neubaus, den Grundstückserwerb über den Entwurf und sämtliche planerische Feinheiten, die bis zur Fertigstellung eingearbeitet wurden. Die Gebäudetechnik ist überwiegend unverkleidet. Warum?

Rehm: Dies war eine bewusste Entscheidung. Zum einen ist eine unverkleidete Gebäudetechnik preisgünstiger, zum anderen flexibler, da man diese jederzeit an neue Bedürfnisse anpassen kann, etwa wenn man zusätzliche Leitungen durch neue Standards

Leitsystem

Die Berufsschule ist mit einem Leitsystem ausgestattet. Wie funktioniert das?

Steinbach: Jedes öffentliche Gebäude hat ein in sich schlüssiges grafisches Konzept, mit dem Gäste sich zurechtfinden sollen. Unseres ist eng abgestimmt mit Rettungskräften und Polizei, damit diese sich schnell und klar im Gebäude orientieren können. Für Treppenhäuser, Flure und Knickpunkte braucht es dafür eindeutige Bezeichnungen. Unser Leitsystem ist grafisch hochwertig und günstig in der Umsetzung. Mit Klebefolien hinter Glas kann es bei Bedarf jederzeit angepasst werden.

Mancher mag einwenden: Wo ist eine Berufsschule für Handwerksberufe barrierefrei?

Rehm: Barrierefreiheit wird gern mit Rollstuhlgängigkeit gleichgesetzt. Die aktuelle Norm berücksichtigt zusätzlich Schwächen in einzelnen Sinnen: Jemand, der nicht so gut sieht oder hört, ist davon genauso betroffen. Barrierefreiheit versucht auch, die Sicherheit zu gewährleisten. Was passiert, wenn jemand, der nicht so gut hört – und durchaus eine Schreiner Ausbildung machen kann! –, auf der Toilette den Feueralarm nicht wahrnimmt? Es ist entscheidend, dass jede wichtige Information im Haus jeden erreicht, egal welche Beeinträchtigungen er hat. Auf dieser Basis wurde die gesamte Planung gemacht. Daher gibt es auf den Toiletten zusätzlich zum akustischen Signal ein optisches. Wir haben natürlich auch für Sehbehinderte – etwa für Eltern und Lehrkräfte gleichermaßen – eine taktile Führung vom Gehsteig bis zum Haupteingang, sowie eine rollstuhlgerechte Anbindung durch Aufzüge und Automatikturen und selbstverständlich rollstuhlgerechte Toiletten.

Ein besonderes Merkmal sind die integrierten Fachräume.

Merk: Dies ist ein didaktisches Konzept, das an Schulen weiterentwickelt wurde. Hier wird nicht mehr getrennt, dass die Praxis in der Werkstatt stattfindet und die Theorie im Klassenraum. Hier hat man etwa in der Kfz-Werkstatt Schulbänke mit der klassischen Ausstattung. Man zeigt den Schülern, wie ein Motor funktioniert. Man kann beispielsweise im hinteren Teil den Motor demonstrieren und zerlegen. Dies schafft einen modernen Unterricht aus einem Guss im Sinne eines dualen Unterrichts aus Theorie und Fachpraxis. Gerade der Einsatz digitaler Unterrichtsmittel wird immer wichtiger für die Kompetenz des handwerklichen Nachwuchses.

Neubau oder Sanierung

Warum fiel die Entscheidung für einen Neubau und gegen eine Sanierung?

Merk: Eine Sanierung hätte sechs bis acht Jahre Baustelle im laufenden Betrieb bedeutet und unter dem Strich genauso viel gekostet wie der Neubau, aber mit unverhältnismäßig höheren Betriebskosten. Durch die Investitionsfolgekostenbetrachtung wurde sichtlich, dass bei 50 Jahren Laufzeit in der Variante „Neubau“ 15 Mio. Euro an Lebenszykluskosten gegenüber der Sanierung eingespart werden.

Verwaltung und Planung haben mit einer Überschreitung des Budgets von 70 Millionen Euro um nur drei Millionen Euro eine relative Punktlandung hingelegt. Wie geht das?

Merk: Durch mehrere Faktoren. Zum einen durch Glück, da wir rechtzeitig begonnen haben und von Corona, den Lieferengpässen (weiter auf Seite 6)



V.l.: Dipl.-Ing. (FH Kufstein) Florian Steinbach, Leiter der Kommunalen Bau- und Liegenschaftsverwaltung, Kreiskämmerer Norbert Merk und Dipl. Ing. Architekt im Fachbereich Hochbau am Landratsamt Philipp Rehm.

Bild: Landkreis Weilheim-Schongau

Was macht das architektonische Entwurfskonzept aus?

Rehm: Es ist ein neuer Stadt- und damit für die Stadt Weilheim ein echtes Schmuckstück. Auf dem Grundstück harmonisch platziert, hat es genug Licht und Blick nach Süden, ist verkehrstechnisch gut angebunden. Die Gebäudeform ist – mit nicht nur rechten Winkeln – sicher ungewöhnlich. Dadurch aber im Inneren leichter begreifbar, da man kürzere Flurabschnitte hat. Ansonsten entstand ein Zentralbau mit zwei Geschossen und zwei Gebäudeflügeln in H-Form. Durch die Lichthöfe innen haben wir einen starken Außenbezug.

Was macht die Bauweise aus?

Merk: Ein konventioneller Massivbau, rational gewählt für diese Nutzung. Das Gebäude weist hohe Flexibilität durch die Zwischenwände in Mauerwerksbauweise für künftige Anpassungen auf, oben schließt ein schöner Sichtdachstuhl aus Holz mit Edelstahldach und großzügiger Photovoltaikanlage ab.

Was war die größte Herausforderung bei diesem Bau?

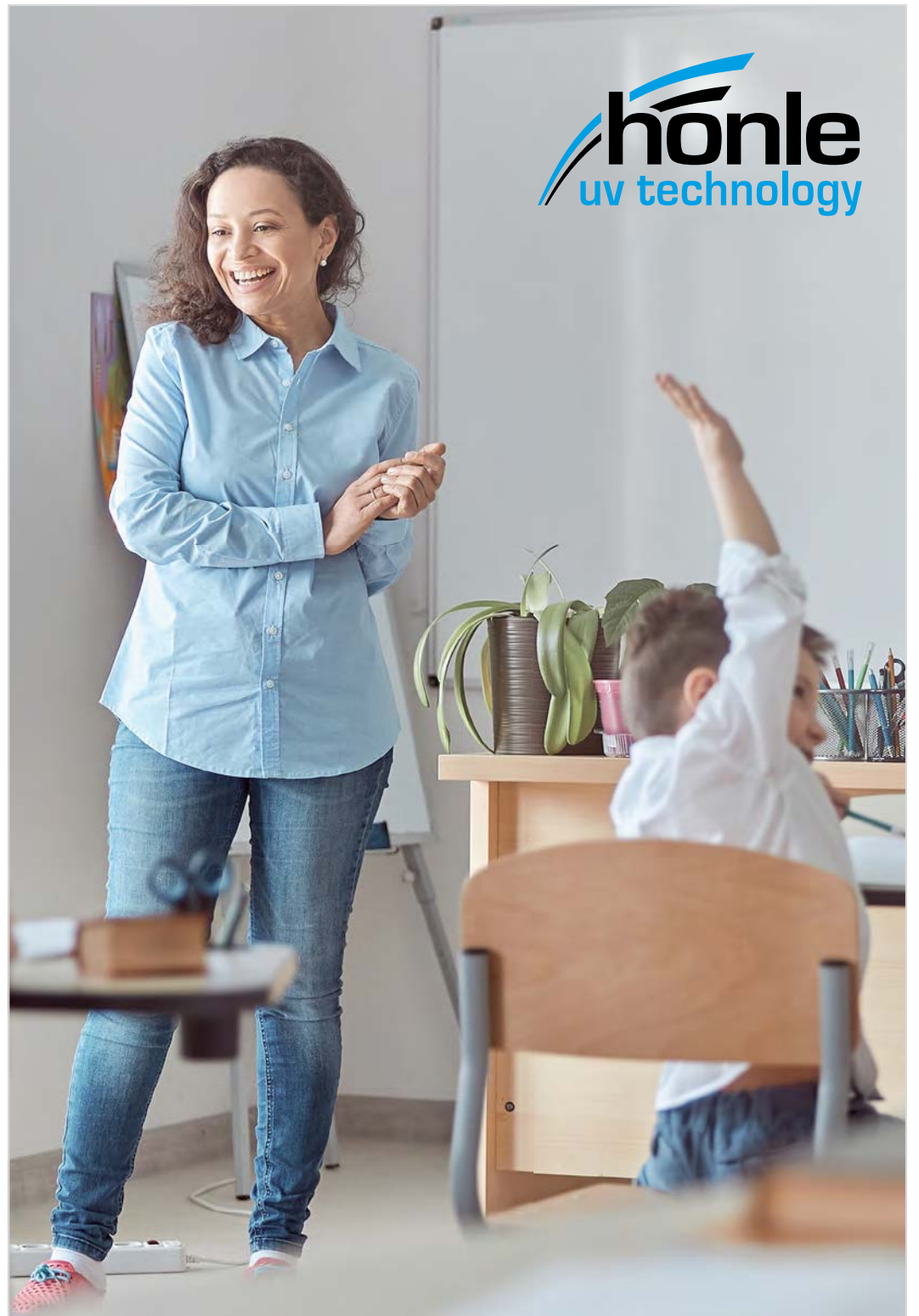
Steinbach: Für uns, diese vielen unterschiedlichen Anforderungen unter einen Hut zu bringen. Die Berufsschule besteht eben nicht nur aus lauter Klassenräumen, sondern aus vielen verschiedenen Werkstätten. Daher mussten wir zahlreiche Fachkompetenzen einbinden in der Planung. Auf diese Weise erreich-

benötigt – ein Riesenvorteil! Außerdem wird an dieser Schule berufliches Wissen gelehrt: Den Schülerinnen und Schülern sind gewerbliche Gebäude und Baustellen vertraut, wo Kabeltrassen offen sichtbar sind. Darum passt das ganz gut.

Nachhaltig, barrierefrei und ästhetisch bauen und dabei die Kosten im Blick haben – wie geht das?

Merk: Das ist nur möglich durch die konzertierte Gemeinschaftsleistung aller Handelnden aus allen Bereichen. Extrem wichtig war das frühzeitige Einbinden der unterschiedlichsten Ebenen der vier Ps: Politik, Planung, Projektsteuerung und Personal der Schule. Hier haben alle an einem Strang gezogen.

Rehm: Die genannten Vorgaben sind heutzutage eine riesige Herausforderung – und solche Faktoren werden immer mehr. Bei der Nachhaltigkeit geht es vor allem um die ökologische Materialwahl und um deren Dauerhaftigkeit. Bei Barrierefreiheit um Zugänglichkeit, die Ästhetik betrifft unter anderem die Belichtung: Dies alles sind kostenrelevante Dinge, die zusätzlich zur Haustechnik dazukommen. Auch unter dem Aspekt der Digitalisierung: Verschattung, Zutrittstechnik und Belichtung, die digital gesteuert werden. Hier sind Bauherr und Planer von Anfang an stark in ihrer Kompetenz gefordert, dass man hier noch wirtschaftlich agiert.



hönle
uv technology

UVC-Luftreiniger – diese Lösung macht Schule.



Inaktiviert Bakterien und Viren, inkl. SARS-CoV-2



Förderfähig gemäß Bayerischer Förderrichtlinie



Flüsterleise und kompakt für einen störungsfreien Unterricht



Chemie- und Ozonfrei für die Gesundheit an Schulen und Kitas



Wartungsarm und kostengünstig



Qualität made in Bavaria



Mehr zum SteriWhite Air Q
www.einfach-sicherer.de



50 Jahre BayernGrund:

Bedürfnisse der Kommunen im Mittelpunkt

Am 30.6.1972 gegründet, verfügt BayernGrund inzwischen über eine riesige Reichweite in der kommunalen Welt: In 50 Jahren wurden an die 5.000 Projekte mit mehr als der Hälfte aller bayerischen Kommunen durchgeführt. Das Investitionsvolumen insgesamt über diese Zeit summiert sich auf über 10 Mrd. Euro. Auf den Tag genau, 50 Jahre später, beging BayernGrund mit einem Festakt dieses Jubiläum. Dabei hat sich das Unternehmen eine besondere Location ausgesucht: Das Kleine Theater in Haar, eine Jugendstilperle mit Bezug zu den aktuellen Tätigkeiten des Unternehmens.

Für Geschäftsführer Franz Schonlau sind diese 50 Jahre ein Statement für Solidität, Reife und Lebenserfahrung. Mehrfach hat BayernGrund das Geschäftsmodell neu ausrichten müssen. Dabei ist es jedes Mal mit Kreativität

gelungen schwierige Zeiten zu meistern. An die Partner und Mitarbeiter gerichtet sagt er: „Danke, dass wir gemeinsam diesen Weg gegangen sind, es hat sich gelohnt.“ Heute steht die BayernGrund auf stabilen Beinen.

Holzbaufachberatung Bayern:

Kostenlose Beratung für Kommunen und Landkreise

Die Bayerische Staatsregierung setzt im öffentlichen Bauen verstärkt auf Holz. Aber wie können Gemeinden, Städte und Landkreise auf den klimafreundlichen Rohstoff umsteigen? Genau hier setzt die „Holzbaufachberatung Bayern“ von proHolz Bayern an und unterstützt mit praktischen Informationen, Wissenstransfer, Vor-Ort-Besichtigungen und Erfahrungsaustausch.

„Wir möchten ein vierstöckiges Bürogebäude mit Kindergarten in Holzbauweise bauen“, beschreibt Reinhard Pichl vom Landratsamt in Bayreuth die Aufgabenstellung, „als wir die Grobplanung für das Gebäude mit Sonderunterbau begannen, ergaben sich einige Fragen bezüglich der geltenden Vorschriften für einen Sonderbau, speziell beim Brandschutz, und ob ein reiner Holzbau oder eine hybride Bauweise erforderlich ist“.

Auch Kathrin Zapf vom Landratsamt Kronach hat sich der neuen Herausforderung gestellt. Landrat Klaus Löffler und Kreistag gaben den entscheidenden Impuls, mit Holz zu bauen. „Wir möchten in unserer Region verstärkt auf nachhaltiges Bauen setzen“, so Zapf. Konkret wurde es bei der Planung zur Aufstockung eines Sozialgebäudes auf dem Gelände des Kreisbauhofes in Birkach.

Mit ausgewiesenen Experten gekonnt Neuland betreten

„Da wir in eigenen Liegenschaften noch nie in Holzbauweise gebaut haben, war das für uns Neuland“, erinnert sich Zapf. Damit ist sie nicht allein. „Viele Verantwortliche in Gemeinden, Städten oder Landratsämtern machen dieselbe Erfahrung“, weiß Adrian Blödt. Seit Herbst 2021 ist Blödt Berater bei der Holzbaufachberatung Bayern. „Gerade bei der Planung von Bauvorhaben, gibt es – was den Holzbau angeht –

häufig Unsicherheiten“, so Blödt. Auf die offenen Fragen möchte er Antworten geben und Orientierung bieten.

Unabhängige und neutrale Holzfachberater

Jeder Bauherr erhält von der Holzbaufachberatung kostenlos eine telefonische Erstberatung, am besten im frühen Stadium des Bauprozesses. Bei Bedarf berät auch direkt vor Ort ein fachkundiger Holzbauperte. Dafür sind aktuell sechs unabhängige und firmenneutrale Holzbaufachberater aus unterschiedlichen Teilen Bayerns im Einsatz. „In Terminen mit dem Gemeinde- oder Stadtrat, können wir die Einsatzmöglichkeiten von Holz erklären, Anwendungsbeispiele zeigen und Vorbehalte gegenüber dem Bauen mit Holz entkräften“, so Blödt.

Im Gemeinderat des Markts Plech hat er zuletzt die Vorteile der Holzbauweise erläutert, um Bürgermeister Karlheinz Escher in seinem Vorhaben zu unterstützen, mit Holz zu bauen. Escher und einige seiner Gemeinderäte nahmen den Tipp zum Austausch mit anderen bayerischen Gemeinden gerne an. „Wir haben uns im Allgäu einen Holzbaubetrieb und einen Kindergarten angeschaut sowie Ratschläge eingeholt“, erinnert sich der Bürgermeister. Auch der Landkreis Bayreuth nutzte die Gelegenheit der Besichtigung vor Ort. Eine Delegation fuhr

Ministerialdirektorin Ingrid Simet, Bayerisches Bauministerium und bis 2017 Mitglied im Kommunalbeirat der BayernGrund, beschrieb – in Vertretung für den bayerischen Bauminister Christian Bernreiter – eindringlich, die sich immer weiter verschlechternden Rahmenbedingungen für die gewaltige Aufgabe schnell für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen: „400.000 Wohnungen sind ein hohes Ziel.“ Die BayernGrund ist in diesem Gefüge ein wichtiger Player, denn sie sorgt u.a. für attraktive Ortskerne und ein lebenswertes Um-



Delegation des Landkreises Bayreuth zur Besichtigung und zum Austausch in Dillingen im sanierten Landratsamt in Hybridbauweise v.r.: Claus Elbert, Fachbereichsleiter kommunaler Hochbau Landratsamt Dillingen; Kreisrat Karl Lappe, Landkreis Bayreuth, Thomas Kraus, Teamleiter kommunaler Hochbau Landratsamt Dillingen; Landrat Florian Wiedemann; Kreisrat Mario Schulze; Kreisrätin Renate van de Gabel-Rüppel, Landkreis Bayreuth, Alexander Gump, Vorsitzender proHolz Bayern; Kreisrat Norbert Pietsch, Landkreis Bayreuth und Architekt Elmar Bäuml, Sanierung Landratsamt. Dillingen. Bild: proHolz Bayern

nach Dillingen, um das gerade sanierte Landratsamt vor Ort in Hybridbauweise zu besichtigen. „Der reine Holzbau ist für unsere geplanten Sonderbau wahrscheinlich nicht die optimale Lösung, aber eine Hybridbauweise mit Holz für z.B. die Außen- und Zwischenwände kann ich mir inzwischen sehr gut vorstellen“, bilanziert Pichl.

Vielfältige Fragen zur Holzbauweise

Ist die Entscheidung für den Holzbau gefallen, ergeben sich vor allem Fragen zum Brandschutz. „Holz kann zwar brennen, doch Holzhäuser sind mindestens so sicher wie Häuser aus anderen Materialien“, weiß Holzbaufachberater Blödt. „Brandschutz war auch bei uns ein wichtiges Thema in den Gesprächen. Zudem hat sich im Laufe der Beratung herausgestellt, dass wir für die Aufstockung ein anderes Tragwerk brauchen als das geplante“, erinnert sich Zapf. Zusätzliche Fragen zur Holzart und ob das Holz zum Beispiel aus heimischen Wäldern bezogen wer-

feld.“ Gemäß dem Gründungszweck ist es Aufgabe des Unternehmens preisregulierend auf das gerade in Ballungsgebieten überhöhte Grundstückspreisniveau zu wirken und das ist heute aktueller denn je.

Große Unterstützung für Bayerns Kommunen

Für Marc Benker, ehrenamtlicher Erster Bürgermeister von Marktschorgast, war es eine Selbstverständlichkeit persönlich nach Haar zu reisen, um im Namen der Marktgemeinde herzlich zu 50 Jahren erfolgreicher Arbeit zu gratulieren: „BayernGrund mit ihren Mitarbeitern war der gamechanger, damit wir in Marktschorgast unser Gewerbegebiet nach rund 30 Jahren Planung endlich verwirklichen konnten.“



Das Kleine Theater in Haar bot eine festliche Kulisse. Bild: BayernGrund

Und sein Kollege aus der Stadt Wallenfels, Erster Bürgermeister Jens Korn, ist voll des Lobes für das „Bauamt auf Zeit“. Mit BayernGrund baut er gerade ein neues Feuerwehrhaus.

Gero Bergmann, Mitglied des Vorstandes der BayernLB und damit Vertreter einer der BayernGrund Mütter, zählt BayernGrund zu den „Stammspielern“ im Landesbankkonzern. Als wichtiges Mitglied im Team gelingt es so das Angebot an die kommunalen Kunden rundum – also 360° – und im Schulterschluss mit den bayerischen Sparkassen zu komplettieren: „Nur wenn wir Regionen weiter anbinden, wollen Menschen dort wieder leben. Für diese Anbindung sorgt BayernGrund.“

die Einstufung des Standardfinanzierungsmodells als „echtes Kreditgeschäft“ durch die Bafin, was nach 40 Jahren ohne einen Schadensfall zu einer Einstellung dieses Produktes führte. Gleichzeitig waren diese Herausforderungen für das Unternehmen maßgeblich, um das Dienstleistungsgeschäft auszubauen.

Viele dieser Dienstleistungen wurden beim Projekt „Jugendstilpark Haar“, hier befindet sich das Kleine Theater, in Anspruch genommen. Auf dem Gelände des ehemaligen Bezirkskrankenhauses Haar entsteht gerade ein neuer Stadtteil. Auf Seite 10 in Ausgabe 10 der Bayerischen Gemeindezeitung wurde darüber ausführlich berichtet. CH



v.l.: Roland Reichert, Vorsitzender des Aufsichtsrats und Bereichsleiter Sparkassen und Finanzinstitutionen der BayernLB, Ministerialdirektorin Ingrid Simet, Bayerisches Bauministerium, Geschäftsführer Franz Schonlau, BayernGrund und Gero Bergmann, Mitglied des Vorstandes der BayernLB. Bild: BayernGrund

Roland Reichert, Vorsitzender des Aufsichtsrats und Bereichsleiter Sparkassen und Finanzinstitutionen der BayernLB, berichtete von immer wieder geänderten Rahmenbedingungen, die eine Neuausrichtung des Geschäftsmodells mehrmals notwendig gemacht haben. Dazu gehörten 1990 der Wegfall der Gemeinnützigkeit, 1995 die Neuregelung der Besteuerung auf treuhänderischen Grunderwerb, die Finanzmarktkrise 2008 und 2017 dann

Weitere Informationen:

Sonderdruck 50 Jahre BayernGrund: <https://www.gemeindezeitung.de/archiv/sonderveroeffentlichung/50-Jahre-BayernGrund-Sonderdruck-Bayerische-Gemeindezeitung-13-2022-vom-30-6-2022.pdf>

Projekt Bericht „Jugendstilpark Haar“ in Ausgabe 10/2022, Seite 10: <https://www.gemeindezeitung.de/archiv/2022/GZ-10-2022.PDF>

Weitere Informationen

Kontakt zur bayerischen Holzbaufachberatung gibt es im Netz unter www.fachberatungholzbau-bayern.de.

Aktiv gegen den Fachkräftemangel

(Fortsetzung von Seite 5) pässen und Preissteigerungen dadurch kaum betroffen waren. Durch Geschick, weil wir strukturiert von Anfang bis Ende an die Dinge herangingen. Und die optimalen Strukturen gewählt hatten – nämlich politische Unterstützung. Außerdem: Das Team muss funktionieren. Zwischen Planung, Bauherr, Projektsteuerung und Kostenkontrolle muss ein enger Austausch stattfinden. Und als letztes: Man braucht Disziplin und starke Nerven.

Steinbach: Wenn man den beschlossenen Kostenrahmen zum Entwurf betrachtet, die zusätzlichen Ausstattungswünsche und die reale Steigerung der Baukosten addiert, ist man finanziell sogar ziemlich genau dort, wo wir heute angekommen sind. **73 Millionen Euro hören sich nach viel Geld an. Zu viel für den Landkreis Weilheim-Schongau?**

Merk: Auch als Kämmerer, der in Bayern die höchste Kreisumlage zu verantworten hat, sage ich hier ganz klar: Nein. 43 Millionen Euro kamen vom Landkreis, 30 Millionen Euro kamen vom Freistaat Bayern. Über die BayernLabo können Kommunen Förderkredite für Investitionen in die allgemeine kommunale und soziale Infrastruktur in Anspruch neh-

men; in unserem Investitionszeitraum glücklicherweise sogar zu 0,0 Prozent Zinsen, auf zehn Jahre fest. Das haben wir zweimal in Anspruch genommen, was natürlich der Zinsbelastung und dem Schuldenportfolio gutgetan hat. Für die Restfinanzierung mussten dann nochmal klassische Kommunalkredite über zehn und zwölf Mio. Euro aufgenommen werden, übrigens ebenfalls bei der BayernLabo. Aber unterm Strich ist dies eine Investition in die Zukunft: Die Schüler dieser Berufsschule werden dank ihrer hochqualifizierten Berufe eines Tages in ihrer Gemeinde zur Einkommenssteuer beitragen oder Gewerbesteuer entrichten, wenn sie sich selbstständig machen: ermöglicht durch eine anspruchsvolle Ausbildung in dieser Schule. **Was genau hat das Gebäude so kostenintensiv gemacht?**

Merk: Dass man letztlich mehrere mittelständische Unternehmen in einem Gebäude unterbrachte, zusätzlich zum Schulinventar: eine Schreinerei, ein Bauunternehmen, eine Zimmerei, ein Kfz-Betrieb, einen metallverarbeitenden Betrieb und ein mittelständisches Malerunternehmen. Und da reden wir nur über die Ausstattung.

Steinbach: Kostenintensiv war vor allem die schiere Größe des Gebäudes. Zusätzlich musste ein Großteil der Maschinenausrüstung neu beschafft werden, um einen zeitgemäßen Unterricht zu ermöglichen. **Rehm:** Vermutlich hätte mancher Handwerksbetrieb gerne solche Werkstätten auf so hohem Niveau in seinem Firmengebäude. **Wäre das Ganze ohne die Förderung des Freistaats machbar gewesen?**

Merk: Wenn der politische Wille da ist, ist zwar manches möglich. Aber realistisch gesehen, wäre es nicht machbar gewesen.

Über die Personen: **Norbert Merk:** Jahrgang 1962, ist seit 2012 Kreiskämmerer und war seit dem ersten Tag in die Diskussionen und Planungen zur Berufsschule involviert. **Philipp Rehm:** Jahrgang 1977, Dipl.-Ing. Architekt im Fachbereich Hochbau am Landratsamt, stieg 2017 während der Entwurfsplanung in das Berufsschulprojekt ein. **Florian Steinbach:** Dipl.-Ing. (FH Kufstein), Jahrgang 1975, hat das Projekt als Leiter der kommunalen Bau- und Liegenschaftsverwaltung eng begleitet. □

Danke

an unsere Kunden und Geschäftspartner!

Am 30. Juni 2022 wurden wir 50 Jahre alt.

Danke für 50 Jahre vertrauensvolle Zusammenarbeit! Wir freuen uns darauf, Sie bei weiteren Herausforderungen tatkräftig unterstützen zu dürfen.

Immer in Ihrer Nähe. Ihre BayernGrund



✓ Über 1200 zufriedene Kunden

✓ Über 5000 realisierte Projekte

✓ 45 Experten in der BayernGrund

✓ 50 Jahre Expertise im kommunalen Bau
Mehr Information finden Sie unter: www.bayerngrund.de



Landstadt Bayern:

Zehn Modellkommunen für innovative Stadtentwicklung

Das bayerische Bauministerium hat zehn Städte und Gemeinden benannt, die im Rahmen des Projekts „Landstadt Bayern“ gefördert werden. Durch fachliche Beratung und Fördergelder sollen in den Kommunen Innovationen vorgebracht werden, um sie als Wohn- und Arbeitsort attraktiv zu machen und den ländlichen Raum zu beleben.

„Viele Menschen zieht es aufs Land, weil sie dort mehr Lebensqualität finden und es mittlerweile kein Problem mehr ist, dies auch mit alternativen Arbeitsmodellen zu verbinden“, erklärte Bauminister Christian Bernreiter. Die Städte und Gemeinden verfügen über wertvolle innerörtliche Flächen, die sich sehr gut für die Entwicklung innovativer Quartiere anhand von Zukunftsthemen wie Wohnen, Arbeiten, Mobilität und Digitalisierung eignen.

Entlastung des Ballungsraums

Aus Oberbayern sind die Stadt Landsberg am Lech mit dem Quartier an der Pfettenwiese sowie die Stadt Dorfen mit dem ehemaligen Ziegeleigelände in der Förderinitiative vertreten. „Die Projekte können zur Entlastung des Ballungsraums München beitragen“, betonte Staatsminister Bernreiter. In Landsberg am Lech sollen nördlich der Pfettenstraße ökologische und soziale Aspekte durch eine interdisziplinäre Planung in Einklang gebracht werden. Ziel ist es, mit modularen Bauweisen und flexiblen Grundrissen Wohnangebote für Menschen aller Lebensphasen zu schaffen. Die Stadt Dorfen plant die Entwicklung des ehemaligen Ziegeleigeländes in ein Nullemissions-Quartier, auf dem kostengünstiger Wohnraum entstehen soll. Neben ökologischem und nachhaltigem Bauen bildet ein innovatives Mobilitätskonzept in Zusammenhang mit dem bestehenden Bahnhof einen weiteren Schwerpunkt.

Die Stadt Geiselhöring mit dem Bahnhofsumfeld und der

Malzfabrik sowie die Gemeinde Spiegelau mit dem ehemaligen Sägewerksgelände wurden aus Niederbayern ausgewählt. Geiselhöring plant, auf einem Grundstück am Bahnhof innenstadtnahes Wohnen, Arbeiten und Einkaufen umzusetzen. „Die Stadt möchte das ehemalige Malzfabrikgebäude umnutzen. Dieser nachhaltige Ansatz ist prototypisch für viele andere bayerische Kommunen mit ähnlichen Herausforderungen“, unterstrich Bernreiter. Die Gemeinde Spiegelau plant ein neues Wohn- und Geschäftsquartier auf dem ehemaligen Sägewerksgelände mit dem Fokus auf Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Im Bereich Digitalisierung verfügt die Gemeinde bereits über Erfahrungen, die sie nun weiterentwickeln möchte.

In der Oberpfalz will die Stadt Weiden die Quartiere östlich und westlich der Bahnlinie zusammenbringen und eine neue Mitte entstehen lassen. „Ich bin beeindruckt von der Größe des Entwicklungsbereichs. Demgegenüber steht das Schulgelände samt Gebäudebestand in Neukirchen, das die Gemeinde nachhaltig umnutzen möchte“, so der Minister. Durch die Umnutzung des Schulgebäudes soll die gebundene „graue Energie“ des Bestandes für ein nachbarschaftliches Wohnquartier nutzbar gemacht werden und für den Erneuerungsprozess in der Gemeinde stehen.

Natur, Leben, Wohnen und Arbeiten

Der oberfränkische Markt Mainleus beabsichtigt, auf dem ehemaligen Spinnereigelände

ein Quartier zu entwickeln, in dem die Themen Natur, Leben, Wohnen und Arbeiten miteinander verknüpft werden. Laut Bernreiter „ist es eine große Herausforderung, das Areal der ehemaligen Spinnerei in Mainleus in ein neues, vielfältiges Quartier zu entwickeln. Es gibt viele Gemeinden in Bayern mit ähnlichen Industriearealen. Deshalb hoffe ich, dass dieses Projekt Vorbildwirkung für andere Kommunen entfalten kann.“ Der Markt Mainleus möchte den Gebäudebestand auf dem Areal für neue Wohnformen und attraktive Co-Workings Spaces sowie Start-Up Inkubators nutzen.

Die mittelfränkische Stadt Roth plant, auf dem ehemaligen Gelände der LEONI Kabel GmbH einen nachhaltigen Stadtteil mit einer Mischung aus Wohnen, Arbeiten und Bildung zu entwickeln. „Mit dem innenstadtnahen LEONI-Gelände in Roth haben wir ein tolles Projekt, das zur Entlastung des Ballungsraums Nürnberg beitragen kann“, hob der Minister hervor. „Die Lage an der Regnitz ist sicher eine planerische Herausforderung, aber gleichzeitig auch eine Chance, um einzigartige Qualitäten in dem zukünftigen Stadtteil herauszuarbeiten.“

Autarkes Lebensquartier

In Unterfranken hat es sich die Stadt Münnerstadt zur Aufgabe gemacht, auf dem ehemaligen Gelände einer Gärtnerei ein autarkes Lebensquartier im Grünen zu entwickeln. „Vorrangige Innenentwicklung ist ein wichtiger Bestandteil nachhaltiger Siedlungsentwicklung und leistet einen Beitrag zum Klimaschutz“, freute sich Bernreiter.

Die schwäbische Gemeinde Wildpoldsried will auf drei Flächen Wohnraum für junge Erwachsene, Familien und ältere Menschen schaffen. „Die innovativen Ideen der Gemeinde Wildpoldsried haben das Aus-

wahlgremium überzeugt. Als Energiedorf hat die Gemeinde bereits viele Erfahrungen in den Themenbereichen Klima, Nachhaltigkeit und Smart-City. Diese bilden die Grundlage für das Modellprojekt und sollen fortgerichtet weiterentwickelt werden“, stellte der Minister fest.

Im Rahmen einer Auftaktveranstaltung mit allen ausgewählten Projektstädten und -gemeinden im Bauministerium ist das Projekt kürzlich in die Bearbeitungsphase gestartet. Anschließend werden die Modellkommunen zusammen mit interdisziplinären Planungsteams Konzepte für die Entwicklungsflächen erarbeiten. Dabei sollen die Bürgerinnen und Bürger vor Ort intensiv eingebunden werden. Während dieser Konzeptphase erhalten die Pilotprojekte fachliche Beratung durch ein Expertengremium. Die Planungsverfahren werden mit Fördermitteln in Höhe von bis zu 80 Prozent der förderfähigen Gesamtkosten unterstützt. DK

Rudelzhausen:

Straßensanierung als Erlebnistag für 70 Kinder

Da staunten die Leiterinnen der Kindergärten Tegernbach Frau Michaela Reichlmair-Fischer und St. Wolfgang Frau Anne Rottengruber der Gemeinde Rudelzhausen nicht schlecht als sie von einer Tiefbau-firma angerufen wurden um einen besonderen Erlebnistag zu inszenieren. „Aus Erfahrung wissen wir, welches Staunen unsere Maschinen bei den Kindern auslösen“, so Andreas Paulus von der Panmax GmbH. Daher war die Freude über die Einladung zur Baustelle groß.

Gut vorgeplant, bei bestem Wetter, abgestimmt mit der Gemeinde, dem Bürgermeister Michael Krumbucher und dem Leiter vom Bauamt Jakob Betzenbichler, fieberte man dem besonderen Tag auf der Baustelle entgegen. 70 Buben und Mädls, zum Teil in Bauarbeiter-Klamotten, folgten diszipliniert den Anweisungen der Begleitpersonen

und nahmen ihre Plätze auf der überdachten „Tribüne“ ein.

Aufmarsch der Baumaschinen

Nach einer kurzen Einführung von Andreas Paulus von der Firma Panmax, verantwortlich für die Ausführung der Straßensanierung nach dem Panmax-Verfahren, führen die Baumaschinen

und LKWs unter großer Aufmerksamkeit und staunenden Kinder- augen auf und begannen mit den einzelnen Schritten der Sanierung.

Nach der Präsentation und der hohen Aufmerksamkeit gab es natürlich für die 70 Baustellenfans noch eine Jause zur Stärkung – mit Kinderwürstl, Butterbrezen und Säften.

Erdhügel für Nachwuchs-baggerfahrer:innen

Ein glücklicher Umstand war, dass sich direkt hinter der Baustelle ein Erdhügel befand, und so konnten sich die Kinder direkt selbst mit den von der Firma Panmax und Bernegger gesponserten Kindertraktoren ausprobieren. Anschließend bedankten sie sich mit einem gemeinsam gesungenen Dankeschön für den unvergesslichen Tag.

Facts der Baustelle in Rudelzhausen:

Sanierung Zufahrt Kreuth 1 zum Steinhandel: Länge 320 m, Breite 5 m; Dauer der Baustelle: Zwei Tage (Ein Tag Stabilisieren, Ein Tag Asphaltieren); Realisation nach dem Panmax-Verfahren mit geringer Umweltbelastung. Weitere Infos: www.panmax.de



Andreas Paulus bei der stimmungsvollen Einführung zum Start der Baustelle vor seinem Publikum mit Begleitpersonen. Bild: Panmax



In Kooperation mit Bayerischer Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden e. V. www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC der Heimischen Rohstoffe: Bauschutt-Recycling

Das Baustoff-Recycling ist nicht als Konkurrenz, sondern als Ergänzung zur Gewinnung und Nutzung von Primärrohstoffen zu sehen. Rund 150 Millionen Tonnen Sand, Kies, Schotter und sonstige mineralische Rohstoffe werden alleine in Bayern pro Jahr gebraucht. Nur ca. 10 – 12 Prozent davon können aktuell mit geeignetem Recycling-Material ersetzt werden. Gerade einmal 10,5 Millionen Tonnen Bauschutt und 4,5 Millionen Tonnen Straßenaufbruch fallen bayernweit pro Jahr an. Es gibt schlichtweg nicht genügend geeignete Abbruchmasse. Zudem gibt es keinen kontinuierlichen Stoffstrom, um einen konstanten Bedarf zu decken.

Bodenaushub ist per se kein Recycling-Material

Es kursiert zwar hartnäckig das vermeintliche Gesamtvolumen von 220 Mio. Tonnen bundesweit (50 Mio. Tonnen in Bayern) an mineralischem Abfall. Diese Zahl wird häufig mit dem tatsächlichen Anfall von Bauschutt in Höhe von ca. 60 Mio. Tonnen (10,5 Mio. Tonnen in Bayern) gleichgesetzt. Der weit überwiegende Anteil an diesem Gesamtvolumen ist jedoch Bodenaushub, der nicht so einfach zu Recycling-Baustoff aufbereitet werden kann und deshalb zur Rekultivierung als Verfüllmaterial in Gruben und Brüchen verwertet wird. Denn die technischen und umweltrelevanten Anforderungen an Recy-

cling-Baustoffe sind hoch und lassen nur eine beschränkte Verwendung von Abbruch- und Aushubmaterial zu.

Abbruch muss aufbereitet werden

Es muss eine Aufbereitung erfolgen, bei der das Material zerkleinert wird, Feinanteile abgetrennt und Störstoffe entfernt werden. Gerade, wenn das Abbruchmaterial als Recyclingmaterial für die Herstellung von Beton wiederverwendet werden soll, werden weitere Ausgangsstoffe und eine Produktionsstätte für die Betonherstellung benötigt. Dies kann aus Platz- und Qualitätsgründen meist nicht direkt auf der Baustelle geschehen, auf der das Abbruchmaterial liegt. Der vorsortierte Bauschutt muss also in eine geeignete Aufbereitung. Es gibt jedoch nicht genügend Standorte für solche stationäre Aufbereitungen, was auch an hohen Genehmigungshürden liegt.

Die Branche arbeitet an Wegen und Lösungen, um die Recycling-Raten zu erhöhen

Eine Änderung der Betonnorm, die deutlich höhere Recyclinganteile erlauben soll, ist bereits in der Abstimmung. Der Mix der Rohstoffe wird also der entscheidende Faktor werden. Dennoch werden Primärrohstoffe wie Sand und Kies auch zukünftig die Basis für eine solide Rohstoffversorgung sein. □

Die Herausforderung für jede Gemeinde: STRASSEN-SANIERUNG



Folgen Sie uns auf Youtube!

- LANGLEBIGER
- SCHNELLER
- TRAGFÄHIGER
- GÜNSTIGER
- ÖKOLOGISCHER

DIE LÖSUNG: DAS PANMAX-VERFAHREN ZUR STRASSEN- UND WEGESANIERUNG

- Kostengünstig
- Hochwertige Ausführung
- Schnelle Verfügbarkeit der Straße
- Einsparung von aufwändigem Bodenaustausch
- Verarbeitung von kontaminierten Böden (technisch möglich)

Vorher



Nachher



PANMAX

Nanotechnologie im Tiefbau

Tel. 08083 908 00 33 | office@panmax.de | www.panmax.de

Neue probabilistische Bevölkerungsprognose für Kommunen schafft mehr Planungssicherheit

Von Prof. Dr. Henriette Engelhardt-Wölfel und Dr. Martin Messingschlager

Bevölkerungsprognosen sind eine wesentliche Grundlage für Planung und Gestaltung in Wirtschaft und Politik. In den vergangenen Jahrzehnten wurde zumeist ein deterministischer Ansatz zur Erstellung von Bevölkerungsprognosen eingesetzt. Das Problem der bisher üblichen Methode: Die zugrunde gelegten Annahmen zum Verlauf der demografischen Prozesse treffen in aller Regel nicht ein. So zeigen auch ex-post Untersuchungen von Bevölkerungsprognosen, dass die tatsächlichen Verläufe immer wieder (drastisch) unter- oder überschätzt werden. Die Folgen: Schwer wiegende Fehlplanungen entweder oberhalb oder unterhalb des tatsächlich eintretenden Bedarfes z. B. an Kita-Plätzen, Schulbauten, Pflege-Einrichtungen, Mobilitäts- und Bauinvestitionen. Ein neuer, viel versprechender Lösungsbeitrag sind sogenannte probabilistische Prognosen. In ihnen wird der Verlauf demografischer Prozesse unter Einbeziehung von Wahrscheinlichkeiten prognostiziert. Das Ergebnis: Eine Quantifizierung der Prognose-Genauigkeit und dadurch deutlich erhöhte Planungs- und Investitionssicherheit.

Eine Reihe von Studien zeigt, dass die Genauigkeit von diesen deterministischen Modellen bei kürzeren Prognosezeiträumen größer ausfällt als für

wahrscheinlichkeit zuzuschreiben. Genau darin liegt ein weiteres Risiko: Die Zukunft hält sich nämlich laut Studien nur in sehr seltenen Fällen an das mittlere

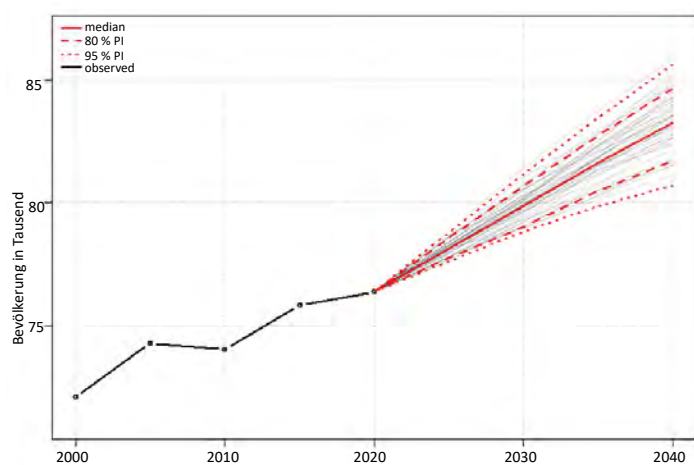


Abb. 1: Bevölkerungsprognose Bamberg.

lange Zeithorizonte, und dass sie für größere Bevölkerungen besser ausfallen als für kleinere. Das schränkt die Verwertbarkeit im kommunalen Bereich ein – also genau dort, wo zurzeit die größte Verwendungshäufigkeit liegt.

Die erwartete Genauigkeit oder Ungenauigkeit der Vorhersagen kann im deterministischen Modell nicht bewertet werden; statistisch nicht oder gering vorbelastete Nutzer in Behörden, Verwaltung und Politik sind allerdings vermutlich geneigt, das dennoch zu tun und dem mittleren Szenario die größte Eintritts-

Szenario, viel häufiger sind niedrige oder hohe Szenarien.

Prognose demographischer Prozesse

Um diese Unzulänglichkeiten zu umgehen, werden in jüngerer Zeit vermehrt sogenannte probabilistische Prognosen diskutiert, in welchen der Verlauf demografischer Prozesse unter Einbeziehung von Wahrscheinlichkeiten prognostiziert wird. Probabilistische Bevölkerungsprognosen zeigen im Ergebnis, mit welcher Wahrscheinlichkeit Bevölkerungszahlen und Bevölkerungsstrukturen zu einem

bestimmten Zeitpunkt in der Zukunft eintreffen können. Um Prognoseintervalle anzugeben, kommen zwei Ansätze zum Einsatz:

(1) Der analytische Ansatz basiert auf einem stochastischen Kohorten-Komponenten-Modell. Dabei werden die Wahrscheinlichkeitsverteilungen für Entwicklungen von Indikatoren der Fertilität, Mortalität und Migration (altersspezifische Fertilitäts-, Mortalitäts- und Nettomigrationsrate) in eine stochastische Verteilung für die Größe der Bevölkerung und ihre Alters- und Geschlechterstruktur transformiert.

(2) Der Simulationsansatz folgt der Idee, hunderte oder tausende Prognosevarianten zu berechnen, welche auf Fertilitäts-, Mortalitäts- und Migrationswerten beruhen, die zufällig aus den jeweiligen Verteilungen gezogen werden.

Als Beispiel für den neuen Ansatz haben wir die süddeutsche Universitätsstadt Bamberg ausgewählt. Hier wurde zum ersten Mal für den deutschsprachigen Raum auf kommunaler Ebene eine probabilistische Bevölkerungsprognose erstellt.

Eine Einwohnerzahl von 80.000 wird etwa in der zweiten Hälfte der 2020er Jahre mit hoher Sicherheit überschritten werden. Aber auch nach dem Jahr 2030 zeigt sich noch ein Wachstumspotenzial. Mit zunehmender Prognosedauer vergrößert sich die Unsicherheit in den Ergebnissen. Das 90 %-Intervall der wahrschein-

lichsten Bevölkerungsgrößen liegt im Jahr 2030 zwischen 79.498 und 81.026 Personen und im Jahr 2040 zwischen 82.115 und 85.002 Personen.

Die mit den jeweiligen Prognosen einhergehenden Altersverteilungen legen eine massive Bevölkerungsveränderung nahe, welche vor allem durch eine Alterung geprägt sein wird. Eine gewisse Unsicherheit gibt es jedoch bei den Altersgruppen unter 25 Jahren.

Der neue probabilistische Ansatz vermag also die Unsicherheit der Schätzung zum Ausdruck zu bringen, was für die diversen kommunalen Bedarfsplanungen von entscheidendem Vorteil ist. Neben der Anpassung an den Klimawandel stellt der demografische Wandel die größte Herausforderung für Kommunen in Deutschland dar. Um hier handlungsfähig zu sein, sollten unbedingt neue Prognosemöglichkeiten verwendet werden, die eine Einschätzung der Prognosegenauigkeit ermöglichen und damit die verbundenen Investitionen effizienter einzusetzen.

Referenzen:

- Raftery, A. E., N. Li, H. Sevcíková, P. Gerland und G. K. Heilig (2012). Bayesian Probabilistic; Population Projections for All Countries. Proceedings of the National Academy of Sciences, 109, 13915-13921. doi:10.1073/pnas.1211452109.
- Sevcíková, H. und A.E. Raftery (2016). bayesPop: Probabilistic Population Projections. Journal of Statistical Software, 75, 5. doi: 10.18637/jss.v075.i05.

Gebäudetypus E – eine Initiative der Bayerischen Architektenkammer

Neben hohen Bodenpreisen, Kostensteigerungen bei Roh- und Baustoffen und galoppierenden Energiepreisen sorgt vor allem ein enges Korsett an gesetzlichen und privatrechtlichen Anforderungen für hohe Baukosten. Um auch künftig bezahlbaren und qualitätvollen Wohnraum schaffen zu können, sind alle am Bau Beteiligten gefordert, Vorschläge zu entwickeln. Die Bayerische Architektenkammer hat dazu die Initiative „Gebäudetypus E“ – E wie einfach bzw. experimentell – entwickelt, die auch bei der Politik auf durchaus fruchtbaren Boden stößt.

Zur Einführung eines „Gebäudetypus E“ hat der Vorsitzende des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr, Sebastian Körber, deshalb kürzlich zu einem öffentlichen Fachgespräch mit Expertinnen und Experten und anschließender Aussprache in den Bayerischen Landtag eingeladen. Als Expertinnen und Experten waren eingeladen: Prof. Lydia Haack, Präsidentin der Bayerischen Architektenkammer, Prof. Dr.-Ing. Norbert Gebbekken, Präsident der Bayerische Ingenieurekammer-Bau, Architekt Florian Dilg, Architekt Prof. Florian Nagler, TU München, die GWG-Geschäftsführerin Gerda Peter, Rechtsanwältin Dr. Olrik Vogel sowie Reinhard Zingler als Berater des Fachausschusses Technik des VdW Bayern.

Kammerpräsidentin Prof. Lydia Haack stellte gleich zu Beginn die Motivation der Kammer zur Einführung eines „Gebäudetypus E“ vor: „Die Klimawende muss jetzt schnellstmöglich vorangebracht werden. Weder das Nachjustieren von Normen noch zahlreiche Bausenkungskommissionen haben bisher greifbare Ergebnisse erzielt. Wir sind davon überzeugt, dass die Bayerische Bauordnung durch das Gelingen der Klimawen-

de ein wertvolles Instrument darstellt, derzeit jedoch noch zu wenig Gestaltungsspielraum für innovative Denkansätze bietet.“

Rechtssichere Umsetzung in der Praxis

Sowohl in den weiteren Expertenvorträgen wie auch in der anschließenden Aussprache ging es darum, wie Standards und bürokratische Hürden beim nachhaltigen Bauen reduziert, Gestaltungsmöglichkeiten für Planende und Architekten flexibilisiert werden und ein „Gebäudetypus E“ angesichts zahlreicher Haftungsfragen in der Praxis rechtssicher umgesetzt werden könnte. Dabei wurde von allen Fraktionen zum Ausdruck gebracht, dass die Einführung eines „Gebäudetypus E“ in die Bayerische Bauordnung ein richtiger Weg dafür sein könnte, nachhaltiger und gleichzeitig einfacher zu bauen. Dieser Schritt müsse jedoch durch eine zivilrechtliche Öffnungsklausel auf Bundesebene flankiert werden, die es fachkundigen Vertragsparteien ermögliche, abweichend von den geltenden anerkannten Regeln der Technik einen „Gebäudetypus E“ als spezielle Beschaffenheit im Vertrag rechtssicher zu vereinbaren, erläutert Rechtsanwältin Dr. Olrik Vogel.

Ergänzung der Gebäudeklassen

Mit einem „Gebäudetypus E“ wirbt die Bayerische Architektenkammer für ein zusätzliches Angebot innerhalb der Bayerischen Bauordnung. Dieses richtet sich vor allem an eine fachkundige Bauherrenschaft. Dabei tritt der „Gebäudetypus E“ bewusst nicht anstelle der in der Bayerischen Bauordnung geltenden Gebäudeklassen, sondern ergänzt diese. Fachkundige Bauherren und Planende, erhalten damit die Freiheit, ihr Projekt auf den eigentlichen Kern der Schutzziele der Bayerischen Bauordnung (Standortsicherheit, Brandschutz, gesunde Lebensverhältnisse und Umweltschutz) zu reduzieren. „Beim Bauen heißt auf das Wesentliche zu reduzieren, suffizient, nachhaltig und qualitätsorientiert zu handeln. Dafür stehen die Architektinnen und Architekten aller Fachrichtungen mit ihrer Innovationskraft und Expertise bereit. Dabei haben sie als gesellschaftliche Aufgabe vor allem auch den Gebäudebestand im Blick, der nicht nur nachhaltig und qualitativ weiterentwickelt, sondern auch weiterhin bezahlbar bleiben muss.“, so Prof. Lydia Haack weiter.

„Wir haben heute viele gute Gedanken gehört, die uns überzeugt haben. Und wenn man überzeugt ist, müssen Gesetze auch geändert werden. Nach den ersten positiven Reaktionen aus allen Fraktionen bin ich zuversichtlich, dass wir den Gebäudetypus E gemeinsam auf den Weg bringen werden.“, sagte Sebastian Körber, Vorsitzender des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr im Anschluss an die Diskussion.

Weiterführende Informationen

Der Bayerische Landtag hat zur Anhörung einen Bericht veröffentlicht: <https://www.bayern.landtag.de/aktuelles/aus-den-ausschuessen/bauausschuss-fachgesprach-zur-einfuehrung-einer-gebäudeklasse-e/>

Stoffpreisgleitklausel wird verlängert und angepasst

Das Bundesbauministerium und das Bundesverkehrsministerium haben die Stoffpreisgleitklausel bis zum 31. Dezember 2022 verlängert. Die Sonderregeln für den Umgang mit den gestiegenen Baupreisen auf Baustellen des Bundes (Hoch- und Tiefbau) galten zunächst bis Ende Juni. Zudem wurden Anregungen der Bauwirtschaft und der Bauverwaltungen aufgegriffen, die Preisgleitklausel praktisch handhabbarer zu machen.

Klara Geywitz, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen: „Die Stoffpreisgleitklausel ist ein gutes und pragmatisches Beispiel dafür, wie die Bauwirtschaft und die Bauverwaltungen schnell unterstützt werden können. Ich bin unseren Partnern der Bauwirtschaft für ihre konstruktiven Rückmeldungen dankbar. So wissen wir, was vor Ort hilft und was noch besser gemacht werden kann. In der Abwägung zwischen den Interessen der Unternehmen und der Steuerzahlerinnen und -zahler konnten nicht alle Hinweise aufgegriffen werden. Mit der Verlängerung bis Jahresende, der Ausweitung des Anwendungsbereichs der Klausel durch Absenkung der Aufgreifschwelle und der Verringerung des Selbstbehalts bei nachträglich vereinbarten Gleitklauseln wurden aber hilfreiche Änderungen für die Bauwirtschaft und die Auftraggeber gemeinsam in der Bundesregierung vereinbart.“

Beruhigung des Marktes

Oliver Luksic, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr und Koordinator der Bundesregierung für Güterverkehr und Logistik: „Mit der Verlängerung der Preisgleitklauseln stellen wir sicher, dass die Modernisierung der Verkehrswege trotz der mit dem russischen Angriff auf die Ukraine verbundenen Preissteigerungen weiter voranschreiten kann. Sie ermöglichen insbesondere für Stahl und erdölbasierte Produkte auch künftig eine Abfederung der erheblichen

Mehrkosten der Bauwirtschaft und tragen somit zur Beruhigung des Marktes bei. So können der Bund als öffentlicher Auftraggeber und die Bauunternehmen in partnerschaftlicher Weise gemeinsam und zielorientiert auf die Lieferengpässe reagieren.“

Zahlreiche Länder hatten die Bundesregelung aus dem März für ihren eigenen Zuständigkeitsbereich übernommen. Der Bund wird dafür werben, dass dies mit den nun präzisierten Regelungen ebenfalls geschieht.

Wesentliche Neuregelungen

Die wesentlichen Neuregelungen im Einzelnen:

- Die Regelungen werden bis 31. Dezember 2022 verlängert. Der bisherige Befristungszeitraum wird damit von 3 auf 6 Monate verdoppelt. Das gibt den Unternehmen Planungssicherheit.
- Die Schwelle, ab der Stoffpreisgleitklauseln zu vereinbaren sind, wird von 1 % auf 0,5 % Stoffanteil an der Auftragssumme abgesenkt. Mit dieser Ausweitung des Anwendungsbereichs wird verhindert, dass sich mehrere, knapp unter 1 % liegenden Stoffpositionen zu erheblichen Mehrbelastungen für das Unternehmen kumulieren. So konnte ein Unternehmen, dass z.B. in einer Position 0,9% Holz, in einer anderen 0,9% Stahl und in einer weiteren 0,9% Aluminium hat, bisher nicht von der Klausel profitieren, obwohl sich die Gesamtmenge der den Preisveränderungen besonders ausgesetzten Stoffe auf 2,7%

Denkmalschutzmedaille 2022:

Ein Stück Heimat bewahren

Die Städte Wasserburg am Inn und Kelheim sowie der Markt Cadolzburg sind in München von Kunstminister Markus Blume und Generalkonservator Prof. Mathias Pfeil, Leiter des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege, mit der Denkmalschutzmedaille ausgezeichnet worden. Sie zählen zu den insgesamt 14 Preisträgern aus Bayern, die sich in vielfacher Weise um den Erhalt von Denkmälern verdient gemacht haben.

„Die Interessen von Klimaschutz und Denkmalpflege gehen Hand in Hand. Ich freue mich daher, dass ich dieses Jahr erstmals eine Denkmalschutzmedaille in der Kategorie Klimaschutz vergeben kann“, betonte Staatsminister Blume. Die Stadt Wasserburg am Inn, vertreten durch Ersten Bürgermeister Michael Kölbl, wurde für die Durchführung eines kommunalen Denkmalkonzepts, Modellprojekt „Denkmalschutz und regenerative Energien“ geehrt. Konkret sollen im Altstadtbereich regenerative Energien realisiert werden.

Die Stadt Kelheim, vertreten durch Ersten Bürgermeister Christian Schweiger, wurde für die Instandsetzung des „Rauchhauses“ ausgezeichnet. Die Immobilie mit Geschichte wurde aufwändig restauriert und soll künftig als Amtsgebäude und Bürgerhaus genutzt werden.

Der Markt Cadolzburg, vertreten durch Ersten Bürgermeister Bernd Obst, erhielt die Denkmalschutzmedaille für die Instandsetzung des Aussichtsturms Cadolzburg. Bei statischen Unter-

suchungen des Aussichtsturms wurde festgestellt, dass über das Dach eingedrungene Feuchtigkeit zu Schäden an tragenden Holzkonstruktionsteilen und an der Sandsteinmauer geführt hat. Aus diesem Grund bekam der 44 Meter hohe Aussichtsturm, der im Volksmund nur „Bleistift“ genannt wird, nicht nur eine neue Haube, sondern wurde insgesamt aufwändig saniert.

„Die diesjährigen Preisträgerinnen und Preisträger haben mit viel Leidenschaft und Verständnis für unser kulturelles Erbe dazu beigetragen, ein Stück Heimat zu bewahren“, erklärte Blume. Auch Generalkonservator Prof. Dipl.-Ing. Architekt Mathias Pfeil dankte den Preisträgern und lobte: „Ihnen gilt mein großer Respekt. Sie haben mit viel Herzblut und Durchhaltevermögen das Gesicht unserer Heimat weitergetragen. Denn historische Bauwerke und archaische Zeugnisse sind nicht nur anschauliche Zeugen der Vergangenheit. Sie prägen die Lebenswelt der Menschen bis heute.“ DK

Verband bayerischer Wohnungsunternehmen e.V. (VdW Bayern):

Tolle Zahlen – trübe Aussichten

Bayerische Wohnungswirtschaft warnt nach Rekordjahr vor Einbruch beim Wohnungsbau

2021 war für die bayerische Wohnungswirtschaft ein Jahr der Superlative. Rekord-Investitionen, die höchsten Neubauzahlen seit 1995 und ein starker Anstieg bei den Sozialwohnungen. Doch die gute Stimmung ist bei den sozial orientierten Wohnungsunternehmen schnell verflogen, berichtet VdW Bayern-Verbandsdirektor Hans Maier bei der Jahrespressekonferenz des Verbandes. Auslöser sind die enormen Preissteigerungen bei den Baustoffen und die Zinsentwicklung am Kapitalmarkt. „Seit 2015 haben die Investitionen unserer Mitgliedsunternehmen jedes Jahr zugelegt“, berichtet Maier. Damit sei es nun wohl vorbei. Für 2023 rechnet der Verband mit einem starken Rückgang beim Wohnungsbau. Derzeit würden erste Wohnungsunternehmen ihre Projektplanungen auf Eis legen. Eine weitere Herausforderung sei die Umsetzung der Klimaschutzziele. Diese würden zu einer deutlichen Mehrbelastung der Mieterhaushalte führen.

Das Jahr 2021 ist trotz Corona-Pandemie für die Wohnungswirtschaft Bayern ausgesprochen gut gelaufen. Mit 2,5 Mrd. Euro (+13 Prozent) befinden sich die Investitionen der 493 sozial orientierten Wohnungsunternehmen auf einem Allzeithoch. Den größten Anteil an den Investitionen hat der Wohnungsneubau mit 1,5 Mrd. Euro (+14 Prozent), gefolgt von Instandhaltungsmaßnahmen mit 619 Mio. Euro und Wohnungsmodernisierungen mit 324 Mio. Euro. Ein kräftiges Plus erzielten die Wohnungsunternehmen beim Bau von 5.253 neuen Wohnungen (+26 Prozent). „So viele Wohnungen wurden seit 1995 nicht mehr durch unsere Mitglieder errichtet“, freut sich Maier. Besonders positiv sei der Zuwachs bei den Sozialwohnungen. 2021 wurden 3.235 öffentlich geförderte Wohnungen gebaut (+13 Prozent). Damit verwalten die Verbandsmitglieder 108.709 Sozialwohnungen. Insgesamt leben rund 1,4 Mio. Menschen in den 545.000 Wohnungen der Verbandsmitglieder. Die Durchschnittsmiete beträgt 6,59 Euro pro Quadratmeter.

Hohe Nachfrage nach bezahlbaren Wohnungen

Den Bedarf an bezahlbaren Mietwohnungen schätzt der Verband unverändert hoch ein. Der Wohnungsmarkt ist in vielen Klein- und Mittelstädten und

in allen bayerischen Großstädten seit Jahren angespannt. Eine schwierige Situation für die Wohnungswirtschaft, denn für die Flüchtlinge aus der Ukraine gibt es kaum freie Wohnungen. „Leider können wir hier keine schnelle Lösung bieten“, bedauert der Verbandsdirektor. Die Neubauziele des Bundes von 400.000 neuen Wohnungen jährlich seien vor diesem Hintergrund unbedingt notwendig.

Wohnungsbau wird schwieriger

Doch aus Sicht des VdW Bayern haben sich die Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau drastisch verschlechtert. Die aktuellen Kostensteigerungen bei Baustoffen und Materialengpässe wirken sich zunehmend auf den Wohnungsbau in Bayern aus. Der immense Kostenanstieg verhindert für die Verbandsmitglieder eine seriöse Kalkulation von Bauprojekten. Die Folge: Falls der Preisanstieg nicht gestoppt wird, werden 60 Prozent der Wohnungsunternehmen ihre Neubau- und Modernisierungsprojekte zurückstellen. „Bei unseren Mitgliedern geht es immer um den Bau bezahlbarer Wohnungen. Wenn das durch hohe Grundstückspreise, explodierende Materialkosten und steigenden Bauzinsen nicht mehr möglich ist, wird der Neubau leiden“, erklärt Maier.

Klimaschutz und bezahlbares Wohnen verbinden

Als weitere große Herausforderung nennt der Verbandsdirektor das Ziel der Klimaneutralität im Freistaat bis 2040. Die wichtige Rolle des Wohnungsbestands für den Klimaschutz sei dabei unbestritten. Doch der Verband erwartet von der Politik bessere Ansätze als eine reflexartige stetige Verschärfung der Effizienzstandards für Wohnungen. „Das macht das Bauen immer teurer und treibt so die Mieten nach oben“, kritisiert der Verbandschef. Er fordert

Erfolgreiches Sonderförderprogramm Sportstättenbau:

Sportvereine bauen an ihrer nachhaltigen Zukunft

Bayerns Sportvereine bauen landauf, landab erfolgreich an einer nachhaltigen Zukunft: Das von der Bayerischen Staatsregierung im Juli 2019 eingeführte Sonderförderprogramm Sportstättenbau erfreut sich nach wie vor hoher Attraktivität und großer Beliebtheit. Seit Beginn des Sonderförderprogramms im Juli 2019 wurden über den BLSV binnen der letzten drei Jahre über 2.300 Förderanträge aus ganz Bayern mit einem Gesamtvolumen von 310 Millionen Euro bearbeitet.

„Vor dem großen Engagement der in den Sportvereinen engagierten Menschen haben wir großen Respekt und unterstützen sie über das Ressort Sportstättenbau bestmöglich. Das Sonderprogramm für den vereinseigenen Sportstättenbau in strukturschwachen Regionen mit seinen zusätzlichen Finanzmitteln unterstützt unsere Vereine in den strukturschwächeren bayerischen Regionen entscheidend“, sagt der Präsident des BLSV, Jörg Ammon. „Es wird nach wie vor stark genutzt, weswegen wir uns dafür eingesetzt haben, die Mittel im Fondertopf aufzustocken. Dass dies gelungen ist, freut uns sehr. Den Vereinen, die sich bei ihren Sportstätten zeitgemäß und zukunftsfest aufstellen und dem Freistaat, der das ehrenamtliche Engagement damit so wertschätzend unterstützt, sind wir sehr dankbar. Darüber hinaus kommt dieses Programm nicht nur unseren Vereinen und damit unseren rund 4,4 Millionen Sportlerinnen und Sportlern zugute, sondern auch der heimischen Wirtschaft. Denn ganz überwiegend gehen die Bauaufträge an Unternehmen aus der jeweiligen Region. Über die Einnahmen der Umsatzsteuer der nicht vorsteuerabzugsberechtigten Vereine profitiert dann der Staat ebenfalls kräftig. Damit ist das Sportförderprogramm dreifach erfolgreich – für den bayerischen Sport, die bayerische Wirtschaft und den Freistaat Bayern!“

der einen sozialen Klimaschutz und neue massentaugliche Konzepte für den Gebäudebereich. Klimaneutralität werde am besten durch eine Kombination aus guten bautechnischen Maßnahmen und der Versorgung mit erneuerbaren Energien erreicht. „Das wissen wir aus vielen realisierten Projekten“, sagt Maier. Gerade angesichts der drastisch steigenden Energiepreise müsse die Energiewende im Gebäudesektor dringend vorangebracht werden und der Gesetzgeber solle endlich vereinfachte Bedingungen für die Nutzung von Mieterstrom, etwa aus Photovoltaikanlagen, schaffen. „Aus Sicht der Wohnungswirtschaft heißt das Ziel, Klimaschutz und bezahlbares Wohnen zu vereinbaren“, betont der Verbandsdirektor.

Bayerisches Baugewerbe zur Krisenbewältigung:

Verlässliche und mutige Baupolitik gefordert

„Das Baugewerbe braucht in diesen krisenhaften Zeiten eine verlässliche und mutige Baupolitik, welche die Rahmenbedingungen für das Bauen der veränderten Situation anpasst. Dazu zählen eine verlässliche und verstetigte Neubauförderung und eine Verständigung auf ein bauphysikalisch und wirtschaftlich sinnvolles Niveau bei den Klimaschutzanforderungen im Wohnungsbau. Außerdem muss die Bundespolitik die kommunale Investitionstätigkeit unterstützen, sei es durch Entlastung von Altschulden oder durch Förderprogramme. Wir fordern die versprochene Entlastung von Bauherren etwa durch Einführung eines Freibetrags bei der Grunderwerbssteuer und die Erhöhung der AfA von 2 auf 3 Prozentpunkte ein. Und es müssen endlich mutige Schritte zum Abbau der Überreglementierung des Bauens durch Verordnungen und Vorschriften unternommen werden.“ Mit diesen Worten forderte Wolfgang Schubert-Raab anlässlich der Jahrespressekonferenz des Landesverbands Bayerischer Bauinnungen baupolitische Maßnahmen ein.

Lieferschwierigkeiten und Preissteigerungen bei Baustoffen sowie steigende Finanzierungskosten und eine äußerst schwierige Fachkräftesituation verunsichern die Unternehmen des bayerischen Baugewerbes. Trotzdem läuft es in die



Wolfgang Schubert-Raab.

Bild: Landesverband Bayerischer Bauinnungen

sem Frühjahr auf den Baustellen noch vergleichsweise gut.

Frühjahrskonjunkturumfrage

Das zeigen die Ergebnisse der Frühjahrskonjunkturumfrage des Landesverbands Bayerischer Bauinnungen, an der sich 400 Mitgliedsunternehmen beteiligten. Die derzeitige Geschäftslage wird von fast der Hälfte der Bauunternehmen als „gut“ bewertet. Nur etwa jeder siebte Betrieb beurteilt seine aktuelle Geschäftslage als „schlecht“. Auch die Auftragsbücher sind insgesamt gut gefüllt. Nur im Öffentlichen Hochbau und im Straßen- und Tiefbau läuft es nicht rund. Dort klagen rund 38 % der Betriebe über einen zu kleinen Auftragsbestand, nur jedes 5. Unternehmen ist mit seiner Auftragsreichweite zufrieden.

Die Erwartungen sind hingegen von großen Unsicher-

heiten geprägt. Die deutlichen Preissteigerungen, mit denen die Bauunternehmen im Einkauf konfrontiert sind, erschweren viele Bauvorhaben. Alle Baubetriebe berichten von deutlich gestiegenen Einkaufspreisen in den vergangenen 3 Monaten und gehen davon aus, dass die Preise für Baustoffe und Materialien in den nächsten Monaten weiter deutlich steigen werden. Die Bauunternehmen kommen deshalb nicht umhin, die Preise für ihre Bauleistungen zu erhöhen. In den letzten Monaten haben das etwa 90% der Bauunternehmen getan. Bauherren müssen in den kommenden Monaten mit weiteren Preissteigerungen rechnen.

Beschäftigungsmotor.

Trotz der Unsicherheiten bleibt das mittelständisch geprägte Baugewerbe ein Beschäftigungsmotor. Jedes 5. Unternehmen plant weiteres Personal einzustellen. Nur etwa 7% sehen sich veranlasst, Personal abzubauen. Ganz überwiegend (73%) soll das Personal gehalten werden. Damit hält der Beschäftigungsaufbau auch in Krisenzeiten weiter an.

Sicherer und attraktiver Arbeitgeber.

Wolfgang Schubert-Raab: „Das Baugewerbe ist und bleibt auch in Krisenzeiten ein sicherer und attraktiver Arbeitgeber. Mich freut es besonders, dass jeder 3. Mitgliedsbetrieb unseres Verbandes die Lehrlingszahl in diesem Jahr erhöhen will. Der Bedarf an Fachkräften ist aber noch viel größer, denn fast zwei Drittel der Betriebe hat unbesetzte Ausbildungsplätze. Unsere Mitgliedsbetriebe und die Bauinnungen beraten junge Menschen gerne über die Ausbildungs- und Jobchancen am Bau.“

Zeit für innovative, nachhaltige Baustoffe

Mitgliederversammlung des Bayerischen Industrieverbandes Baustoffe, Steine und Erden e.V. (BIV)

Am 20. Mai 2022 hielt der Bayerische Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden e. V. in Augsburg seine erste Mitgliederversammlung nach den Coronajahren ab. Anlass war unter anderem die Wahl des Vorstandes. Präsident Georg Fetzer und die Vizepräsidenten Andreas Moßandl und Andreas Veitinger wurden einstimmig wiedergewählt.

Im Verband wertet man die Wahl als Zeichen der Beständigkeit in unruhigen Zeiten. Die Bau- und Rohstoffunternehmen allerdings stehen vor einem tiefgreifenden Wandel. Viele dieser Umbrüche wurden jedoch schon weit in der Vergangenheit angestoßen. Schlanke, temperaturregulierende Bauteile sind z.B. keine neuen Erfindungen. Präsident Fetzer richtete deshalb einen einerseits hoffnungsvollen, aber auch kritischen Blick in die Zukunft.

Bau- und Rohstoffe werden teurer oder sind gar nicht mehr verfügbar

Das Klima für private wie öffentliche Bauinvestitionen hat sich in den vergangenen Monaten rapide verschlechtert. Bauvorhaben werden gestoppt, Bauunternehmen berichten von Stornierungen beim Einfamilienhausbau. Bereits im vergangenen Jahr sind die Preise für europäisch gehandelte CO2-Zertifikate stark angestiegen, was zu einer Verteuerung des wichtigsten Ausgangsstoffs für Beton, nämlich des Zements, führte. Die Preise für Gesteinskörnungen steigen aufgrund zurück-



V.l.: Andreas Moßandl, Georg Fetzer und Andreas Veitinger.

gehender Verfügbarkeiten an Grund und Boden und aufwendiger Genehmigungen bereits seit vielen Jahren überproportional. Auch die in jüngster Zeit stark gestiegenen Kraftstoffpreise tragen dazu bei. Umso mehr ein Aufruf, Transportwege kurz zu halten, eine regionale Roh- und damit Baustoffversorgung zu verfolgen. Im Sinne des Umweltgedanken und der Unabhängigkeit von Importen.

Bürokratieabbau und eine schnelle Wende in der Energiepolitik

Wo der Staat jetzt wirklich ernst machen muss, ist beim

Abbau von bürokratischen Hürden. Jede kleinste innovative Maßnahme wird im Dickicht von Bedenken und genehmigungsrechtlichen Vorschriften erstickt. Aktuelles Beispiel ist die Genehmigungspraxis bei der Installation von schwimmenden PV-Anlagen auf ausgekieseten Baggerseen. Hier gibt es enormes Potenzial, das nach Untersuchungen bis zu 20 GWP (GigaWattPeak) Leistung aus Photovoltaik ermöglichen würde. Geplante Beschränkungen im Entwurf des Wasserhaushaltsgesetzes würden diese auf rund 1 GWP Leistung schmälern.

Gemeinsames Positionspapier zum Baustoffrecycling

Weiteres Beispiel: Viele der im BIV organisierten Unternehmen bieten vorgefertigte Lösungen an, um die hohe Nachfrage im Wohnungsbau zu bedienen. Dabei werden ausgeklügelte technische Ideen umgesetzt. Diese sind häufig materialsparender, effizienter und damit kostengünstiger umsetzbar, aber leider nicht durch bestehende Normen abgedeckt. Aufwendige bauaufsichtliche Zulassungen durch das Deutsche Institut für Bautechnik sind erforderlich. Auch das dauert häufig Jahre und bremst zukunftsweisende Innovationen aus.

In einem mit dem BRB (Baus-

stoffrecycling Bayern) verfassten Positionspapier bekennt sich der BIV zur Bedeutung und Förderung von Recyclingbaustoffen als einen wesentlichen Baustein für eine langfristige Versorgung mit mineralischen Baustoffen. Auf der anderen Seite wird von der Recyclingseite klargestellt, dass ein kompletter Ersatz von Primärbaustoffen durch die Aufbereitung mineralischer Abfälle nicht möglich ist und die Sicherung von Rohstoffgewinnungsflächen auch weiterhin eine wesentliche volkswirtschaftliche Aufgabe bleiben muss.

HEUTE BAUSCHUTT

MORGEN BAUSTOFF

BAUSTOFF-RECYCLING: Aktiver Klima- & Umweltschutz

Alte Baustoffe werden zu neuen Rohstoffen, z.B. für den kommunalen Straßen- und Tiefbau. Mehr Infos unter: baustoffrecycling-bayern.de

Baustoff Recycling Bayern e.V.
Telefon: 089 / 20 80 39 - 414
Leopoldstraße 244 · 80807 München

Bauministerium und Forstministerium entwickeln gemeinsam Holzbauförderprogramm:

Bayern zahlt Klimaprämie für Holzhäuser

2040 will Bayern klimaneutral sein, Holzbau wichtiger Bestandteil der Klimastrategie
500 Euro Zuschuss je Tonne gespeichertem CO₂

Mit der Einführung des Holzbauförderprogramms im Rahmen der Klimaoffensive „Klimaland Bayern“ setzt der Freistaat Bayern neue Impulse in der Klimastrategie. Das Programm ist ein wichtiger Baustein, um das ehrgeizige Ziel, bis zum Jahr 2040 klimaneutral zu sein, zu erreichen. Der Freistaat übernimmt damit eine Vorreiterrolle, da nicht direkt der Baustoff Holz, sondern seine Klimawirksamkeit, also die Speicherung von CO₂, gefördert wird. Davon profitieren werden private Bauherren ebenso wie Unternehmen und Kommunen. Bayerns Bauminister Christian Bernreiter und Forstministerin Michaela Kaniber stellten den neuen Holzbauschuss bei der Besichtigung einer sich im Bau befindlichen Wohnanlage in Holz-Hybridbauweise in Utting vor.

Bernreiter ging dabei auf die Bedeutung des neuen Förderprogramms für den Klimaschutz ein: „Holz ist ein nachwachsende

Holz aufgrund seiner Klimawirksamkeit, zu der insbesondere seine Fähigkeit zur langfristigen Bindung von CO₂ und die

mit den Wohnraumförderprogrammen kombiniert werden. Die Zuwendungshöhe beträgt 500 Euro je Tonne der in den Holzelementen und Dämmstoffen gebundenen Kohlenstoffmenge. Die Förderung beträgt bis zu 200.000 Euro je Baumaßnahme.

Ein Beispiel für Projekte, die künftig in den Genuss der neuen Förderung kommen können, besichtigten die beiden Minister in Utting. Auf dem sogenannten Schmucker-Areal errichtet das Kommunalunternehmen der Gemeinde derzeit eine neue Wohnanlage mit 88 geförderten Wohneinheiten in unterschiedlicher Größe. Die insgesamt sechs Häuser der neuen Anlage werden in Holz-Hybrid-Bauweise errichtet. Bei allen tragenden Wänden und auch den einzelnen Wohnungen kommt damit der Baustoff Holz zum Einsatz – die Anlage kann damit weitgehend CO₂-neutral gebaut werden. Die Gemeinde Utting setzt damit nicht nur einen wichtigen Akzent für mehr Klimaschutz am Bau, sondern weitet auch ihr Angebot an dringend benötigtem bezahlbarem Wohnraum aus.

Informationen: www.stmb.bayern.de/buw/bauthemen/gebaeudeundenergie/foerderprogramm/index.php



V. l.: Florian Hoffmann, 1. Bürgermeister von Utting am Ammersee, Forstministerin Michaela Kaniber und Bauminister Christian Bernreiter.

Bild: Pia Regnet / StMELF

der, heimischer und klimagerechter Baustoff. Mit der neuen Bayerischen Förderrichtlinie Holz haben wir einen weiteren wichtigen Baustein nicht nur für den Klimaschutz in Bayern geschaffen, sondern auch für mehr Wohnraum sowie für klimagerechte Schulen, Kindergärten und andere Einrichtungen der sozialen Infrastruktur.“

Staatsministerin Michaela Kaniber: „Die Förderrichtlinie ist ein Meilenstein für mehr Klimaschutz in Bayern. Denn Holz ist der Roh- und Baustoff der Zukunft. Dank der großartigen Leistungen unserer bayerischen Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer wächst er nicht nur ständig und in ausreichender Menge direkt vor unserer Haustüre nach, sondern filtert und speichert auch noch dauerhaft enorme Mengen CO₂ aus der Luft. Mehr Holzbau ist mehr Klimaschutz! Wer mit Holz baut, wird zum aktiven Klimaschützer.“

Ziel des neuen Holzbauschusses ist es, den Baustoff

Reduktion von energiebedingten CO₂-Emissionen beitragen, noch stärker zu fördern. Die Förderung zielt darauf ab, endliche Ressourcen durch eine vermehrte Verwendung von Bauelementen aus Holz und anderen nachwachsenden Rohstoffen zu schonen. Voraussetzung für eine Förderung eines Bauvorhabens ist, dass seine Tragwerkskonstruktionen überwiegend aus Holz bestehen. Die Menge des gebundenen Kohlenstoffs wird dabei mittels einer speziellen Berechnungsmethode ermittelt.

Gefördert werden können kommunale Gebäude wie Verwaltungsgebäude sowie soziale Infrastruktur wie Schulen und Kindergärten. Ebenso werden Neubau, Erweiterung und Aufstockung mehrgeschossiger Wohngebäude gefördert. Davon sollen Städte und Gemeinden, aber auch private Bauherren und Unternehmen profitieren. Die Zuwendung wird als Zuschuss gewährt und kann auch

Weiterbildung – Holz als wichtiger Werkstoff der Zukunft:

TUM.wood – Mit Holz bauen

Holz gehört zu den nachwachsenden Rohstoffen und wird aktuell stark nachgefragt. Der Holzbau hat in den letzten Jahren in Diskussionen zum verantwortungsbewussten Umgang mit Ressourcen und klimaschonender Bauweise enorm an Relevanz gewonnen.

Wertvolles Know-how für den Weg in ein neues Holz-Zeitalter

Grundlage für die Nutzung des Werkstoffs und für eine Steigerung der Holzbaquote in den Gemeinden ist aktuelles und ganzheitliches Wissen. Die aktuellsten ökologischen, ökonomischen, technischen und architektonischen Fachkenntnisse des modernen Holzbaus vermittelt das beliebte Zertifikatsprogramm „TUM.wood – mit Holz bauen“ am Institute for LifeLong Learning der Technischen Universität München (TUM). Es richtet sich an Planerinnen und Planer in Architektur- und Ingenieurbüros ebenso wie an Ent-

scheidungsträger in Planungsämtern der Gemeinden, Wohnungsbaugesellschaften oder (Bau-)Unternehmen.

Forschung trifft Praxis: Von Architektur bis Kreislaufwirtschaft

Die Experten der TUM bringen den Teilnehmenden wissenschaftliche Sachverhalte praxistauglich nahe und versetzen sie in die Lage, die Anforderungen des Planens und Bauens mit Holz tiefgreifend zu verstehen und fachgerecht umzusetzen. Dabei wird das notwendige Wissen um Architektur, Konstruktion, Regelwerk und holzbauspezifische Planungsprozesse ebenso behandelt wie Grundlagen der Ökobilanzierung und Kreislaufwirtschaft.

TUM.wood: Gebündelte Kompetenzen aus Forschung, Forst- und Holzindustrie, Architektur und Baupraxis

Das Weiterbildungsprogramm TUM.wood wurde vom gleichnamigen Netzwerk ins Leben gerufen. TUM.wood ist ein weltweit einmaliges Forschungsnetzwerk mit dem gemeinsamen Ziel, das Potenzial des Rohstoffs Holz stärker zu nutzen, seinen Beitrag zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen zu stärken und Wege in ein neues Holz-Zeitalter aufzuzeigen. TUM.wood bündelt Kompetenzen aus Forschung, Forst- und Holzindustrie, Architektur und Baupraxis.

Das Zertifikatsprogramm kombiniert die neuesten Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis auf einzigartige Weise und befähigt die Teilnehmenden für das Planen und Bauen mit Holz. Der didaktische Aufbau des Pro-

Verbändeallianz legt Positionspapier vor:

Lebenswerte Innenstädte mit Zukunft

Innenstädte müssen für alle Menschen und Generationen ein lebenswertes Zuhause bieten. Dieses Ziel verfolgen Deutscher Städtetag, Handelsverband Deutschland, ver.di, das Deutsche Institut für Urbanistik und der Deutsche Kulturrat. Sie wollen den Wandel gemeinsam anpacken und richten deshalb einen Appell an Bund und Länder sowie alle Akteure in den Städten.

„Der Mix aus Wohnen, Arbeiten, Handel, Wirtschaften und Erleben machen die Innenstadt attraktiv und lebenswert. Die Lebensqualität der Menschen hängt entscheidend von guten Wohn-, Arbeits- und Entlohnungsbedingungen ab“, betont die Verbändeallianz. Es gelte, den öffentlichen Raum neu auszurichten für Begegnung und Erlebnis, für mehr Grün, für Handel und Gastronomie, Kultur, für emissionsfreie Mobilität, für Spiel- und Sportplätze. Vor allem der stark mittelständisch geprägte Innenstadthandel benötige infolge der Corona-Pandemie noch mehr Unterstützung, um dem enormen Anpassungsdruck standhalten zu können und notwendige Zukunftsinvestitionen aus eigener Kraft zu stemmen. Der Einzelhandel sollte über den Digitalisierungsfonds darin unterstützt werden, seine Angebote partiell zu digitalisieren, ohne seine stationären Standorte aufgeben zu müssen.

Adäquates Wohnen ist Grundbedürfnis

Kultur ist Grundbedürfnis der Menschen und gehört auch zur kommunalen Daseinsvorsorge. Sie wird deshalb mit öffentlichen Mitteln gefördert. Das sollte nach Überzeugung der Allianz auch für die Nutzung adäquater Räumlichkeiten in den Innenstädten gelten. Moderne musikalische, visuelle, performative, digitale Kunst sei der Anspruch der Kultur- und Kreativwirtschaft. Sie setze Impulse für urbanes Leben und Identifikation. Kulturschaffen-

de und Kultureinrichtungen benötigten gerade jetzt mehr Unterstützung.

Lebenswerte Innenstädte brauchen zudem einen leistungsfähigen und bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr und sind auf eine optimale Erreichbarkeit angewiesen. „Wir müssen mehr Anreize für einen klimagerechten Mobilitätswandel setzen. Das geht nur mit einem gut ausgebauten Netz von Bussen und Bahnen mit emissionsfreien Antrieben, einer engeren Taktung, attraktiven Angeboten sowie guten Verbindungen ins Umland und einer besseren Verknüpfung des Individualverkehrs mit dem ÖPNV.“

Den Wandel zu gestalten, erfordere einen langen Atem und neue Formen des Zusammenwirkens von Bund, Ländern und Kommunen, von Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Synergien, Kompetenzen und Wissenstransfer für eine nachhaltige Stadtentwicklung müssten gestärkt werden. Strukturen wie der Beirat Innenstadt oder das bereits bestehende „Mittelstand 4.0-Kompetenzzentrum Handel“ seien konsequent weiterzuentwickeln. Darüber hinaus müssten Transformationen finanzierbar sein. Dafür sei ein Sonderprogramm Innenstadtentwicklung des Bundes mit 500 Millionen Euro jährlich über fünf Jahre nötig.

„Wo heute noch Autos wertvollen öffentlichen Raum zapfen, werden wir in Zukunft mehr Vielfalt haben: Plätze zum Verweilen und für Begegnung, mehr Grünflächen, Gastronomie, Spiel, Sport. Zum Wohnen und Arbeiten mit klugen Mobilitätsstationen sowie Rad-schnellwege, die das Umland mit dem Stadtzentrum verbinden“, kommentierte Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages. „Städte für Menschen, das ist unser Ziel. Städte brauchen dafür die Beifreiheit und finanziellen Spielraum für Investitionen. Das gelingt mit Kommunikation und Kreativität sowie mit einer besseren Finanzausstattung der Kommunen.“

DK

das Institute for LifeLong Learning der Technischen Universität München für die Entwicklung und Pilotierung des Weiterbildungsprogramms während der ersten beiden Jahre finanzielle Förderung. Nach dem erfolgreichen ersten Kurs im letzten Jahr kann somit den Teilnehmer*innen in diesem Jahr letztmalig eine vergünstigte Kursgebühr von 2.850 EUR zugesichert werden.

Wann und wo

Der Zertifikatskurs „TUM.wood – mit Holz bauen“ findet an einzelnen Terminen zwischen Ende September und Anfang November 2022 an der Technischen Universität München und online statt.

Weitere Infos und Anmeldung: <https://www.ill.tum.de/de/certificate/tum-wood-mit-holz-bauen>.

OK.WOBIS für Wohngeldstellen

Unterstützung für Wohngeldämter beim Heizkostenzuschuss
Wegen der stark gestiegenen Energiekosten erhalten Haushalte in Deutschland, die Wohngeld beziehen, einmalig einen Heizkostenzuschuss. 710.000 Wohngeldempfänger werden damit entlastet. Ein neues Modul in der Software OK.WOBIS unterstützt Wohngeldämter bei der Umsetzung.

Das Gesetz trat am 1. Juni in Kraft. Seit Anfang Juni 2022 zahlen Wohngeldstellen Empfängern von Wohngeld einmalig einen Zuschuss von mindestens 270 Euro aus. Voraussetzung dafür ist, dass sie von Oktober 2021 bis März 2022 mindestens einen Monat Wohngeld erhalten haben. Die Höhe der Unterstützung ist abhängig von der Anzahl der Personen, die in einem Haushalt leben.

Die Fachkräfte einer Wohngeldstelle ermitteln über das neue Modul „Einmalzahlung Heizkostenzuschuss“ in nur wenigen Schritten im gesamten Bestand von OK.WOBIS die betroffenen Fälle. Die Software errechnet für die leistungsberechtigten Personen automatisch die Höhe des Zuschusses.

Bei der Vorbereitung der Auszahlung wird die Bankverbindung des Haushaltsvorstandes automatisch zur Verwendung vorgeschlagen, kann jedoch manuell geändert werden. OK.WOBIS erzeugt auf Knopfdruck die Zahlungsdatei. Dank übersichtlicher Listen kontrollieren Sachbearbeitung oder Sachgebietsleitung die Beträge vor der Anweisung der Zahlung und geben sie anschließend frei. Rechtzeitig für die Auszahlung des Zuschusses im Juni hat die AKDB das Modul den Kommunen bereitgestellt.

Interesse oder Fragen? Wenden Sie sich gerne an Ihren zuständigen AKDB-Vertriebsberater oder an den OK.WOBIS-Kundenservice.

□

Frauen Union Vohenstrauß:

Barrierefrei leben

Die Frauen Union (FU) Vohenstrauß informierte sich über barrierefreies Wohnen und konnte dies in Tirschenreuth besichtigen. Hier steht eine Musterwohnung von „Mein Daheim“ zur Verfügung, wie sie für pflegedürftige Menschen nötig ist.

FU-Vorsitzende Michaela Reger hatte diesen Infonachmittag in Tirschenreuth organisiert. Mit ihren Mitgliedern konnte sie sich vor Ort aufklären lassen. Isolde Guba, hauptamtliche zertifizierte Wohnberaterin, führte die Frauen aus Vohenstrauß durch das Haus und erklärte alle Hilfsmittel, die bei den unterschiedlichsten Krankheiten für die zu Pflegenden Zuhause hilfreich sind.

Rechtzeitige Information

Reger bedankte sich mit einem Präsent bei „soviel Fachkompetenz“ und betonte, wie wichtig es ist informiert zu sein – am Besten schon bevor ein Pflegefall eintritt.

Ehrenamtliche Wohnberaterinnen werden in den Gemeinden des Landkreises Tirschenreuth eingesetzt. Vor Ort sind sie Ansprechpartner und gehören zu dem Team des Kompetenzwerkes „Mein Daheim“ der Kommunalen Wohnberatungsstelle im Landkreis Tirschenreuth. Sie beraten, machen Hausbesuche und klären die Ratsuchenden auf, welche Anpassungen in deren Wohnung nötig sind, um möglichst lange im „eigenen Reich“ bleiben zu können. In Vorträgen und Veranstaltungen sowie bei den Besichtigungen in Tirschenreuth in der Musterwohnung versuchen sie zu sensibilisieren wie komfortables und barrierefreies Wohnen sein kann.

Sieglinde Schärtl



Hier zeigt die Wohnberaterin wie ohne Kraftaufwendung die Einrichtungen zu bedienen sind.

Bild: Michaela Reger (FU)

„Das ist für uns Win-Win-Win“

BKH Lohr ist seit fünf Jahren ein „Selbsthilfefreundliches Krankenhaus“

Gesund zu werden, ist ein Gemeinschaftsunternehmen. Es braucht einen guten Arzt. Der Patient muss mitziehen. Außerdem sollte das nähere Umfeld den Genesungsprozess wohlwollend begleiten. Von wachsender Bedeutung ist darüber hinaus die Selbsthilfe. Die wird im Lohrer Bezirkskrankenhaus großgeschrieben. Seit genau fünf Jahren ist das Klinikum ein „Selbsthilfefreundliches Krankenhaus“.

Gerade psychische Erkrankungen stellen für alle Beteiligten eine Herausforderung dar. Angehörige müssen mitunter aus hartem Holz geschnitzt sein, um den Partner, Vater oder Sohn durch alle Höhen und Tiefen des seelischen Leidens zu begleiten. Hierbei hilft der von Eva Mende geleitete Verein den Angehörigen psychisch Kranker in Aschaffenburg. Die Organisation ist integraler Bestandteil des Lohrer Konzepts „Selbsthilfefreundliches Krankenhaus“. Den Vertrag zwischen dem BKH und der Selbsthilfegruppe bezeichnet Eva Mende als „Win-Win-Win“.

So finden zum Beispiel an jedem zweiten Dienstag im Monat im Bistro auf dem Klinikgelände Gespräche zwischen Angehörigen, Patienten und Profis aus dem BKH statt. „Triologisches Treffen“ nennt sich dies. „So etwas bietet bayernweit kaum eine Klinik an“, sagt Mende.

Während es sich bei Depressionen, Angststörungen oder Psychosen um Leiden handelt, von denen häufig auch jüngere Menschen betroffen sind, kümmert sich Friederike Platzeck um Patienten, die an einer typischen Alterskrankheit leiden: Alzheimer. Platzeck sitzt der Alzheimer-Gesellschaft Aschaffenburg vor. Auch die kooperiert eng mit dem BKH. „Unsere Erfahrungen sind durchweg positiv“, betont die Vorstandsfrau. Angehörige berichteten, dass ihre Anliegen ernst genommen würden: „Pflegerpersonal, Sozialarbeiter und Ärzte sind einfühlsame, lösungsorientierte Ansprechpartner.“

Oft ist aus Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen zu hören, dass sich Patienten und Angehörige kaum trauen, Kritik zu üben, weil sie Nachteile befürchten. Im BKH Lohr existiert diese Sorge nicht. Irena Težak von der in Würzburg angesiedelten „Selbsthilfekoordination Bayern“ wundert das nicht. Das Klinikum sei ernsthaft an der Kooperation mit der Selbsthilfe interessiert: „Der ärztliche Leiter, Dominikus Bönsch, ist sehr ak-

tiv, ebenso wie die Selbsthilfebeauftragte Claudia Hahne-Ebert.“ Selbsthilfefreundlichkeit werde mit Leben erfüllt. Das sei keineswegs überall so.

Dominikus Bönsch freut sich über die lobenden Worte für sein Team. Die Selbsthilfe, betont er, sei für ihn in der Tat äußerst wichtig: „Während ein Klinikau-fenthalt nur einen kurzen Moment in der Behandlung darstellt, ermöglichen Selbsthilfe und die Unterstützung der Angehörigen eine langfristige Weiterentwicklung.“ Schon bei der Auszeichnung mit dem Zertifikat „Selbsthilfefreundliches Krankenhaus“ 2017 hatte er betont, dass Selbsthilfe die Selbstwirksamkeit der Patienten stärken könne.

Dauerhaft abstinent bleiben

Gerade Suchtkranke müssen nach ihrer Entlassung eine schwierige Situation meistern: Es gilt, dauerhaft abstinent zu bleiben. Dies gelingt laut Dominikus Bönsch besonders gut, wenn sich die Patienten einer Selbsthilfegruppe anschließen: „Je früher sie Zugang finden, umso besser.“ Durch das Konzept „Selbsthilfefreundliches Krankenhaus“ würden frühe Zugänge ermöglicht. Im Übrigen lerne seine Klinik von den Rückmeldungen aus der Selbsthilfe: „Lücken in der Behandlung können besser identifiziert werden.“ Für die Zukunft wünscht sich Bönsch mehr Fortbildungen mit Betroffenen und Angehörigen als Co-Referenten.

Zu jenen Selbsthilfe-Gruppen, die seit Jahrzehnten fest im Gemeinwesen verankert sind, gehören die Anonymen Alkoholiker (AA). Karin (Name geändert), Mitglied der Lohrer Gruppe, verband mit dem Projekt „Selbsthilfefreundliches Krankenhaus“ vor fünf Jahren die Hoffnung, dass mehr Patienten aus dem BKH in die Meetings finden. Dies habe sich nicht erfüllt. Woran das liegt, sei schwer zu sagen. Karin vermutet, dass nicht jeder Arzt den Patienten bei der Entlassung einen AA-Flyer in die Hand drückt. Wo-

möglich mangle es aber auch an Motivation seitens der Patienten.

Für den Kreuzbund war die Vertragsunterzeichnung 2017 ein bedeutendes Ereignis. Damit seien die Vertreter der Sucht-selbsthilfe als Experten anerkannt worden, sagt Manfred Marold, der die Lohrer Kreuzbund-Gruppe leitet. Konkret bedeute dies, dass der Kreuzbund seine „Erfahrungskompetenzen“ einbringen könne: „Im Gegenzug partizipieren wir am Fachwissen der Klinik.“ Einmal im Monat wird die Gruppenarbeit auf den Suchtstationen vorgestellt. Lautsprecherdurchsagen machen die Pa-

Grundsteinlegung zum Neubau der Berufsschule Höchstädt

Mit der Grundsteinlegung zum Neubau und der Sanierung des Klassen- und Verwaltungsgebäudes der Staatlichen Berufsschule Höchstädt hat der Landkreis Dillingen eine Millioneninvestition in die Sicherung des Standortes besiegelt.

„Die Maßnahme stellt mit geschätzten Gesamtkosten von rund 50 Mio. Euro die mit Abstand größte Investitionsmaßnahme in eine Bildungseinrichtung im Landkreis in den letzten Jahrzehnten dar“, betonte der zum Zeitpunkt der Grundsteinlegung noch amtierende Landrat Leo Schrell.

Derzeit laufen die Baumaßnahmen zum Neubau für die Fachbereiche Garten- und Landschaftsbau sowie Landwirtschaft. Damit wird der Praxisteil neu realisiert. Er umfasst im Erdgeschoss zwei Bodenhallen und Werkstätten für Holz und Metall sowie in den beiden Obergeschossen 16 Klassenräume mit Nebenräumen für die genannten Fachbereiche.

Nach dem Abbruch des Bestandsgebäudes kommen noch zwei neue Gewächshäuser mit dazugehörigen Fachklassen und einer Eingangshalle dazu. Für diesen ersten Bauabschnitt sind 19 Mio. Euro veranschlagt.

Ursprünglich war gedacht, die vorhandenen Gebäude aufzustocken bzw. zu generalsanieren. Im Planungsprozess habe sich nach Aussage des Landrats allerdings gezeigt, dass die vorgesehenen Flächen und Gebäude weder ausreichend noch wirtschaftlich sanierbar sind und sich der Bedarf durch den Wegfall der ange-

tierten hierauf aufmerksam.

Damit tatsächlich gelingt, was vertraglich fixiert ist, sind immer wieder Treffen nötig. Und so kommen denn auch im BKH Lohr regelmäßig Vertreter von Selbsthilfegruppen sowie Vertreter der Klinik zum Austausch und in Qualitätszirkeln zusammen. Das ist sehr gut, so Marold: „Aber es kostet uns natürlich auch Zeit und Kraft.“ Nicht ganz einfach sei es, die Treffen zu terminieren. Die Fachleute aus dem BKH möchten sich gerne zu ihren ganz normalen Dienstzeiten treffen. „Wir haben angeregt zu prüfen, ob die Veranstaltungen so gelegt werden können, dass auch Berufstätige ohne persönliche Nachteile an den Treffen teilnehmen können“, berichtet Marold.

Pat Christ

Zukunftsprojekt mit Weitblick

Feierliche Eröffnung des größten bayerischen Klinikneubaus in Wasserburg

Nach etwa zehn Jahren Planung und Bau wurden im Beisein von Ministerpräsident Dr. Markus Söder die Wasserburger Kliniken eröffnet. Gemeinsam umgesetzt wurde der größte bayerische Klinikneubau vom kbo-Inn-Salzach-Klinikum und der RoMed Klinik Wasserburg am Inn. Mit großzügiger Unterstützung des Freistaates Bayern gelang es laut Rosenheims Landrat Otto Lederer und Oberbayerns Bezirkstagspräsident Josef Mederer, dieses Mammutbauprojekt finanziell zu stemmen.

Die anteiligen Gesamtkosten der RoMed Klinik belaufen sich auf etwa 99,1 Mio. Euro. Die Förderung durch den Freistaat bewegt sich bei 61,9 Mio. Euro, und der Landkreis Rosenheim übernimmt etwa 37,2 Mio. Euro. Die Kosten des kbo-Inn-Salzach-Klinikums liegen für die jetzt fertiggestellten Bauteile B und E bei 75 Mio. Euro und der Förderanteil bei rund 73 Prozent.

Kreis- und Bezirksklinik würden hier zusammenwachsen, die Träger zusammenarbeiten, medizinisches Know-how werde gebündelt, betonte Landrat Lederer. Künftig nutzen die beiden Kliniken die gemeinsame Infrastruktur, etwa die Mitarbeiterkantine, Labore, die Notaufnahme und die öffentliche Cafeteria. Von dieser Synergie solle vor allem der Patient profitieren. Insgesamt sei das ganze Gebäude ein großer Glücksfall und die Synergien, die hier genutzt werden können, seien beispielhaft, freute sich der Landkreischef. Das Ergebnis nutze der gesamten Region.

Man habe mit finanzieller Unterstützung und viel Eigenengagement ein gelungenes Großprojekt entwickeln können, zeigte sich Bezirkstagspräsident Josef Mederer begeistert. Der Umstand, dass die beiden neuen Kliniken einen gemeinsamen Eingang haben, sei ein wichtiges Signal und werde helfen, psychisch kranke Menschen zu entstigmatisieren, zeigte sich Mederer überzeugt. In München und Rosenheim sei man mit den Heckscher-Kliniken bereits sehr gut aufgestellt. Der Standort Wasserburg solle künftig auch den Raum Traunstein-Burghausen mitversorgen.

Auch der Zweite Bürgermeister der Stadt Wasserburg, Werner Gartner, zeigte sich begeistert vom baulichen Verbund beider Kliniken, der diesen Stand-

ort stark mache. Für die Stadt Wasserburg und den Landkreis sei es wichtig, dass der Standort für die Kreisklinik gesichert und eine hochmoderne medizinische Versorgung für die Bevölkerung entstehen konnte.

Krankenhäuser sind Lebenshäuser

„Hier finden psychisch-neurologische Behandlung und hochmoderne Grundversorgung an einem Platz zusammen. Die Kooperation hilft, das Tabu psychischer Erkrankungen zu brechen und das öffentliche Bewusstsein dafür zu sensibilisieren. Wir stärken die medizinische Versorgung in allen Regionen Bayerns“, lobte Ministerpräsident Söder die gelungene Umsetzung des Klinikneubaus. „Krankenhäuser sind ganz entscheidend. Es sind Lebenshäuser, denn hier wird das Leben wieder gesendet. Wir wollen die Krankenhausförderung auf höchstem Niveau lassen – auch für den nächsten Bauabschnitt hier – das ist sehr wichtig“, machte Söder deutlich.

Wie Prof. Dr. Peter Zwanzger, Ärztlicher Direktor des kbo-Inn-Salzach-Klinikums, erläuterte, sei die Umgebung für psychiatrisch Erkrankte enorm wichtig, es müsse hell und freundlich sein. Luft zum Atmen und genügend Platz seien zwingend notwendig. Dies alles werde dazu beitragen, „dass sich unsere Patientinnen und Patienten wohlfühlen und letztlich auch schneller gesund werden“. Christopher Grimble, Geschäftsfeldleiter Architektur der Sweco GmbH, wies schließlich darauf hin, dass bei dem Bau „heilende Architektur“ und ein intelligenter Umgang mit Ressourcen frühzeitig und wegweisend umgesetzt worden seien. **DK**

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.

Telekom Glasfaser für Bayern

In Ihrem Zuhause oder Urlaubsdomizil.

Sichern Sie sich heute schon Ihren Anschluss der Zukunft.



www.telekom.de/glasfaser

Für alle Kommunen, die auf dem aktuellsten Stand sein wollen.



www.telekom.de/glasfaseroffensive-bayern

T Erleben, was verbindet.

Neues Europäisches Bauhaus

EU-Kommission fördert fünf Leuchtturmprojekte mit 25 Mio. Euro
darunter ein Projekt in München-Neuperlach

Die EU-Kommission fördert im Rahmen des Neuen Europäischen Bauhauses (NEB) fünf Leuchtturmprojekte mit insgesamt 25 Mio. Euro. Das gab die EU-Kommission bekannt. 13 Länder sind daran beteiligt, unter anderem Deutschland mit NEBourhoods in München-Neuperlach. Ziel ist, nachhaltigere, integrativere und schönere Räume an Orten in der ganzen EU zu schaffen und die Bürgerinnen und Bürger in den grünen Wandel auf lokaler Ebene einzubeziehen. „Sie werden zeigen, wie die Zukunft aussehen kann, und den European Green Deal in unser tägliches Leben und unsere Lebensräume bringen. Diese Projekte sollten der Ausgangspunkt für ein europäisches und weltweites Netzwerk von New European Bauhaus-Projekten werden“, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Die fünf in die engere Wahl gekommenen Projekte werden mit jeweils rund 5 Millionen Euro gefördert, um ihre Pläne in 11 Mitgliedstaaten (Belgien, Deutschland, Dänemark, Griechenland, Italien, Kroatien, Lettland, Niederlande, Slowenien, Portugal und Tschechien) sowie in Norwegen und der Türkei umzusetzen. Sie werden sich mit Themen wie Gebäudesanierung, Kreislaufwirtschaft, Kunst, Kulturerbe, Bildung, intelligente Städte, städtische und ländliche Erneuerung und mehr befassen. Die Kommission verhandelt derzeit mit den ausgewählten Begünstigten über Finanzhilfenvereinbarungen.

Die Projekte sind:

NEBourhoods (NEB-Städte): NEBourhoods bereitet München-Neuperlach (DE) auf die Zukunft vor, wie sie durch den Europäischen Green Deal in Bezug auf die gebaute Umwelt, Kreislaufwirtschaft, Mobilität, Energie, Ernährung und Gesundheit vorgezeichnet ist. Das Projekt wird auf den Stärken des Gebiets aufbauen - einem ausgeprägten Gemeinschaftssinn, ausgedehnten Grünflächen, großzügigen, wenn auch reno-

viierungsbedürftigen Wohnungen - und seine Schwächen angehen - überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit und unterdurchschnittliches Bildungsniveau.

CULTUURCAMPUS (Cultuurcampus: ein nachhaltiges Zentrum für Kunst, Forschung, Lernen und Gemeinschaft als Katalysator): Durch die Verbindung von Bildung, Forschung, Politik und Kultur und unter Berücksichtigung der Lebenserfahrung seiner Bewohner soll der Cultuurcampus das benachteiligte Stadtgebiet von Rotterdam-Süd (NL) umgestalten. Der Cultuurcampus wird in einem historischen Gebäude untergebracht und soll als Drehscheibe für verschiedene Gruppen und Aktivitäten dienen.

NEB-STAR (Neues Europäisches Bauhaus STAvanger): NEB-STAR wird in Stavanger (NO), Prag (CZ) und Utrecht (NL) zeigen, wie territoriale Umgestaltungspläne die Prinzipien und Werte des NEB einbeziehen können. Das Projekt befasst sich mit vier emblematischen Herausforderungen im Zusammenhang mit klimaneutralen Städten, die alle die lokalen Bedürfnisse und Anliegen durch die Zusammenarbeit mit Bewohnern

und Interessengruppen berücksichtigen.

DESIRE (Designing the Irresistible Circular Society - Gestaltung der unverzichtbaren Kreislaufgesellschaft): Das Projekt will die großen Herausforderungen angehen, mit denen Gesellschaften und Städte konfrontiert sind: Klimawandel, Verlust der biologischen Vielfalt und Ressourcenprobleme. Auf der Grundlage der drei Hauptthemen Inklusivität, Kreislaufwirtschaft und Einklang der Städte mit der Natur wird das Projekt Kunst, Architektur und Design nutzen, um alternative Wege zur Umgestaltung von Gebieten in verschiedenen europäischen Städten (DK, NL, SI, IT, LV) zu erkunden.

EHHUR (EYES HEARTS HANDS Urban Revolution): Das Projekt unterstützt Städte und benachteiligte Bewohner bei der Umgestaltung ihrer bebauten Umwelt. An sieben verschiedenen Standorten in der EU und den assoziierten Ländern (DK, EL, BE, PT, TR, HR, IT) sollen sozioökonomische und kulturelle Herausforderungen wie soziale Ausgrenzung, Energiearmut und der Verfall von entvölkerten historischen Zentren angegangen werden.

Die Projekte sollen innerhalb von zwei Jahren innovative Ideen und Lösungen hervorbringen, die für andere NEB-Aktionen wegweisend sein werden. Da die Projekte über ganz Europa verteilt sind, werden sie eine Vielzahl von Ergebnissen liefern, die angepasst und in ähnlichen Aktivitäten und Demonstrationsprojekten in Europa und darüber hinaus nachgeahmt werden können und als Anregung für zukünftige Projekte dienen. □



So soll das neue Landratsamt Landshut künftig aussehen.

Bild: dasch zürn + partner, Stuttgart

Neues Landratsamt für den Landkreis Landshut

Anfang Juni fand die feierliche Grundsteinlegung für das neue Landratsamt des Landkreises Landshut in Essenbach statt. Der Landshuter Landrat Peter Dreier sprach anlässlich der Feier von einem „Meilenstein für den Landkreis Landshut“, denn durch dieses Gebäude könne die Landkreis-Verwaltung sich für die Herausforderungen der Zukunft aufstellen. Als eines der modernsten bayerischen Landratsämter an einer strategisch gut ausgewählten Stelle, bezeichnete der stellvertretende Bayerische Ministerpräsident Hubert Aiwanger das Projekt.

Hitzler Ingenieure Landshut begleitet seit 2020 als Projektsteuerer das Neubauprojekt und ist verantwortlich für die terminplangerechte Leistungserbringung aller am Bau Beteiligten. „Das neue Landratsamt wird ein prägnanter Hingucker und Orientierungspunkt in Essenbach“, sagen Margarete Grabmeier und Thomas Gruber, die beiden verantwortlichen Projektsteuerer. „Die geplante Verwaltung ist ein hochmoderner, zukunftsorientierter Neubau, der architektonisch und strukturell auf bestmöglichen Service für Bürger und Personal ausgelegt ist – mit Digitalisierung als zukünftigen Fokus.“

Permanent steigender Personalbedarf

Durch den permanent steigenden Personalbedarf mussten zuvor laufend einzelne Sachgebiete und ganze Abteilungen ausgelagert werden – beispielsweise ist die Tiefbauverwaltung in Rottenburg angesiedelt, und für das Kreisjugendamt musste ein Gebäudekomplex in Altdorf angemietet werden.

„Hier in Essenbach entsteht nun eines der modernsten bayerischen Landratsämter an einer strategisch gut ausgewählten Stelle“, sagte der stellvertretende Bayerische Ministerpräsident Hubert Aiwanger, MdL, anlässlich der Grundsteinlegung. „Die Grundsteinlegung ist ein Tag der Freude. Bei der Übernahme der ‚staatlichen Aufgaben‘ braucht es kurze Wege. Das Arbeiten in den über die Stadt verteilten Büros ist sehr mühsam und nicht mehr zeitgemäß. Das neue Landratsamt wird nicht nur städtebaulich ein Hingucker, sondern es erfüllt sämtliche Anforderungen, um kommunale Aufgaben erfolgreich umzusetzen. Zudem wird auch der Neubau die Arbeitswelt der Beschäftigten aufwerten und die Abläufe noch bürgerfreundlicher und einfacher gestalten. Ich gratuliere dem Landkreis zum Bau eines der modernsten Verwaltungsgebäude Bayerns.“

Transparente Finanzierung

Zur transparenten Finanzierung der millionenschweren Baumaßnahme wurde das Kommunalunternehmen LAKUBAU

gegründet: Das Kommunalunternehmen wird für Bau und Betrieb des Gebäudes zuständig sein, der Landkreis und das Jobcenter werden als Mieter einziehen. Thomas Stöckl, der Vorstandsvorsitzende von LAKUBAU enthüllte den Grundstein, der im Landratsamt Landshut einen besonderen Platz finden wird.

Riesen-Herausforderung

Trotz seiner bisherigen Erfahrung am Bau stellt die Realisierung des neuen Landratsamtes Landshut für Stöckl und seine Mitarbeiter die bisher größte Herausforderung dar: „Trotz der unsicheren Lage, Lieferengpässen, explodierenden Energiekosten und anhaltendem Fachkräftemangel im Handwerk lassen wir uns nicht entmutigen. Mit LAKUBAU haben wir ein schlagkräftiges Kommunalunternehmen aus der Taufe gehoben, dass für die Umsetzung eines Großprojektes mit diesen Rahmenbedingungen unverzichtbar ist.“ „Auch wir, seitens der Projektsteuerung, sehen optimistisch in die Zukunft. Mit unserem eingespielten Team und der guten Zusammenarbeit mit LAKUBAU rechnen wir mit einer positiven Projektentwicklung“, sagt Margarete Grabmeier.

Entscheidung mit Bewertungsmatrix

Da sich mehrere Standorte für die Ansiedlung des neuen Landratsamtes beworben haben, wurde vom kreiseigenen Hochbau eine Bewertungsmatrix erstellt, um den bestmöglichen Standort für das neue Landratsamt zu ermitteln. Neben den Grundstückspreisen sind hier auch Kriterien wie geografische Lage im Landkreis, Topographie, ÖPNV-Anbindung, mögliche weitere Synergieeffekte etc. miteingeflossen. So fiel die Entscheidung der Kreise auf ein Grundstück in Essenbach in hervorragender Lage: Neben der kommunalen Musikschule und gegenüber der überregional bekannten ESKARA-Veranstaltungshalle. Den international ausgelobten Architektenwettbewerb konnte das Büro „dasch zürn + partner“ aus Stuttgart für sich entscheiden.

Ende 2024 soll das neue Landratsamt in Betrieb gehen. □

Neuer Stadtteil München Freiham

Drees & Sommer begleitet eine der größten Quartiersentwicklungen Europas

Es gibt tatsächlich Chancen, eine Mietwohnung in München zu finden: Im neuen Stadtteil Freiham, dem großen Neubaugelände im Westen von München, entstehen aktuell 11.000 Wohnungen für über 25.000 Einwohner. Die Isaria München Projektentwicklungs GmbH realisiert auf zwei der insgesamt vier Baufeldern für die Deutsche Wohnen-Gruppe ein gemischt genutztes Quartier. Das auf den Bau und Immobilien spezialisierte Beratungsunternehmen Drees & Sommer SE unterstützt das Münchner Unternehmen.

Im Münchner Westen wächst eine Kleinstadt: Neben Wohnungen entstehen hier Büros und Gewerbeflächen. Die Isaria, eine Tochtergesellschaft der QUARTERBACK Immobilien AG, ist seit über 20 Jahren auf die Entwicklung von nachhaltigen Gebäuden und Stadtquartieren im urbanen Raum spezialisiert. „Wir wollen für Bewohner und Besucher ein vitales Umfeld schaffen. Der zeitgemäße Mix aus Wohnen, Büros, Handel und Gastronomie macht ZAM zum neuen Anziehungspunkt im Westen von München“, sagt Isaria-Geschäftsführer David Christmann.

Wohnen mit Alpenblick

Auf insgesamt 43.000 Quadratmeter Geschossfläche entstehen 332 neue Mietwohnungen zwischen 30 und mehr als 100 Quadratmetern, sodass hier sowohl Singles als auch Familien ein Zuhause finden können. Keine einzige Wohnung liegt dabei im Erdgeschoss, denn auf diesen 6.000 Quadratmetern Fläche werden sich Einzelhandel und Gastronomie ansiedeln. Auch in der ersten Etage kann man nicht wohnen, dafür umso besser arbeiten: Insgesamt 5.400 Quadratmeter Büro- und Praxisfläche stehen zur Vermietung. Die Wohnungen befinden sich in den darüber liegenden Geschossen – und einige sogar im Turm. Denn das ganz besondere Highlight des Quartierszentrums wird ein 61

Meter hoher Wohnturm sein, in dessen oberen Stockwerken die Bewohner bei klarer Sicht einen beeindruckenden Alpenblick genießen können. Durch Arkaden wird der Turm durchlässig nach außen in Richtung öffentlicher Stadtquartier, gleichzeitig locken sie Besucher von dort nach innen. Die Gebäudeentwürfe stammen vom Hamburger Architekturbüro Störmer Murphy and Partners.

Grüne Lunge für die Stadt

Bei allen Planungen hat die Isaria den Nachhaltigkeitsgedanken fest in ihren Zielsetzungen verankert. So strebt der Projektentwickler für das neue Stadtquartier die DGNB-Zertifizierung in Gold an. Geplant sind nicht nur grüne Innenhöfe, sondern auch begrünte Dachflächen, die für Biodiversität sorgen und Regenwasser ableiten können. Eine Photovoltaikanlage sichert einen Teil der Eigenstromversorgung, geheizt wird kostengünstig und umweltfreundlich über den Anschluss ans Fernwärmenetz. Zusätzlich sichern mechanische Be- und Entlüftungsanlagen eine hocheffiziente Wärmerückgewinnung. Ladestationen für Pkw und Fahrräder sind ausreichend vorhanden, außerdem Sharing-Angebote wie Carsharing, Bikesharing und Pedelecs für die Bewohner. Beide Gebäude verfügen durchgängig über Energieeffizienzstandard KfW 55. Im Januar des vergangenen

Jahres wurde mit dem Bau begonnen, im Sommer 2023 soll der Rohbau mit dem Hochhaus fertiggestellt werden. Es folgen Fassade und Innenausbau, sodass Wohnungen, Büros und Gewerberäume Mitte 2024 bezugsfertig sein werden. Um solche komplexen Bauvorhaben termin- und kostengerecht zu realisieren, müssen auf der Baustelle alle Rädchen ineinandergreifen. Dafür sorgt Oliver Pasche, der als Senior Projektteamleiter bei Drees & Sommer das Bau-Management für das neue Quartier verantwortet: „Eine Vielzahl an Akteuren müssen gemeinsam dazu beitragen, dass ZAM ein so nachhaltiges und nutzerfreundliches Quartier wird. Alle Projektbeteiligten zu koordinieren ist daher eine große Herausforderung des Projekts“, erklärt er.

Lean Management für Zeit- und Kostenpläne

Damit sich Zeit- und Kostenpläne im vorgegebenen Rahmen bewegen, setzt das Team auf das aus der Automobilindustrie adaptierte Konzept des Lean Managements. „Im Kern geht es beim Lean Construction Management darum, Prozesse zu perfektionieren und Probleme frühzeitig zu erkennen. Wir haben einen detaillierten Ablaufplan, der auf den Tag genau durchgetaktet ist. Dadurch wissen wir jederzeit, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf der Baustelle sind und welche Materialien und Maschinen zu welchem Zeitpunkt benötigt werden“ erklärt Pasche. Die Bauexperten können mit dieser Methode im Vergleich zum herkömmlichen Vorgehen den Baufortschritt um bis zu 30 Prozent beschleunigen. □

Inspiriert von der Lage am Main

Gartenamt Würzburg eröffnet Kinderspielplatz Leonhard-Frank-Promenade

Das Würzburger Gartenamt hat den Spielplatz Leonhard-Frank-Promenade inhaltlich passend zur Lage am Main umgestaltet. Diesem kommt aufgrund der Verbindung zwischen dem Spielband in den Zellerauer und Sanderauer Mainwiesen sowie der Altstadt eine überörtliche Bedeutung zu. Zuvor mussten nahezu alle alten Spielgeräte in den vergangenen Jahren aus Sicherheitsgründen abgebaut werden. Dringenden Handlungsbedarf sah daher nicht nur das Gartenamt, sondern auch die Arbeitsgemeinschaft Familien in der Stadt Würzburg.

Die erforderlichen Landschafts- und Wegebauarbeiten sowie Baumpflegemaßnahmen wurden Ende Mai 2021 für ca. 165.000 Euro vergeben.

„Herzstück des neuen Spielplatzes sind drei mit Natursteinen eingefasste ovale Bereiche mit unterschiedlichen Inhalten. Sie sind über zwei barrierefreie Zugänge und Wege aus Muschelkalkpflaster erschlossen und teilweise verbunden. Sitzbänke runden das Angebot ab“, erläutert Gartenamtsleiter Dr. Helge Bert Grob.

Im nördlichen Teil befindet sich ein kleines Fischerdorf mit zwei Spielhütten. Eine davon ist mit einer Rutsche und verschiedenen Aufstiegsmöglichkeiten ausgestattet. Die andere befindet sich direkt im Anschluss an die Belagsfläche. So können auch Kinder am gemeinsamen Spielen teilhaben, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind. Ein Wipp-Boot und maritime Spiel- und Sitzkis-

ten ergänzen das Angebot für kleinere Kinder. Sand dient als Fallschutz- und Spielmaterial.

Der mittlere Teil greift das Thema Fischen und Netze auf. Er bietet mit einer Kletter-Balancier-Kombination auch Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten für größere Kinder. „Ins Netz gegangen“ sind drei kleine Wipp-Fische, zwei Karpfen und ein Zander. Diese beiden Fischarten kommen auch im Main vor und werden auf entsprechenden Infotafeln näher vorgestellt. Als Fallschutzbelag wurden Hackschnitzel eingebracht. Im südlichen Teil wurde eine Schaukel installiert, die mit einem Nestkorb, einem normalen Sitz und einem Kleinkindersitz ausgestattet ist. Auch in diesem Bereich kommen als Fallschutzbelag Hackschnitzel zum Einsatz. Die bestehende Mauer wurde mit mehreren Sitzauflagen aufgewertet.

Bürgermeister Martin Heilig:

„Ungeachtet der geringen personellen Kapazitäten konnte das Gartenamt mit dem Spielplatz einen wichtigen Anziehungspunkt für Familien reaktivieren. Von dem stimmigen neuen Spielangebot im Bereich des stark frequentierten Mainufers profitieren Würzburgerinnen und Würzburger sowie Touristinnen und Touristen gleichermaßen.“

Auch Heike Hergenröther, die neue Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft Familien in der Stadt Würzburg freut sich: „Hier ist für alle Altersgruppen das Passende dabei. Besonders charmant sind die thematische Umsetzung und der tolle Standort am Main, der Familien zum Verbleiben einlädt.“ In den vergangenen beiden Jahren wurde die große Bedeutung von städtischen Freizeittflächen noch deutlicher als sonst spürbar – als soziale Treffpunkte, als Orte für Bewegung und um Freude und Spaß zu erleben. Für Familien sind Spielplätze niedrigschwellige Angebote, Kontaktbörse und vor allem auch ein kostenfreies Freizeitangebot. Auch eines der wichtigsten Kindergrundrechte aus der UN-Konvention – das Recht auf Spiel und Freizeit – können Kinder auf Spielplätzen wunderbar ausleben. □

Rad- und Wandertouren zu „Sagen und Kräuter im Tölzer Land“

Tourenprojekt der Hochschule München in Kooperation mit Outdooractive, Tölzer Land Tourismus und den Kommunen

„Sagen und Kräuter im Tölzer Land“: Unter diesem Motto haben Studierende der Hochschule München zehn erlebnisreiche Rad- und Wandertouren ausgearbeitet, die nun auf dem Tourenportal von Kooperationspartner Outdooractive zur Verfügung stehen.

Bei der Präsentation des Tourenprojekts auf Einladung von Tölzer Land Tourismus im Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen zeigten sich die Vertreterinnen und Vertreter des Tourismus im Landkreis tief beeindruckt von der detaillierten, außerordentlich kreativen und professionellen Ausgestaltung der Tourenvorschläge mit beeindruckenden Videos, selbsteingesprochenen Audiodateien, Bildern, Illustrationen und begleitenden InfoBooklets. Die unterschiedlichen Themen-Touren durch das ganze Tölzer Land mit Titeln wie „Wenn nicht jetzt, wandern?“, „Kräuter 2 go – DIY-Genusstour“ oder „Auf den Spuren der Schatzsucher auf die Probenwand“ richten sich an Familien, Kräuter- und Kochinteressierte, sportliche Erwachsene und Naturgenießer.

Angestoßen wurde das Projekt durch Prof. Dr. Ralph Berchtenreiter von der Hochschule München im Rahmen des Kompetenzfeldes Digitales Marketing & Management in Zusam-

menarbeit mit der Stadt Wolfratshausen und Tölzer Land Tourismus. Die 23 Tourismus-Studentinnen und -Studenten beschäftigten sich nach einer ersten Auftakt-Videokonferenz seit April mit der Ausarbeitung der Touren, die weit über das simple Verbinden von Wegpunkten hinausging. Sämtliche Wegstrecken mit den Sehenswürdigkeiten, Einkehr-, Einkaufs- und Erlebnismöglichkeiten wurden vor Ort erkundet und mit Bild- und Videomaterial dokumentiert.

Aufwändige Umsetzung

Hintergrundinfos zu den Etappenstopps, zu Kräutern und passenden Sagen der Region wurden durch Expertengespräche und Buchrecherchen aufwändig und phantasievoll umgesetzt. So können die Wanderer z.B. bei der Tour „Dem Bösen auf der Schliche“ einer schaurigen Stimme lauschen, die von Geistern und Schlossgespenstern erzählt, eine „kleine Kräuterhexe“

und eine Elfe begleiten Familien durch den Kräuter-Erlebnis-Park und radelnd und wandernd rund um Bad Heilbrunn. Mit einem eingebauten QR-Code können z.T. Tour Guides und Booklets mit Wissenswerten zu Kräutern, Hintergrundinfos zu Sehenswürdigkeiten, Sagen und Geschichten aus dem Isar- und Loisachtal heruntergeladen werden. Zwei Touren wurden mit Videos angereichert, die mit beeindruckenden Landschaftsaufnahmen Lust auf die Region machen. Bei allen Touren gibt es Hinweise zur umweltfreundlichen Anreise mit Bahn und Bus und weitere wertvolle Tipps für einen schonenden Umgang mit der Umwelt.

Die Aufgabenstellung beinhaltete die Ausarbeitung von Tourentwürfen abseits der bekannten Wege, die Einbindung von regionalem Konsum und Genuss, die Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln unter dem Themenschwerpunkt Kräuter und Sagen. Den Studierenden ist es mit ihrer kreativen Tourenzusammenstellung bestens gelungen, diese Aspekte auch im Sinne eines charmanten Miteinanders und der Tölzer Land-Kampagne „Naturschutz beginnt mit

Dir.“ umzusetzen, lobten sowohl Berchtenreiter als auch die anwesenden Tourismusvertreterinnen und -vertreter aus Wolfratshausen, Geretsried, Bad Tölz, Lenggries, Dieterszell und von Tölzer Land Tourismus. Alle sind sich sicher, dass die „sagenhaften“ Touren durch das Tölzer Land auch bei den Gästen gut ankommen werden, um die Region mit neuen Augen und Ohren beim Wandern und Radeln zu entdecken.

Besucherlenkung im Visier

Wie Dr. Andreas Wüstefeld, Leiter von Tölzer Land Tourismus, in seinem Einführungsstatement zur wirtschaftlichen Bedeutung des Übernachtungs-

und Tagestourismus aufzeigte, sind Besucherlenkungsmöglichkeiten für die Tourismusorte von enormer Bedeutung geworden. Schließlich gilt es einerseits das Tourismusbewusstsein bei den Einheimischen zu erhalten, sowie andererseits die in Vor-Corona-Zeiten jährliche Wertschöpfung aus dem Tourismus für das Tölzer Land in Höhe von 335 Mio. Euro. Hiervon resultieren 51 Prozent aus dem Tagestourismus.

Die Aufgaben der Tourismusorganisationen/Destinationsmanagementorganisationen (DMO) bewegen sich daher seit einigen Jahren weg vom reinen Tourismusmarketing und hin zum Tourismusmanagement für Orte und Regionen und damit einem ver-

mehrten Wirken „nach innen“ in die Region hinein. Onlineportale mit entsprechenden alternativen Angeboten wie die ausgearbeiteten Touren der Hochschule München könnten dazu einen wertvollen Beitrag leisten.

Dieses gemeinsam von DMO, Kommunen und der Hochschule München getragene Projekt ist ferner ein Beispiel für die enge Verflechtung zwischen Hochschule und Praxis, wie sie durch das gerade in Aufbau befindliche TIZIO am Standort in Bad Tölz noch weiter vertieft werden wird.

Die Touren werden demnächst auch im Regioportal freizeitportal.toelzer-land.de zu finden sein. Bereits ab sofort verfügbar auf www.outdooractive.com. □

Staatsminister Aiwanger:

„Wir heben das Potenzial des Waldes für die Gesundheit“

Der Gesundheitstourismus in Bayern hat eine neue Attraktion: Erstmals werden in 13 Gemeinden Kurwälder zertifiziert, drei davon gelten sogar als Heilwälder. Bayerns Wirtschafts- und Tourismusminister Hubert Aiwanger: „Wir alle wissen: Im Wald zu sein, tut den Menschen gut. Wälder spielen eine sehr bedeutende Rolle für Gesundheit und Wohlbefinden. Im asiatischen Raum hat die Waldtherapie bereits eine lange Tradition. Dieses Potenzial wollen wir auch in Bayern nutzen und mit der Ausweisung der Kur- und Heilwälder die positiven Wirkungen von Wäldern auch in schulmedizinische Behandlungen integrieren.“

Im Rahmen des Projekts „Wald und Gesundheit“ haben mit Unterstützung des Bayerischen Wirtschaftsministeriums der Bayerische Heilbäder-Verband und der Lehrstuhl für Public Health und Versorgungsforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München in den vergangenen drei Jahren geeignete Waldareale für die Errichtung von Kur- und Heilwäldern in Bayern identifiziert sowie Fachpersonal für me-

medizinisch-therapeutische Kurse im Wald ausgebildet. Dabei dienen Kurwälder Gästen zur Prävention, also Vorbeugung vor Krankheit. Heilwälder werden für kranke Patienten zur Wiederherstellung eingesetzt und müssen unter anderem über Ruhe- und Aktivitätszone mit Therapieplätzen verfügen, hohe Anforderungen an Ruhe und Luftreinheit erfüllen sowie teilweise barrierefrei sein. Das „Qualitätssiegel Waldge-

sundheit“ haben folgende Gemeinden erhalten: Bad Füssing, Bad Kötzing und Bad Wörishofen für Heil- und Kurwald; Bad Alexandersbad, Bad Bayersoien, Bad Berneck, Bad Birnbach, Bad Neualbenreuth, Bad Reichenhall, Bischofsgrün, Pfronten, Treuchtlingen und Weißenstadt für Kurwald. Aiwanger: „Ich gratuliere allen Orten, die jetzt die ersten Kur- und Heilwälder in Bayern ausweisen können. Gleichzeitig hoffe ich, dass sich künftig noch mehr Orte auf den Weg einer Zertifizierung machen. Die Waldgesundheit wird ein wichtiger Baustein im therapeutischen Spektrum gerade auch der Kurorte und Heilbäder sein. Der Gesundheitstourismus in Bayern ist um ein hochwertiges Angebot reicher!“

Medizinisch-therapeutische Kompetenz

Die Voraussetzungen für Waldgesundheit sind in Bayern optimal: Zum einen sind 36 Prozent der Landesfläche mit Wald bedeckt. Zum anderen verfügt der Freistaat mit 47 hochpräzisions-zertifizierten Heilbädern und Kurorten über die notwendige medizinisch-therapeutische Kompetenz für die praktische Umsetzung.

Aiwanger: „Der Gesundheitstourismus ist ein wichtiger Trend in unserer Gesellschaft und ein Wachstumsmarkt. Die Menschen achten zunehmend mehr auf ihre Gesundheit und sind bereit, in die Vorbeugung vor Krankheiten und die Wiederherstellung ihrer Gesundheit zu investieren. Die Erfahrungen mit Corona haben diesen Trend noch weiter verstärkt. Hier kann Bayern mit seinem Angebot in den Kurorten und Heilbädern punkten. Nicht umsonst ist Bayern das Gesundheitsreiseland Nr. 1 in Deutschland!“

Gesundheitstourismus ist ein wichtiger Sektor im Bayerntourismus. Gut ein Viertel der alljährlichen touristischen Übernachtungen in Bayern entfallen auf die hochpräzisions-zertifizierten Kurorte und Heilbäder. □

SWM testen den Einsatz von digitaler Technik im Becken

Im Südbad testen die M-Bäder künftig eine digitale Erweiterung fürs „smarte Schwimmbad“. In der Revisionszeit wurde dort neben den üblichen Instandhaltungs- und Reparaturmaßnahmen auch eine neue Technik für alle Becken eingebaut: Künstliche Intelligenz soll dabei unterstützen, Bewegungsmuster im Wasser auch datengesteuert zu erkennen. Nach einer mehrwöchigen Testphase werden die Kameras aktiviert. In einem rund zweijährigen Pilotprojekt wollen die SWM Erkenntnisse gewinnen, ob die Technik für die M-Bäder nutzbringend ist.

Das System besteht aus zwei Komponenten: Sicherheitskameras detektieren die Bewegungen im Wasser. Sie erfassen keine Echtbilder einzelner Personen – also auch keine Gesichter. Die erfassten Bilder werden in Vektordaten umgerechnet, daraus werden Bewegungsmuster abgeleitet. Die Aufnahmen werden danach sofort gelöscht. Die Kamerawinkel reichen über die gesamte Wasserfläche.

Gekoppelt sind die Kameras mit Smartwatches für das Aufsichtspersonal im Bad. Die Smartwatch warnt in Echtzeit und mit genauer Positionsangabe, falls die Bewegung im Wasser auf eine ungewöhnliche Situation und mögliche Gefahr hindeutet.

Das System lernt mit jeder Aktion dazu und soll dadurch im Ver-

lauf des Projekts immer konkretere Vorhersagen und Klassifikationen treffen. So kann künstliche Intelligenz die Rettungsschwimmer in Situationen unterstützen, in denen Spiegelungen, Blasen oder Schatten im Wasser oder auch die Menge an Personen die Lage unübersichtlich machen.

Darüber hinaus ist es möglich, anhand der, über längere Zeiträume gewonnenen Vektordaten zu analysieren, wie sich die Auslastung in den Becken darstellt. Durch die Digitale Beckenaufsicht wird kein Personal ersetzt, sondern das vorhandene Personal unterstützt.

Das System ist DSGVO-konform. Die Besucherinnen und Besucher des Südbads werden im Eingangsbereich sowie beim Betreten der Schwimmhalle schriftlich informiert. □



Amtliche Mittelpunkte für Bayerns Landkreise

Neuer Service im BayernAtlas

Immer mehr Landkreise fragen nach der Berechnung ihres geografischen Mittelpunkts, um diesen für Zwecke des Tourismus- und Regionalmarketing nutzen zu können, etwa mit einer attraktiven Markierung des Mittelpunkts vor Ort. Als Service für ihre Kunden stellt die Bayerische Vermessungsverwaltung (BVV) deshalb nun auch die Mittelpunkte der Landkreise und kreisfreien Städte flächendeckend und in amtlicher Qualität kostenfrei zur Verfügung.

Im BayernAtlas, dem Online-Kartenviewer der BVV, können die Lagekoordinaten der Mittelpunkte durch Klick auf das betreffende Symbol abgerufen werden. Unter dem Layer „Mittelpunkte“ sind die amtlichen Mittelpunkte aller 71 bayerischen Landkreise sowie aller 25 kreisfreien Städte zu finden. Sie ergänzen die bisher angebotenen Mittelpunkte der Regierungsbe-

zirke, den Mittelpunkt Bayerns und den im Freistaat gelegenen Mittelpunkt der Europäischen Union (EU).

Komplexe Berechnung

Die BVV berechnet die Mittelpunkte nach der Schwerpunkt-methode. Diese komplexe mathematische Berechnung lässt sich anhand eines Beispiels ver-

anschaulichen: Hätte man eine ausgesägte Platte mit den Konturen eines Landkreises, wäre diese im Mittelpunkt perfekt ausbalanciert. Der EU-Mittelpunkt wird vom französischen Institut national de l'information géographique et forestière (IGN) berechnet.

Den Mittelpunkt Ihres Heimat-Landkreises finden Sie im BayernAtlas unter dem Thema „Geobasisdaten/Raumbezug“ oder auf der Homepage des LDBV.

Zusätzlich zu amtlichen Karten, Luftbildern oder historischen Karten gibt es im BayernAtlas auch aktuelle Sommerthemen wie Freibäder, Hochseilgärten oder Sommerrodelbahnen zu entdecken. □

Grüne und blaue Infrastruktur in der Kommune

Fachveranstaltung der Regierung von Unterfranken in Karlstein a. Main

Im Rahmen der Flächensparoffensive luden die Regierung von Unterfranken und der Umweltbeirat zu einer Informationsveranstaltung nach Karlstein a. Main ein. Unter dem Motto „Grüne und blaue Infrastruktur in der Kommune“ standen Expertenvorträge zu den Themen doppelte Innenentwicklung und bauliche Nachverdichtung, Förderung naturnaher Dorfstrukturen, Begrünung und Gewässerrenaturierung auf dem Programm. Eine Exkursion zur Hagbachmündung schloss sich an.

Karlsteins Bürgermeister Peter Kreß stellte zunächst den Bereich Umwelt-, Natur- und Klimaschutz der Gemeinde vor. Man sei froh, seit kurzer Zeit sogar über eine eigene Umweltschutzbeauftragte zu verfügen, so der Rathauschef. Auf die Dringlichkeit einer klimaangepassten Siedlungsgestaltung verwiesen die Flächensparmanagerinnen der Regierung von Unterfranken. Es sei höchste Zeit damit anzufangen, „unser bisheriges Planungsverständnis zu überdenken und neue Standards zu setzen“, appellierte Anne Weiß.

Die hessische Kleinstadt Riedstadt kann dabei als Vorbild dienen. Matthias Harnisch, zuständig für das Grünflächenmanagement in der Kommune, informierte über die langen und erfolgreichen Bemühungen um mehr innerörtliche Biodiversität.

Ende 2009 wurde in Riedstadt mit einer weitgehenden Umgestaltung der innerstädtischen Grünflächen begonnen. Um eine größere Artenvielfalt zu erreichen, wurde auf den Flächen der vorhandene Boden bis in 50 Zentimeter Tiefe entfernt und durch ein speziell für den innerstädtischen Bereich entwickeltes, nährstoffarmes Substrat ersetzt. Anschließend wurde eine eigene Wiesenblumenmischung entwickelt und eingesetzt, die an das trocken-warme Riedstädter Klima angepasst ist und etwa 100 Arten aus zertifiziert regionaler Herkunft enthält.

Flächenpflege

Bei der Flächenpflege wurde ein Kompromiss zwischen Naturschutz und Kostenreduzierung gewählt: Die neugestalteten Grünflächen werden in der Regel zwei Mal jährlich gemäht. Beim ersten Schnitt wird das Mähgut von den Flächen entfernt, der Zweitaufwuchs hingegen gemulcht. Da dieser jedoch deutlich geringer ausfällt und der Mulchschnitt meist erst im Dezember bis Februar ausgeführt wird, bleibt die damit verbundene Nährstoffrückfuhr ohne relevante Auswirkungen auf die gewünschte Artenvielfalt.

Durch wissenschaftliche Evaluation ließ sich Harnisch zufolge feststellen, dass nun etwa 150 Arten auf Flächen vorherrschen, die zuvor nur rund 20 Arten beherbergten. Gleichwohl bedürfte es noch einiger Aufklärungsarbeit, um die Akzeptanz für vermeintlich unordentliches, wildes Grün im Ort zu stärken.

Vorteile naturnaher Bäche

Die vielfältigen Vorteile naturnaher Bäche, vor allem innerorts, erläuterte Dr. Anne-Kathrin Jackel vom Sachgebiet Wasserwirtschaft der Regierung von Unterfranken. Außerdem stellte sie das Projekt „Auf zu lebenswerten Bächen“ vor. Ziel ist die naturnahe Entwicklung von kommunalen Gewässern im Sinne der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Über einen Zeitraum von fünf Jahren sollen möglichst viele Gemeinden,

begleitet von den Regierungen Oberfranken und Unterfranken und den örtlichen Wasserwirtschaftsämtern, Renaturierungsmaßnahmen an kommunalen Gewässern des Mairgebiets planen und umsetzen, wie beispielsweise im Bereich der Stadt Hollfeld im Kainachtal, Landkreis Bayreuth. Erfahrungen und Erkenntnisse werden anschließend anderen interessierten Kommunen als Handlungsempfehlung zur Verfügung stehen. Im Rahmen der fünfjährigen Projektlaufzeit stellt das Umweltministerium insgesamt knapp 1,8 Millionen Euro in Ober- und Unterfranken zur Verfügung.

Kleine Fließgewässer im Blick

Jäckel präsentierte konkrete Maßnahmen, die den ökologischen Zustand kleiner Fließgewässer verbessern können. Dazu zählten etwa die Beschattung von Bächen durch Ufergehölze oder die Verbesserung der Durchgängigkeit. „Unser Gewässer sind durchschnittlich von Hindernissen, die viele Wasserorganismen nicht überwinden können“, erklärte Jackel. „Um das zu ändern, helfen oft schon kleinere Maßnahmen im Rahmen der Gewässerunterhaltung.“

Bei einer anschließenden Forumdiskussion boten Kreisbaumeister Andreas Wosnik vom Landratsamt Miltenberg und Johannes Hemmelmann, zuständig für die Städtebauförderung bei der Regierung von Unterfranken, den Kommunen an, gerne bei gemeindlichen Planungen zu beraten. **DK**



V.l.: Bürgermeister Peter Kreß, Flächensparmanagerin Anne Weiß, Dr. Stefan Poths, Vorsitzender des Umweltbeirates Karlstein, Mario Pani vom Ingenieurbüro Steenzen & Breitenbach, Dr. Anne-Kathrin Jackel vom Sachgebiet Wasserwirtschaft der Regierung von Unterfranken und Clara Bartke, Umweltschutzbeauftragte der Gemeinde Karlstein. Bild: Sybille Bleckschmidt

BDE-Positionen zu Abwassergebühren und -verordnung

Für mehr Klarheit bei den Abwassergebührekalkulationen macht sich der BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft stark. Grund ist ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster, das laut BDE-Präsident Peter Kurth „für unseren Verband Anlass genug ist, allen Verantwortlichen zu signalisieren, die Notwendigkeit korrekter Berechnungsgrundlagen bei Abwassergebühren ernst zu nehmen und Fehlkalkulationen in diesem Bereich künftig zu vermeiden“.

Kurth bezog sich damit auf ein vor kurzem ergangenes Urteil der Münsteraner Richter, wonach die Abwassergebührekalkulation der Stadt Oer-Erkenschwick für das Jahr 2017 rechtswidrig ist. Die Richter hatten ihre Entscheidung damit begründet, dass die konkret vorliegende Berechnung von kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen zu einem Gebührenaufkommen führt, das die Kosten der Anlagen überschreitet.

Gegen seinen Gebührenbescheid aus dem Jahr 2017 hatte seinerzeit ein Bürger der Stadt geklagt. Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen hatte die Klage im Jahr 2020 abgewiesen. In der Berufung hatte der Kläger nun Erfolg. Das Oberverwaltungsgericht hat den Gebührenbescheid aufgehoben. Nach Überzeugung der Richter waren die Gebühren um insgesamt rund 18 Prozent überhöht.

Kalkulationen auf den Prüfstand stellen

Wie Präsident Kurth betont, „steht die Wasserwirtschaft in Deutschland wegen der herausragenden Bedeutung dieses Rohstoffs vor erheblichen Herausforderungen. Für bessere Reinigungsintensität, umfassende Phosphorrückgewinnung, effiziente Schadstofferkennung und notwendige Digitalisierung dieses im Wortsinn lebenswichtigen Rohstoffs muss die Innovations- und Investitionsbereitschaft weiter gefördert werden. Kalkulatorische Fehlentwicklungen dürfen nicht zur Übertreibung und Schaffung von Schattenhaushalten führen. Das Urteil aus Münster ist eine gute Gelegenheit, bestehende Kalkulationen auf den Prüfstand zu stellen.“

Mit Blick auf die 12. Änderung der Abwasserverordnung hat der BDE aus Verbandssicht notwendige Anpassungen empfohlen. Das Bundesministerium für Umwelt und Verbraucherschutz hatte die Änderungsvorschläge zur Neufassung der Anhänge 23 und 27 sowie die Änderungen im Anhang 33 der Abwasserverordnung den Verbänden zur Bewertung vorgelegt und eine Stellungnahme erbeten. Dabei geht es vorrangig um die Umsetzung der BVT-Schlussfolgerun-

gen aus den BVT-Merkblättern „Abfallverbrennung“ und „Abfallbehandlung“. Die Abkürzung „BVT“ steht für „Beste verfügbare Techniken“, eine europäische Technik Klausel, die dem im deutschen Sprachraum gängiger hatten ihre Entscheidung damit begründet, dass die konkret vorliegende Berechnung von kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen zu einem Gebührenaufkommen führt, das die Kosten der Anlagen überschreitet.

So sieht der Verband Nachbesserungsbedarf und stellt in diesem Zusammenhang entsprechende Forderungen. So müsse in der Vorlage u.a. dringend die Anpassung der wasserrechtlichen Regelungen im Sinne einer 1:1-Umsetzung der europarechtlichen Vorgaben aus den BVT-Merkblättern erfolgen. Da diese für den Regelbetrieb aufgestellt wurden, müssten etwaige eventuelle außergewöhnliche Betriebszustände im Rahmen der wasserrechtlichen Vorgaben berücksichtigt und entsprechend definiert werden. Die vom Bundesumweltministerium zugesicherte rechtliche Prüfung im Verhältnis zum § 54 Abs. 6 (WHG) sei weder in der Verordnungsbegründung aufgeführt noch den beteiligten Kreisen im Vorfeld zur Verfügung gestellt worden.

Außerdem fordert der BDE Doppelregelungen oder konkurrierende Vorgaben zwischen Wasserhaushaltsgesetz (WHG), Abwasserverordnung (AbwV) und der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AWSV) zu vermeiden. Vor diesem Hintergrund seien in der AbwV keine technischen Regelungen für vorgelagerte Anlagen zu treffen.

Anregungen der Branche kaum berücksichtigt

BDE-Geschäftsführerin Sandra Giern zufolge „ist es bedauerlich, dass die Bedenken und Anregungen der Branchenvertreter in dem nun vorliegenden Referentenentwurf kaum Berücksichtigung gefunden haben“. Der BDE habe sich wie viele weitere Verbände der Branche frühzeitig in die Diskussion eingebracht. „So wurde bereits seit Herbst 2020 in Fachgesprächen zwischen dem Bundesumweltministerium, dem Umweltbundesamt sowie Branchenvertretern diskutiert, die Expertise der Verbände jedoch nicht gehört.“ **DK**

Klimawandel durch Anpassung begegnen

Spatenstich für Regenrückhaltebecken in Lessau und Lankendorf

Drei Regenrückhaltebecken mit einem Fassungsvermögen von insgesamt etwa 5000 m³ werden in diesen Tagen zum Ausbau in Angriff genommen. Dazu erfolgte der Spatenstich am ersten der drei Becken in der Nähe von Lessau. Die Abmilderung der Folgen von Starkregenereignissen stellt ein wichtiges Ziel der im Bereich Lessau und Lankendorf laufenden Flurneueordnung dar.

Träger der Maßnahmen ist die Teilnehmergemeinschaft Lessau-Lankendorf, die Planung der Maßnahmen erstellte mit großer Fachkompetenz und Fingerfertigkeit das Ingenieurbüro ME GmbH Münchmeier – Eigner aus Erbdorf.

Die Abteilungsleiterin am Amt für Ländliche Entwicklung Oberfranken, Kathrin Riedel, merkte an: „Um über den erforderlichen Grund und Boden für den Wasserrückhalt oder die Schutzmaßnahme an der richtigen Stelle verfügen zu können, ist ein flexibles Bodenmanagement von großem Vorteil. Dies bietet die Ländliche Entwicklung in Flurneueordnungen und Dorferneuerungen. Dabei können die Wasserrückhaltmaßnahmen mit den Interessen der Grundeigentümer in Einklang gebracht werden.“

Baumaßnahmen finden große Akzeptanz

Kleinere Maßnahmen zum Schutz vor immer häufiger auftretenden Starkregenereignissen, die der Klimawandel mit sich bringt, wurden bereits letztes Jahr ausgeführt. „Die Maßnahmen des aktuellen Bauabschnitts kosten fast 600.000 Euro, 85 Prozent der Kosten werden über das Amt für Ländliche Entwicklung Oberfranken mit Mitteln des Freistaates Bayern finanziert“ erläuterte Marcel Peter als stellvertretender Vorsitzender der Teilnehmergemeinschaft. Den restlichen Anteil trägt der Markt Weidenberg. Bürgermeister Hans Wittauer betonte: „Die Baumaßnahmen finden in der Bevölkerung große Akzeptanz.“ Dies gilt insbesondere auch für die Landwirte, da die Mulden nach Abschluss der Maßnahmen wieder bewirtschaftet wer-

den können. Der gesamte Hochwasserschutz für Lessau wird in den nächsten Jahren durch zwei noch größere Becken komplettiert.

Auch kleinste Fließgewässer und Rinnsale in der Landschaft haben in der Summe erhebliche Bedeutung für den Gesamt- abfluss. Die gezielte Anlage von dezentralen, bremsenden Strukturen in der Flur von Lessau und Lankendorf kann einen Beitrag zum Wasserrückhalt leisten. So werden Oberflächenwasser und abgetragenes Erdreich so weit wie möglich zurückgehalten und die in den Ortschaften wohnenden Bürgerinnen und Bürger wirkungsvoll beim Schutz vor den Auswirkungen der Starkregenereignisse unterstützt. Erwünschter Nebeneffekt: Das zurückgehaltene Wasser trägt an Ort und Stelle auch zur Grundwasserneubildung bei.

Durch den Klimawandel nehmen kleinräumige Starkregenereignisse sowie Trockenphasen deutlich zu. Unwetter gefährden Siedlungen und führen zu Sturzfluten und Hochwässern. Neben materiellen Schäden an Gebäuden und Infrastruktur verursachen Starkregen und Sturzfluten aber auch schwere ökologische Schäden durch Bodenabtrag, Verminderung der Bodenfruchtbarkeit und Gewässerbelastung. Immer öfter ist eine Anpassung der Situationen vor Ort notwendig. Dieser Aufgabe haben sich die Ämter für Ländliche Entwicklung angenommen. „Deshalb arbeiten wir daran, gemeinsam mit Bürgern, Landwirten, Fachleuten, verschiedenen Organisationen und Verbänden und vor allem mit den Kommunen klimaangepasste Landschaften zu entwickeln und individuell das Beste für den jeweiligen Naturraum und die Ortslagen zu erreichen“, so Riedel. **□**

„Schwammstadt“ Stein – nachhaltig, sinnvoll

Beim Thema der Oberflächenwasserbewirtschaftung im Baugebiet 8d „Blumenstraße-Lilienstraße“ kommt in Stein ein überaus innovatives Wassermanagement zum Tragen. Das Prinzip der „Schwammstadt“ wird in Stein erstmals in größerer Dimension umgesetzt und dürfte wohl im Ballungsraum derzeit einzigartig sein.

Die Idee zur Umsetzung der Schwammstadt kam aus dem Stadtbaureferat und fand bei der Schultheiß Projektentwicklung AG sofort Zustimmung. Das Büro Siegle, dessen Inhaber selbst ein Steiner ist, wurde mit der Planung beauftragt.

Doch wie funktioniert das Prinzip der „Schwammstadt“ überhaupt? Im gesamten Baugebiet 8d soll zukünftig alles Oberflächenwasser der öffentlichen Straßen, Park- und Gehwegflächen über sogenannte Baumrigolen versickern. Zusätzlich werden die Flachdächer der Häuser durch die Bauträger mit Dachbegrünungen versehen und somit wird Regenwasser gleich am Dach zurückgehalten. Überschüssiges Dachwasser und das Oberflächenwasser im gesamten Bereich des neuen Wohngebietes um die Lilienstraße, Nelkenstraße und Blumenstraße soll ebenfalls ausschließlich einer Versickerung zugeführt werden.

Die Baumrigole: Schlüssel zur effektiven Regenwassernutzung

Eine Baumrigole ist ein großer Substratkörper aus porösem Lavagestein im Boden, der einerseits als Wurzelraum für einen Baum zur Verfügung steht und andererseits Wasser speichern und versickern lassen kann. Der Baum profitiert von dem Regenwasser, dass hier anders als sonst üblich nicht in den Kanal abgeleitet wird, sondern über Filterschächte gereinigt in die Substratkörper der Wurzelräume geleitet wird.

Damit verschwindet das Regenwasser nicht ungenutzt im

Kanal, sondern steht den Pflanzen in größeren Mengen und über einen längeren Zeitraum als sonst zur Verfügung. Der Baum entzieht dem Substratkörper das angestaute Wasser zum Teil über die Wurzeln und verdunstet es über die Blätter in die direkte Umgebung. Damit tritt eine kühlende Wirkung im nahen Umfeld des Baumes ein. Eben wie bei einem Schwamm, der Wasser aufnehmen und wieder abgeben kann.

Überschüssiges Wasser versickert im Boden

Ausgelegt ist das System auf ein fünfjähriges Regenereignis, was üblicherweise auch bei der Dimensionierung von Kanälen seine Anwendung findet. Bei Starkregen ist das System mit einem Notüberlauf an den Kanal angeschlossen, so dass mit Überflutungen der Straßen nur bei extremen Wetterereignissen – wie in den anderen Stadtteilen auch – gerechnet wird. Es steht sozusagen (Stau)Raum zur Verfügung, der zuerst geflutet werden kann, bevor das System Wasser in den Kanal abgeben muss.

Durch diese Bauweise konnte der vorhandene Mischwasserkanal unverändert bestehen bleiben und dient zukünftig als Schmutzwasserkanal und Notüberlauf.

Die Arbeiten an der Lilienstraße haben bereits begonnen und die ersten Bauwerke zur Versickerung von Oberflächenwasser sind bereits entstanden. Später wird von der Besonderheit kaum etwas zu sehen sein, da sich die Bauwerke im Boden verstecken. Das Baugebiet hat es im wahrsten Sinne in sich. **□**

DStGB-Thesenpapier:

Plädoyer für aktives Wassermanagement

Hitze- und Dürreperioden führen in Deutschland immer häufiger zu Wasserknappheit. Einzelne Kommunen mussten bereits leergelaufene Wasserspeicher melden und eine Notversorgung sichern. Konkrete Maßnahmen zur Sicherstellung der Wasserversorgung sind jetzt notwendig, wie das DStGB-Thesenpapier „Wassermanagement in Zeiten von Hitze und Dürre“ darlegt.

„Mehrere aufeinanderfolgende Trockenjahre sind aufgrund des Klimawandels ein realistisches Szenario. Jeder Wasserversorger muss daher prüfen, ob er in allen Teilen seines Versorgungssystems, von den verfügbaren Trinkwasserressourcen bis hin zur Netzhydraulik, über die notwendigen Systemreserven verfügt. Erforderlich ist ein Umdenken hin zu einem aktiven Wassermanagement“, so der Deutsche Städte- und Gemeindebund.

Von den rund 180 Milliarden Kubikmetern Wassermenge nutze die kommunale Trinkwasserversorgung in Deutschland weniger als 3 Prozent. Somit sei hierzulande grundsätzlich genug Wasser für die öffentliche Trinkwasserversorgung vorhanden. Gleichwohl könne es sein, dass bestimmte Quellen, die stark auf Regen reagieren, zum Beispiel Quellschüttungen, bei langhaltender Trockenheit nicht genug Wasser haben. In derartigen Regionen gelte es, vorsorgend zu planen.

Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, sollten insbesondere der Ausbau von Wasserspeichern und von Verbundstrukturen mit benachbarten Trinkwasserversorgern in den Blick genommen werden. Je nach Beschaffenheit und regionaler Lage könnten auch eine Reaktivierung alter Wassergewinnungsanlagen sowie im Einzelfall auch die Erkundung neuer Grundwasservorkommen helfen, heißt es weiter. Ziel aller Maßnahmen müsse es sein, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Mögliche Interessenkonflikte bei der Trinkwasserversorgung müssen laut DStGB im Sinne einer Priorisierung der Wassernutzung gelöst werden. Dies betreffe insbesondere die Landwirtschaft, wasserintensive Industrien, aber auch Naturschutzziele sowie private Nutzungen (Pools etc.). Wo nicht genug Wasser für alle Abnehmer vorhanden ist, müsse die öffentliche Wasserversorgung stets Vorrang haben. Dabei sei die bewährte dezentrale Struktur bei der Wasserversorgung zu beachten.

Aus Sicht des Kommunalverbands ist die Wasserbewirtschaftung in Deutschland zu sektoral ausgerichtet (z. B. Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Abwasserwirtschaft, Hochwasserschutz oder Schifffahrt). Problemanalysen und Verbesserungsvorschläge würden häufig nicht übergreifend betrachtet. Kritik übt der DStGB auch daran, dass in den vergangenen Jahren in der Landschaft ein zunehmender Wasserverlust stattgefunden habe: „Felder und Grünland werden in großem Stil drainiert, Bäche und Flussläufe begrudigt sowie vertieft, um auf den Böden eine noch intensivere Landwirtschaft ausüben zu können. Dieser Weg muss korrigiert werden, indem Entwässerungssysteme gezielt auch zum Wasserrückhalt umfunktioniert werden. Auch die Wiedervernässung und der Schutz von Mooren sind für einen stärkeren Wasserrückhalt in Böden notwendig.“

„Schwammstadt“

„Zu einem aktiven kommunalen Wassermanagement gehört auch das System der ‚Schwammstadt‘“, heißt es weiter. Regenwasser in Städten und Gemeinden versickere oder verdunstet selten, da es häufig rasch abgeleitet wird. Daher gelte es, ein intelligentes Abwasser- und Regenwassermanagement sowie vorausschauend eine wasserbewusste Stadtentwicklung zu etablieren. Regenwasser sollte nicht gleich in Abwasserkanäle abgeleitet, sondern aufgefangen und nutzbar gemacht werden. Flächenentsiegelung, die Anlage neuer Versickerungsflächen oder die Wasserspeicherung in Zisternen seien Lösungsansätze, Regenwasser systematisch abzuleiten und dabei gleichzeitig die Bodenfeuchte und das Mikroklima in bebauten Bereichen deutlich zu verbessern.

Aufgrund der steigenden Wassernachfrage in Hitzeperioden müsse auch vorsorgend und ganzjährig auf einen verantwortungsvollen Umgang mit der Ressource Trinkwasser hingewirkt

werden. Verbraucher müssten konsequent abwägen, ob der Wasserverbrauch in allen Fällen erforderlich ist – etwa bei der Gartenbewässerung. Hierbei sollten als letzter Baustein bei Wasserknappheit auch Nutzungsbeschränkungen und Verwendungsverbote der lokalen Wasserversorger angeordnet werden.

Kooperation auf vielen Ebenen

„Die Bewältigung der Klimafolgen ist ein gesamtgesellschaftliches Problem“, weshalb insbesondere Bund, Länder, Kommunen und die Wasserwirtschaft zusammenwirken müssten, macht der DStGB deutlich. Die Kommunen seien bei konkreten Umset-

zungsmaßnahmen finanziell zu unterstützen. „Gleichzeitig bedarf es einer größeren Bereitschaft bis hin zu konkreten rechtlichen Verpflichtungen zum Einsparen von Wasser etwa durch Regenwassernutzung, insbesondere im gewerblichen Bereich.“

Langhaltende Dürre- und Hitzeperioden schaden auch dem Wald massiv. Notwendig sei daher ein nachhaltiger Aktionsplan von Bund, Ländern und Kommunen, um die Multifunktionalität der Wälder durch ein Mehr an Mischwald in Deutschland und auch die Stärkung der „Grünen Lungen“ innerhalb der Städte und Gemeinden zu sichern. Nötige Maßnahmen seien Aufforstungen durch dürreresistente Bäume, die Pflanzung von Mischwäldern, aber auch die Aufstockung von Personal in den Forstverwaltungen. „Es bedarf eines nachhaltigen und durchfinanzierten Programms, mindestens für die kommenden zehn Jahre“, fordert der Deutsche Städte- und Gemeindebund. **DK**

DWA-Positionen:

Überflutungsvorsorge klimafest machen

„Die Vorsorge vor Hochwasser und lokalen Sturzfluten wird ein Handlungsschwerpunkt der öffentlichen Gefahrenvorsorge. Maßnahmen des Hochwasser- und Starkregenrisikomanagements müssen in die Raumordnungs- und Regionalplanung eingebunden sein und einem wasserwirtschaftlichen Rahmenplan folgen.“ Diese Forderungen stellt die DWA - Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall in ihrem aktuellen Positionspapier „Hochwasser und Starkregen“. Dabei sei der Verzahnung des urbanen Raums, in dem besonders hohe Überflutungsschäden auftreten können, mit dem Umland besondere Beachtung zu schenken.

Die Maßnahmen der Überflutungsvorsorge und des Risikomanagements müssen laut DWA mit der Betrachtung der Wasserspeicherfähigkeit der Böden bzw. des Rückhalts in der Fläche und einem entsprechenden Flächenmanagement beginnen. Hier gelte es, dezentrale und umweltverträgliche Rückhaltemaßnahmen gezielt zu fördern und einzusetzen. Maßnahmen könnten von der Wiedervernässung oder der Renaturierung von Mooren, der Aufforstung zu standortgerechten Laubmischwäldern, der Umwandlung von Ackerland zu Dauerkulturen und Grünland bis hin zu Dachbegrünungen reichen, womit vielfach Synergien mit dem Klimaschutz oder dem Erhalt der Biodiversität einhergehen. Wasser benötige nach wie vor mehr Raum. Dazu seien auch Auen zu reaktivieren bzw. zu renaturieren und wo möglich, Deiche zurückzulegen.

Gleichwohl werden sich trotz aller Vorsorge Überflutungen niemals vollständig vermeiden lassen, unterstreicht die DWA. Das Bauen in hochwassergefährdeten Gebieten müsse daher deutlich stringenter reguliert werden. Sinnvoll sei eine Zonung innerhalb der festgesetzten Überschwemmungsgebiete nach Gefährdungslage. In besonders gefährdeten Bereichen sei ein generelles absolutes Bauverbot notwendig, in den anderen Zonen seien unterschiedlich strenge Anforderungen an Ausnahmen festzulegen. Die Schweiz gehe diesen Weg.

„In Situationen des Wiederaufbaus muss der klimaangepasste Neuaufbau mitgedacht werden, wozu es u. a. flexible Lösungen in Form der Ausweisung und der Bereitstellung von Alternativgrundstücken für Betroffene zum Kauf oder Tausch braucht“, heißt es in dem Papier. Dafür müsse die Politik Mittel bereitstellen und den Rahmen gestalten. In zwingenden Ausnahmefällen sei dann der technische Hochwasserschutz zu verstärken und hochwasserangepasst zu bauen. Auch im Bestand müssten im Rahmen der Eigen-

vorsorge Anpassungsmaßnahmen verstärkt werden.

Um die Bürger bei der Überflutungsvorsorge mitzunehmen, ist aus Sicht der DWA eine offensive und vor allem verständliche Risikokommunikation notwendig. Die Vereinigung begrüßt die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vorgesehene Schaffung bundeseinheitlicher Standards zur Risikobewertung für Hochwasser und Starkregenüberflutungen. Datenschutzrechtliche Hindernisse bei der Veröffentlichung von Starkregengefahrenkarten seien dringend abzubauen. Gefahren- und Risikokarten müssten einfach lesbar, nachvollziehbar und leicht auffindbar sein. Zudem müsse die Starkregenvorsorge verbindlich in die Bauleitplanung einfließen.

Frühwarnung im Ereignisfall

Zu einer verbesserten Risikokommunikation zählt auch eine praxistaugliche, effektive und verständliche Frühwarnung im Ereignisfall. Bei Flusshochwasser ist dies in der Regel deutlich leichter als im Bereich von Sturzfluten. „Es muss ein integratives, einheitliches und verständliches Frühwarnsystem geben, digital (z.B. SMS per Cell-Broadcast) und analog (Sirenen) unterstützt durch regelmäßige Übungen unter Einbeziehung der Bevölkerung. Die Zusammenarbeit von Überflutungsvorsorge und Katastrophenschutz muss optimiert, der Katastrophenschutz selbst modernisiert und besser ausgestattet werden. Notwendig ist dafür besonders eine klimaresiliente leitungsgebundene kritische Infrastruktur. Das gilt für die Telekommunikation, die Energieversorgung und die Wasserversorgung und -entsorgung, aber auch für die Infrastruktur der Hochwasservorhersage und Frühwarnung, insbesondere Pegel und Datenübertragungswege. Hierzu sind erhebliche staatliche Investitionsentscheidungen zu treffen“, macht die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall DWA abschließend deutlich. **DK**

Gewässerschutz hat Priorität

Planung und Umsetzung von Anforderungen in der Grundstücksentwässerung

Wie lassen sich Inhalte aus dem DWA-Regelwerk am besten umsetzen? Die Grundstücksentwässerungstage der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA) geben einen Überblick über den aktuellen rechtlichen und praxisbezogenen Stand zur Zulassung von Leichtflüssigkeitsabscheidern, zur Reduktion von Fremdwasser in Grundstücksleitungen mit Hilfe von Dränagen sowie zur Zustandserfassung, Bewertung und Sanierung von Grundstücksentwässerungen.

Die Genehmigung von Entwässerungsanlagen, hier insbesondere mit Blick auf zu berücksichtigende Vorgaben und Normen sowie den Umgang mit Regenwasser, sind weitere Schwerpunkte der Veranstaltung.

Der neue DWA-Kurs „Fachplaner Grundstücksentwässerung“ wird vorgestellt. Auch die Themen Wasserrückhalt und Versickerung kommen zur Sprache. Der Entwurf des Arbeitsblatts DWA-A 190 „Qualifikation von Unternehmen für Arbeiten an der Grundstücksentwässerung“ wird diskutiert.

Grundstücksentwässerung ist jedoch keine rein technische Aufgabe, es geht auch um den Umweltschutz. Der Güteschutz Grundstücksentwässerung e. V. macht darauf aufmerksam, dass ein großer Teil der privaten Entwässerungsanlagen defekt sei, in die Leitungen also Fremdwasser eindringen oder aber Schmutzwasser auslaufen könne. Es reiche daher nicht,

auf den „begründeten Verdachtsfall zu warten“, sagt Dirk Bellinghausen, Leiter des Verbandes, der sich zum Ziel gesetzt hat, die Qualität von Anlagen der Grundstücksentwässerung zu verbessern und Verunreinigungen von Grundwasser, Gewässern und Boden durch undichte oder schadhafte Abwasseranlagen entgegenzuwirken. Er fordert daher erneut eine rechtliche Regelung für den privaten Bereich, wie sie für das öffentliche Kanalsystem gilt.

Die Grundstücksentwässerungstage finden am 7./8. September 2022 in Fulda statt. Sie richten sich an Ingenieure, Architekten, Installateure, Kanalmeister und kommunale Aufgabenträger. Die Teilnahme kostet 730 Euro, DWA-Mitglieder zahlen 610 Euro. Infos: www.dwa.de/grundstuecksentwaeserungstage. Programm: Grundstücksentwässerungstage.

Eine Ausstellung mit Produkten und Dienstleistungen zum Thema ergänzt die Tagung. **DK**

Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

www.tvbayernlive.de

SPORT

KULTUR

POLITIK

WETTER

LOKALE NACHRICHTEN

GESELLSCHAFT

WIRTSCHAFT

IHR LOKALER NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS

Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern

Alle Sendungen in der TV Now Mediathek

Einsatz von Cloud-Strukturen und KI bei der Zustandserfassung von Kanälen:

Höhere Effizienz und Effektivität

Infrastrukturbauprojekte, wie beispielsweise die urbanen Abwassersysteme, bedürfen regelmäßiger Zustandskontrollen und Bewertungen, um den rechtlichen und normativen Vorgaben gerecht zu werden. Diese Zustandsbewertung ist mit einem großen manuellen und finanziellen Aufwand verbunden und oft auch von den individuellen Beurteilungen des Kanalinspektors abhängig. Ebenso ist die Datenverwaltung und Verfügbarkeit bei der Zustandsbewertung von diversen Prozessen wie Datenaustausch, Schaffung von eigenen IT-Infrastrukturen und direkter Kommunikation für alle Beteiligten mit großem Aufwand verbunden. Diese Aufwendungen und Abläufe können durch den Einsatz neuer digitaler Technologien massiv reduziert, aber auch verbessert werden.

Genau diesen digitalen Ansatz verfolgte ein Gemeinschaftsprojekt der Stadtwerke Waldkirchen, der e.SIC GmbH, der bluemetric software GmbH, der JT-elektronik GmbH sowie der Pfaffinger Rohrnetz- & Sanierungstechnik GmbH konsequent.

Zielsetzung des Projektes war eine komplette digitale Datenverwaltung und Dokumentation der Zustands-, aber auch die Lageerfassung des Abwassersystems im Stadtkern von Waldkirchen. Weiterhin schrieb der Bereichleiter Abwasser der Stadtwerke Waldkirchen, Rudolf Kellermann, die Verfügbarkeit aller Daten – unabhängig von eigenen IT-Infrastrukturen in das Lastenheft.

Die zur Ausführung der Zustandskontrolle und Lagemessung des unterirdischen Abwassersystems beauftragte Firma Pfaffinger Rohrnetz- & Sanierungstechnik GmbH aus Passau konnte hierzu auf ein großes Netzwerk von Spezialisten zugreifen, die die Umsetzung vorantreiben und letztendlich auch möglich machen.

Durch den Einsatz modernster Haupt- und Seitenkanalkamerasysteme mit Full-HD-Auflösung aus dem Haus JT-elektronik GmbH aus Lindau, konnte der gesamte Haupt- und Anschlusskanalbestand im Stadtkern nach erfolgter Reinigung inspiziert und die genauen Verläufe der Leitungen automatisiert dreidimensional erfasst werden. In Verbindung mit der Erfassungs-, Messungs- und Detektionssoftware „Inspector/ASYS 3D“ wurden alle Kanalverläufe mit UTM Koordinaten versehen und zusammen mit den Zustandsdaten als xml-Datei exportiert, die über eine definierte Schnittstelle in das GIS der Stadtwerke Waldkirchen eingespielt wurden.

Um die Zielsetzung der digitalen Datenverwaltung bei größtmöglicher Verfügbarkeit zu erreichen, stellte die e.SIC GmbH mit dem Produkt „SARIDA™ Portal“ eine Plattform zur Verfügung, welche genau diesen Ansatz verfolgt und konsequent weiterentwickelt. Zu den Kernfunktionalitäten der Cloud gehören:

- Direkter Datenaustausch über einen zentralen Zugangspunkt mit allen gängigen Austauschformaten
- Direktes Arbeiten im Webbrowser
- Einfache Freigabe der Daten
- Verfolgen aller Bearbeitungsstände und Änderungen in Echtzeit
- Einfaches Anwenden von automatisierten Analysen zur Qualitätssicherung.

Moderne Cloudtechnologie erhöht Datensicherheit

Diese neuartige und moderne Cloudtechnologie für flexibles und zentrales Datenmanagement sowie Streaming der Medieninhalte verhindert eine inkonsistente und auch redundante Datenhaltung. Sie erhöht somit die Sicherheit der Daten, da diese nie auf lokalen Systemen vorliegen. Eine hochauflösende 3D-Visualisierung und moderne Kommunikationsmethoden sorgen für mehr Effizienz und verbesserte Arbeitsbedingungen im gesamten Inspektions-, Dokumentations- und späteren Bearbeitungsprozess.

Hierzu Rudolf Kellermann: „Die Verfügbarkeit der Daten schon am nächsten Arbeitstag bedeutet für uns eine wesentlich schnellere Kommunikation und eine höhere Effizienz bei der Schadensbewertung und Behebung. Durch die Möglichkeit, auch von mobilen Endgeräten aus Zugriff auf die Dokumentation wie Berichte sowie Filme und Bilder zu haben, erleichtert uns die Arbeit im Betrieb sehr und unterstützt auch direkt vor Ort, in dem entsprechenden Abschnitt, mit allen notwendigen Informationen“.

Als logische Ergänzung zu der Cloudlösung wurde bei der Pfaffinger Rohrnetz- & Sanierungstechnik zusätzlich noch das „SARIDA™ Edge“ im Projekt eingesetzt, das dem Inspekteur bei der optischen Inspektion durch eine künstliche Intelligenz (KI) assistiert, um Schäden und Zustände im Voraus zu detektieren, die dann von dem Inspekteur abschließend geprüft und präzise dokumentiert werden. Im neuesten Release der Anwendung können im Zusammenspiel mit der Erfassungssoftware INSPECTOR von bluemetric zusätzlich die Hauptcodes mit Charakterisierung zur Zustandsbeschreibung vorgeschlagen werden. Die KI funktioniert auf dem Fahrzeug ohne Internetverbindung, also offline. In einem weiteren und zukünftigen Schritt soll die Kamertechnik von JT-elektronik die von der KI erkannten Zustände mit einer noch detaillierteren Kameraführung umgesetzt werden. Hierzu gehört z. B. auch die Unterbrechung der Kamerafahrt und das gezielte An- und Abschwenden des Rohrabchnitts bzw. des erkannten Zustands. Resultierend aus diesen optimierten Abläufen werden Lichtintensität, Reflexionen, Blendenstufen und die Tiefenschärfe, also auch die Wahl der richtigen Fokussierung und Belichtung realisiert.

Als westlichen Vorteil dieser Anwendung hat man bei Pfaffinger die höhere Effizienz und Qualitätssteigerung bei der Zustandskontrolle identifiziert und erkannt. Weiterhin sieht das Unternehmen beim Einsatz von assistierenden KI-Anwendungen die Möglichkeit, Quereinsteiger als Bedienungspersonal bei der Zustandskontrolle wirksam zu unterstützen und individuelle Fehlinterpretationen des Kanalinspektors oder nicht registrierte und dokumentierte Zustände zu vermeiden.

Rückwirkend betrachtet erzeugte das Gemeinschaftsprojekt für alle Beteiligten einen spürbaren Mehrwert und soll auch in weiteren Maßnahmen und bei anderen Auftraggebern verstärkt eingesetzt werden. Mit einem sogenannten selbstlernenden System werden die Kanalinspektionen gesamtheitlicher und nachhaltiger.

Auch weitere Bereiche der Wasserwirtschaft belegen, dass Innovationen unerlässlich sind, um vielschichtige Aufgaben zu bewältigen. So zeigen die vergangenen Dürrejahre, dass Deutschlands Wasserreichtum nicht mehr selbstverständlich ist. Einige Versorger passen sich bereits an, indem sie durch intelligentes Wassermanagement den Verbrauch reduzieren und Dürreperioden besser ausgleichen. Doch nicht nur der Klimawandel, sondern auch demografische Entwicklungen und steigender Konsumbedarf fordern umfassende Veränderungen. So verpflichtet die „Nationale Wasserstrategie“ des Bundesumweltministeriums zu einem nachhaltigen Umgang mit der Ressource Wasser. Auch für Bayerns Wasserstrategie liegt ein Masterplan vor, der die Sicherheit in der Trinkwasserversorgung, Unterstützung der Bewässerung in der Landwirtschaft und Schutz des natürlichen Wasserhaushalts fokussiert.

Doch wie können Wasserreserven langfristig gesichert und eine Vorsorge gegen Wasserknappheit geleistet werden? Eine Antwort darauf liefert die Hochschule Hof. So initiierte das iwe-Institut für Wasser und Energiemanagement an der Hochschule die Metastudie „WaterExe 4.0“ zum Stand der Digitalisierung der Wasserwirtschaft in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Metastudie belegt den Status quo der deutschen Forschungs- und Innovationslandschaft mit zahlreichen Praxisbeispielen.

Eines der vielseitigen Studienergebnisse zeigt, dass Digitalisierung in fast jeder wasserwirtschaftlichen Anwendung Einzug gehalten hat, wenn auch nicht überall in gleicher Form und Stärke. So finden sich digitale Anwendungen zu rund je einem Drittel im Monitoring oder im administrativen Bereich. In der Ressourcennutzung werden digitale Lösungen bislang zu 4 % eingesetzt. In ähnlichen prozentualen Anteilen werden digitale Lösungen auch für die Abwasser- und Trinkwasserverteilung oder zur Wassergewinnung eingesetzt. Insgesamt deuten die Ergebnisse der Studie auf einen hohen Zuwachs digitaler Anwendungen hin. Dies ist von großer Bedeutung, da der qualifizierte Umgang mit extremen Wetterereignissen für Infrastruktur und Gesellschaft immer wichtiger wird.

Eine zuverlässige Lösung zur Sicherung der Wasserreserven liegt u.a. in der gezielten Digitalisierung der Wasserwirtschaft.



Reinigung, Inspektion und dreidimensionale Erfassung der Leitungsverläufe mit dem professionellen TV-Inspektionsfahrzeug der Fa. Pfaffinger Rohrnetz- & Sanierungstechnik GmbH. Bild: JT-elektronik GmbH

Widerstandsfähigkeit in der Wasserwirtschaft

Die Zukunft der Ressource Wasser sichern

Als im Jahr 2018 die Kanalnetzbewirtschaftung von Nürnberg mit einem umwelttechnologischen Preis ausgezeichnet wurde, hatten die teilnehmenden Partner einen nachhaltigen Meilenstein erreicht: sie konnten das Netz der gesamten Kanalisation des immer häufigeren Starkregenereignissen und höheren Gewässerschutzanforderungen anpassen. Dafür wurde bereits in den 1990er Jahren eine systematische Datensammlung und -analyse aller Vorgänge im Kanalnetz gestartet. Heute besitzt das Nürnberger Kanalnetz durch die Installation intelligenter Fernwirktechnik eine deutlich stärkere Widerstandsfähigkeit gegenüber extremen Regenereignissen.

Konkrete Praxismodelle für fortschrittliche Technologien sind neben der Nürnberger Kanalnetzbewirtschaftung beispielsweise eine Sanierungsstrategie für Abwasserpumpwerke oder ein neu entwickeltes Lecksuchsystem für Trinkwasserleitungen. Diese umwelttechnologischen Lösungen resultieren aus Projekten und Beiträgen von Mitgliedern des Umweltcluster Bayern. So basiert das Projekt DISS beim Amperverband mit einer langfristigen Sanierungsstrategie auf der Instandsetzung von Pumpwerken. Ziel dieser Strategie sind Maßnahmen, um den Reparaturbedarf schadhafter Pumpwerke frühzeitig zu erkennen.

Als weiteres Praxisbeispiel gibt das Lecksuchsystem für Trinkwasserleitungen von T.O.M. eine intelligente Antwort auf den Verlust der Ressource Wasser. Ein speziell entwickeltes Messgerät ermöglicht dabei die schnelle und punktgenaue Erkennung von Leckstellen. Diese Beispiele unterstreichen das innovative Potenzial der Mitglieder im Netzwerk und wurden mit dem Leuchtturmprojekt prämiert – ein Prädikat, das jedes Jahr vorbildliche Beiträge zur Entwicklung der Umwelttechnologie in Bayern auszeichnet.

Praxisbeispiel Lecksuchsystem

Auch in der Wasser- und Abwasseraufbereitung sowie Boden- und Gewässersanierung setzt der Umweltcluster auf fundiertes technologisches Fachwissen seiner Mitglieder. So befassen sich seine Arbeitskreise mit Digitalisierung, Mikroverunreinigungen in Wasser und Abwasser, Abwasserwärmenutzung und dezentraler Abwasseraufbereitung. Die Arbeitskreise stärken das Ziel des Clusters, den Kontakt zwischen Unternehmen, Wissenschaft, Politik und Behörden herzustellen und einen landesübergreifenden Dialog im In- und Ausland zu gewährleisten.

Die hohe Bedeutung des Informationsaustauschs beweisen regelmäßig stattfindende Formate wie z.B. die Süd- und Ostbayerische Wassertagung, die 2021 zum sechsten Mal erfolgreich durchgeführt wurde. Mit themenspezifischen Fortbildungen und Vorträgen zeigte die Fachtagung Entscheidern und technisch Verantwortlichen aktuelle Strategien und Maßnahmen auf, um die Wasserversorgung zu zukunftssicher zu gestalten. Mit der jüngsten Implementierung einer Task Force zum Wassermanagement hat der Umweltcluster für dieses wichtige Thema zusätzlichen Raum geschaffen.

Wasserwacht-Bayern startet Kampagne:

„Bayern schwimmt“ wieder in Präsenz

Videos über 87.000-mal aufgerufen

Die Kampagne „Bayern schwimmt“ der Wasserwacht-Bayern geht dieses Jahr in die vierte Runde und kann im Jahr 2022 wieder in Präsenz stattfinden. In den letzten beiden Jahren wurde die Kampagne mit Video-Tutorials umgesetzt, die nach wie vor online abrufbar sind und Eltern und Kinder beim Schwimmenlernen unterstützen und sensibilisieren. Der Erfolg spricht für sich: über 87.000-mal wurden die Videos aufgerufen, der Bedarf ist demnach groß.

„Wir freuen uns, dass ‚Bayern schwimmt‘ in diesem Jahr mit zahlreichen Schwimmkursen und Aktionen im ganzen Freistaat Kindern zu sicheren Schwimmern macht“, so Thomas Huber, Landesvorsitzender der Wasserwacht-Bayern. „Sicher schwimmen kann man aber erst mit dem Bronze-Abzeichen“, ergänzt Huber. In den Wochen bis zu den Sommerferien wird eine Vielzahl an Aktionen angeboten, damit bis zum Ferienstart viele Kinder sicher schwimmen können.

Neues Konzept zum Schwimmenlernen

Huber: „Aufgrund der Pandemie ist die Schwimmfähigkeit ins Hintertreffen geraten, der Rückstau an Nichtschwimmern muss nun aufgeholt werden. Das Thema Schwimmfähigkeit geht uns alle an. Auch die Energiekrise ausgelöst durch den Ukraine-Krieg wirkt sich darauf aus. Die gestiegenen Energiepreise zwingen Bäder dazu die Wassertemperatur zu senken oder ganz zu schließen. Auch das bedeutet weniger Möglichkeiten zum Schwimmenlernen.“

Die Wasserwacht-Bayern hat dazu ein neues Konzept zum Schwimmenlernen erstellt. „Mit Loti ab ins Wasser“ setzt im Kindergartenalter an und soll den Kleinsten das Schwimmen näherbringen. Dieses Konzept bildet die Grundlage für den Weg zum sicheren Schwimmen. Auch ein Selfmade-Schwimmkurs ist Teil des Konzepts und ist eine Unterstützung für alle, die einem Kind das Schwimmen beibringen oder das Kind mit gezielten Übungen

auf einen geplanten Schwimmkurs vorbereiten wollen.

Landtagspräsidentin Ilse Aigner ist selbst eine gute Schwimmerin und Schirmherrin der Kampagne: „In unseren vielen schönen bayerischen Seen, Flüssen oder einem der tollen Bäder zu schwimmen, gehört für mich zum Sommer und zur bayerischen Lebensart dazu. Die Wasserwacht sichert nicht nur viele der Gewässer, sondern lässt sich jedes Jahr bei ‚Bayern schwimmt‘ Neues einfallen, um noch mehr Kindern das Schwimmen beizubringen. Dafür danke ich vor allem den unzähligen Ehrenamtlichen sehr: Ihr Einsatz macht das Schwimmen sicherer und bereitet vielen Kindern einen noch schöneren Sommer!“

Kultusminister Prof. Dr. Michael Piazolo unterstrich die Bedeutung der Veranstaltung: „Bayern schwimmt“ verdeutlicht einmal mehr, mit welchem bewundernswerten Einsatz die Beteiligten sich in Bayern vor Ort dafür einsetzen, dass unsere Kinder und Jugendlichen schwimmen lernen. Das Kultusministerium und die bayerischen Schulen bringen sich aus voller Überzeugung für dieses Ziel ein. Mir liegt diese Aktion auch persönlich sehr am Herzen. Umso schöner finde ich die ganzen tollen Ideen, die in ‚Bayern schwimmt‘ stecken.“

„Kampagnen wie ‚Bayern schwimmt‘ und Schwimmkurse im Allgemeinen können aber fast nur in Bädern umgesetzt werden. Davon braucht es mehr im Freistaat Bayern“, fordert Leonhard Stärk, Landesgeschäftsführer des BRK.

Mehr Informationen: www.bayernschwimmt.de

Steigende Medikamentenrückstände im Wasser:

Drohen Umwelt- und Gesundheitsgefahren?

Die Entwicklung von Arzneimitteln ist für zahlreiche Verbraucher ein Segen. Doch gibt es auch Schattenseiten. Die stabilen und hochreaktiven Substanzen scheiden der Körper teilweise aus und so landen sie über die Toilette im Abwasser und damit wieder im Wasserkreislauf. Ist das unbedenklich oder gehen davon Umwelt- oder Gesundheitsgefahren aus?

Die Entfernung dieser Chemikalien ist problematisch. Kläranlagen halten Arzneimittelrückstände größtenteils nicht zurück. So gelangen sie in verdünnter Form zurück in Flüsse und Seen oder als Klärschlamm auf die Felder. Rückstände von Medikamenten und deren Abbauprodukte sind heute flächendeckend in Oberflächengewässern aber auch im Grundwasser und im Boden nachweisbar. In sehr niedrigen Dosen finden sie sich mittlerweile auch im Trinkwasser, allerdings in so geringer Menge, dass nach dem heutigen Stand der Forschung (noch) keine Gefahr für den Menschen besteht.

Bei Tieren sind jedoch schon Effekte festzustellen und regen zum Umdenken an. Unfruchtbarkeit bei Fischen durch hormonelle Rückstände der Anti-Baby-Pille oder Schädigungen innerer Organe durch das so beliebte Schmerzmittel Diclofenac sind Beispiele hierfür.

Empfehlung des VSB

Im Sinne des vorsorgenden Verbraucherschutzes empfiehlt der VerbraucherService Bayern im KDFB e.V. (VSB) schwer abbaubare Arzneiwirkstoffe so wenig wie möglich in den Wasserkreislauf einzutragen. „Irgendwann kommen die Wirkstoffe über den Wasserkreislauf wieder zurück zu uns“ erklärt Marianne Wolff, Umweltexpertin beim VSB.

„Eine gesunde Lebensführung, Medikamentenkonsument nach Bedarf und die richtige Entsorgung von Arzneimitteln sind Maßnahmen, die das Wasser und damit auch unsere Gesundheit schützen“, so Wolff. „Alte Arzneimittel gehören keinesfalls in den Abfluss, sondern in den Restmüll. Einige Kommunen bieten auch eine Entsorgung über die Problemüllsammlung an.“

Weiterführende Infos im VSB-Tipp: www.verbraucherservice-bayern.de/themen/umwelt/medikamentenrueckstaende-im-wasser

Sauberes Trinkwasser von der Genossenschaft

Von Florian Christner, Redaktion „Profil“, Genossenschaftsverband Bayern

Von der Öffentlichkeit nur wenig wahrgenommen, beliefern die 41 bayerischen Wassergenossenschaften ihre Heimatorte zuverlässig mit sauberem Trinkwasser – einige seit über 100 Jahren. Damit übernehmen sie einen wichtigen Teil der kommunalen Grundversorgung. Drei davon werden hier vorgestellt.

Wasserversorgung Simmerberg eG

Für Christian Hauber, Vorstandsvorsitzender der Wasserversorgung Simmerberg eG und seit Mai 2020 Bürgermeister der Nachbargemeinde Stiefenhofen, liegen die Vorteile einer genossenschaftlich organisierten Trinkwasserversorgung auf der Hand. „Die verantwortlichen Ansprechpartner sind vor Ort und können anstehende Aufgaben schnell und unbürokratisch erledigen. Das ist viel günstiger, als wenn dafür erst eine Firma beauftragt werden muss“, sagt Hauber.

Simmerberg ist einer von drei Hauptorten des Markts Weiler-Simmerberg im bayerischen Allgäu. Die Trinkwasserversorgung liegt in unterschiedlichen Händen. In Weiler ist dafür die Gemeinde verantwortlich, in Simmerberg und Ellhofen sind es Genossenschaften. Die Wassergenossenschaft Ellhofen wurde bereits 1899 begründet und bezieht ihr Wasser vom Zweckverband Fernwasserversorgung Oberes Allgäu. Die Wasserversorgung Simmerberg eG nahm 1929 ihren Geschäftsbetrieb auf und verfügt über eine eigene Quelle.

Die Quelle liegt unterhalb des Orts und wurde 1997 neu gefasst. Von dort wird das Wasser über 130 beziehungsweise 180 Höhenmeter in zwei Hochbehälter gepumpt. Diese haben ein Fassungsvermögen von 200 respektive 400 Kubikmetern in jeweils zwei Kammern. Der untere Hochbehälter wurde 2019 komplett erneuert und in Edelstahl ausgeführt. Gleichzeitig ließ die Genossenschaft die alten Zuleitungen aus Gusseisen durch moderne Edelstahlrohre ersetzen. Auch die Pumpen und die Steuerung wurden erneuert. 500.000 Euro nahm die Wasserversorgung Simmerberg eG dafür in die Hand. „Was die Technik und die Hygiene betrifft, sind wir auf dem neuesten Stand. Das versetzt uns in die Lage, auch in Zukunft sauberes Quellwasser in Topqualität zum Wohle der Einwohner von Simmerberg zu liefern“, sagt Hauber.

Bei der Simmerberger Genossenschaft teilen sich drei Vorstände und drei Aufsichtsräte die Aufgaben – ehrenamtlich. Unterstützt werden sie von einer Verwaltungskraft. Das unentgeltliche Engagement biete viele Vorteile, berichtet der Vorstandsvorsitzende. „Wir sind in der Gemeinde gut organisiert. Rund um die Uhr ist ein Ansprechpartner für die Wasserversorgung erreichbar, falls es mal Probleme geben sollte.“ Die Leistung der Genossenschaft werde im Ort durchaus wahrgenommen, berichtet der Vorstandsvorsitzende. Hauber: „Sauberes Trinkwasser ist ein hohes Gut. Dafür setzen wir uns mit Herzblut ein. Die Menschen in Simmerberg wissen das sehr wohl zu schätzen.“

Wassergenossenschaft Rehberg eG

Karl Lenz ist ein streitbarer Geist. Wenn er die kleinen Wasserversorger benachteiligt sieht, dann setzt er sich bei Behörden und Politik mit Nachdruck für deren Interessen ein. In diesem Jahr plant die Wassergenossenschaft Rehberg eG, rund 200 Meter Wasserleitung zu erneuern. Die Kosten belaufen sich auf rund 45.000 Euro, schätzt der Vorstandsvorsitzende der Genossen-

schaft. Rehberg ist ein Ortsteil der Gemeinde Grainet im niederbayerischen Landkreis Freyung-Grafenau. Wäre die Wasserversorgung von Rehberg in kommunaler Hand, könnte Lenz für die neue Leitung mit einem Zuschuss des Freistaats rechnen – theoretisch bis zu 90 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben.

Das geht aber nicht, denn Wassergenossenschaften fallen bei der Förderung durchs Raster. „Seit 1946 unterstützte Bayern die Kommunen beim Bau von Wasserversorgungsanlagen mit rund 3,5 Milliarden Euro“, heißt es auf der Webseite des Bayerischen Umweltministeriums. Wer und was gefördert wird, regelt die 2021 in Kraft getretene Neufassung der „Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben“ (RZ-Was 2021). Der Empfängerkreis ist auf der Webseite des Bayerischen Umweltministeriums klar benannt: „Zuwendungsempfänger sind Kommunen, deren Eigenbetriebe, kommunale Zusammenschlüsse und Kommunalunternehmen.“

Das ärgert Karl Lenz. „Kommunale Wasserversorger werden gefördert, Genossenschaften nicht. Wir bekommen keinen müden Euro. Dabei machen wir genau das Gleiche wie die Kommunen. Das ist eine extreme Benachteiligung der Wassergenossenschaften.“ Lenz fordert deshalb, Genossenschaften bei der Förderung den Kommunen gleichzustellen. Vorerst bleibt dem Vorstandsvorsitzenden jedoch nichts anderes übrig, als die Leitungserneuerung über einen Bankkredit zu finanzieren.

Abfinden will er sich mit dem Thema aber nicht. Denn dass auch kleine Wasserversorger politisch etwas erreichen können, bewies Lenz 2017. Damals setzte er sich gemeinsam mit anderen Wassergenossenschaften aus dem Bayerischen Wald erfolgreich dafür ein, dass die Vorschriften der jährlichen Wasseruntersuchungen auf Schadstoffe und Umweltbelastungen verhältnismäßig ausgestaltet werden. Damals war die Neufassung der Trinkwasserverordnung die Ursache für den Unmut der Wassergenossenschaften. „Wir hätten unser Wasser zum Beispiel auf die Rückstände von Pflanzenschutzmitteln untersuchen müssen, dabei liegen alle unsere Quellen im Wald“, sagt Lenz.

Ähnliche Probleme befürchtet Lenz, wenn die nächste Novelle der EU-Trinkwasserrichtlinie greift. Diese ist seit 2021 in Kraft und muss bis Anfang 2023 in deutsches Recht umgesetzt werden. Im Gesetzgebungsprozess würden die kleinen Wasserversorger jedoch nicht berücksichtigt. „Da wird mit den großen Wasserversorgern verhandelt, aber wir werden gar nicht gefragt. Das ist nicht angemessen. Die kleinen Versorger sollten auch einen Vertreter zu den Verhandlungen entsenden dürfen, damit er deren Interessen vertritt“, beschwert sich Lenz. Für große Versorger seien weitergehende Trinkwasseruntersuchungen finanziell viel leichter zu stemmen als für kleine Genossenschaften, die durch die kostspieligen Proben schnell in Existenznot geraten würden.

Denn für den Vorstandsvorsitzenden der Wassergenossenschaft Rehberg ist klar: Die Wasserversorgung gehört am besten in Bürgerhand. „Wasser ist

ein Grundnahrungsmittel, das den Menschen günstig zur Verfügung gestellt werden muss.“ Die Bürger sollten über ihre Wasser selbst bestimmen können und die Verfügungsgewalt nicht Konzernen mit Gewinnerzielungsabsicht überlassen, wie es anderswo in Europa schon geschehen sei. „Die Grundversorgung mit Wasser ist nicht dazu da, um Geschäfte zu machen“, sagt Lenz. Deshalb sei die Genossenschaft die ideale Rechtsform für eine Wasserversorgung in Bürgerhand. „Wir können selbst über unser Wasser bestimmen, weil es uns gehört. Auch die Kosten können wir selbst gestalten, ohne von einem Fremdanbieter abhängig zu sein.“

Diese Vorteile erkannten schon die Gründer der Wassergenossenschaft Rehberg. Vor der Gründung im Jahr 1994 gab es in Rehberg zwei Wasserversorgungsgemeinschaften ohne definierte Rechtsform. „Das waren lockere Verbände, die aber

CSU-Bezirksverband Mittelfranken:

„Lust auf Zukunft“

Bezirksparteitag in Gunzenhausen mit prominenter Besetzung

„Deutschland schlittert auf eine seit dem Zweiten Weltkrieg nie gekannte Krisensituation zu“, so CSU-Vorsitzender Dr. Markus Söder beim Parteitag des CSU-Bezirksverbandes Mittelfranken. Auch deswegen plädierte Bezirksvorsitzender Joachim Herrmann an die Bundesregierung, „mehr Mut zu wichtigen und grundsätzlichen Entscheidungen zu zeigen“.

„Die Bundesregierung muss kapieren, dass wir eine gerechte Politik für alle brauchen“, meinte Ministerpräsident Söder und plädierte für weiterhin kostenlose Corona-Tests und Ausweitung des Energiegeldes für alle Betroffenen. Der praktizierte „Klimasozialismus“ führe nicht weiter, die Regierung in Berlin rede in Sachen Energie zu viel über Verzicht und zu wenig über Ersatz. Und ohne befristeten Weiterbetrieb der Kernkraftwerke könne zur Gaskrise die Stromkrise kommen. Erneuerbare Energien müssten als „Heimatenergie“ gestaltet werden, nämlich gemeinsam mit den Bürgern und Kommunen.

Söder: „Wir bauen Brücken in die Zukunft“

Zur „Politik für alle“ gehöre auch „das Ende einer heimlichen Strategie zum Nachteil des Südens“ seitens der Bundesregierung. Bayern würde dagegen Brücken in die Zukunft bauen, mit Investitionen in neue Technologien, Bildung und Infrastruktur. Nach Aussage von Söder leiste Bayern auch „mehr als andere Hilfe mit Herz“, zum Beispiel für pflegende Familienangehörige und Familien insgesamt. In seinem Bericht hatte Joachim Herrmann zuvor bereits davon gesprochen, dass Bayern das Bundesland mit dem anerkannt geringsten Armutsrisiko und den niedrigsten Arbeitslosenquoten sei.

„Corona hat viele Opfer gefordert, aber Bayern ist besser durch diese Krise gekommen, als viele andere“, meinte der Bayerische Staatsminister des Innern, für Sport und Integration. Das bayerische Krankenhauswesen sei zu keinem Zeitpunkt kollabiert, „dank tollem Einsatz des medizinischen Personals“. Die Diskussion um angeblich zu viele Krankenhausbetten sei verstimmt, und auch bei der Krankenhausförderung sei Bayern führend in Deutschland.

Joachim Herrmann: „Wir investieren in die Zukunft unserer fränkischen Heimat“ und deshalb auch in den weiteren Ausbau des Schienennetzes, ohne dabei das Automobil zu verteuern. „Im Flächenland Bayern und ge-

rechtlich nicht auf einwandfreien Füßen standen“, erzählt Lenz. Auf Anraten der Behörden schlossen sich die beiden Gemeinschaften zusammen und gründeten sich als eingetragene Genossenschaft neu. Damit war auch das Problem der fehlenden Rechtsform gelöst. 54 Mitglieder hat die Genossenschaft heute. „Wir versorgen das komplette Dorf und einige Einzelanwesen mit Wasser, insgesamt rund 170 Menschen“, sagt Lenz.

Pro Kubikmeter Wasser verlangt die Genossenschaft 50 Cent zuzüglich einer Jahresgebühr von 65 Euro. In so manch anderer bayerischen Stadt oder Gemeinde zahlen die Bürger ein Vielfaches davon. „Weil Vorstand und Aufsichtsrat ehrenamtlich arbeiten, kommen wir mit diesem Preis gut über die Runden“, sagt Lenz. Denn auch sonst sind die Kosten gering. Für Strom fallen laut Lenz lediglich 150 Euro im Jahr an, der spezielle Marmor Kies für die Filter schlägt nochmal mit 250 bis 300 Euro zu Buche. „Der Löwenanteil der Fixkosten entfällt auf die vorgeschriebenen Wasseruntersuchungen, die wir vier Mal im Jahr vornehmen müssen. Dafür bezahlen wir jährlich rund 2.500 Euro“, sagt Lenz.

Der jährliche Wasserverbrauch liegt bei rund 10.000 Kubikmetern pro Jahr. Wenn im Ort gebaut wird, kommen neue Anschlüsse hinzu. Obwohl der Wasserabfluss aller sechs Quellen – die sogenannte Schüttung – rückläufig ist, kann die Genossenschaft den Bedarf gut abdecken. Dafür sorgt auch ein allgemeiner Trend: „Auch bei uns geht die Landwirtschaft zurück. Das spüren wir beim Wasserverbrauch, denn ein landwirtschaftlicher Betrieb benötigt so viel Wasser wie zehn normale Haushalte“, sagt Lenz.

Wasserversorgung Kailing eG

29 Mitglieder hat die Wasserversorgung Kailing eG. Jeder angeschlossene und dauerhaft bewohnte Haushalt stellt dabei einen Teilhaber der Genossenschaft. Kailing ist ein Ortsteil der Gemeinde Wegscheid im niederbayerischen Landkreis Passau. Gegründet wurde die Genossenschaft im Dezember 2016, zum Jahresanfang 2017 nahm sie ihre Geschäftstätigkeit auf. Damit gehört die Wasserversorgung Kailing zu den jüngsten Wassergenossenschaften im Genossenschaftsverband Bayern (GVB). „Es war uns wichtig, unsere Wasserversorgung eigenständig zu erhalten, da unser Wasser eine hohe Qualität hat“, berichtet Vorstand Alexander Stoiber, der in Kailing eine Gärtnerei betreibt.

Vor der Gründung der Genossenschaft wurde die Wasserversorgung – ähnlich wie in Rehberg – durch eine Haushaltsgemein-

schaft geregelt. „Das war ähnlich organisiert wie bei einem nicht eingetragenen Verein. Wir hatten eine Satzung, einen Vorstand, einen Kassier und einen Schriftführer. Aufgrund der verschärften gesetzlichen Vorgaben waren wir jedoch gezwungen, die Rechtsform umzuwandeln. Ansonsten hätten wir die Wasserversorgung an die Kommune abgeben müssen“, erzählt Stoiber.

Die Kailinger Bürger entschieden sich für die Rechtsform eG, da diese gegenüber der früheren Haushaltsgemeinschaft einige Vorteile bietet. So können die Mitglieder demokratisch in der Generalversammlung über die Verwendung des Jahresüberschusses bestimmen. Bei einem nicht eingetragenen Verein haften die handelnden Personen auch persönlich für Rechtsgeschäfte, die im Namen des Vereins getätigt werden. Das Genossenschaftsgesetz schließt die Haftung des Vorstands für Verbindlichkeiten der Genossenschaften dagegen aus. Zudem hat die Rechtsform eG Vorteile etwa beim Abschluss von Grundstücksgeschäften, da bei einem nicht eingetragenen Verein stellvertretend alle Mitglieder ins Grundbuch eingetragen werden müssten.

Zusammen mit GVB-Gründungsberater Max Riedl meisterten die Kailinger Bürger die Hürden einer Genossenschaftsgründung. „Wegen der guten Vorbereitung und der Dokumentenauswahl durch den GVB war der Aufwand überschaubar“, sagt Stoiber.



CSU-Bezirksvorsitzenden Staatsminister Joachim Herrmann MdL und die Co-Vorsitzende der CSU-Grundsatzkommission Dr. Anja Weisgerber MdB.

Bild: CSU-Bezirksverband Mittelfranken, Werner Stieglitz

ber als umwelt- und verbraucher-schutzpolitische Sprecherin von CDU und CSU im Deutschen Bundestag auf die Notwendigkeit der Beschleunigung von Plan- und Genehmigungsverfahren auch bei der Speichertechnologie und dem Netzausbau ein. „Das wird eine Nagelprobe für die Ampel“. Die befürchtete Stromknappheit und mangelhafte Netzstabilität, die langwierigen Genehmigungsverfahren und zunehmenden Berichtspflichten auch bei Energieumstellung sind nach Aussage von Markus Löttsch, dem Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Mittelfranken, auch ursächlich für eine schlechte Stimmung bei vielen Unternehmen.

Die zunehmende Bürokratie war bereits ein Thema beim Grußwort von Karl-Heinz Fitz, als Erster Bürgermeister von Gunzenhausen quasi „Gastgeber“ des Bezirksparteitages. „Das Fränkische Seenland wäre heute wohl nicht mehr durchsetzbar, angesichts zunehmender Auflagen, selbsternannten Fachleuten, Gegner und Verhinderern.“

Bäuerliche Landwirtschaft statt „Agrarheuschrecken“

„Die Landwirtschaft wieder mehr schätzen lernen, gerade jetzt“, verlangte die Europaab-

geordnete und stellvertretende CSU-Bezirksvorsitzende Marlene Mortler. Hier gehe es „nicht zuletzt um unsere humanitäre Verantwortung bei Ernährung und Energie, und zwar nicht nur für Deutschland“. Auch Joachim Herrmann möchte bei der Ernährung nicht von Importen abhängig werden und will sich weiterhin für eine starke Landwirtschaft einsetzen, „leistungsfähig, bodengebunden und bäuerlich“. Schon in seiner Rede hatte Söder der Bundesregierung vorgeworfen, den Landwirten zu viel Misstrauen entgegenzubringen. Er plädierte für mehr Nahrungsproduktion statt Flächenstilllegung und für mehr nachhaltige Betriebe anstelle von „Agrarheuschrecken“.

„Die CSU bleibt die modernste Partei mit tiefer Verwurzelung in der Bevölkerung“ so Parteivorsitzender Söder, der sich trotz vieler Sorgen zuversichtlich zeigte: „Wir werden die Krisen meistern und in Bayern alles besser als andere machen“. Und als Vorsitzender des Bezirksverbandes Mittelfranken gab Joachim Herrmann die Devise aus: „Wir wollen mit Lust auf Zukunft Bayern und Mittelfranken weiter voranbringen, unsere Heimat bewahren, die Umwelt schützen, neue Chancen schaffen und damit die Zukunft gewinnen.“ Peter Müller

Speichertechnologie und Netzausbau forcieren

Bei der Podiumsdiskussion zum Thema „Sicher, sozial und stark durch die Krise“ ging Weisger-

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Stadt Schillingsfürst, 540 m.ü.M., knapp 3.000 Einwohner.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?
Der Amtsantritt war im Jahre 2014. Ich bin hauptamtlicher Erster Bürgermeister der Stadt, zugleich Schulverbandsvorsitzender Grund- und Mittelschule Schillingsfürst, Stiftungsratsvorsitzender, und (mit Leiden-schaft) Standesbeamter.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Vorher war ich Freigestellter Betriebsratsvorsitzender, Mitglied im Aufsichtsrat und gelernter



Michael Trzybinski

Erster Bürgermeister der Schloss- und Wasserstadt Schillingsfürst

ter Industriemechaniker bei AEG Hausgeräte/ Electrolux in Rothenburg o. d. Tauber.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Zusammen mit allen Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Verbänden und Parteien, Stadträten für die Stadt ein positives Image zu entwickeln. Veränderungsprozesse anzubieten, um mit den Bürgern und lokalen Akteuren die Stadt nachhaltig weiterentwickeln zu können.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Durch meine vorherige Tätigkeit im Stadtrat und als Jugendbeauftragter kannte ich die „Schwachstellen und Problemfelder“ innerhalb der Kommune. Manchmal muss man sich eben nur „bücken, um die Probleme aufzuheben und anzugehen“.

Neue Wege wie z.B. gemeinsame Stadtratsklausuren, Fachleute und Sachverständige, wurden vorbereitet, angeboten und durchgeführt.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Im Feuerwehrwesen (Neubau, Fahrzeugbeschaffung); Baulandentwicklung (Grunderwerb für die Ausweisung neuer Baugebiete); Eventmanagement (Professionelle Tourismusentwicklung); eine offene und solide Haushaltsführung; Verbesserung durch neue Kommunikationsstrukturen (Mitteilungsblatt, Presse, Social Media, attraktive Bürgerversammlungen); Bildung eines Ausschusses für Klima, Umwelt & Energie (Bürgerbefragung durch FH Ansbach).

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Entwicklung drittes Baugebiet, Städtebauför-

derung für Innensanierung, Gewerbeansiedlung, Verbesserung der Abwasser- und Kläranlagen, Umsetzung von Ergebnissen aus der „Umwelt“ (Befragung durch die FH-Ansbach).

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Gastronomische Entwicklung, Kulturelle Einrichtungen – Museen, Gründung einer Musikschule der Stadt Schillingsfürst.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Keine Angst vor Fragen! Offenheit und Transparenz sind der Schlüssel zum Erfolg, die unterschiedlichen Themen mit unterschiedlichen Fachleuten angehen. Der eigene Prophet ist immer der schlechteste, Informationen auf allen Ebenen, gutes Verhältnis zur Presse aufbauen, etc.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Den Bürgern werden meine „Ideen“ auf unterschiedlichen Kontaktwegen professionell präsentiert und dazu eingeladen aktiv mitzumachen. Dabei werden besonders viele ehrenamtliche Helfer gesucht (und gefunden) und die Vereine mit ihren Mitgliedern werden daran beteiligt.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Aufgrund der klimatischen Bedingungen ist es unerlässlich den Weg in die Digitalisierung (Homeoffice, etc.) zu beschreiten. Papierlose Rathäuser machen aber nur dann einen Sinn, wenn die Bürger nicht mit Formblättern überhäuft werden.

Dazu zählt auch eine längst überfällige neue Verwaltungsreform in Bayern. Kindergärten sollten z.B. auf der Ebene von Verwaltungsgemeinschaften gebaut werden können, Rahmenbedingungen für gemeinsame Bauhöfe schaffen (Interkommunale Zusammenarbeit). Die Ausstattung der Feuerwehren muss zu der obersten Priorität zum Schutz der Bevölkerung im Freistaat zählen und muss besser wie bisher finanziert werden. Die Finanzierung nur von Stellplätzen für Fahrzeuge ist unzureichend, und überfordert die Kommunen.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

„Ein Stab bricht – viele Stäbe nicht“; Gemeinsam sind die Bürger im Verbund ihrer Kommunen schlackkräftiger und erzielen weit mehr und positivere Ergebnisse als einzeln.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Typisch fränkisch: „passt scho, gscheit hat er's gmacht“ ☺

Landkreis Donau-Ries:

Internationale Ehrung für Landrat Stefan Rößle

Im Juni besuchten hochrangige politische Vertreter der Botschaft von Burkina Faso den Landkreis Donau-Ries. Anlass des Besuchs war die Auszeichnung von Landrat Stefan Rößle mit dem Chevalier de l'Ordre des Palmes Académiques burkinabé (Ritter des Ordens Palmes Académiques), mit dem der Einsatz von Rößle für das Bildungswesen in Burkina Faso gewürdigt wurde. Die Auszeichnung fand im Rahmen des Netzwerktreffens Burkina Faso im Landratsamt statt. Engagierte aus dem Landkreis und benachbarten Regionen stellten hier ihr Engagement für Burkina Faso vor, bei dem mit über 700.000 Euro Spendengeldern zehn Schulbauprojekte initiiert werden konnten.

Aus Berlin von der Botschaft von Burkina Faso angereist waren dafür eigens Geschäftsträger Isidore Taro, Erster Botschaftsrat Pema Bationo und Verteidigungsattaché Oberst Jean-Baptiste Kabore. Taro dankte für das Engagement des Landkreises und aller Anwesenden: „Burkina Faso wird immer wieder von Terroranschlägen heimgesucht, was mittlerweile zu fast zwei Mio. Binnenvertriebenen geführt hat. Ich möchte mich daher bei der Bevölkerung des Landkreises für die Solidarität mit unserem Land bedanken, die auch durch die Förderung der Schulbauprojekte zum Ausdruck gebracht wird.“

Beziehungen seit 2018

Die Zusammenarbeit begann 2018, als der Landkreis sein Vorhaben startete, in der Provinz Poni, im Südosten Burkina Fasos, zwei Schulbauprojekte umzusetzen. Die Bürgerinnen und Bürger im Donau-Ries unterstützen die Idee einer Grundschule in Talière und eine Mittelschule in Bousseira durch großzügige Spenden von insgesamt 130.000 Euro. Das Besondere: Das Landratsamt war direkt in die Planungs- und Bauphase involviert und in ständigen, engen Kontakt zu den Ansprechpartnern vor Ort. Die Grundschule wurde 2019, die Mittelschule 2020 eröffnet. Die Schülerzahlen sind seitdem stetig angestiegen. Um den Schülerinnen und Schülern das Lernen auch am Abend zu ermöglichen, übernahm die Stadt Rain Anfang 2021 die Finanzierung der Elektrifizierung der Schule in Höhe von 5.000 Euro. Bürgermeister Karl Rehm bekräftigte seinen Wunsch, künftig die Partnerschaft der Stadt Rain mit der Partnergemeinde in Tougan wieder aufleben zu lassen. Auch Landrat Rößle will die Beziehungen, die durch die Projektarbeit entstanden sind, weiter vertiefen und kündigte an, „leider konnten wir bei den Schuleröffnungen nicht anwesend sein, sobald es die politische und wirtschaftliche Situation erlaubt, möchten wir aber mit einer Delegation nach Burkina Faso reisen und die Schulen sowie unsere Partner vor Ort persönlich kennen lernen“.

Eine treibende Kraft im Landkreis für das Engagement in Burkina Faso ist Josef Keller aus Gendringen. Mit großen persönlichen Einsatz unterstützt Keller seit vielen Jahren Waisenkinder in der Hauptstadt Ouagadougou. Er konnte inzwischen über 70.000 Euro an Spendengeldern für sein Hotel Maternel sammeln. Zusätzlich wurde durch eine Spendenaktion des Landkreises eine Küche für 13.000 Euro errichtet und im Jahr 2018 eingeweiht. Keller betont, dass durch die persönlichen Kontakte, die Spendengelder komplett dem Waisenhaus zu Gute kamen. Beratend unterstützt er die Stadt Rain in ihrer Partnerschaftsarbeit mit der Stadt Tougan und den Dachauer Verein „Perspektiven für Burkina Faso“. Dessen Aktivitäten wurden von Irgard Hetzinger-Heinrici präsentiert. Gemeinsam mit Keller war sie Anfang Juni nach Burkina Faso gereist um sich vor Ort ein Bild über die Bedürfnisse für den geplanten Schulkomplex des Vereins zu

machen. Ursprünglich sollte eine Schule mit vier Klassenzimmern und Sanitäranlagen für 80.000 Euro gebaut werden. Nach dem Austausch mit den Verantwortlichen in Kogologho wird das Gebäude nun inklusiv gestaltet und zusätzliche Toiletten für Mädchen eingeplant. Die Kosten erhöhen sich damit auf 94.000 Euro, doch der Verein ist zuversichtlich die Gelder in den nächsten Monaten einwerben zu können.

Wilhelm Kirchensteiner, ebenfalls engagiert für das Dachauer Projekt, stellte den Teilnehmenden seinen Solarkoffer vor, der es mit einfachen Mitteln ermöglicht, Strom zu erzeugen und so auch Einsatzmöglichkeiten bei den Schulbauprojekten bietet. Für seine Erfindung wurde Kirchensteiner mit dem Bayerischen Klimaschutzpreis ausgezeichnet.

Auch in weiteren Nachbarlandkreisen ist das Interesse an Burkina Faso groß. So engagiert sich die Gemeinde Buttenwiesen (LK Dillingen) seit 2019 für die Schule in Koudougou. Insgesamt 53.860 Euro an Spendengeldern konnten für den Bau von drei Klassenzimmern, die Erweiterung des Schulkomplexes um eine Sportanlage sowie eine Solarstrom- und Wasserversorgungsanlage eingeworben werden. Bürgermeister Hans Kaltner hob hervor, dass es der Gemeinde von Anfang an wichtig gewesen sei, die Bevölkerung mit ins Boot zu holen und dass er tief bewegt sei vom großen Rückhalt, welches das Projekt bei den Bürgerinnen und Bürgern genieße. Er hoffe sehr, dass sich durch den Bau künftig weitere Beziehungen zur Schule entwickeln und sich auch ein Besuch in den nächsten Jahren realisieren lasse.

Für den Landkreis Günzburg war Simon Paintner-Frei angereist um die Projekte des Vereins Hilfe für Burkina-Faso vorzustellen. Der Landkreis Günzburg realisiert gemeinsam mit dem Verein sein mittlerweile drittes Projekt in Gofia. Für 2023 ist der Aufbau einer landwirtschaftlichen Schule geplant. Insgesamt wurden für die Projekte des Landkreises Günzburg bereits über 160.000 Euro an Spendengeldern aufgebracht.

Carina Rösch, Koordinatorin für kommunale Entwicklungspolitik stellte noch die Projekte der Familie Schmidt aus Asbach-Bäumenheim vor, welche für einen Kindergarten in Tikonti 41.500 Euro gespendet hatte sowie die überregionalen Projekte der Landkreise Karlsruhe (Sorgo/87.300 Euro) und Freudenstadt (Leguema/64.000 Euro) sowie von MdB Martin Patzelt (Kourbo-Mogo/60.000 Euro) aus dem Oder-Spree Kreis vor. Insgesamt flossen im Rahmen der Initiative 1.000 Schulen für unsere Welt in die genannten Schulbauprojekte 708.000 Euro an Spendengeldern, dadurch wird über 2.500 Kindern den Zugang zu einer besseren Bildung ermöglicht. „Uns als Landkreis ist neben der finanziellen Unterstützung der Ausbau unserer freundschaftlichen Beziehungen ein wichtiges Anliegen. In unserer Nachhaltigkeitsstrategie haben wir uns vorgenommen, bis 2030 mindestens zehn Schulbauprojekte im Landkreis darin zu unterstützen, persönliche Kontakte in die Projekt-

regionen aufzubauen. Durch das Arbeiten an gemeinsamen Projekten kann das Verständnis kultureller Unterschiede und Gemeinsamkeiten geschärft und gegenseitige Entwicklung angestoßen werden“, fasste Rösch zusammen.

Ehrung für Rößle

Anschließend folgte der feierliche Höhepunkt der Veranstaltung. Isidore Taro zeichnete Landrat Stefan Rößle für seinen Einsatz für das Bildungswesen in Burkina Faso mit dem Chevalier de l'Ordre des Palmes Académiques burkinabé aus. In seiner abschließenden Dankesrede zeigte sich Rößle geehrt und erklärte, „wir freuen uns sehr, dass wir durch die zahlreichen Spenden viele Projekte in Burkina Faso anstoßen konnten, die vor Ort die Chancen der Kinder auf Bildung und damit auf eine gute Zukunft erhöhen. Genau so freue ich mich aber über die Freundschaft und Herzlichkeit, die uns von unseren Freunden und Partnern aus Burkina Faso immer wieder entgegengebracht wird und von der wir noch viel lernen können. Ich bin überzeugt, dass wir durch eine gemeinsame Zusammenarbeit in den kommenden Jahren noch viel positives bewirken können“.

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chessel vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 56 vom 01.01.2022
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugpreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWST.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWST.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Schelle erneut RPV-Vorsitzender

Neuwahl beim Regionalen Planungsverband München (RPV)

Stefan Schelle, Erster Bürgermeister der Gemeinde Oberhaching, übernimmt bis 2024 erneut, und zum dritten Mal in Folge, den Verbandsvorsitz des Regionalen Planungsverbands München (RPV). Für die Region München wird es zukünftig vor allem um Energieversorgung und Ausweisung von Flächen für Windkraftanlagen gehen. RPV-Geschäftsführer Christian Breu lieferte einen Ausblick auf das vom Bund geplante Gesetz für Windkraft und die Auswirkungen für die kommunale Planung.

Erster Stellvertreter wurde Stefan Frey, Landrat des Landkreises Starnberg, und zweiter Stellvertreter Dieter Reiter, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München.

Gestaltungsauftrag in Sachen Windkraft

Den Schwerpunkt für die kommenden zwei Jahre legt der RPV-Vorsitzende Schelle auf die Sicherung der Energieversorgung in der Region München mit Blick auf den Ukraine-Krieg und die vom Bund geplante Gesetzesänderung hinsichtlich Windkraft (Wind-an-Land-Gesetz). So sieht er „eine Zeitenwende für unsere Regionalplanung“ und forderte die Verbandsmitglieder auf, „engagiert mitzuarbeiten und relativ schnell vernünftige Lösungen in die kommunalen Gremien zu geben“. „Wichtig ist, dass wir die Gestaltungshoheit nicht verlieren. Wenn wir Flächen ausweisen, dann können wir gestalten“, betont Schelle.

Erhebliche Einschränkungen

RPV-Geschäftsführer Christian Breu stellte die gesetzlichen Rahmenbedingungen und regionale Handlungsmöglichkeiten für Windkraft in der Region München vor. Das Wind-an-Land-Gesetz soll im Juli 2022 vom Bundestag beschlossen werden und den Bau

von Windkraftanlagen forcieren: Der Bund verpflichtet die Länder, im Durchschnitt zwei Prozent ihrer Flächen für Windkraft auszuweisen; in Bayern 1,8 Prozent der Flächen. Zudem wird den erneuerbaren Energien und somit der Windkraft per Gesetz ein überlegendes öffentliches Interesse eingeräumt. Beides schränke die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen erheblich ein und führe zu einem Wandel in der Planungstätigkeit. Über die regionalen Planungsverbände in Bayern haben die Kommunen aber die Möglichkeit, bei der Ausweisung von Flächen gestaltend mitzuwirken. ☐



Oberst Jean-Baptiste Kabore, Landrat Stefan Rößle, Geschäftsträger Isidore Taro und Erster Botschaftsrat Pema Bationo. Bild: MK Fotografie

Bauen neu denken, um Orte lebenswert zu halten

„Schönberger Erklärung“ bei Symposium zu Innenentwicklung überreicht
Bayerns Bauminister Christian Bernreiter will Bundesratsinitiative prüfen

Schönberg. „Es gibt nichts Wirkungsmächtigeres als eine Idee, deren Zeit gekommen ist“, ist der niederbayerische Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich überzeugt. Die „Innenentwicklung im ländlichen Raum“ ist zwar kein neues Thema, dennoch sei es angesichts steigender Baupreise und der Klimakrise aktueller denn je und damit die Diskussion darüber, „wie wir es schaffen, unsere Orte nachhaltig so zu entwickeln, dass sie auch in Zukunft noch attraktiv sind“ dringend notwendig.

Deshalb veranstaltete der Bezirk Niederbayern gemeinsam mit dem Bayerischen Landesverein für Heimatpflege und dem Bund Deutscher Architektinnen und Architekten BDA, Landesverband Bayern e. V. Mitte Juli in Schönberg (Landkreis Freyung-Grafenau) ein Symposium, an dem auch der Bayerische Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr, Christian Bernreiter, teilnahm. Er freute sich über die Initiative, denn „wir müssen an einem Strang ziehen“. Weder könnten die Ballungsräume noch mehr Zuzug vertragen, noch die Gemeinden ein Abwandern. Hinzukomme aus Sicht Bernreiters die Notwendigkeit, den Flächenverbrauch zu senken, innerörtliche Brachflächen zu nutzen und Baulücken zu schließen. „Das ist eine Mammutaufgabe und ich bin offen für eure Vorschläge“, so der Minister an die Runde. Unter den rund 70 Teilnehmern waren neben vielen Architekten und Städteplanern auch gut 20 Bürgermeister aus ganz Niederbayern, denen er seine Unterstützung zusagte. Nach über 32 Jahren in der Kommunalpolitik wisse er um die Notwendigkeit der kommunalen Planungshoheit und der entsprechenden Instrumente wie etwa dem Vorkaufsrecht.

Innen vor Außen

Olaf Heinrich überreichte dem Bauminister die „Schönberger Erklärung“, die von den Veranstaltern und Referenten des Tages unterzeichnet wurde. Darin wird eine Fokussierung auf Innenentwicklung im ländlichen Raum gefordert sowie die Betonung der Identität der Orte („Innen vor

Außen“) und der Wertschätzung der Baukultur. Die Vorschläge beziehen sich einerseits auf nachhaltige und ressourcenschonende Baukultur, die Umorientierung hin zur Innenentwicklung und weniger Flächenbedarf für Bebauung und Erschließung sowie finanzielle beziehungsweise steuerliche Anreize für Bauherren, wenn Bestandsgebäude in Ortskernen saniert werden. Bernreiter zeigte sich offen für diese Vorschläge, auch weil man derzeit „mitten in der Diskussion um die Neuausrichtung der Städteplanung sei.“ Er wolle bei denjenigen Punkten, die nicht in landespolitischer Verantwortung liegen, prüfen lassen, ob man diese in einer Bundesratsinitiative einbringen könne.

Multifunktionelle Innenstadt

Die Präsidentin der Bundesarchitektenkammer, Andrea Gebhard, die wegen einer Coronainfektion online zugeschaltet



Der Bayerische Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr, Christian Bernreiter (3.v.l.) nahm die „Schönberger Erklärung“ von Dr. Rudolf Neumaier, Geschäftsführer des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege (v.l.), Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, sowie den Architekten und Stadtplanern Manfred Brennecke und Jakob Oberpriller entgegen.

Bild: Sepp Eder

Runder Tisch „Zukunft der Dorfläden“

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger setzt sich für die Nahversorgung in Bayern ein. Vertreter von Dorfläden, Kommunen und Handwerk folgten der Einladung des Wirtschaftsministeriums zum Runden Tisch „Zukunft Dorfläden“, um eine wohnortnahe Versorgung in allen Regionen Bayerns auch in Zukunft zu gewährleisten.

Dazu Aiwanger: „Bayern hat insgesamt noch eine gute Versorgung mit Lebensmitteleinzelhandelsgeschäften. Doch oftmals sind diese nur mit dem KFZ erreichbar. Diese liegen nicht im Ortskern und die Produkte sind selten regional. Es fehlt in manchen Orten oft die früher selbstverständliche private Infrastruktur und die Versorgung mit Produkten aus der Region. Letztlich gibt es doch nichts Besseres und Gesünderes als Fleisch, Brot, Milch, Gemüse, Eier oder Honig aus der Region. Anstatt lange Lieferwege mit Kühlung, kommen die Produkte frisch zum Verbraucher. Es ist ein Beitrag zur Nachhaltigkeit. Durch den engen Kontakt der Dorfläden zu lokalen Erzeugern wie Bäcker, Metzger oder Landwirte können auch saisonale Wünsche der Kunden schnell umgesetzt werden. Gut geführte Dorfläden mit Café, Poststelle und Bankfunktionen sind auch zentrale Treffpunkte für Senioren, Jugendlichen und Familien. Sie leisten einen Beitrag für mehr Lebensqualität. Ich will durch die Unterstützung der Dorfläden dazu beitragen, die Nah-

versorgung auch in den kleinen Ortschaften wiederherzustellen. Zu den rund 190 Dorfläden in Bayern sollen weitere hinzukommen. Dorfläden haben drei Erfolgsfaktoren: Kontinuität, neue Kommunikationsplattformen für die Einheimischen und Regionalität mit Produkten in hochwertiger Qualität. Das stärkt die Wirtschaft vor Ort und ist die beste Werbung überhaupt: Aus der Heimat, für die Heimat.“

Bäcker und Metzger sind wichtige Partner

Wichtige Partner für die Dorfläden der Zukunft sind die Lebensmittelgewerke. In den 2.000 bayerischen Kommunen steht das bayerische Bäcker- und Metzgerhandwerk für regionale Erzeugung und regionalen Verkauf frischer Ware. „Das bayerische Bäckerhandwerk begrüßt die Überlegungen Dorfläden in strukturschwachen Regionen zu stärken. Allerdings wäre es der falsche Weg, wenn man bereits bestehende, handwerkliche Strukturen mit Bäckereien, Metzgereien aber auch Kondito-

rien/ Cafés dadurch schwächt. Inwieweit man angesiedelte Bäckereien und Metzgereien in ein Dorflädenkonzept integrieren kann hängt auch von der jeweiligen Region ab. Aber diese müssten dann vollumfänglich in dieses Konzept mit eingebunden werden ohne eine Wettbewerbsverzerrung von außerhalb. Es muss die Regionalität im Vordergrund stehen. Zudem sollten alle Gewerke und Dorfläden gleichermaßen staatliche Fördermittel beantragen dürfen“, sagte der Landesinnungsmeister des Bayerischen Bäckerhandwerks, Heinrich Traublinger, nach dem Runden Tisch.

Konrad Ammon, der Landesinnungsmeister des Metzgerhandwerks Bayern, ergänzt: „Der Verbraucher schätzt regionale Produkte. Das Metzgerhandwerk steht für Fleisch mit Qualität und der kurzen Wege. Daher begrüße ich die angekündigte Fortsetzung des heutigen Austausches über Dorfläden zwischen Wirtschaftsministerium und den lokalen Erzeugern. Denn wir stehen den Dorfläden sehr offen gegenüber. Neben dem örtlichen Metzger erhält der Verbraucher eine weitere Einkaufsmöglichkeit für Fleisch- und Wurstwaren aus der Region.“

Das Bayerische Wirtschaftsministerium hat ein umfassendes Beratungsangebot gemeinsam mit dem Dorfläden-Spezialisten Wolfgang Gröll auf die Beine gestellt. Das Ministerium fördert die betriebswirtschaftliche Mo-

GZ PINOS WELT

Der Nachhall des Skandals ist noch dieser Tage spürbar, wenn man in den Zeitungen und sonstigen Medien Betrachtungen zur bevorstehenden Sommerpause liest. Ich spreche natürlich von „Janker-Gate“, der Tatsache, dass unser Ministerpräsident die Teilnehmer des G7-Gipfels, vor allem aber US-Präsident Joe Biden, im elegant-sommerlichen Janker empfangen hat. Schlimmer noch: Ein anhand der Kleidung eindeutig als Bub (Lederhose) und Mädchen (Dirndl) kenntliches Kinderpaar hat Blumensträuße überreicht und Gebirgsschützen in alpenländischer Uniform standen Spalier.

Aus meiner Sicht als konservativer bayerischer Kater alles im Iodengrünen Bereich. Wenn es in Bayern feierlich wird, sind Abendgarderobe, Uniform oder Tracht immer gangbarer Dresscode, so wie man in den westlichen



Selbstverständnis traditioneller Rechtswissenschaft passen will. Was macht man, um seine Verachtung für das Vorhaben auszudrücken? Man nennt den Bachelor „Jodel-Diplom“, vielleicht in Anlehnung an einen urkomischen Sketch von Loriot, ganz sicher aber in der Absicht, dass unseriöse an der Sache durch einen Brauchtumsvergleich kennt-

lich zu machen.

Man fragt sich, was hat die Leute geritten? Tracht steht doch für Heimatliebe, Herkunft, Ortsverbundenheit. Sie ist damit einerseits Kontrapunkt zur Globalisierung der blauen Anzüge, andererseits ist sie bei uns Zeichen der Integration und des Ankommens. Kein Bayer beklagt sich über „kulturelle Aneignung“, wenn der aus Preußisch-Berlin zugezogene Manager einer unserer High-Tech-Firmen beim Biergarten-get-together einen Janker trägt. Vom jodelnden Japaner Takeo Ischi oder der aus Subsaharaafrika stammenden, dirndltragenden Wirtin des Lieblingslokals vom Bürgermeister ganz zu schweigen.

Warum hat sich keiner aufgeregt, als beim G7 der indische und der senegalesische Ministerpräsident heimische Tracht trugen? Warum stört sich keiner an Verkleidungen von Bergmanns- oder Shantychören? Kein Schützenfest in Ostwestfalen kommt ohne Jägerkluft aus und die Sorben in Sachsen sind zu Recht mächtig stolz auf ihre Trachten, die ihnen Identität als Volksgruppe geben.

Warum also regt man sich über Bayern auf? Kann es sein, dass es mit dem Niedergang des Freistaats doch nicht so weit her ist, wie Hauptstadtzeitungen gerne schreiben? Dass man da, wo die lustigsten Twitterer herkommen, vielleicht ahnt, dass die im ersten Absatz erwähnten Kinder in der Schule vielleicht etwas weniger von den sozialen Geschlechtern oder der Geschichte der LGBTQIA+-Bewegung erfahren, dafür mehr über Physik, Fremdsprachen, korrektes Deutsch und Mathematik? Vielleicht ist man sauer, dass sich noch immer viele Global Player im Freistaat niederlassen? #Neid?

Gehen Sie, liebe bayerische Leserinnen und Leser, selbstbewusst in den Sommer mit den Worten Roman Herzogs: „Bayern ist Laptop und Lederhose.“

Janker-Gate – Alles im Iodengrünen Bereich

Staaten der USA auch mit Boots und Stetson auf jeden Fall als formally dressed gilt. Und ein hellgrauer Janker zur hellen Chino ist jedenfalls perfekt passend, wenn man im Sommer gut, aber lässig angezogen sein will.

Da aber hier der Freistaat präsentiert, wie es bei uns halt zugeht, glühte natürlich Twitter vor Hohn und Spott. Eine tageszeitung, die in der Regel durch moralinsaurer Betrachtungen zu Wokeness und Cancel Culture ihre linke Leserschaft mit gegenderten Bandwurmsätzen quält, fand es schenkelklöpfend komisch davon zu schreiben, endlich würden indigene Völker beim G7-Treffen auftreten. Und los ging die Jagd norddeutscher Korrespondenten, die ob der maulfaulen Informationskultur des Kanzlers wohl zu viel Zeit in Garmisch übrig hatten, auf vermeintlich lustige bayerische Bräuche wie das Schuhplattln, das dann auch mit entsprechenden originellen Kommentaren viral ging.

Es war ein solcher Aufreger, dass sogar eher kühle Köpfe, wie sie Juraprofessorinnen eigentlich sein sollten, vor lauter Bayernbashing glühten. Tatsächlich diskutiert die Zunft gerade über das Angebot eines Bachelorabschlusses in Jura, der so gar nicht in das

„Klimawandel und Gesundheit“

Weitere Projekte werden gefördert

Bayern hat die zweite Runde des Verbundprojekts „Klimawandel und Gesundheit“ (VKG II) gestartet. In dieser zweiten Runde fördern das bayerische Gesundheitsministerium und das bayerische Umweltministerium insgesamt sechs Projekte zum Klima- und Gesundheitsschutz.

Gesundheitsminister Klaus Holetschke betonte aus diesem Anlass: „Wir alle bekommen den Klimawandel inzwischen direkt zu spüren – beispielsweise durch tagelange Hitzewellen. Aber auch die Blüh- und Pollenflugzeiten verlängern sich im Zuge des Klimawandels. Pollenallergiker sind dadurch noch stärker belastet. Tatsache ist: Durch den Klimawandel steigen die Gesundheitsrisiken. Wir müssen uns schon jetzt für die kommenden Jahrzehnte wappnen.“

Umweltminister Thorsten Glauber ergänzte: „Der Klimawandel ist längst in Bayern angekommen. Gerade die Hitze hat große Folgen für die Gesundheit der Menschen. Das gilt speziell in unseren Städten, die sich im Sommer aufheizen wie ein Kachelofen. Wir müssen uns bestmöglich vor Extremwetterereignissen schützen. Die Stadt der Zukunft muss klimaangepasst und nachhaltig sein. Dafür brauchen wir einen ganzen Instrumentenkasten: grüne Stadtoasen als natürliche Klimaanlage und blaue Adern mit Bächen, Brunnen bis hin zu Regenwasserspeichern und multifunktionalen Grünflächen. Für alle Projektbeteiligten gilt: Unser Ziel ist ein gesundes und lebenswertes Bayern.“

Parallel zum Runden Tisch „Zukunft Dorfläden“ hat das Wirtschaftsministerium eine Umfrage über den Stand der Nahversorgung und die Zukunft der Dorfläden gestartet. Die Ergebnisse werden voraussichtlich Anfang August vorliegen. Weitere Informationen über Gründung und Betrieb von Dorfläden sind auf der Homepage des Bayerischen Wirtschaftsministeriums zu finden. Auf www.stmwi.bayern.de/publikationen/detail/der-dorfladen-in-bayern/ gibt es auch den Leitfaden „Der Dorfläden in Bayern“ zum Herunterladen.

Wissenschaft und Politik

Um präventiv und zielgerichtet gegen die Folgen des Klimawandels auf die Gesundheit vorgehen zu können, sei eine Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik entscheidend. Holetschke ergänzte: „Wir – Wissenschaftler und Politiker – müssen diese Jahrhundertaufgabe gemeinsam in den Blick nehmen und an Lösungen arbeiten. Dazu brauchen wir wissenschaftliche Erkenntnisse, um sinnvolle politische Maßnahmen abzuleiten.“

Prof. Christian Weidner, LGL-Präsident, sieht viel Potenzial in

der fachübergreifenden Zusammenarbeit: „Hervorzuheben ist in der zweiten Runde des Verbundprojekts „Klimawandel und Gesundheit“ insbesondere die Diversität der Projektvorhaben. Es werden unter anderem Effekte von Stadtoasen auf die menschliche Gesundheit untersucht oder Systeme zur Früherkennung von Stechmücken assoziierten Virus-erkrankungen aufgebaut. Darüber hinaus liegt ein Schwerpunkt auf der Kommunikation von Risiken im Hinblick auf die gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels.“

Ziel des 2016 ins Leben gerufenen Projektes ist es, neue wissenschaftliche Erkenntnisse für die Klimaanpassung und die Gesundheitsvorsorge zu gewinnen. In die Forschungsvorhaben des ersten Verbundprojektes investierten Umwelt- und Gesundheitsministerium rund 3,3 Mio. Euro. In der zweiten Runde werden rund 1,8 Mio. Euro bereitgestellt. Die Koordination und fachliche Begleitung hinsichtlich der gesundheitlichen Aspekte erfolgt durch das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL). Fachlich unterstützt wird das LGL durch das Bayerische Landesamt für Umwelt (LfU) hinsichtlich der klimabezogenen Fragestellungen.

Gesundheitsminister Holetschke unterstrich: „Im Fokus der Projekte stehen keine abstrakten Theorien. Die Arbeiten orientieren sich sehr konkret an der Lebenswirklichkeit vieler Menschen.“

Eine Aufgabe – drei Standorte

Die Schulen der Dorf- und Landentwicklung feiern 30jähriges Bestehen mit einem Festakt im Kloster Thierhaupten

Die Flurbereinigung war Ausgangspunkt auf dem Weg zur Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger an der Entwicklung ihrer Orte und Landschaften. Aus diesem Gedanken wurden – als Weiterbildungsstätten für den ländlichen Raum – die Schulen der Dorf- und Landentwicklung (SDL) geboren. Deren Aufgabe heißt, Kommunalentwicklung verstehbar zu machen

Das Ziel dieser Bildungseinrichtungen war – und ist heute noch unvermindert – die Gemeinde-, Ländliche und Regionalentwicklung gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern erfolgreich zu gestalten. Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber betonte in ihrer Rede, dass es ein klares Ziel sei, „die Köpfe und Herzen der Menschen im ländlichen Raum zu erreichen, um sie zu bewegen, etwas für ihre Heimat zu tun.“ Selbstverständlich sei – so die Ministerin – gar nichts mehr. Die letzten Ereignisse und Krisen hätten dies gezeigt und die wirkten wie Brenngläser und daher müsse man die notwendigen Veränderungsprozesse schnellstmöglich angehen. Die Ministerin führte aus, dass es an der Zeit sei, eine Ressource besonders zu stärken: „Die Fähigkeit, im Interesse eines gesellschaftlichen Grundkonsenses Kompromisse einzu-

gehen. Das ist doch die unverzichtbare Basis unseres demokratischen Systems.“ Deshalb sei die Diskussionskultur so notwendig, die durch die SDLs gestärkt würde.

Entscheidungskultur ganz oben auf der Agenda

Holger Magel, der als Antrieber der ländlichen Strukturentwicklung gilt, sieht die Aufgabe ziemlich ähnlich: „Es geht um Werte- und Gedächtniskultur, Partizipations-, Planungs- und Entscheidungskultur, Baukultur, Landschaftskultur, Sozialkultur, Kommunikationskulturen etc. – denn Dorf- und Gemeindeentwicklung ist ein zutiefst gesamtkultureller Vorgang.“ Die Arbeit der SDLs sieht der schwäbische Bezirkstagspräsident Martin Sailer ebenfalls grundlegend: „Gerade in dieser komplexeren werdenden Zeit mit ihren vielen Wi-

dersprüchen, Krisen und Veränderungen bietet die SDL Raum und Rahmen um Bürger und Kommunalpolitiker zu befähigen, die notwendigen Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse kompetent zu gestalten. Themen werden durchleuchtet, Missverständnisse geklärt, sachliche und persönliche Standpunkte entknotet. Demokratie wird dadurch erlebbar und gestaltbar.“

Alle Aktiven sind sich einig: Es ist eine Kernaufgabe, dafür zu sorgen, dass gewählte Entscheider – aber auch die Bürger allgemein – Zusammenhänge der ländlichen Entwicklung, der Entwicklung von Lebensräumen, kennen und Kompetenz dazu aufbauen. Bürger*innen müssen ihre eigenen Anteil an der Verantwortung wahrnehmen und sich mit der Frage beschäftigen, wie ihre Umgebung und das gemeinschaftliche Leben aussehen soll. Und sie sollen wissen, wie Entscheidungen fallen und welche Kriterien dafür herangezogen werden.

Steuernde Einrichtungen für ländliche Gebiete

Hier greifen die SDLs ein. Die Bereiche, die durch Fachseminare, durch Moderationen und Workshops abgedeckt werden, entwickeln sich stetig weiter. „Die SDL Thierhaupten trägt die Handschrift von Gerlinde Augustin“, betonte Martin Sailer. Die langjährige Leiterin gilt als herausragende Themenfinderin, die auch die Finanzen im

Blick hat. Das muss sie auch, denn die meisten Veranstaltungen der SDL werden zwar mit bis zu 70 Prozent über Landesmittel gefördert, die restlichen 30 Prozent generieren die Schulen jedoch über Teilnahmegebühren und aus Mitteln der Bezirke. In den vergangenen 30 Jahren organisierten die drei SDLs über 4.000 Veranstaltungen mit insgesamt 90.000 Teilnehmern. Gut die Hälfte davon genierte die Thierhauptener Einrichtung.

„Wir werden weiterhin bedarfsorientierte Angebote entwickeln“, sagt Gerlinde Augustin am Rande der Jubiläumsfeier. „Wir bilden Kommunalpolitiker fachlich weiter, mit Themen wie Innen- und Ortentwicklung, Nahversorgung, Mobilität, Demographie und soziale Themen wie Nachbarschaftshilfe, Biodiversität und dezentralen Energiekonzept. Auch den Bereich Öffentlichkeitsarbeit für ländliche Kommunen bilden wir ab. Wir stärken und entwickeln neben fachlichen auch persönliche Kompetenzen der Kommunalpolitiker*innen in den Bereichen Führung sowie Konflikt und Changemanagement. Für politisch engagierte Frauen hat die SDL ein eigenes konzipiertes Angebot. Wir wollen einfach das Feuer weitertragen!“

Neue Herausforderungen erfordern gute Angebote

Auch die SDL Plankstetten hat ihr Angebot permanent ausgeweitet. Im Januar 2007 vollzog sie die Wandlung zur „School of Good Governance“. Damit sollte die Qualifizierung von Politik und Verwaltung stärker in den Vordergrund rücken. Dr. Hans Rosenbeck leitet die SDL seit

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt die Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH „Energie und Kommunale Katastrophenschutz“ bei. Wir bitten um Ihre freundliche Beachtung. □

1991: „Auch in Zukunft wird die SDL Plankstetten mit ihren Qualifizierungsangeboten einen Beitrag zu einer guten Politik und zu gutem Verwaltungshandeln leisten. Darüber hinaus natürlich auch neue Themen und Fragestellungen in der Dorf- und Landentwicklung aufgreifen und an der Entwicklung von Lösungen mitwirken. Einfach gesagt, wird unsere SDL weiterhin eine Bürgerbeteiligungs- und Diskussionsplattform für eine gemeinwohlorientierte Gestaltung der Dorf- und Landentwicklung sein.“

Für die SDLs gilt, was für jedes Unternehmen gilt: Die personelle Ausstattung muss auf Dauer gesichert sein, denn je konzentrierter sich die handelnden Personen ihrer Aufgabe widmen können, desto mehr Durchschlagskraft entwickelt deren Arbeit. In einem Punkt sind sich alle einig: Die SDLs haben einen überragend wichtigen Bildungsauftrag. Sie sind Garant für eine ländliche Gesellschaft, die sich stabil entwickelt. Deshalb brauchen die SDLs eine stabile personelle und finanzielle Ausstattung. **Gisela Goblirsch**

Historischer Exkurs

1991 gründete der damalige Berchinger Bürgermeister Albert Löhner im Kloster Plankstetten die erste „Schule der Dorf- und Landentwicklung“, die im September 1992 die Arbeit aufnahm. Er hatte engagierte Mitstreiter*innen, die fachlich und politisch großen Einfluss nahmen. Prof. Holger Magel, Stadtbaurätin Gabriele von Grunelius-Ishak, Abt Domenikus Madlener und viele mehr unterstützten mit Fachkompetenz und Durchsetzungsvermögen. Das Einzugsgebiet für diese ungewöhnliche „Schule“ ergab sich aus dem Standort. Hier sollten sich Bürgermeister, Funktionsträgerinnen und die Bürgerschaft aus Niederbayern und der Oberpfalz treffen. Im gleichen Jahr noch wurde die Basis für die fränkische SDL in Klosterlangheim gelegt, die im Mai 1994 den Betrieb aufnahm.

Die SDL Thierhaupten, die bis heute den oberbayrisch-schwäbischen Einzugsbereich abdeckt, legte einen Schnellstart hin und begann mit ersten Veranstaltungen im Juli 1993. Der damalige Bezirkstagspräsident Georg Simmacher und Staatssekretär Josef Miller waren gemeinsam mit dem damaligen Thierhauptener Bürgermeister Fritz Hölzl die Ziehväter dieser Einrichtung. (ggb)

Vorschau auf GZ 17/2022

In unserer Ausgabe Nr. 17, die am 8.9.2022 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Finanzthemen
- Umwelttechnologien und Ressourcenschutz
- Entsorgungsmanagement und technische Lösungen
- Garten- und Landschaftsbau - Forst - Friedhof
- Kommunalfahrzeuge - Fuhrpark
- Kommunales Verkehrswesen - ÖPNV

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de

Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Gemeindezeitung auf folgenden Social Media Kanälen:



Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
www.etbs.de

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN **juwi**

Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Martha Müller · 0711/900357-72 · windimwald@juwi.de · www.juwi.de

Fahrenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de

Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerberg 23 · D-84059 Schierling
Tel: 09451 9313-0 · www.fahren-koessinger.de

Fahren Masten Roll-Ups Bekleidung uvm.

GZ Akademie

Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie



Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen. Förderung nutzen!

DSGVO ext. DSB ext. ISB LSI-Siegel CISIS12 Schulungen eLearning

www.Mein-Datenschutzberater.de

insidas
INFORMATIONSSICHERHEIT DATENSICHERHEIT

Daten sind das wichtigste Thema des 21. Jahrhunderts. Sind Sie vorbereitet? Kontaktieren Sie uns für eine professionelle, nachhaltige und tatkräftige Unterstützung in Sachen Datenschutz und Informationssicherheit.
Tel.: 0871 205494-0 oder vertrieb@insidas.de
www.insidas.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de **schweitzer** Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthäuser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthäuser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshandel für **Waldleuchten**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de



Bild von Karsten Würth auf Unsplash



13. BAYERISCHES ENERGIEFORUM IN GARCHING

Energie und kommunaler Katastrophenschutz

Mit dem 13. Bayerischen EnergieForum „Power für Bayerns Kommunen“ im Bürgerhaus Garching bei München schuf die Bayerische GemeindeZeitung nach zweijähriger Corona-Pause endlich wieder eine „livehaftige“ Plattform, auf der sie mehr als 200 Kommunalvertreter über neue Produkte, aktuelle Dienstleistungen, konkrete Lösungsmöglichkeiten und gut funktionierende Beispiele informierte.

Zwölf Aussteller, 25 Partner sowie zwei Dutzend Referenten wohnten der bewährten Fachveranstaltung bei. Erstmals wartete die GZ mit einem Themenraum „Kommunaler Katastrophenschutz“ auf. Kooperationspartner waren erneut Bayerischer Gemeindetag, VKU Bayern und die Bayerischen Energieagenturen. Als Medienpartner fungierte einmal mehr TV Bayern live.

„Den Kommunen kommt in der Energiepolitik eine tragende und deshalb höchst verantwortungsvolle Rolle zu“, stellte GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel in ihrer Begrüßung fest. Einerseits hätten sie mit ihren Immobilien und Mobilien selbst einen hohen Energiebedarf, den sie nachhaltig, sicher und preiswert decken müssen, andererseits gestalteten sie die Rahmenbedingungen für ihre Mitbürger. Auch hier gälten die Prämissen Nachhaltigkeit, Sicherheit und Kostenkontrolle.

In seinem Grußwort verwies Garchings Bürgermeister Dr. Dietmar Gruchmann auf die Tiefengeothermie als städtisches Erfolgsprojekt seit 2011. Damit könne grüne Fernwärme langfristig und konstant bereitgestellt werden. Um



V.l. Anne-Marie von Hassel, Theresa von Hassel, Dr. Dietmar Gruchmann, Constanze von Hassel und Gunnar Braun

die Energiewende „schnell und konkret“ voranzutreiben, will die Universitätsstadt auch den Ausbau der Windkraft forcieren. Westlich des Forschungsgeländes plant die Firma Ostwind aus Regensburg die Errichtung eines Windrads. Überarbeitet wird derzeit zudem das bestehende Klimaschutzkonzept von 2008. Darüber hinaus will Garching im nächsten Stellenplan einen Posten für einen Klimaschutzmanager schaffen. (DK) ■

„Landkommunen dürfen keine
Erfüllungsgehilfen werden.“



Bild: Michael Förtsch auf Unsplash



Stefan Graf

STEFAN GRAF | BAYERISCHER GEMEINDETAG

Energiewende und Landkommunen

DIE GROSSEN HERAUSFORDERUNGEN

Die exorbitanten Ausbauziele für Freiflächenphotovoltaik und Windkraft werden den ländlichen Raum massiv verändern. Spätestens mit der schmerzlichen Erkenntnis, schnellstmöglich energiepolitisch unabhängig werden zu müssen, steht der regionale Ausbau der erneuerbaren Energien nicht mehr in Frage. Auch wenn vielleicht die „europäische Kupferplatte“ mit von Wind und Sonne bevorzugten Erzeugungsstandorten die Zukunft ist - die Vision hilft kurz- und mittelfristig nicht. Um sich die Dimension klar zu machen: Der Freistaat möchte die erneuerbare Erzeugungsmenge bis in 8 Jahren verdoppelt haben. Die Energiewirtschaft hält dafür (und sogar bis zum Jahr 2040) jede Woche die Installation von PV-Anlagen auf Freiflächen in der Größe 160 Fussballfelder, die in Inbetriebnahme von zwei Windkraftanlagen und die Errichtung eines Umspannwerks für erforderlich.

Wo bleiben da die Gemeinden, respektive die Menschen vor Ort? Um zu verhindern, dass die Landkommunen zu bloßen Erfüllungsgehilfen werden und dabei die örtlichen Interessen „hintenrunterfallen“ hat der Gemeindegtag ein eigenes Beratungsgremium eingerichtet. Die Leitlinien für den gemeindlichen Blick auf die epochalen Umwälzungen: Gerechtigkeit, Erhalt der Steuerungshoheit und monetärer Ausgleich.

GERECHTIGKEIT

Gerechtigkeit ist ein Schlüssel für die Akzeptanz der notwendigen Veränderungen in den ländlichen Räumen. Gerechtigkeit bezieht sich sowohl auf das Stadt-Land-Verhältnis, als auch auf eine gerechte Verteilung der Lasten innerhalb der ländlichen Räume. So sind beim PV-Ausbau Ziele zu definieren, welchen Anteil die Dachanlagen haben sollen und die Umsetzungsvoraussetzungen zu schaffen (insbesondere Abbau von Restriktionen im Denkmalschutz). Des Weiteren sind top down als Anhalt austarierte Ausbauempfehlungen erforderlich, die einerseits die Erreichung der Ausbauziele sicherstellen, andererseits nach den örtlichen Gegebenheiten gerecht verteilen. Aufgrund der schlechten Flächenbilanz (50fach höherer Ertrag von PV auf gleicher Fläche) wird das Stei-

gerungsziel der Staatsregierung für Biogasanlagen (+ 15 Prozent!) abgelehnt. Kontrovers wurde diskutiert, ob die Verteilnetze von den Ausbaurkosten für die Aufnahme von erneuerbarem Strom entlastet werden sollten. Im Raum steht die Forderung nach einer Übernahme der Kosten aus dem Staatshaushalt (analog der EEG-Umlage).

ERHALT DER STEUERUNGSHOHEIT

Trotz des großen Drucks muss die Entscheidung über die Flächenzuweisungen bei den Kommunen verbleiben. Eine gesetzliche Privilegierung von Windkraft- und/oder PV-Freiflächenanlagen wird strikt abgelehnt. Das heißt jedoch nicht, dass Baurecht nicht über Entscheidungen auf der Ebene der Flächennutzungspläne/Regionalpläne entstehen könnte. Dies wäre ein Beitrag zur Entbürokratisierung. Jedoch dürfen nicht bis zum Erlass der übergreifenden Pläne (auch aufgrund der langen Erstellungszeiten von Flächennutzungsplänen) über eine Privilegierung „die Schleusen geöffnet“ werden. Insoweit wird der neue bayerische Weg, 10H für regionalplanerisch und kommunal für Windenergie ausgewiesene Flächen aufzuheben, gutgeheißen.

MONETÄRER AUSGLEICH

Als entscheidender Hebel, um die Ausbauziele im ländlichen Raum zu erreichen werden jedoch monetäre Anreize gesehen. Hier ist eingeführte „Konzessionsabgabe“ im EEG zwar ein Schritt in die richtige Richtung (die Initiative der Staatsregierung, diese auf 0,4 Cent pro kWh zu erhöhen wird ausdrücklich begrüßt). Noch wichtiger ist, dass die betroffene Bevölkerung unmittelbar durch die vor Ort Produktion durch günstigere Strompreise (Regionalstromprodukte) profitieren kann. Bei der Wertschöpfung wird weniger auf Zwangsbeteiligungsmodelle wie in Mecklenburg-Vorpommern gesetzt, als auf Kooperationen „auf Augenhöhe“ von Investoren mit Bürgergenossenschaften und Gemeinden. Bei rein kommunalen/bürgerschaftlichen Betreibermodellen muss auf eine professionelle Betriebsführung geachtet werden. Die Stadtwerke könnten eine wichtige Rolle spielen. (Stefan Graf) ■

ADVERTORIAL

Wasserstoff-Multiplikatoren an der Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK)



Bild: Florian Hammerich

WASSERSTOFF ALS SCHLÜSSELELEMENT FÜR DIE KOMMUNALE ENERGIEWENDE

Ob im Energiesektor, in der Industrie oder im Bereich Verkehr: Wasserstoff gilt als besonders zukunftssträchtiger Energieträger. Gerade für Kommunen lohnt es sich, mit Wasserstoff in eine saubere und nachhaltige Zukunft zu investieren. Die Wasserstoff-Multiplikatoren an der Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) unterstützen dabei.

Häufig findet der Diskurs um Klimaschutz und Energiewende auf globaler Ebene statt – doch ebenso wichtig ist die Umsetzung auf regionaler Ebene. Auch in Sachen Wasserstoff ist die Initiative von Kommunen als lokale Umsetzer der Energiewende gefragt, um langfristig ein Energiesystem ohne den Einsatz fossiler Brennstoffe zu ermöglichen.

Was Wasserstoff als innovative Technologie so wertvoll macht, sind seine vielfältigen Einsatzmöglichkeiten. Zahlreiche Kommunen in Bayern setzen bereits auf den Ausbau erneuerbarer Energien wie Solar- und Windkraft. Dabei kann Wasserstoff eine sinnvolle Ergänzung darstellen, um die lokale Energieinfrastruktur sektorenübergreifend zu verbinden. Indem Strom aus diesen erneuerbaren Energien in Wasserstoff gespeichert wird, lässt sich beispielsweise die schwankende Verfügbarkeit von Wind und Sonne ausgleichen.

Doch die Nutzung von Wasserstoff ist nicht auf diesen Bereich beschränkt. Wasserstoff schlägt die Brücke zwischen Energie, Mobilität und Industrie, lässt sich emissionsfrei nutzen und ist gleichzeitig gut transportier- und speicherbar.

WASSERSTOFF-MULTIPLIKATOREN GEBEN ORIENTIERUNG

Um sich in diesem breiten Feld an Möglichkeiten zurechtzufinden, geben die [Wasserstoff-Multiplikatoren an der Landesagentur für Energie und Klimaschutz \(LENK\)](#) Orientierung. Maria Finkenzeller, Thomas Eichenseher und Robin Puchert unterstützen den Aufbau der Wasserstoffwirtschaft in Bayern und stehen Kommunen und Unternehmen zur Seite, die Wasserstoff-Projekte anstoßen wollen.

Als Expertinnen und Experten beraten sie von der ersten Idee bis zur konkreten Umsetzung – ganz gleich, ob es sich um ein innovatives Energiekonzept oder speziell um die Einrichtung einer Wasserstofftankstelle handelt. Sie haben

den Überblick über [aktuelle Fördermöglichkeiten](#) und können passende Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner vermitteln. Auch im Bereich Öffentlichkeitsarbeit sind die Wasserstoff-Multiplikatoren aktiv: Sie wollen Wasserstoff „erlebbar“ machen und die Akzeptanz in der Bevölkerung noch weiter steigern.

POTENZIAL VON WASSERSTOFF ERKENNEN

Vielerorts in Bayern haben Kommunen das Potenzial von Wasserstoff bereits erkannt und gehen als Modellregionen voran. Für die Zukunft ist dazu im Freistaat noch einiges mehr geplant: Nach den in der [Bayerischen Wasserstoffstrategie](#) formulierten Zielen und den in der [Wasserstoff-Roadmap Bayern](#) dargelegten Handlungsempfehlungen der Staatsregierung soll Bayern im Bereich der Wasserstofftechnologie weltweit eine Vorreiterrolle einnehmen.

Mit Unterstützung der Wasserstoff-Multiplikatoren ist für Kommunen nun der richtige Zeitpunkt gekommen, auf Wasserstoff als Schlüsselement für die Energiewende zu setzen – und so gleichzeitig neue Wertschöpfungspotentiale und nachhaltige Geschäftsmodelle für die bayerische Wirtschaft zu liefern.

Bayerisches Landesamt für Umwelt



KOMPETENZ RUND UM KLIMASCHUTZ UND ENERGIEWENDE

Unter dem Schwerpunkt Klima und Energie sind am [Bayerischen Landesamt für Umwelt](#) drei Einrichtungen angesiedelt. Rund um Klimawandel, Klimafolgen und Anpassung in Bayern ist das **Klima-Zentrum (KliZ)** die zentrale Informations- und Anlaufstelle. Es stellt im [Bayerischen Klimainformationssystem](#) Informationen zum Klimawandel in Bayern zur Verfügung, informiert zu den regionalen Auswirkungen des Klimawandels und unterstützt Kommunen, Landkreise und Unternehmen bei der [Umsetzung von Klimaanpassung](#). Das **Ökoenergie-Institut Bayern (ÖIB)** begleitet Entwicklungsvorhaben und unterstützt innovative Konzepte, Strategien und Modellprojekte für eine umweltverträgliche Energiewende. Im [Energie-Atlas Bayern](#) stellt es Texte, Tools und Karten zum Energiesparen, zur Energieeffizienz und zu erneuerbaren Energien bereit. Als Kompetenz- und Beratungsstelle der Bayerischen Staatsregierung unterstützt die [Landesagentur für Energie und Klimaschutz \(LENK\)](#) die Energiewende und die [Bayerische Klimaschutzoffensive](#). Sie koordiniert Aktivitäten, vernetzt Akteure und bietet Kommunen mit dem Format [LENK COMMUNITY](#) die Möglichkeit, Fachwissen und Erfahrungen auszutauschen. ■

ENERGIE-ATLAS
BAYERNLandesagentur für
Energie und Klimaschutz



„Jede Gemeinde muss liefern!“



Bild: Mario Dabelmann auf Unsplash



Bild: Patrick Hendry auf Unsplash



Detlef Fischer

DETLEF FISCHER | VBEW

Klimaneutrales Bayern 2040

NUR MIT HILFE ALLER GEMEINDEN

Der VBEW – Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. unter der Leitung von Hauptgeschäftsführer Dipl.-Ing. Detlef Fischer wird von den meisten insbesondere für seine pointierten Aussagen und klaren Ansagen zur bayerischen Energiewirtschaft geschätzt.

So lässt auch der Titel von Fischers Vortrag an Klarheit nichts offen: Wer außer der Bayerischen Staatsregierung Klimaneutralität für Bayern 2040 will oder fordert, der muss auch seinen entsprechenden Beitrag dafür leisten – heißt: Jede Gemeinde muss liefern!

Sich weiterhin hinter vermeintlich unabänderlichen Vorschriften zu verstecken und wie beim Schwarzen-Peter-Spiel die Veränderungsverantwortung in Richtung höhere Stellen, wie der bayerischen Staatsregierung oder den Bezirksregierungen, zu verweisen, ist Wein predigen, aber nur abgestandenes Wasser liefern. Die Transformation zu einer klimaneutralen Lebens- und Arbeitsweise in der Gesellschaft ist nur gemeinsam zu schaffen und fordert von allen ein hohes Maß an Veränderungsbereitschaft.

Die Position für den VBEW ist eindeutig: An der Bayerischen Energiewirtschaft werden die Klimaschutzziele 2040 für Bayern nicht scheitern. Das klimaneutrale Bayern 2040 ist Ziel und Arbeitsauftrag zugleich. Daher beschäftigt sich der VBEW sehr ernsthaft damit, welche geeigneten Wege zum klimaneutralen Bayern 2040 führen und wie die notwendigen Maßnahmen dazu umgesetzt werden können. Ein angestrebtes Ziel ist, dass Ökonomie und Ökologie gleichermaßen Gerechtigkeit widerfahren und der Industriestandort Bayern nicht beeinträchtigt werden soll – klingt nach der berühmten eierlegenden Wollmilchsau, die bekanntlich in Bayern beheimatet ist. Immerhin liegt der aktuelle klimaschädigende Kohlendioxid-Ausstoß jedes Einwohners von Bayern bei pandemiebedingten nur sieben Tonnen CO₂ pro Jahr – und der soll sich in knapp zwei Jahrzehnten auf Null verflüchtigen: ein wahrlich hehres Ziel, denn der CO₂-Ausstoß wird mit mehr Reisefreiheit und wegen der Folgen des verheerenden Ukraine-Kriegs wieder spürbar steigen.

Klar ist schon jetzt, dass sich Bayern an das angestrebte

Klimaschutzziel nur mit einem massiven Ausbau der Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien annähern kann. Dafür muss gerade den Gemeinden wirklich bewusst werden, vor welcher Herkulesaufgabe sie als die Energieproduzenten der Zukunft stehen. Das „flache“ Land wird mit seinen verfügbaren freien Flächen in Zukunft die Bewohner in den Städten mit klimaneutraler Energie versorgen müssen, denn die Städte und industriellen Zentren werden aufgrund ihrer hohen Energieverbrauchsichte mehr Energie nachfragen, als sie selbst bereitstellen können.

Daher sind die Gemeinden aufgefordert, zügig ihr Baurecht zu nutzen und bei entsprechender Standorteignung für Solar- und Windkraftwerke Freiflächen auszuweisen. Jede Region und jede Gemeinde in Bayern müssen sich entsprechend ihrer spezifischen Möglichkeiten am Umbau der Energieversorgung in Bayern beteiligen.

Allerdings ist der Ausbau der Erneuerbaren nur eine Stellschraube, um die Elektrifizierung auf allen Ebenen voranzutreiben. Eine zweite ist eine deutliche Reduzierung des Energieverbrauchs, also Energie sparen privat ebenso wie in der Produktion. Und schließlich einen weitgehend klimaneutralen Ersatzstoff bereitstellen, das heißt fossiles Gas durch GRÜNEN Wasserstoff ersetzen. Denn was heißt die staatlich angestrebte bayerische Klimaneutralität? Im Jahr 2040 soll es zur Deckung des Primär- und Endenergiebedarfs in Bayern weder fossiles Gas noch Öl und Kohle geben (Kernenergie schon ab Ende 2022 nicht mehr), sondern nur noch erneuerbare Energie inklusive Wasserstoff, der allerdings nicht um die halbe Welt herbeigeschafft werden sollte. Bayerns Klimaneutralität in den nächsten 18 Jahren zu erreichen, klingt nach der Quadratur des Kreises und ist mindestens so anspruchsvoll wie die richtige Lösung für den Zauberwürfel des ungarischen Architekten Ernő Rubik. Denn schon jetzt ist die heimische Stromerzeugung in →

Bayern rückläufig trotz des Anstiegs der erneuerbaren Erzeugung. Als hochindustrialisiertes Bundesland verbraucht Bayern mehr Energie, als es selbst bereitstellen kann. Bayern ist also auf Energieimporte angewiesen insbesondere auch im Winter, wenn die Sonne widererwarten nicht ausreichend lange scheint oder Schnee und Eis die Solarpaneele bedeckt. Möglicherweise weht in der sogenannten Dunkelflaute auch kein Wind. Die Gretchenfrage bleibt: Wie soll dann der Energiehunger gestillt werden. Trotz des erklärten Willens des VBEW, den postulierten energiewirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Weg zur Klimaneutralität zum Ausbau der erneuerbaren Energien in Bayern nach Kräften zu unterstützen, kann derzeit nach Aktenlage eine belastbar seriöse Antwort darauf nicht gegeben werden.

Das wird sehr deutlich, wenn man sich vorstellt, was abgleich und sofort bis 2040 Woche für Woche in Bayern in Sachen Energiebedarfsdeckung installiert bzw. in Betrieb genommen werden müsste:

AUSBAU PRO WOCHE:

- SOLARKOLLEKTOREN/-MODULE AUF DER FLÄCHE VON 160 FUSSBALLPLÄTZEN (= 26 FUSSBALLFELDER PRO TAG)
- SOLARKOLLEKTOREN/-MODULE AUF RUND 1.000 WOHNHÄUSERN.
- ZWEI WINDKRAFTWERKE MIT JEWEILS 5.000 KILOWATT LEISTUNG
- ERRICHTUNG VON EINEM UMSpannWERK FÜR DEN NETZAUSBAU
- INBETRIEBNAHME VON DREI ELEKTROLYSEUREN MIT EINER LEISTUNG VON 5.000 KILOWATT
- INBETRIEBNAHME VON DREI GROSSBATTERIESPEICHERN MIT EINER KAPAZITÄT VON INSGESAMT 15.000 KILOWATTSTUNDEN
- ERSATZ VON 2.300 FOSSILEN HEIZUNGSANLAGEN DURCH REGENERATIVE ANLAGEN (PLUS NOTWENDIGEM WÄRMENETZAUSBAU)
- ENERGETISCHE SANIERUNG VON 1.250 WOHNGBÄUDEN
- ERSATZ VON 8.600 PKW MIT VERBRENNERMOTOREN DURCH ELEKTRO- ODER WASSERSTOFFFAHRZEUGE

SOLLTE DIESER AUSBAUTRAUM IN BAYERN WIRKLICHKEIT WERDEN, HEISST DAS ALLEIN FÜR BAYERN IM JAHR 2040:

- SOLARKRAFTWERKE MIT EINER INSTALLIERTEN LEISTUNG VON 80 MILLIONEN KILOWATT
- WINDKRAFTWERKE MIT EINER INSTALLIERTEN LEISTUNG VON 13 MILLIONEN KILOWATT
- 1.000 NEUE UMSpannWERKE
- GROSSBATTERIESPEICHER MIT EINER KAPAZITÄT VON 15 MILLIARDEN KILOWATTSTUNDEN
- ELEKTROLYSEURE ZUR HERSTELLUNG VON WASSERSTOFF MIT EINER LEISTUNG VON RUND 5.000 MEGAWATT
- 2,4 MILLIONEN UMGERÜSTETE HEIZUNGSANLAGEN (AB 2021)
- 1,2 MILLIONEN ENERGETISCH SANIERTE WOHNGBÄUDE (AB 2021)
- NULL FOSSIL ANGETRIEBENE FAHRZEUGE

Umsetzungsskepsis ist angesichts der Dimensionen angebracht. Doch die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt, so dass der VBEW den Schlüssel zum Erfolg in einen ausgewogenen Mix unterschiedlicher Technologien bei einer Energieversorgung mit erneuerbaren Energien sieht. Die einzelnen erneuerbaren Energieträger, allen voran die in Bayern stark vorhandene Wasserkraft, dürfen dabei nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern sollten sich gegenseitig ergänzen. Sonnenenergie wird neben der Wasserkraft und der Windkraft der neue Lastesel der Energiewende in Bayern. Mit den Stärken des einen Energieträgers lassen sich Schwächen des anderen ausgleichen. Nur in Kombination mit gut ausgebauten Netzen und Speichern (kurz-, mittel- und langfristig) wird daraus ein bedarfsorientiertes und sicheres Energieversorgungssystem.

Ein wahrliches Wort in Gottes Ohr, angesichts der visionären Energieversorgungsszenarien und der widerstreitenden Interessen in Bevölkerung, Politik und bei Klima-, Natur- und Umweltschutzverbände und -gruppierungen. (JK) ■

Weitere Informationen unter: www.vbew.de



Mehr Ertrag auf Ihren Waldflächen

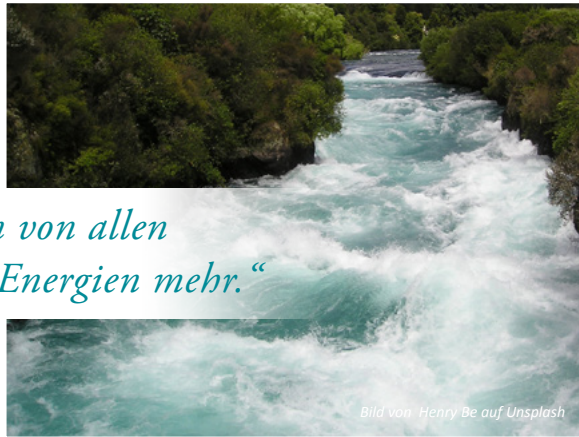
Mit Windenergie erzielen Sie zusätzliche und verlässliche Einnahmen für Ihren Forstbetrieb.

Der Klimawandel wird für viele Waldbesitzer zur wirtschaftlichen Herausforderung. Die Windenergie mit ihren attraktiven Pachten und Ausgleichsmaßnahmen bietet die Chance, das finanzielle Risiko beim anstehenden Waldumbau spürbar zu reduzieren. Mit der Kompetenz aus mehr als 25 Jahren Windparkplanung und von mehr als 300 realisierten Windenergie-Projekten an Forststandorten sind wir Ihr kompetenter Partner für den zukunftssicheren Umbau Ihres Forstbetriebs.

Sprechen Sie uns an: Wir prüfen gemeinsam, wie wir Ihr Windenergie-Projekt samt den dazugehörigen Ausgleichsmaßnahmen realisieren können.

juwi AG · Martha Müller
Tel. +49 711 90 03 57-72 · windimwald@juwi.de · www.juwi.de

juwi



„Wir brauchen von allen
Erneuerbaren Energien mehr.“

Bild von Henry Be auf Unsplash



Bild von Simon auf Pixabay

HERMANN STEINMAßL | VEREINIGUNG WASSERKRAFT IN BAYERN E.V. - VWB

Wasserkraft und Biomasse

UNVERZICHTBARE SÄULEN FÜR EINE ERFOLGREICHE ENERGIEWENDE IN BAYERN

Beide Energieformen sind erneuerbar und vor allem Tag und Nacht, rund um die Uhr, zu allen Jahreszeiten für eine sichere Stromerzeugung verfügbar und damit Stabilitäts- und Sicherheitsfaktoren für die Stromversorgung in Bayern.

So das Credo von Dipl.-Ing. (FH) Hermann Steinmaßl, ehemaliger CSU-Abgeordneter im Bayerischen Landtag und langjähriger Landrat des Landkreises Traunstein sowie zeitgleich Vorsitzender des regionalen Planungsverbandes Südost-Oberbayern. Er kämpft seit Jahren vor allem für den Erhalt und den Ausbau der in Bayern wichtigsten regenerativen Energie, die Wasserkraft.

Als studierter Ingenieur weiß Steinmaßl technischen und politischen Realitätssinn wohl zu unterscheiden. Und da sowohl Biomasse als auch Wasserkraft bis auf weiteres ganz real zu den einzigen grundlastfähigen erneuerbaren Energiequellen zählen, die nicht von der Tageszeit, dem Wetter oder einer Weltregion abhängig sind, engagiert er sich in der Vereinigung Wasserkraftwerke Bayern e.V. (VWB) und als stellvertretender Vorsitzender der Landesvertretung Bayern im Bundesverband Erneuerbare Energien für den Erhalt und auch Ausbau des weißen Goldes Bayerns.

Steinmaßl bringt es auf den Punkt: Die besondere Stärke der klimaneutralen Wasserkraft ist, dass sie als heimische und importunabhängige Energiequelle stabil und durchgängig übers Jahr verfügbar ist. Zudem ist sie mit ihrer Technik, den sog. rotierenden Massen (da bricht der Ingenieur durch), immer auch noch vorhanden, wenn das Netz ausfällt. Daher sind die Wasserkraftwerke systemrelevant und können das Stromnetz nach einem Ausfall wieder aufbauen und stabilisieren (schwarzstartfähig), sodass die Stromversorgung wieder in Gang gesetzt wird. Zudem spart die Wasserkraftnutzung Leitungskapazitäten und vermindert durch kürzere Transportwege die Übertragungsverluste, sie spart also Energie.

Die Wichtigkeit der Stromerzeugung aus Wasserkraft in Bayern wird deutlich, wenn man sich veranschaulicht, dass

sie im Schnitt für jeden Einwohner 1.000 Kilowattstunden pro Jahr bereitstellt. Das ist der Bedarf, den im Schnitt jeder einzelne Bewohner Bayerns benötigt. Im Ernstfall verfügt Bayern damit über eine sichere Energiequelle, die für die Einwohner eine ausreichende Notstromversorgung bereitstellen kann.

Große Sorge haben Steinmaßl ursprünglich die Planungen seitens des Klimaministeriums auf Bundesebene bereitet: Das sog. Osterpaket, wie die geplante Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 2023 euphemistisch heißt. Der Wasserkraftnutzung in Deutschland drohte dahingehend Ungemach, dass sie durch Rechtsveränderungen (Streichung der Einspeisevergütung) in die Unwirtschaftlichkeit getrieben worden wären. Das hätte das Aus für einen Großteil der Wasserkraftwerke in überschaubarer Zukunft bedeutet, was besonders für Bayern gravierende Folgen gehabt hätte.

Die aktuelle Entwicklung im parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren hat sich zum Positiven für die Wasserkraft entwickelt (siehe Kasten).

Schließlich liefert die Wasserkraft in Bayern weitestgehend konstant im Jahresschnitt rund 12,5 Milliarden Kilowattstunden Grundlast-Strom, mehr als die durchschnittliche Jahreserzeugung des Kernkraftwerks Isar 2. Und auch die rund 2.700 Biogasanlagen mit einer installierten elektrischen Leistung von 1.445 Megawatt steuern mit fast acht Milliarden Kilowattstunden etwa 11 Prozent zur Stromerzeugung in Bayern bei.

Nach Abschaltung der letzten bayerischen Kernkraftwerke Ende 2022 steht der Freistaat vor einer Stromlücke von rund 40 Prozent. Wenn dann ab 2030 auch die fossile Stromerzeugung Geschichte wird, dann muss Bayern 57 Prozent →



Hermann Steinmaßl

seines Strombedarfs irgendwie decken. Den „Rest“ liefern die Erneuerbaren, deren volatiler, also schwankender Anteil aus Sonne und Wind zunehmen wird, während die Versorgungssicheren, allen voran die Wasserkraft, gefolgt von der Biomasse und mit weitem Abstand die Geothermie, auf derzeitigem Niveau hoffentlich weitgehend verharren dürfen. Natürlich wäre ein Ausbau dieser sicheren Stromerzeugung wünschenswert und für Bayern vorteilhaft.

Will man es in Bayern also regenerativ und sauber, ist der Bau großer Speicher unverzichtbar. Als wirtschaftlich verfügbare Technik böten sich tatsächlich vor allem Speicher- und Pumpspeicherkraftwerke an, wie sie in Österreich, der Schweiz, Norwegen und Frankreich gebaut wurden und werden. Sie sind aber immer noch schwer vorstellbar, nachdem um notwendige Realisierungsgenehmigungen unversöhnliche Grabenkämpfe tobten.

Dennoch ist Steinmaßl sicher, dass die Energiezukunft erneuerbar sein muss. Dafür braucht es aber auch mehr Ehrlichkeit als Voraussetzung für eine erfolgreiche Energiewende. In Bayern wie in Deutschland muss sich jeder Einzelne eingestehen, dass erneuerbare Energien aus der Heimat Freiheitsenergien sind, die Unabhängigkeiten bestärken und Abhängigkeiten von Importen verringern. Energieerzeugung vor der eigenen Haustür ist Teil der Energiewende daheim. Sie erfordert von Jedem mehr Akzeptanz für die notwendige Nutzung und Inanspruchnahme von Umwelt. Es wird sichtbare und spürbare Veränderungen in der Landschaft, bei der Erzeugung, der Verteilung und der Speicherung.

Steinmaßl ist überzeugt, dass die jüngsten geopolitischen Verwerfungen durch den unverändert tobenden Ukrainekrieg zu gravierenden Langzeitfolgen insbesondere auch im globalen Kampf um die Energieressourcen führen werden. Deshalb kann es sich eigentlich niemand in unserem Land leisten, eine ideologisch ausgerichtete Energiepolitik zu betreiben und z. B. die Wasserkraft einseitig auszubremsen. Deshalb sollte der Klimaschutz Vorrang bei Genehmigungen in der Abwägung erhalten.

Die rund 53.000 Querbauwerke in Bayern ohne Wasserkraftnutzung sollten unter dem Gesichtspunkt des Klimaschutzes für eine Wasserkraftnutzung neu bewertet werden.

Der von der bayerischen Staatsregierung im Aktionsplan 2019 angekündigte Ausbau der Wasserkraft zur Erzeugung von zusätzlich einer Milliarde Kilowattstunden Strom pro Jahr ist endlich umzusetzen und bestehende Kraftwerke sind zu erhalten sowie mit ökologischen Verbesserungsmaßnahmen (Stichwort: Fischdurchgängigkeit zum Populationsschutz) aufzuwerten.

So ist auch die angestrebte und dringend erforderliche Gemeinsamkeit von Klimaschutz, Energie und Natur möglich.

Es muss gesellschaftlicher Konsens werden, dass alle erneuerbaren Energien als quasi einheimische Energiequellen optimal genutzt werden, insbesondere auch die Wasserkraft. Dazu bedarf es Mut zu Entscheidungen – nämlich mit der Wasserkraft und der Natur zu mehr Klimaschutz.

Egal ob Biomasse, Geothermie, Sonne, Wasser oder Wind - es geht nur mit „und-und-und“ statt dem in Deutschland besonders beliebten nimby (not in my backyard = nicht in meinem Umfeld). Die ökobewegten Bewohner dieses Landes müssen sich verabschieden von „im Prinzip will ich alles, aber einschränken und einengen lassen will ich mich nicht“.

Wir brauchen von allen Erneuerbaren Energien mehr.

AKTUELLE ENTWICKLUNG IN SACHEN WASSERKRAFT BEIM OSTERPAKET (EEG 2023):

DIE WASSERKRAFT WIRD ALLEN ANDEREN ERNEUERBAREN ENERGIEN GLEICHGESTELLT.

- IM NEUEN ERNEUERBAREN ENERGIEN GESETZ (EEG 2023) HABEN BUNDESTAG UND BUNDESRAT BESCHLOSSEN, DASS DIE ERRICHTUNG UND DER BETRIEB VON ERNEUERBAREN-ENERGIENANLAGEN (EE-ANLAGEN) IM ÜBERRAGENDEN ÖFFENTLICHEN INTERESSE LIEGEN UND DER ÖFFENTLICHEN SICHERHEIT DIENEN. DIES GILT NUN AUCH FÜR DIE WASSERKRAFT, WAS DEREN STROMERZEUGUNG EIN BESONDERS GEWICHT VERLEIHT. BIS DIE STROMERZEUGUNG IM BUNDESGBIET WEITGEHEND KLIMANEUTRAL IST, SOLLEN DIE ERNEUERBAREN ENERGIEN ALS VORRANGIGER BELANG IN DIE JEWEILS DURCHZUFÜHRENDEN SCHUTZGÜTERABWÄGUNGEN, WIE Z. B. IN GENEHMIGUNGS- UND WIEDERBEWILIGUNGSVERFAHREN, EINGEBRACHT WERDEN.

DIE VERGÜTUNG FÜR WASSERKRAFTANLAGEN BIS 500 KILOWATT INSTALLIERTER LEISTUNG WIRD BEIBEHALTEN.

- DAS ANSINNEN, NUR NOCH GRÖßERE WASSERKRAFTANLAGEN ZU FÖRDERN, WURDE ERSATZLOS GESTRICHEN. SOMIT KEHRT DER FÖRDERRAHMEN FÜR DIE WASSERKRAFT ZUR GELTENDEN RECHTSLAGE ZURÜCK: DIE KLEINE WASSERKRAFT IST ZU DEN BEKANNTEN RAHMENBEDINGUNGEN DES EEG 2021 AUCH WEITERHIN IM EEG 2023 ENTHALTEN. DAMIT KÖNNEN KÜNFTIG KLEINE WASSERKRAFTANLAGEN AUCH TECHNISCH UND ÖKOLOGISCH MODERNISIERT UND ERTÜCHTIGT WERDEN.

DIE VERKNÜPFUNG VON FÖRDERRECHT UND GENEHMIGUNGSRECHT (WASSERHAUSHALTSGESETZ) WURDE ERSATZLOS GESTRICHEN.

- DIE VERBINDUNG MIT DEM WASSERHAUSHALTSGESETZ, WURDE VIELFACH ALS BÜROKRATISCHE DOPPELAUFLAGE KRITISIERT. ZUDEM KANN KÜNFTIG UNTER ENTSPRECHENDEN RAHMENBEDINGUNGEN AUCH DIE FÖRDERUNG NICHT MEHR EINGESTELLT WERDEN, WAS DIESER PASSUS EBENFALLS VORGESEHEN HÄTTE.

DAS GESETZ SIEHT VOR, POTENZIALE FÜR NEUE, ZUSÄTZLICHE WASSERKRAFTANLAGEN ZU HEBEN.

- DER NEUBAU AN BEREITS BESTEHENDEN QUERBAUWERKEN IST WIEDER MÖGLICH. HIERBEI SIND WEITERHIN ALLE WASSERRECHTLICH NOTWENDIGEN ÖKOLOGISCHEN MASSNAHMEN EINZUHALTEN. (JK) ■

Weitere Informationen unter:

Vereinigung Wasserkraftwerke Bayern e.V. (VWB)

www.wasserkraft-bayern.de,

Landesverband Bayerischer Wasserkraftwerke eG (LVBW)

www.lvbw-wasserkraft.de,

Bundesverband Deutscher Wasserkraftwerke e.V. (BDW)

www.wasserkraft-deutschland.de,

Landesvertretung Bayern des Bundesverbands

Erneuerbare Energien

www.lee-bayern.de,

Fachverband Biogas e.V.

www.biogas.org



KLAUS-JÜRGEN EDELHÄUSER | BAYERISCHE INGENIEUREKAMMER-BAU

Klimabilanz weiterdenken

KLIMANEUTRAL DURCH DEN (BÜRO-)ALLTAG

Das Thema Energie und Energieversorgung wird derzeit intensiv diskutiert. Die aktuelle Situation beschreibt Edelhäuser mit den Worten: „Wir leben in einer Welt, die ist wie ein großer Akku, dem wir jedes Jahr ein Prozent entnehmen aber in den immer nur ein halbes Prozent nachfließt.“

Wir machen uns zwar Gedanken über das nachfließende halbe Prozent aber nicht wie wir den Energiehunger, den wir haben angehen und uns vielleicht selbst eine Diät verordnen, wie wir mit dem Thema Energieverlust umgehen können.“ Die Energiepreise steigen und Energie wird zunehmend zu einem wertvollen Gut. Wäre Energie aber noch teurer, dann würden wir damit vielleicht zwangsläufig etwas bewusster umgehen. Zu den Emissionen nennt Edelhäuser folgende Zahlen:

1.

DER WELTWEITE
CO₂-AUSSTOß
BETRÄGT 34.807
MILLIONEN
TONNEN

2.

DIE PRO KOPF
CO₂-EMISSIONEN
ERREICHEN
WELTWEIT 4,47
TONNEN

3.

DER CO₂-ANTEIL AN
DEN TREIBHAUSGAS-
EMISSIONEN LIEGT IN
DEUTSCHLAND BEI
88,8 PROZENT

Diese Emissionen liegen weit höher über dem was die Natur selbst bereinigen kann. Deshalb muss jetzt gehandelt werden und es eilt sehr! Durch den großen Anteil am globalen CO₂ Ausstoß hat die Baubranche eine besonders große Verantwortung bei der Erreichung der Klimaziele. Deshalb sollten bereits in der Planungsphase die anfallenden Emissionen für die Baumaterialherstellung und den Nutzungszeitraum nicht nur berücksichtigt, sondern auch möglichst reduziert werden. Neben der Konzentration auf den Bausektor sollten wir uns Gedanken über die Emissionen im täglichen Leben machen und darüber, wie wir selber als Ingenieure damit umgehen. Dazu führt Edelhäuser eine Reihe von Beispielen an, die zum Nachdenken anregen sollen:

BEISPIEL 1: CO₂-EMISSIONEN IM MUSIKSEKTOR

- 1977 mit Vinyl 140.000 Tonnen
- 1988 durch CDs 136.000 Tonnen
- 2000 verursachten Downloads 157.000 Tonnen und
- 2016 wurden überraschenderweise mit Streaming (Spotify und andere) 300.000 Tonnen verbraucht.

BEISPIEL 2: VIDEO-STREAMING

- Der Strombedarf von Video-Streaming und Mobilfunk wächst pro Jahr um 55 Prozent. Eine Minute Streaming verbraucht ca. 0,03 kWh Strom. Das YouTube-Video „Gangnam Style“ wurde 3,8 Mrd. mal aufgerufen. Mit dem hierfür verbrauchten Strom könnte man 10.000 Haushalte für ein Jahr lang versorgen.

BEISPIEL 3: E-MAIL

- Der Verbrauch bewegt sich abhängig von der Größe zwischen 1 g und 30 g CO₂ pro Mail.

BEISPIEL 4: CLOUD

- In einer Cloud werden Dateien aus Sicherheitsgründen immer wieder neu abgelegt und umgespeichert. Sie verbrauchen also Strom, nur durch ihre Existenz.

BEISPIEL 5: GOOGLE

- Eine Anfrage bei Google verbraucht 0,3 Wh. Mit der Energie von 200 Anfragen könnte man ein Hemd bügeln. Pro Minute gehen bei Google 4 Mio. Anfragen ein.

BEISPIEL 6: FAHRZEUGE ZUR FORTBEWEGUNG VERBRAUCHEN SO VIEL G CO₂/KM

- Kleinwagen mit Benzin 225
- Mittelklasse mit Benzin 350
- Oberklasse mit Benzin 440
- SUV mit Benzin 545
- Luxusklasse/Sportwagen mit Benzin 580
- Erdgasantrieb 295
- Elektro/HEV-Fahrzeuge 220.

Man erkennt, dass auch Elektrofahrzeuge nicht zur Lösung des Problems beitragen.

Auch mit Getränken kann man Klimaschutz betreiben. Dazu Edelhäuser: „Ich habe zuvor zwei Tassen Kaffee getrunken. Aber ich weiß auch, dass Kaffee wesentlich schlechter ist in der Klimabilanz als Tee. Und am besten trinkt man Leitungswasser.“ So viel g CO₂ stecken in einem Liter Getränk: Kaffee 470, Tee 200 und Leitungswasser 25.

MIT FOLGENDEN ERSTEN SCHRITTEN KANN JEDER ZU EINEM KLIMANEUTRALEN BÜRO BEITRAGEN:

- COMPUTER NUR EINSCHALTEN, WENN ER GEBRAUCHT WIRD
- DRUCKER ABENDS AUSSCHALTEN
- WLAN ACCESS POINTS ABENDS AUSSCHALTEN
- LICHT NUR, WENN NÖTIG
- CLOUD VERMEIDEN
- FAHRTEN BEGRENZEN
- BEWUSSTER HANDELN!
- RECYCLING!
- CO₂-AUSGLEICH ERKAUFEN!

Alle Infos zum Thema finden Sie auf www.bayika.de. (GK) ■

MAX RIEDL | GENOSSENSCHAFTSVERBAND BAYERN E.V. & BERNHARD SCHMIDT | NEW – NEUE ENERGIEN WEST EG

Energiewende mit der eigenen Genossenschaft

BÜRGER UND KOMMUNEN GEMEINSAM IN DIE ZUKUNFT



Max Riedl



Bernhard Schmidt

Der Genossenschaftsverband Bayern e. V. (GVB) zählt 1.167 Mitgliedsunternehmen, davon sind 273 Energiegenossenschaften. Die Ziele und Leistungen des GVB umfassen: Beratung, Interessenvertretung, Prüfung und Bildung. Die Beratung schließt ein: Gründungsberatung, Nachgründungsbegleitung, betriebswirtschaftliche Beratung, Steuerberatung, Rechtsberatung und Bankenberatung. Die Interessenvertretung der Mitglieder erfolgt gegenüber Politik und Behörden. Zudem informiert der GVB Politik und Öffentlichkeit über die genossenschaftliche Unternehmensform. Neben der obligatorischen Prüfung gemäß Genossenschaftsgesetz werden auch die wirtschaftlichen Verhältnisse sowie die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung geprüft. Die Bildung umfasst die Qualifizierung von Auszubildenden, Qualifizierung von Vorständen und Aufsichtsräten sowie Weiterbildung von Mitarbeitern der Genossenschaften.

Nach einem Blick auf die genossenschaftlichen Grundwerte Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung erklärt Riedl die Charakteristika einer Genossenschaft: „Im Vordergrund steht die Nutzenmaximierung der Mitglieder und nicht die Gewinnmaximierung. In der demokratischen Struktur hat jedes Mitglied eine Stimme, unabhängig von der Kapitalbeteiligung.“ Der einfache Ein- und Austritt ist ohne Notar möglich und die Mitgliederzahl ist offen. Eine transparente Organisationsstruktur regelt die Verantwortlichkeiten und Entscheidungsprozesse. Für die Gründung sind lediglich drei Mitglieder erforderlich. Die Gewinnverteilung erfolgt im Rahmen einer genossenschaftlichen Rückvergütung und es bestehen steuerliche Vorteile für

die eingetragenen Genossen. Ein Mindestkapital ist nicht erforderlich, aber die Eigenkapitalausstattung orientiert sich am Investitionsvolumen. Schließlich besteht eine Pflichtmitgliedschaft im Prüfungsverband, der die gesetzlich vorgeschriebene Prüfung mindestens in jedem zweiten Geschäftsjahr durchführt. Abschließend beschrieb Riedl die erforderlichen sechs Schritte, um eine Genossenschaft zu gründen.

Wie zwei Genossenschaften gemeinsam ein Ziel, nämlich eine Region auf dem Weg in die Energie-Zukunft zu begleiten erreichten, wurde von Bernhard Schmidt mit der Vorstellung des Nahwärmeprojektes Trabititz präsentiert. Beteiligt an dem Projekt sind die bereits 2009 gegründeten Neue Energien West eG (NEW) und Bürger-Energiegenossenschaft West eG.

ZU DEN AKTUELLEN DATEN ÜBERMITTELTE SCHMIDT FOLGENDE INFORMATIONEN ÜBER DAS WÄRMENETZ TRABITZ:

- 70 ANSCHLIESSER, DARUNTER KINDERGARTEN, SPORTHEIM, RATHAUS, STATIONÄRE JUGENDHILFEEINRICHTUNG USW.
- 6.022 M LEITUNGSLÄNGE
- JAHRESBEDARF/HEIZLAST: 3.073.738 KWH
- WÄRMEVERSORGUNG DURCH VORHANDENE BIOGASANLAGE MIT 4.400 KW
- ZENTRALER PUFFERSPEICHER MIT 42.000 LITER
- DEZENTRALE PUFFERSPEICHER MIT INSGESAMT 70.000 LITER
- HEIZÖLEINSPARUNG: 384.000 LITER JÄHRLICH

DIE KOSTEN FÜR DEN ANSCHLIESSER BETRAGEN:

- ANSCHLUSSKOSTEN EINMALIG: 5.000 EURO
- MONATLICHE KOSTEN: 30,00 EURO
- WÄRMEKOSTEN: 6 CENT/KWH BRUTTO

Die abschließende Frage „Was war für uns wichtig?“ beantwortete Schmidt zusammenfassend: „Der Kontakt über GV-Bayern, sehr gute Planer, die Kommunikation mit Hauseigentümern (drei Versammlungen, je 90 bis 100 Besucher) und Biogasbetreiber, die Besprechung von Notlösungen, aber das Wichtigste war ein starker Ansprechpartner vor Ort: unsere Bürgermeisterin.“ (GK) ■

Wertschöpfung in Bayern – unsere Kunden und Partner

Gemeinsam mit den führenden bayerischen Wirtschaftsverbänden analysiert TenneT die künftigen Weichenstellungen für eine sichere und klimafreundliche Stromversorgung der Industrie. Bei dem dafür notwendigen Netzausbau unterstützen uns zahlreiche Dienstleister und Lieferanten aus Bayern.



- 10 Netzausbauprojekte plant TenneT in Bayern
- 500 Mio. bis 1,5 Mrd. Euro investiert TenneT jährlich bis 2030 in den bayerischen Netzausbau im Wechselstrombereich
- 5 Mrd. Euro investiert TenneT in Bayern für den SuedOstLink in den nächsten 10 Jahren

JOACHIM SCHEID | ZENTRUM FÜR ERNEUERBARE ENERGIEN UND NACHHALTIGKEIT E.V.

Klimaanpassungsstrategie für den Landkreis Amberg-Sulzbach

GÜNSTIG UND LEISTBAR DIE KOMMUNEN FÜR STARKREGENEREIGNISSE SENSIBILISIEREN

Vor Naturkatastrophen ist niemand gefeit. Deshalb will der Landkreis Amberg-Sulzbach Vorsorge treffen. Dabei spielt auch die Landschaft eine Rolle. Durch seinen Anteil an den Ausläufern des Jura und des Oberpfälzer Bruchschollenlandes gibt es eine hohe Relieffenergie in vielen Gemeinden des Landkreises. Aufgrund des Gefälles können Starkniederschläge besonders viel Zerstörungskraft entfalten.

Laut wissenschaftlich fundierten Klimamodellen muss im Landkreis Amberg-Sulzbach in den nächsten Jahrzehnten mit einer deutlichen Änderung des Klimas gerechnet werden. Nach Prognosen des Deutschen Wetterdienstes wird die Anzahl der Starkregenereignisse – Tage mit Niederschlägen mit mehr als 20 mm/m² – deutlich ansteigen. Aufgrund dieser Ausgangslage plant Amberg-Sulzbach eine Klimaanpassungsstrategie für alle 27 Kommunen, berichtete Klimaschutzkoordinator Joachim Scheid.

Da die Gefahrenlage Starkregen steigt, hydrologische Modelle für einzelne Gemeinden aber teuer sind, stellte sich die Frage, wie Gemeinden günstig für das Thema und deren Gefahren sensibilisiert werden können. Mit der (KlimAS) sollen potenzielle Gefahrenlagen bei Starkregen für jede Kommune identifiziert und dokumentiert werden, informierte Scheid. Ziel sei es, mit Akteuren aus den Kommunen einen kommunalen Bedarfsplan zu entwickeln.

KONKRET SEHEN DIE ARBEITSSCHRITTE WIE FOLGT AUS:

1. Aufnahme bisheriger Starkregenereignisse und Schäden aus formellen und informellen Informationen aus Bevölkerung und Institutionen
2. Eintragung der Starkregenereignisse in eine kommunale Schadenskarte
3. Analyse der Gefährdungs- und Schadenspotenziale jeder Gemeinde durch Flusssichtberechnungen mit Hilfe von GIS
4. Zusammen mit kommunalen und institutionellen Akteuren soll eine Strategie zur Anpassung bzw. Resilienzerhöhung mit Umsetzungsplan entwickelt werden.

Im Zuge dessen soll eine Hinweis-karte durch Flusssichtberechnung mit GIS ebenso erstellt werden wie ein Informationsatlas für jede Gemeinde mit bisherigen und potenziellen Gefährdungen. Im Anschluss ist vorgesehen, die Ergebnisse in der Öffentlichkeit oder im Gemeinderat vorzustellen, um so eine Diskussion und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Gefahren von Starkregen in Gang zu setzen.



Joachim Scheid

Neben der Entwicklung konkreter Maßnahmen steht die Einbeziehung der Starkregengefahr in die kommunale Planung (Neubaugebiete, Kanalisation, Regenrückhaltebecken etc.) ebenso im Fokus wie die Sensibilisierung für die Landnutzung.

Wie der Klimaschutzkoordinator hervorhob, ersetzt KlimAS weder eine hydrologische Modellierung Starkregen für Gemeinden noch eine Gefahrenkarte Starkregen. Gleichwohl könne KlimAS die Grundlagen für Sensibilisierung und tiefgreifende Maßnahmen legen.

Gefördert wird das Projekt KlimAS mit 90 Prozent durch das Förderprogramm Kommunaler Klimaschutz (Komm-KlimaFör) des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz. Projektpartner ist das Zentrum für Erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit e.V. Die Gesamtkosten des Projekts belaufen sich auf ca. 115.000 Euro. (DK) ■

Artikel [onetz.de](https://www.onetz.de) - Klimakatastrophen können Oberpfalz treffen

ANDREAS ENGL | REGIONALWERKE GMBH & CO. KG

Das virtuelle Gemeindegewerk

Energieversorgung ist wie die Wasserversorgung Daseinsvorsorge. Aus diesem Grund hat Andreas Engl, Gründer des regionalen Stromversorgers „Regionalwerke“ mit Sitz im niederbayerischen Bodenkirchen (Landkreis Landshut), ein Modell entwickelt, um die Energieversorgung zurück in die kommunale Hand zu überführen. Mit dem „virtuellen Gemeindegewerk“ (vGW) werden die Möglichkeiten eines Zusammenschlusses von ländlichen Gemeinden zur Gründung eines gemeinsamen „Stadtwerks für die Region“ untersucht.

Die Regionalwerke GmbH vertreibt Strom der Genossenschaft „Erzeugergemeinschaft für Energie in Bayern“. Kunden beziehen dabei Ökostrom aus PV-, Wind- und Biogasanlagen vor Ort und unterstützen die Betreiber und die Genossenschaft mit einem Aufschlag auf den Strompreis. Im Auftrag der Baye-

rischen Verwaltung für ländliche Entwicklung werden bayerische Gemeinden bei den ersten Schritten bis zur Gründung eines vGW begleitet – etwa im Rahmen von Informationsveranstaltungen. Darüber hinaus werden sie auch beim Aufbau eines funktionierenden Geschäftsbetriebs unterstützt. →

Im virtuellen Gemeindegewerk entsteht eine Plattformlösung, über die die kommunalen Verwaltungen ihre gewünschten Dienstleistungen gemeinschaftlich nutzen können. Jede Kommune profitiert im vGW also nur von den Geschäftsbereichen, an denen sie sich beteiligt. Diese Bereiche werden über die Plattform freigeschaltet und den Kunden im eigenen Gemeindebereich zur Verfügung gestellt. Im Interesse der Bürger – den Eigentümern des Unternehmens – streben virtuelle Gemeindegewerke eine moderate Gewinnerzielungsabsicht an, die eine nachhaltige Entwicklung der Region ermöglicht. Angebotene Dienstleistungen können somit zu fairen Preisen angeboten werden, was den Einwohnern des Landkreises direkt zugutekommt.

In Zukunft könnten auch Bürger, Vereine und Unternehmen in das System einsteigen. Per App den digitalen Behördengang durchführen, regionale Produkte oder überschüssige Energie der Photovoltaikanlage vor Ort vermarkten, all dies sei möglich, erläuterte Engl. Dabei werde die Datenhoheit der Bürger und Betriebe sichergestellt und gleichzeitig die regionale Wertschöpfung gestärkt, die schließlich neue Investitionen erlaube.

„Gerade in dieser Zeit bekommen wir ein Gespür dafür, wie groß die Herausforderungen der Gemeinden sind, seien es die Globalisierung, die Digitalisierung, der Klimawandel oder sogar eine Pandemie wie Corona. Wir brau-

chen ein gemeinsames Handeln, um die Chancen für einen positiven Wandel zu erhöhen“, machte Engl deutlich. Dabei soll der Landkreis Landshut erst der Anfang sein: „Hier entsteht die Blaupause für ganz Bayern.“

Ein virtuelles Gemeindegewerk wird als gemeinsames Kommunalunternehmen von den Kommunen eines Landkreises gegründet. Die Bedürfnisse der einzelnen Gemeinden und ihrer Bürger in Bezug auf die Ausrichtung des gemeinsamen Kommunalunternehmens werden durch die jeweiligen Bürgermeister im Verwaltungsrat vertreten. Gleichzeitig handeln die Geschäftsführung und Mitarbeiter zum Wohl der Bevölkerung. Um ein entsprechendes Meinungsbild einzuholen, können Bürgerbefragungen durchgeführt werden.

Auf lange Sicht, so Engl, ermögliche eine Online-Plattform in Bürgerhand die unbegrenzte Erweiterung des Marktplatzes durch Dienste verschiedenster Akteure. Zudem führe die gemeinschaftliche Nutzung der Plattform durch alle vGW zu einer maßgeblichen Effizienzsteigerung in der Entwicklung neuer, innovativer Produkte.

Die Gründung virtueller Gemeindegewerke kann sukzessive in allen Landkreisen Bayerns erfolgen. Das Marktgebiet eines vGW ist jedoch auf die jeweiligen Landkreisgrenzen beschränkt. Deshalb ist eine Konkurrenz unter den virtuellen Gemeindegewerken ausgeschlossen und eine Zusammenarbeit sogar sinnvoll. (DK) ■



Andreas Engl



Stadtwerke München **SW/M**

Sonnenenergie nutzen – Erträge sichern

Wir pachten freie Flächen für Photovoltaik-Anlagen

Freie Fläche ab 3 Hektar verfügbar? Verpachten Sie an uns und erhalten Sie ein regelmäßiges Einkommen.

Ihre Vorteile

- ▶ Sichere Erträge über viele Jahre
- ▶ Kein Aufwand für landwirtschaftliche Bewirtschaftung
- ▶ Nachhaltige Sonnenenergie für Sie und Ihre Gemeinde



www.swm.de/pv

DR. HENRIK BREMER | WIRTSCHAFTSRAT RECHT BREMER WOITAG

Die Rolle der Stadtwerke in der Digitalisierung

„Der Betrieb eines FTTB-Verteilernetzes ist das Herzstück jeder wirtschaftlichen Betätigung eines Infrastruktur-Unternehmens im Rahmen der Digitalisierung“, unterstrich Dr. Henrik Bremer. Dessen Potenzial liege aber nicht nur in der reinen Endkundenversorgung, sondern auch in darauf aufbauenden Geschäftsmodellen wie etwa Smart Grid- und Smart City-Anwendungen, Smart Metering, einem leistungsstarken WLAN im öffentlichen Raum sowie der Anbindung von 5G-Basisstationen.

Bremer zufolge ergeben sich vielfältige Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der Breitbandinfrastruktur eines Stadtwerkes. Aktuell sind die Rahmenbedingungen für ein vertieftes Engagement im TK-Bereich selbst bei begrenzten Eigenmitteln besonders günstig: Neben verfügbaren Fördermitteln in Rekordhöhe gebe es eine hohe Bereitschaft zu (privatwirtschaftlichen) Investitionen in den deutschen TK-Markt. Zu beobachten sei auch die Begünstigung von Kooperationsmodellen durch Open Access-Verpflichtungen. „Bei einem Zuwarten ist es umgekehrt ungewiss, wie lange es dauert, bis sich die genannten Trends umkehren, zum Beispiel, sobald das Angebot die Nachfrage deckt“, machte der Rechtsanwalt deutlich.

Mit Blick auf die Ausgangsbedingungen für Stadtwerke auf digitalen Geschäftsfeldern nannte Bremer als Risikofaktoren eine zu geringe Netzgröße, passives Verhalten, den falschen Umgang mit Open Access sowie die zunehmende Möglichkeit einer Überbauung.

„Netze regionaler Eigentümer und Betreiber sind regelmäßig strukturell zu klein. Die Fixkosten des Betriebs erfordern für die Wirtschaftlichkeit eine Bepreisung der Internetprodukte, die häufig nicht konkurrenzfähig ist“, betonte der Anwalt. Dies begründe nachvollziehbare Vorbehalte gegen Open Access, riskiere für kleine Telekommunikationsunternehmen aber spätestens mittelfristig eine nachteilige Regulierung durch die Bundesnetzagentur (BNetzA) unter §22 Telekommunikationsgesetz (neue Fassung) oder Nebenbestimmungen der Förderbescheide.

Gerade Stadtwerke ohne nennenswertes bisheriges Engagement im TK-Bereich riskierten, bald die Chance digitaler Geschäftsmodelle zu verpassen: Wenn einmal andere flächendeckend die Schlüsselfunktion bei der Grundversorgung mit schnellem Internet übernommen haben, bestünden für Stadtwerke ohne nennenswerte eigene Glasfaserinfrastruktur kaum Betätigungsfelder. Bremer: „Wer noch vor dem Abschluss des Glasfaserausbau in den TK-Markt einsteigt, dem hilft umgekehrt diese Diversifikation tendenziell auch zur Stabilisierung anderer Sparten der Daseinsvorsorge, die momentan weniger ertragsreich sind und kaum Wachstumspotenziale bieten.“

Auch die fehlende Kompatibilität bisheriger Geschäftsmodelle mit offenen Netzzugängen stelle ein Risiko dar: Breitbandnetze würden aktuell gerade im ländlichen Raum häufig als „Closed Shop“ betrieben. Umsatzerlöse würden fast ausschließlich durch die direkte Versorgung eigener Kunden realisiert, nicht auch durch Durchleitungsentgelte. Häufiger Grund hierfür sei, dass eigene Endkundenpreise wegen zu geringer Skaleneffekte und zu hoher Ausbaukosten in der Vergangenheit nur eingeschränkt wettbewerbsfähig waren. Hinzu komme „die Gefahr eines

Aufbrechens faktischer regionaler Glasfaser-Monopole für Breitband-Tarife“.

„Entwickelt ein TK-Unternehmen nicht von sich aus ein Open Access Konzept und bindet es Netzentgelte nicht von vornherein als Ertragsquelle in das eigene Geschäftsmodell ein, stehen die Bedingungen der Netzöffnung letztlich im Ermessen der BNetzA“, erklärte Bremer. Entscheidungen der BNetzA drohten, nach einer Schonfrist in der Aufbauphase neuer Netze zugunsten von Nachfragern nach BSA (Bitstream Access)-Produkten auszugehen, „zumal zu diesen auch die Telekom gehört, die selbst kaum eigene reine Glasfaseranschlüsse betreibt“.

Mit Blick auf Risiko 4 „profitieren kleinere TK-Unternehmen mit Glasfasernetzen aktuell noch davon, dass es für größere Carrier derzeit am Markt andernorts günstigere Wachstumschancen gibt als in Gestalt eines Überbaus ihrer Infrastruktur oder der Durchleitung durch diese“. Die damit einhergehende Schonfrist sei zeitlich begrenzt: „Sobald die Marktanteile im unterversorgten Bereich abgesteckt sind, beginnt der Wettbewerb um die bereits über Glasfasernetzen versorgten Kunden“, stellte Bremer fest.

Als Lösungsansätze für Stadtwerke nannte er die Kooperation mit einem „Senior Partner“ (Kostensenkung durch „SharedServices“; Erhalt von Mitbestimmungsrechten; Synergien für andere Geschäftszweige wie z.B. Ladesäuleninfrastruktur) bzw. eine eigene Expansion mit „Junior Partnern“. Hier sei die Teilnahme an Förderausschreibungen auch außerhalb des eigenen Stadtgebiets möglich, z. B. als Joint Venture mit anderen Stadtwerken unter Mitnutzung vorhandener Infrastruktur. Neben der eigenwirtschaftlichen Nachverdichtung entlang geförderter Trassen bestehe die Chance, neue Kunden in fremden Netzen durch Kooperation mit dortigen Betreibern zur Durchleitung zu gewinnen. Auch könne die Netzauslastung durch ein eigenes Open Access-Angebot erhöht werden.

Die Bereitschaft, in den nächsten Jahren gezielt (vernünftige) Investitionsrisiken einzugehen, ausreichend eigene Ressourcen (auch personell), ein gut ausgebautes eigenes FTTB-Verteilernetz zumindest im eigenen Stadtgebiet, idealerweise Rückenwind aus Kommunalverwaltung und Gemeinde-/Stadtrat sowie gute Beziehungen ins Umland stellten Gründe für eine eigene Expansion mit „Junior Partnern“ dar, so der Rechtsanwalt. Bei beschränkten eigenen Ressourcen zur Bewältigung einer großflächigen Expansion und einer „Risikoaversion hinsichtlich der Ausweitung der Geschäftsaktivitäten im TK-Bereich“ sei jedoch die Kooperation mit einem „Senior Partner“ empfehlenswert.

Wie Bremer darlegte, „dürfte angesichts der Fülle an verfügbaren Fördermitteln, Investitionen und günstigen Darlehen im Markt fehlendes Kapital dagegen kein →



Dr. Henrik Bremer

Hindernis für eine der beiden Varianten darstellen“. Erwartbares Ergebnis bei beiden Ansätzen ist aus seiner Sicht „die tragfähige Teilhabe an der Wertschöpfung in der Breitbandversorgung und auf weiteren digitalen Geschäftsfeldern“.

Die erfolgreiche Betätigung von Stadtwerken auf digitalen Geschäftsfeldern zeigte Bremer schließlich am Beispiel wilhelm.tel auf. Der Eigenbetrieb Stadtwerke Norderstedt bündelt unmittelbar die Strom-, Gas- sowie Wassersparte. 1999 gründeten die Stadtwerke Norderstedt die wilhelm.

tel GmbH als TK-Tochtergesellschaft im Konzern. Die TK-Sparte spielte 2006 noch eine untergeordnete Rolle und erwirtschaftete weniger als 20 Prozent der konzernweiten Umsätze.

2020 ging der Konzernüberschuss der Stadtwerke Norderstedt zu 95 Prozent auf Gewinne der wilhelm.tel GmbH zurück. Umsatzerlöse und der Jahresüberschuss der TK-Sparte haben sich binnen 14 Jahren vervielfacht. Somit entwickelte sich die TK-Sparte vom Beiboot zum Zugpferd der Stadtwerke Norderstedt. (DK) ■

THOMAS WÖBER | GIBGAS CONSULTING IM AUFTRAG VON ERDGAS SCHWABEN GMBH

Welcher nachhaltige Antrieb ist für Sie der Richtige?



Thomas Wöber

Komprimiertes Erdgas ist auch als CNG (compressed natural gas) bekannt. In seinem Vortrag beleuchtete Wöber auch noch weitere Antriebsarten für den Mobilitätsnutzer. Dabei geht es nicht nur um das Auto, sondern auch um andere Verkehrsmittel. Als Mitglied des CNG-Club e.V. (www.cng-club.de) empfahl er den Besuch der Webseite, auf der umfangreiche Informationen zum Thema zu finden sind. Dazu passend zeigte er ein Foto seines Geschäftswagens, auf dem deutlich der Titel seines Vortrags zu lesen ist.

Vor etwa vier Jahren begann Wöber, sich für seinen eigenen CO₂-Fußabdruck zu interessieren. Als Verbraucher wollte er feststellen, was man so Tag für Tag direkt und indirekt an CO₂ in die Welt bläst. Dazu sensibilisiert wurde er durch den CO₂-Rechner des Umweltbundesamtes (www.umweltbundesamt.de), mit dessen Hilfe man den eigenen CO₂-Fußabdruck berechnen kann. Laut Statistik liegt der deutsche Durchschnittsverbrauch bei 11 Tonnen pro Person und Jahr. Wöber ist zum Vergleich bei seiner Berechnung bei 6,5 Tonnen angekommen. Als Anregung zum Energiesparen erwähnte Wöber die Anwendung Streamen, die bekanntlich einen hohen Stromverbrauch besitzt.

Grundsätzlich soll die Mobilität neu gedacht werden. Und für einen nachhaltigen Antrieb sieht Wöber drei alternative Kraftstoffe: „100 Prozent BioCNG, 100 Prozent Wasserstoff (H₂) und 100 Prozent Ökostrom. Elektromobilität ist aber nur dann wirksam, wenn Sie auch wirklich 100 Prozent Ökostrom fahren. Von Plug-in Hybriden halte ich persönlich gar nichts, denn deren Fahrer nutzen zumeist doch das praktischere Benzin als Antrieb.“ Für die Auswahl der jeweiligen Antriebsart ist u.a. auch die Dichte der Aufladestationen wichtig. Für eine flächendeckende Versorgung mit Wasserstoff würden 400 Tankstellen in Deutschland

ausreichen. Heute existieren 80, wobei nur zwei davon grünen Wasserstoff anbieten. Bei der Auswahl des für Sie und Ihre Anforderungen am Besten geeigneten Antriebs sollte zuvor das individuelle Fahrprofil, die individuelle Jahreslaufleistung sowie die vorhandene bzw. geplante BioCNG-, H₂- und E-Lade-Infrastruktur betrachtet werden. Bei allen Antrieben ist zu beachten, dass 90 Prozent der gewöhnlichen Wege gleich sind.

Als Entscheidungshilfe präsentierte Wöber vier Fallbeispiele.

FALLBEISPIEL 1:

Wertstoff-Sammelfahrzeug, 26 Tonner, fester Wirkungskreis. In Berlin wird BioMüll eingesammelt, daraus wird in der Biogas-Anlage der BioMüll zu Biomethan aufbereitet und danach als Kraftstoff zum eigenen Tanken genutzt. „Das ist für mich gelebte Kreislaufwirtschaft und die Umsetzung ist sofort möglich,“ sagt Wöber.

FALLBEISPIEL 2:

ÖPNV-Bus, fester Wirkungskreis und Überland-Verkehr. Neben der bestehenden Bus-Förderung für Wasserstoff sind auch Ökostrom und BioCNG als Antrieb möglich. Augsburg und Straubing sind zwei Referenzstädte, wo bereits Busse mit nachhaltigen Treibstoffen verkehren. Für die Umsetzung sollte ein Jahr angesetzt werden.

FALLBEISPIEL 3:

Klein-Kehrmaschine, kommunaler Traktor, fester Wirkungskreis. Der Ladevorgang über Ökostrom-Anschluss und/oder BioCNG-Tankstelle ist sofort umsetzbar.

FALLBEISPIEL 4:

Dienstwagen: Kurz, Mittel- und Langstrecke. Ladezeiten und Arbeitszeiten sind hier zu berücksichtigen. Laden über Ökostrom-Anschluss und/oder BioCNG-Tankstelle ist auch hier sofort umsetzbar.

Abschließend betonte Wöber, dass auch eine stufenweise Umstellung möglich ist, wobei Test- und Pilotphasen zu berücksichtigen sind. (GK) ■

MELANIE FALKENSTEIN | STADT MOOSBURG

Das Neubaugebiet Amperauen

EIN BAUGEBIET ZUR ENERGIEWENDE

Welche Rolle die Stadt in der aktiven Umsetzung der Energiewendeziele spielen kann, zeigt das Neubaugebiet Amperauen in Moosburg a. d. Isar (Landkreis Freising) auf vorbildhafte Weise. Nach den Worten von Klimaschutzmanagerin Melanie Falkenstein beschloss der Stadtrat für das Neubaugebiet, die Unterlassung von fossilen Energieträgern in den Kaufverträgen festzuschreiben.

Für einige Grundstücke wurde zudem festgelegt, dass Sonnenhäuser errichtet werden müssen. „Ein Sonnenhaus ist dabei definiert als Gebäude, dessen Wärme und Warmwasserbedarf mindestens zur Hälfte durch eine vor Ort generierte und gespeicherte Solarenergie gedeckt ist“, so eine Erklärung des Stadtrates. „Fordern, beraten und fördern“ lautet die Devise.

Wie Falkenstein erläuterte, müssen die Folgen des Klimawandels durch eine „Zangenstrategie“ in verträglichen Grenzen gehalten werden. Neben der Senkung des Energieverbrauchs gelte es, die fossilen Energieträger vollständig durch Erneuerbare Energien zu ersetzen. Gerade im Neubau sei eine klimafreundliche Energieversorgung sowohl technisch als auch ökonomisch machbar und sinnvoll. Fossil versorgte Neubauten hingegen seien die Altlasten von morgen.

Ziel im Neubaugebiet Amperauen soll es sein, eine vorbildliche Musterhaussiedlung zu verwirklichen, deren Umsetzung auf weitere Baugebiete angewendet werden kann. Das Augenmerk richtet sich somit auf 54 Erfolgsbeispiele mit zufriedenen und stolzen Hausbesitzern.

Bereits 2016 gab es erste Gespräche in der städtischen Verwaltung, ein Jahr später wurden unterschiedliche Energiekonzepte erstellt. Der Beschluss, ein regeneratives Wärmenetz zu installieren, konnte „aufgrund der fehlenden Möglichkeit einer Heizzentrale“ nicht umgesetzt werden, weshalb der Stadtrat schließlich neben der Unterlassung fossiler Energieträger auch beschloss, „die Verwaltung zu beauftragen, ein Förderprogramm für den Einsatz von erneuerbaren Energien zu erarbeiten...“

GEFÖRDERT WERDEN FOLGENDE MAßNAHMEN:

- Qualifizierte Energieberatung: 200 Euro
- Energetischer Gebäudestandard:
 - a. Energieeffizienzhaus KfW 55: 1.000 Euro
 - b. Energieeffizienzhaus KfW 40: 2.000 Euro
 - c. Energieeffizienzhaus KfW 40 plus: 3.000 Euro
- Mikronahwärmenetz: 500 Euro/Gebäude (mind. 2 Gebäude), max. 2.000 Euro + 500 Euro Bonus für eine Solarthermieanlage zur Heizungsunterstützung
- Pufferspeicher für solare Heizungsunterstützung (bei mindestens 10 m² Kollektorfläche): 1 Euro/l, mind. 1.000 l, max. 5.000 Euro
- Zentrale Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung (Wärmebereitstellungsgrad > 90 Prozent): 1.000 Euro

Neben gezielten Informationsveranstaltungen für Grundstückseigentümer (Solarfreunde Moosburg, Moosburger Solartage) sind Exkursionen zu vorbildlichen Neubauten wie Energie-Effizienzhaus mit Pelletheizung und Photovoltaik, Holzmassivhaus mit Solarthermie und Scheitholz sowie



E-Auto, Sonnenhaus und Effizienzhaus 40 plus (Holzständerbauweise mit Wärmepumpe und Photovoltaik) weitere städtische Begleitmaßnahmen. Darüber hinaus bietet die Bayerische Architektenkammer neben der Bereitstellung von Informationsmaterial Beratertage, d.h. kostenlose Einzelgespräche mit Bauwilligen, an.

Insgesamt, so Falkenstein, könne man in punkto Neubaugebiet Amperauen auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft verweisen. „Energiebeirat und Klimaschutzmanagement“ hätten die Schlüsselrolle übernommen, das Ergebnis könne sich sehen lassen. Deutlich spürbar sei ein Bewusstseinswandel bei Bürgern, Bauwilligen und der Stadt. Der „Faktor Mensch“ spiele eine große Rolle - im Guten wie im Schlechten. Vorbereitet werde derzeit ein Grundsatzbeschluss (Kaufvertrag, städtebaulicher Vertrag) für alle künftigen Baugebiete. Fakt sei: „Die Energieversorgung in den neuen Baugebieten ist geschafft, die ‚graue Energie‘ in den Materialien allerdings noch nicht.“

Bereits nach dem Start des Photovoltaik-Ausbaus in den frühen 2000er Jahren hatten die Stadt Moosburg und der Landkreis Freising im Jahr 2007 einen Energiewendebeschluss gefasst. Dieser besagt, dass der gesamte Energieverbrauch ab dem Jahr 2035 vollständig aus Erneuerbaren Energien gedeckt werden soll. 2012 wurde entschieden, ein Integriertes Energiewende- und Klimaschutzkonzept erstellen zu lassen, 2015 beschloss der Stadtrat das (KSK) und einen Aktionsplan mit 30 Maßnahmen. Im selben Jahr wurde ein Energiebeirat eingerichtet und 2016 eine Klimaschutzmanagerin eingestellt. 2018 deckten die Erneuerbaren Energien bereits knapp 89 Prozent des Stromverbrauchs. (DK) ■

RAHMENDATEN:

- WOHNBAUFLÄCHE: CA. 4 HA WOHNRAUM FÜR
- CA. 645 PERSONEN, 5 GESCHOSSWOHNUNGSBAUTEN
- 282 WOHNEINHEITEN (WE),
- DAVON: 54 WE IN EINZEL/DOPPELHAUSHÄLFTEN,
- 8 SONNENHÄUSER, 1 KINDERGARTEN

ANDREAS RONGE | KfW BANKENGRUPPE

Die Frage nach dem Geld

„MEHR FINANZIELLER SPIELRAUM FÜR INVESTITIONEN IN NACHHALTIGE UND KLIMAFREUNDLICHE MOBILITÄT“

Mit dem Förderprogramm „Energetische Stadtsanierung – Klimaschutz und Klimaanpassung im Quartier“ fördert der Bund Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung. Es geht neben der Verbesserung von Energieeffizienz im Quartier um grüne Infrastruktur und regensensible Gestaltung und damit letztlich um die Lebensqualität in den Städten und Gemeinden von morgen. Der Klimawandel erfordert, dass wir unsere Quartiere neu denken. Lange Trockenperioden und Hitzewellen heizen die Innenstädte auf. Starkregenereignisse „überfluten“ unsere Städte und Gemeinden. Demgegenüber kann Regenwasser aufgrund von Versiegelungen und fehlenden Kapazitäten oft nicht gespeichert und etwa zur Kühlung genutzt werden. In diesem Zusammenhang steht das Förderprogramm „Energetische Stadtsanierung – Klimaschutz und Klimaanpassung im Quartier“.

Die KfW Bankengruppe bietet es im Auftrag des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) an. Zuletzt hat der Bund das Programm neu ausgerichtet: Die Förderung wurde auf die neuen Themenfelder „Grüne Infrastruktur“ und „Klimafreundliche Mobilität“ ausgeweitet. Mit dem Programm „Energetische Stadtsanierung – KfW 432“ werden integrierte Quartierskonzepte und die Begleitung durch ein Sanierungsmanagement gefördert. Integrierte Quartierskonzepte zeigen in diesem Kontext Energieeinsparpotenziale, Optionen zum Einsatz erneuerbarer Energien in der Quartiersversorgung und Möglichkeiten für die Anpassung an den Klimawandel im Quartier auf. Das Sanierungsmanagement hat die Aufgabe, auf Basis der erstellten Konzepte den Prozess der Umsetzung zu planen und zu begleiten sowie die beteiligten Akteure zu aktivieren und zu vernetzen. Zudem koordiniert und kontrolliert das Sanierungsmanagement die Maßnahmen. Das Förderangebot besteht neben der Städtebauförderung, mit der im Rahmen von städtebaulichen Gesamtmaßnahmen ebenfalls Projekte zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung unterstützt werden. Für die Teilnahme am Programm „Energetische Stadtsanierung“ ist allerdings keine formale Gebietsfestlegung, sondern lediglich eine Quartiersfestlegung erforderlich. Dies erleichtert den Zugang zur Förderung für die rund 10.800 Städte und Gemeinden in Deutschland deutlich. Um die Klimaziele zu erreichen und die Kommunen noch besser zu unterstützen, hat der Bund außerdem seit dem 1. April 2021 die Förderkonditionen nochmals deutlich verbessert. Die Zuschussförderung für Konzepte und das Sanierungsmanagement wurde von 65 auf 75 Prozent erhöht. Auch die Tilgungszuschüsse für die Förderkredite mit dem Ziel der Umsetzung von Maßnahmen sind bei mehreren Förderbausteinen erhöht worden: Für die Fördermodule „Energieeffiziente Wasserver- und Abwasserentsorgung im Quartier“, „Klimafreundliche Mobilität im Quartier“ und „Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel durch Grüne Infrastruktur“ sind Tilgungszuschüsse von bis zu 20 Prozent des Kreditzusagebetrags möglich.

Einen besonderen Fokus richtet die Förderung auf Kommunen, die investive Maßnahmen umfassend planen und mit den Beteiligten vor Ort schon im Vorfeld abstimmen. Kredite für Maßnahmen, die Teil eines integrierten Quartierskonzeptes

des Zuschussprogramms 432 sind, erhalten hierfür einen sogenannten Konnexitätsbonus. Dies bedeutet eine Förderung mit Tilgungszuschüssen von bis zu 40 Prozent. Die Umsetzung von investiven Maßnahmen wird im Kreditprogramm „Energetische Stadtsanierung – KfW 201 und 202“ gefördert. Hier wurden die bestehenden Fördermodule „Wärme- und Kälteversorgung im Quartier“ und „Energieeffiziente Wasserver- und Abwasserentsorgung im Quartier“ nun um zwei weitere Fördermodule ergänzt, nämlich „Klimafreundliche Mobilität im Quartier“ und „Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel durch grüne Infrastruktur“.

Das neue Modul „Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel durch grüne Infrastruktur“ fasst Investitionen in die Grüne Infrastruktur zusammen. Dies betrifft etwa die nachhaltige Gestaltung und Aufwertung von Grün- und Freiflächen oder ein leistungsfähiges Regenwassermanagement im Quartier. Das neue Modul „Klimafreundliche Mobilität im Quartier“ zielt darauf ab, Klimaschutzmaßnahmen im Quartier zu fördern und Anreize für die Nutzung von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben zu setzen.

Dies alles steigert die Lebensqualität und das Wohlbefinden in unseren Städten und Gemeinden erheblich. (Andreas Ronge) ■



Strom aus Wasserkraft an allen Elektroladesäulen

Elektromobilität mit 100 % Strom aus Wasserkraft

erdgas schwaben wird

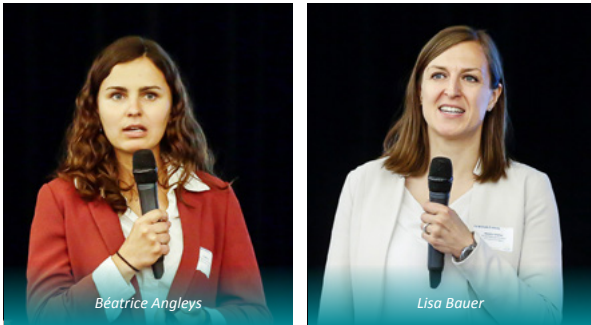
 energie schwaben

BÉATRICE ANGLEYS UND LISA BAUER | THÜGA AG

Zukunft mit Wasserstoff

PRAKTISCHE ANWENDUNG BEI REGIONALEN ENERGIEVERSORGERN

Wasserstoff (H₂) gilt nach mehreren Jahrzehnten Dornröschenschlaf seit dem ersten Hype in den 80-er und 90-er Jahren des letzten Jahrhunderts als das neue Manna der sauberen Energieversorgung. Der Einsatz von grünem, also ökologisch korrekt erzeugtem Wasserstoff soll die entscheidende Rolle bei der Umstellung des Energiesystems weg von fossilen Energiequellen sowohl bei der Stromerzeugung als auch insbesondere bei der Wärmebedarfsdeckung spielen. Bis 2045 sollen immerhin 85 Prozent des deutschen Primärenergiebedarfs durch klima-neutrale Energien und sparsameren Umgang mit den verfügbaren Energien ersetzt werden.



Béatrice Angleys und Lisa Bauer vom Kompetenzzentrum Innovation der Thüga Aktiengesellschaft zeigten in ihrem Vortrag die Richtung, die die Thüga AG als größter kommunaler Verbund von Energie- und Wasserversorgern in Deutschland eingeschlagen hat, um diese saubere Energiezukunft zu erreichen. Als Partner zahlreicher Stadtwerke setzt Thüga auf Austausch zwischen den Thüga-Unternehmen zu den jeweiligen H₂-Aktivitäten vor Ort und Nutzung von Synergien unter dem Motto: Gemeinsam Zukunft gestalten. Ziel ist, gemeinsam mit den kommunalen Partnern richtungsweisende Lösungen in Sachen Wasserstoff-Energiewirtschaft zu entwickeln und so aktiv die Zukunft der kommunalen Energie- und Wasserwirtschaft zu gestalten. Dabei sollen die Kernaufgaben eines Energieversorgungsunternehmens nicht aus den Augen verloren werden: Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit.

Da die postulierten Klimaziele eine klare Richtung vorgeben, muss die Energiewende in einer Kombination aus Innovation und Intelligenz erfolgen, denn insbesondere in einem Industrieland wie Deutschland werden auch langfristig gasförmige und flüssige Energieträger ein integraler Teil des Energiesystems bleiben. Deshalb führt an der Umstellung weg von Erdgas hin zu Wasserstoff als Energieträger kein Weg vorbei.

Wie Béatrice Angleys und Lisa Bauer verdeutlichten, gibt es vielfältige Einsatzmöglichkeiten von Wasserstoff in der Energiewende:

- Dekarbonisierung der Industrie und des Verkehrs
- Als Erdgasersatz unter Nutzung der bestehenden Netzinfrastruktur in der Wärmeversorgung
- Als wichtige saubere Ergänzung zu Strom
- Als speicherbarer Ausgleich bei schwankender Stromerzeugung von Wind- und Solarkraftwerken
- Als importierbarer und transportierbarer grüner Energieträger

Allerdings muss die Bereitstellung von grünem H₂ deutlich beschleunigt werden. Verschiedene Initiativen der großen deutschen Energieplayer, wie RWE, E.ON oder OGE (Open Grid Europe) bringen eine entsprechende Dynamik in die grüne H₂-Beschaffung, sei es innerhalb Deutschlands oder über in flüssigem Ammoniak gebundenen Wasserstoff per Schifftransport aus Australien.

Nicht zu vergessen ist aber auch die dezentrale lokale H₂-Erzeugung in Deutschland mittels regionaler, regenerativer Stromerzeugungsanlagen, die teilweise hohe Stromüberschüsse generieren, aber mangels Bedarf oder zu schwacher Netzinfrastruktur abgeregelt werden müssen. Die grüne Wasserstoffherzeugung wäre da eine sinnvolle Alternative. In der dezentralen H₂-Erzeugung, verbunden mit der entsprechenden Verteilung an die relevanten Kunden, sieht das Thüga-Innovationsmanagement einen wesentlichen Ansatzpunkt für das Wasserstoff-Engagement zusammen mit ihren kommunalen Versorgungspartnern.

Thüga ist Partner von H₂vorOrt. Im Rahmen dieses Projekts haben mehr als 45 Gasversorgungsunternehmen in enger Zusammenarbeit mit dem Deutschen Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) einen Transformationspfad (Gasnetzgebietstransformationsplan/GTP) für Verteilnetzbetreiber (VNB) entwickelt, um die regionale und sichere Versorgung mit klimaneutralen Gasen wie Wasserstoff konkret auszugestalten. Der GTP bildet dabei das zentrale und standardisierte Planungsinstrument für die Dekarbonisierung der Gasverteilnetze.

An zwei Leuchtturmprojekten illustrierten Béatrice Angleys und Lisa Bauer, wie eine künftige real funktionierende Wasserstoffwirtschaft und -nutzung aussehen könnte.

Zusammen mit den Stadtwerken Heide beteiligt sich die Thüga seit August 2020 (bis Juli 2025) unter einem ganzheitlichen Ansatz am Gruppenprojekt WESTKÜSTE100 in Schleswig-Holstein als Reallabor der Energiewende. Das Ziel von WESTKÜSTE100 ist der Aufbau sowie die erfolgreiche Umsetzung einer regionalen Wasserstoffwirtschaft im industriellen Maßstab. Dabei soll mittels erneuerbarem Strom und auf Basis eines 30 Megawatt (MW) Elektrolyseurs grüner Wasserstoff erzeugt und durch die Verzahnung verschiedener Sektoren für industrielle Zwecke genutzt werden. Der Standort im hohen Norden bietet mit seinem hohen (nicht verwertbaren) Windüberschuss ideale Voraussetzungen für die grüne H₂-Produktion.

In Projektabschnitt „Grüner Heizen“ demonstrieren die Stadtwerke Heide (SWH) und Thüga wie die Wärmeversorgung relativ rasch und mit geringen Investitionen partiell dekarbonisiert werden kann. Dazu wird Wasserstoff →

mit einem Anteil von bis zu 20 Vol. Prozent in ein Teilnetzgebiet der Stadtwerke Heide mit rund 200 Haushalten eingespeist. So wollen Thüga und SWH nachweisen, dass die Komponenten eines modernen Bestandsgasnetzes inklusive der Installationen bei den Kunden in der Praxis alle Anforderungen für die Einspeisung von Wasserstoff erfüllen. Darüber hinaus schafft das Projekt Erfahrungswerte zur Versorgungscharakteristik des neuen Energieträgers im Wärmemarkt.

Parallel dazu betreibt die Thüga zusammen mit dem Regionalversorger Energie Südbayern und dem Netzbetreiber Energienetze Bayern das technische Innovationsprojekt H2Direkt, welches vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des H2-Leitprojektes TransHyDe gefördert wird.

Hier soll zur klimaneutralen Wärmeversorgung von Haushalten 100 Prozent Wasserstoff im bestehenden Gasversorgungsnetz eingesetzt werden. Probanden sind zehn Haushalte und ein Gewerbekunde. Mit dem innovativen Leuchtturmprojekt H2Direkt wird erstmals in Deutschland die Versorgung von Endkunden mit 100 Prozent Wasserstoff im Alltag demonstriert. So unterstreichen die

Projektpartner die Zukunftsfähigkeit der Verteilnetze mit Blick auf den zukünftigen Einsatz von Wasserstoff.

Die Energiewende in Sachen Wasserstoffnutzung in Deutschland steht zwar noch ziemlich am Anfang, aber die Dynamik in diesem Bereich ist unübersehbar. Mehrere Initiativen engagieren sich für eine Wasserstoffrepublik Deutschland, sei es beim Abbau technologischer Hürden, sei es in der Entwicklung wasserstofftauglicher Endgeräte zur Wärmeversorgung oder die Serienfertigung von Elektrolyseuren. Auch auf der Sicherheitsforschung, dem sicheren Wasserstofftransport und der Offshore Erzeugung von H2 liegen Forschungsschwerpunkte.

Wasserstoff ist ein Zukunftsfeld auch für die kommunale Versorgung und die Gestaltung nachhaltiger Lebensräume.

Dies den Menschen im Land nahe zu bringen, ist sicher auch eine kommunikative Herausforderung, die schon jetzt angegangen werden muss. Auch wenn aller Anfang manchmal schwer ist: Wasserstoff wird eine zentrale Rolle bei der Energieversorgung ohne fossile Brennstoffe einnehmen. (JK) ■

Weitere Informationen unter: www.thuega.de

FREDERIK HEYMANN | SWM VERSORGUNGS GMBH

Mit CO2-Kompensation zur Klimaneutralität

Der Klimawandel ist ein weitgehend (an)erkanntes, globales Problem, das sich nicht an unsere Zeitvorgaben, wann wer was und wie dagegen unternehmen will, hält. Genauso ist es unserem Klima auch egal, an welcher Stelle Kohlendioxid und andere klimaschädliche Gase (z. B. Methan – 24-fach klimareaktiver als Kohlendioxid – in der Erdgasförderung oder bei der Rindzucht) in die Atmosphäre geblasen bzw. im Umkehrschluss vermieden werden.



Das Team der SWM Versorgungs GmbH

Den Klimawandel zu verlangsamen, ist daher eine gemeinschaftliche, internationale Herkulesaufgabe, die sowohl in lokalen/regionalen als auch internationalen Projekten angegangen werden müsste.

Hier setzt das noch junge Geschäftsfeld der Stadtwerke München, einem der größten kommunalen Unternehmen Deutschlands, an: Unterstützung bei internationalen und regionalen CO2-Kompensations-Projekten zum Erreichen von Klimaneutralität für Kommunen und Unternehmen.

Frederik Heymann, Produktmanager bei der SWM Versorgungs GmbH und zuständig für das Geschäftsfeld CO2-Kompensation bei den Münchner Stadtwerken, zeigte auf, dass selbst die Verlangsamung des Klimawandels für viele mittelständische Unternehmen und zahlreiche Kommunen ohne externe Unterstützung selbst mit bes-

tem Willen nicht zu erreichen ist. Dabei geht es bei einer ehrlich gemeinten CO2-Kompensation nicht um Greenwashing oder Klima-Ablasshandel.

Das A und O zur Abbremsung des Klimawandels ist eine drastische Reduzierung und Vermeidung des CO2-Ausstoßes im Kleinen wie im Großen. Um die Ansatzpunkte herauszufinden, steht am Anfang natürlich erst einmal eine ehrliche, umfassende und auch qualitative Bilanzierung, d.h. wo werden die meisten CO2-Emissionen verursacht – in Kommunen z.B. vor allem durch Bautätigkeit, Computer-Einsatz, Wärmebedarfsdeckung (Öl-, Gasheizungen bei schwacher Isolation der öffentlichen Gebäudestruktur), Mitarbeiter-Pendlerverkehr. Diese Punkte zeigen bereits, dass mit entsprechenden Strategien dort Ansatzpunkte zur CO2-Vermeidung bzw. -Reduzierung zu finden sind.

Als Übergangslösung auf dem Weg zur Klimaneutralität geht es in einem weiteren Schritt darum, derzeit noch unvermeidbare CO2-Emissionen (z. B. Flugverkehr, Industrien, internationaler Warenverkehr) an anderer Stelle zu kompensieren. Denn dem Klima ist es egal, an welcher Stelle der CO2-Ausstoß produziert wird und auch, an welcher Stelle er vermieden wird. Das legt nahe, dass auch die CO2-Vermeidung und -Reduzierung durch Förderung entsprechender internationaler Projekte einen sinnvollen Beitrag zum Klimaschutz leisten. →

Ein Produkt oder ein Unternehmen, das sich zum Ziel setzt, glaubwürdig klimaneutral werden zu wollen, muss seine Gesamtemissionen messen, um diese sinnvoll reduzieren zu können. Wenn dabei Emissionen heute noch nicht vermeidbar sind, kommt die freiwillige Kompensation durch den Kauf von CO₂-Zertifikaten ins Spiel. So kann das Unternehmen bilanzielle Klimaneutralität erreichen, denn die Erlöse aus dem CO₂-Zertifikate-Handel können wiederum Klimaschutzprojekte, die an anderer Stelle CO₂ binden oder vermeiden, finanzieren. Pro Zertifikat wird der Nachweis erbracht, dass eine Tonne CO₂ gebunden oder vermieden wird.

Entsprechend vielfältige Projekte gibt es weltweit, z. B. Waldschutzprojekte, die unter anderem die Brand-Rodung von Wäldern verhindern (Stichwort: CO₂-Vermeidung), die Aufforstung von Wäldern, die CO₂ der Atmosphäre entziehen (Stichwort: CO₂-Bindung bzw. -Entzug), oder der Aufbau einer Windkraftanlage, die CO₂-neutrale erneuerbare Energie produziert (Stichwort: CO₂-Reduktion). Als Beispiele für die Kompensationsbemühungen der SWM nannte Heymann den Ausbau eines Windparks in Indien und ein Kochofenprojekt in Ghana (Westafrika), wodurch der Verbrauch von Brennholz spürbar verringert werden konnte. In Afrika oder Südasien ist der Klimaschoneffekt bei gleichem Geldeinsatz messbar höher und damit global gesehen deutlich effektiver, als in unserem Land.

Das Geschäftsfeld CO₂-Kompensation der Münchner Stadtwerke für Geschäftskunden und Kommunen erhebt für sich den Anspruch, dass die anerkannten internationalen Qualitätsstandards eingehalten werden, wobei sich die SWM am internationalen Goldstandard für globale Klimaziele orientiert.

DAZU ZÄHLEN:

- **Zusätzlichkeit:** Zur Kompensation anrechenbare Klimaschutzprojekte müssen zusätzlich sein; ohne den Verkauf ihrer CO₂-Reduktionsleistung wären sie nicht umgesetzt worden.
- **Keine Doppelzählung:** Eine doppelte Anrechnung und Vermarktung von reduzierten Tonnen CO₂ muss ausge-

schlossen sein; eine vermiedene Tonne darf nicht von zwei Akteuren zur Kompensation angerechnet werden.

- **Permanenz:** Klimaschutzprojekte, die der Kompensation dienen, müssen langfristig, d.h. auf mindestens 30 Jahre, ausgelegt sein und die Projektbetreuung muss entsprechend gewährleistet sein.
- **Unabhängige Überprüfung:** Alle Projekte und vor allem die tatsächlich erbrachte CO₂-Reduktionsleistung müssen nicht nur vom Standardgeber akzeptiert sondern auch von einer unabhängigen Prüfgesellschaft verifiziert worden sein, bevor ein CO₂-Zertifikat gekauft wird.

Die SWM bietet Kommunen/Geschäftskunden auf dem Level des Goldstandards mit ihrem CO₂-Reduzierungsprodukt M-Kompensation Plus eine Kombination aus internationaler CO₂-Kompensation mit einem zusätzlichen Engagement für regionale Projekte in erneuerbare Energien an. So kann hier regional ein Beitrag zur CO₂-Vermeidung, zum Klimaschutz und zur Energiewende geleistet werden und gleichzeitig zu einer nachhaltigen Entwicklung in den jeweiligen internationalen Projektregionen beigetragen werden, was dort einen sozialen Mehrwert schafft. Die SWM unterstützt z.B. die Bildungsarbeit vor Ort in Entwicklungsländern.

Alle Kompensationsprojekte müssen einen Auswahlprozess durchlaufen und werden vor dem Erwerb der Zertifikate von unabhängigen Dritten wie dem TÜV überprüft. Zertifikate gibt es also nur von Projekten, die das CO₂ bereits reduziert haben. Beispiel: Die CO₂-Bindung durch einen Baum wird auf etwa 30 Jahre gerechnet. Wird der Baum davor gefällt, ist die Kompensation hinfällig. Die SWM würde daher nur Zertifikate für Bäume kaufen, die nachweislich bereits bestehen und ihre CO₂-Bindung erreicht haben.

Durch „Gold Standard-zertifizierte“ internationale Klimaschutzprojekte werden unvermeidbare Restemissionen ausgeglichen. Zusätzlich werden Erhalt und Ausbau von Erneuerbare-Energien-Anlagen in Deutschland gefördert und so Emissionen auch dort vermieden, wo sie anfallen, und die Energiewende beschleunigt. ^(UK) ■

Weitere Informationen unter www.swm.de/kompensation



Thomas Oppelt

THOMAS OPPELT | BAYERNWERK REGIO ENERGIE GMBH

Aktive Gestaltung der Energiewende

OPERATIVE LÖSUNGEN FÜR KOMMUNEN

Immer mehr Stromkunden wollen Strom, der nachhaltig erzeugt ist und aus der Region kommt. Aus diesem Grund hat das Bayernwerk die Module Regionaler Strommarkt, Energiemonitor und Energiewende-Beteiligung entwickelt, die als zukunftsweisende Lösungen gemeinsam mit den Bürgern gestaltet werden sollen. „So machen Kommunen die Energiewende greifbar und setzen ein sichtbares Zeichen für eine bessere Energiezukunft“, stellte Geschäftsführer Thomas Oppelt fest.

„Ohne großen Aufwand und ohne Risiko“ ist der Regionale Strommarkt laut Oppelt eine innovative Lösung für die Umsetzung der Energiewende vor Ort. Zudem ist er ein sichtbarer Beitrag für eine saubere Energiezukunft mit eigener Plattform und regionalem Stromprodukt und garantiert faire

Preise. Durch Einbindung und Transparenz werden Energiebewusstsein und Bürgerengagement gestärkt.

Als leistungsstarker Partner kümmert sich Bayernwerk Regio Energie um den Aufbau und einen reibungslosen Betrieb. Somit erhalten Erzeuger auch nach der EEG-Förderung →



Das Bayernwerk-Team

eine langfristige Perspektive bei Erhalt der lokalen Wertschöpfung. Wärmekunden dürfen sich über ein erweitertes Produktportfolio freuen. Dadurch kann auch die Nachfrage nach Stromprodukten gedeckt werden.

Für den neuen regionalen Strommarkt würden sowohl vorhandene Photovoltaikanlagen auf Dächern bzw. Freiflächen als auch neue Energieträger benötigt, betonte Oppelt. Ziel sei es, Erzeuger und Verbraucher zusammenzubringen. Am Beispiel Abensberg, „einem Vorreiter der Energiewende“, erklärte er, wie dies funktioniert. „Naturstrom-Abensberg“, 2019 gegründet, sei im regionalen Vergleich absolut wettbewerbsfähig und zu 100 Prozent regenerativ und regional. Im Landkreis Kelheim erzeugter Strom werde vor Ort wieder verbraucht. Dabei gewinne man die Energie dezentral aus Wasser, Sonne, Biomasse oder Wärme in zahlreichen lokalen Anlagen.

Die Vermarktung des regionalen Stromprodukts erziele Deckungsbeiträge für die Kommune und stärke das Bürgerengagement für die Umsetzung der Energiewende und eine langfristig autonome Energieversorgung. Der Bürger wisse, wer die Produzenten sind, man habe in den Stadtwerken Ansprechpartner vor Ort und der Strom sei TÜV-geprüft.

Doch wieviel Strom wird tatsächlich vor Ort erzeugt? Wieviel des Energiebedarfes dadurch gedeckt? Mit einer Visualisierung der örtlichen Energiesituation schafft der EnergieMonitor Transparenz und Orientierung. In einer online einsehbaren Übersicht werden Energieerzeugung und -verbrauch grafisch aufbereitet.

Damit sind Kommunen in der Lage, sich in Echtzeit ein umfangreiches, digitales Abbild über den Zustand aller kom-

munalen Anlagen zu verschaffen. Dank automatisierter Messsysteme und moderner Sensorik können Daten erfasst, direkt in das Energieportal eingestellt und dort abgerufen werden – oder direkt aufs Smartphone des Bürgermeisters geschickt werden.

Vom Zustand der Straßenbeleuchtung, über kommunale Zählerstände, die Luftqualität, örtliche Temperaturen, Besucherzahlen, Verkehrsdaten, Batterie- und Füllständen an kommunalen Anlagen: Die Bandbreite ist umfangreich. Und auch Planungsarbeit ist möglich: So können Kommunen im Energieportal zum Beispiel die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED vorbereiten. Damit ist eine langfristige Perspektive für regionale Erzeugungsanlagen ebenso gegeben wie der Weg zu einer CO₂-freien Kommune. Neben der Steigerung des Anteils an erneuerbaren Energien am Energiemix wird eine höhere Unabhängigkeit der Verbraucher von Großkraftwerken ermöglicht.

Modul 3, die Energiewende-Beteiligung, bietet den Bürgerinnen und Bürgern wiederum die Möglichkeit, in den Bau und Betrieb kommunaler regenerativer Energiesysteme zu investieren. Damit wird der Ausbau dezentraler, regenerativer Energielösungen wie etwa PV-Dachanlagen, PV-Parks und Ladestationen für E-Autos in den Regionen forciert, regionale Wertschöpfung generiert und der gemeinschaftliche Zusammenhalt gestärkt.

Konkret stellen Flächenbesitzer zunächst Flächen gegen Pacht zur Verfügung, ehe die Energiewende Beteiligung GmbH EE-Anlagen-Projekte entwickelt und damit auch Eigentümer der Anlagen ist. Deren Bau und Betrieb verantwortet Bayernwerk. Der Energieversorger und lokale Banken investieren mit Gesellschafterdarlehen. Über die euoco Plattform, die Zahlungsflüsse von und zu Bürgern abwickelt, beteiligen sich diese mit Nachrangdarlehen. Damit wird der regionale Strommarkt für den Vertrieb des Stroms eingebunden.

Die Vorteile für die Bürger in der Region liegen laut Oppelt auf der Hand: „Vermögen kann zu attraktiven Konditionen angelegt werden, zudem ist es möglich, die Energiewende in der eigenen Region zu fördern und nachhaltigen Strom aus der ‚eigenen‘ Erneuerbare Energien-Anlage zu beziehen. Auf diese Weise entsteht ein gesamthafes System für die Energiewende in der Region.“ (DK) ■

Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

www.tvbayernlive.de

IHR LOKALER NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS
 Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern
 Alle Sendungen in der TV Now Mediathek



SPORT
KULTUR
POLITIK
WETTER
LOKALE NACHRICHTEN
GESELLSCHAFT
WIRTSCHAFT

CARINA KUCHLER | LANDESAGENTUR FÜR ENERGIE UND KLIMASCHUTZ (LENK)

Wärmewende – ein Gewinn für alle!

LENK ist ein Referat im Schwerpunkt Klima und Energie des Bayerischen Landesamtes für Umwelt unter der Leitung von Dr. Ulrich Buchhauser und wurde 2020 durch das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz sowie das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie gegründet. Seit 2021 sind aktuell 23 Mitarbeiter am Standort Regensburg beschäftigt. Die Themen Energiewende und Klimaschutz werden hier ebenfalls zusammen gedacht. Die Aufgaben reichen vom Windkümmerer, klimaneutraler Kommune, Kompensation über klimaneutrale Staatsverwaltung, Wärmewende in Kommunen und Wasserstoff-Multiplikatoren bis zur eigenen Veranstaltungsreihe KOMMUNity.

Rund 50 Prozent des Energieverbrauchs in Deutschland entfällt auf Wärme. Der Anteil nachwachsender Rohstoffe an der Wärmeversorgung beträgt 16,5 Prozent. Der Wärmebedarf wird zum Großteil mit konventionellen Energieträgern gedeckt, wobei Gas mit einem Anteil von 76 Prozent nach wie vor der wichtigste Wärmeerzeuger ist.

Warum ist Wärmewende nun erforderlich? Der Gebäudesektor verfehlte 2021 mit 125 Mio. t Treibhausgasemissionen sein Sektorziel von 113 Mio. t gemäß dem Klimaschutzgesetz. Kuchlers Zwischenfazit lautet: „Die Wärmewende ist der schlafende Riese auf dem Weg zur Klimaneutralität. Es besteht ein großer Anteil an un- bzw. teilsanierten Gebäuden mit hohem spezifischem Wärmebedarf. Der Wärmebedarf wird zum Großteil mit konventionellen Energieträgern gedeckt.“ Deshalb sind folgende Schritte – auch Energie-3-Sprung genannt – vor der Wärmewende erforderlich: Energiebedarf senken, Energieeffizienz steigern und erneuerbare Energien ausbauen.

Folgende Technologien stehen der Wärmewende zur Verfügung, deren Eigenschaften von Kuchler detailliert erläutert wurden:

- Biomasse: Hackschnitzel, Pellets, Scheitholz, organische Rest- und Abfallstoffe haben eine große regionale Wertschöpfung
- Abwärme sollte zunächst vermieden und erst dann genutzt werden
- Solarthermie: Dachanlagen, Freiflächenanlagen
- Erd- und Umweltwärme: Oberflächennahe Geothermie, Tiefen-Geothermie

Wärmenetze sollen die lokal vorhandenen Potenziale der Energieträger nutzen. Sie bieten eine hohe Effizienz aufgrund optimaler Auslastung der Wärmebereitsteller. Sogenannte „Kalte Nahwärmenetze“ reduzieren die Verteilverluste und ermöglichen einen optimalen Betrieb von dezentralen Wärmepumpen. Wärmenetze können z.B. auch Kühllösungen integrieren. Sie bieten Kommunen die Möglichkeit, eine nachhaltige Wärme- und ggf. Kältebereitstellung zu schaffen.

Die Wärmewende beginnt bei den eigenen Liegenschaften einer Kommune und betrifft schließlich das gesamte Gemeindegebiet. Dafür ist eine proaktive Planung z.B. durch Energienutzungspläne oder Wärmeplanung notwendig, um so beispielsweise den Aufbau eines Wärmenetzes, ggf. mit Anschlusszwang zu gestalten. Für Neubauten ist eine nachhaltige Bauleitplanung einzurichten. Nach Möglichkeit sind kommunale Förderprogramme zu nutzen. Für alle Maßnahmen soll entsprechendes Informationsmaterial bereitgestellt werden.

Kuchler fasste zusammen: Der Klimaschutz funktioniert nicht ohne Wärmewende. Dabei können Kommunen als Triebfedern der Wärmewende fungieren und als Vorbilder und Initiatoren auftreten. Die Technologien und die Brennstoffe für eine nachhaltige Wärmebereitstellung sind bekannt und ausreichend erprobt. Zudem fördern nachwachsende Rohstoffe die regionale Wertschöpfung. Somit kann die Wärmewende durchaus ein Gewinn für Alle sein! (GK) ■

CHRISTIAN HORZETZKY | TENNET TSO GMBH

Herausforderungen der Energiewende

EIN BEISPIEL FÜR NIEDERSCHWELIGE KOMMUNIKATION MIT BÜRGERINNEN UND BÜRGERN

Die niederländische Tennet TSO ist einer der vier Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) in Deutschland und betreibt ein grenzüberschreitendes niederländisch-deutsches Hoch- und Höchstspannungsnetz (110.000 in NL, 220.000 und 380.000 Volt in D) von Offshore-Netzanschlüssen in der Nordsee bis nach Bayern.

Die drei Schlüsselaufgaben sind Übertragungsdienstleistungen, also der Betrieb und die Wartung ihrer Hoch- und Höchstspannungsnetze sowie deren bedarfsgerechter Ausbau. Hinzu kommen sogenannte Systemdienstleistungen zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts zwischen Stromangebot und -nachfrage z.B. durch Regelenergie, um Prognoseabweichungen auszugleichen bzw. das Einspeisemanage-

ment, um Netzengpässe zu verhindern. Dies alles dient einem sicheren Stromsystem und der eines gesetzeskonformen, reibungslos funktionierenden, liquiden und stabilen Umsetzung des europäischen Strommarkts.

Mit dem Fortschritt bei der Energiewende sind auch die Herausforderungen an die Netzbetreiber kontinuierlich gestiegen. Waren die Übertragungsnetze bis zum Hochlauf der Energiewende vor allem als Verbindungen zwischen den großen Kraftwerken ausgebaut (Stichwort Verbundnetz), hat sich das stark verändert. Die Anforderungen an das Stromnetz steigen in den kommenden Jahren kontinuierlich weiter an, denn stark schwankende Stromeinspeisung von Sonne und Wind sowie deren absehbar starker Leistungszubau und die breite räumliche Verteilung der Einspeise- →

punkte und auch die Herausforderungen im Zuge der Dekarbonisierung erzwingen eine umfangreiche Anpassung der bestehenden Netzinfrastruktur.

Immer häufiger müssen große Mengen überschüssigen volatilen Windstroms von Norden in den verbrauchsintensiven Süden transportiert werden. Dazu fehlen aber nach wie vor entsprechend leistungsfähige Gleichstrom-Netzverbindungen. Das führt dazu, dass immer häufiger in das Netz eingegriffen werden muss, um Überschüsse abzuregeln. Das führt zu steigenden Kosten für die Stromkunden.

Und das geht gehörig ins Geld bzw. greift tief in die Portemonnaies der Stromkunden. Die Kosten für wesentliche Maßnahmen zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit in Deutschland sind in den vergangenen zehn Jahren von knapp 180 Millionen Euro auf über 2,2 Milliarden Euro angewachsen, finanziert über die Netzentgelte – Tendenz steigend. Gab es 2003 nur an zwei Tagen jeweils einen Eingriff, so sind es jetzt durchschnittlich sechs Maßnahmen pro Tag. Die Gefahr von Spannungsproblemen im Netz und damit bei der Versorgungssicherheit wächst deutlich weiter an. Vor allem der Netzausbau verläuft wesentlich langsamer als der Zubau von Erneuerbaren Energien aus Wind und Sonne, der angesichts der aktuellen geopolitischen Verwerfungen und der sich abzeichnenden Energiekrise beschleunigt werden soll. Daraus ergeben sich zusätzliche Herausforderungen.

Eines der wichtigsten zu lösenden Kernprobleme in der bundesdeutschen Energiewendepolitik ist: Wie schnell lässt sich der mehr als dringend erforderliche Netzausbau beschleunigen, damit die in den windreichen norddeutschen See- und Landregionen erzeugten Strommengen in die verbrauchsintensiven Industrieregionen im Süden der Republik transportiert werden können. Und da erreicht auch TenneT, wie jedes mit Infrastrukturprojekten befasste Unternehmen in Deutschland, sehr schnell die ausgeklügelte, sehr deutsche Genehmigungs-bürokratie und Umweltgesetzgebung mit zahllosen Möglichkeiten, durch Einspruchsverfahren jeden Zeitplan auszuhebeln.

An der korrekten Bedarfsberechnung seitens der Übertragungsnetzbetreiber und der Bundesnetzagentur liegt es sicher nicht. Um die Entwicklung des Strombedarfs und seiner Deckung möglichst realitätsnah vorherzusehen, fordert der Gesetzgeber alle zwei Jahre eine Überprüfung des Netzentwicklungsplans (NEP). In dem dafür ablaufenden Prozess werden in öffentlichen Konsultationsprozessen von Übertragungsnetzbetreibern (ÜNB) und Bundesnetzagentur (BNetzA) Bedarfs- und Ausbauszenarien erörtert. Für den NEP23, der bis 2045 prognostiziert, erarbeitet der ÜNB auf Erfahrungen, Studien und Abfragen bei Ländern und anderen Netzbetreibern basierend mögliche Strombedarfs-Szenarien, z. B. den Zubau von Wärmepumpen oder Elektrolyseuren zur Wasserstoffgewinnung, um zu untersuchen, welche Engpässe dann im Stromnetz entstehen und mit welchen Maßnahmen diese am besten behoben werden können. Die BNetzA prüft dann und muss schließlich ihre Bestätigung erteilen. Die bestätigten Maßnahmen finden dann Eingang in den Bundesbedarfsplan, den der Bundesgesetzgeber beschließt.

Eine der Zielgrößen unter Berücksichtigung des Ampel-Koalitionsvertrags ist z.B. bis 2030 die angestrebte Kapazität von Elektrolyseuren zur Herstellung grünen Wasserstoffs auf 10.000 Megawatt zu verdoppeln. Eine andere Zielgröße ist die Erlangung der Klimaneutralität in Deutschland bis 2045 (sog. Klimaschutzgesetz). Auch wurden die Ampelziele auf 200.000 Megawatt Solarstrom, für Offshore-Windkraft auf 30.000 Megawatt (2030), 40.000 Megawatt (2035) und 70.000 Megawatt

(2045) sowie die Bereitstellung von zwei Prozent der deutschen Landesflächen für Windräder an Land (gegebenenfalls auch durch gesetzlichen Zwang) angehoben.

Der Netzentwicklungsplan umfasst sowohl Netzneubau vor allem bei der Hochspannungs-Gleichstromübertragung (HGÜ) als auch Netzverstärkung und -erweiterung bestehender Drehstrom-Höchstspannungsleitungen.

Um die großen Herausforderungen, vor denen Energieinfrastrukturunternehmen wie TenneT stehen, zu meistern, setzen sie im herkömmlichen Netz z. B. auf Optimierungen von Leistungssteuerung und technische Aufrüstung (Stichwort: Hochtemperatur-Freileitungen) oder Aufbau von Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitungen (HGÜ). Zusätzlich soll im Rahmen von Pilotprojekten zukünftiges Innovationspotenzial gehoben werden und über Digitalisierung eine intelligente Betriebsführung weiteren Einzug erhalten. Z. B. soll durch Zugriffs- und Steuerungsmöglichkeiten bei Solaranlagen und Solar speichern oder Wärmepumpen Leistung für das sogenannte Engpassmanagement bereitgestellt werden können. Privatkunden sollen über ihre Elektroautos, Hausbatterie-Speichersysteme oder Solarmodule aktiv flexible Kapazitäten zur Stabilisierung des Stromnetzes anbieten können und damit finanziell von der Energiewende profitieren. Diese sog. Crowd Balancing-Plattform nutzt die Blockchain-Technologie. Auch sollen Netzbooster, d. h. große Batteriespeicher im Norden und Süden des Netzes, extrem schnell hohe Leistung zur Stabilisierung und Netzstützung abgeben können und umgekehrt auch große Mengen überschüssigen Stroms aufnehmen/speichern können.

Und schließlich ist angestrebt, die Netzsysteme z. B. von Strom- und Gasnetzen, perspektivisch in Richtung Wasserstoffnetze zu integrieren. Dabei ist von grundlegender Wichtigkeit für die ÜNB-Planungen, wo künftig die energieintensiven Elektrolyseure gebaut und an das Stromnetz angebunden werden sollen. Üblicherweise sollten sie dort stehen, wo der Überschussstrom entsteht.

Das alles kann nur zeitnah funktionieren, wenn die Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich beschleunigt werden. Dazu bedarf es unter anderem einer Standardisierung der Verfahren, der Sicherstellung genügend qualifizierten Personals und der Möglichkeit paralleler Bearbeitung in den Genehmigungsbehörden, laufende Einbeziehung der Fachbehörden und rechtliche Anpassungen beim Materiellen Recht (z. B. TA Lärm, u.a. WAFB – WitterungsAbhängiger-Freileitungsbetrieb) und beim Verfahrensrecht (Übernahme PlanSiG (Planungssicherstellungsgesetz) in die Regelungen des EnWG (Energiewirtschaftsgesetz), NABEG (Netzausbaubeschleunigungsgesetz) und VwVfG (Verwaltungsverfahrensgesetz). Auch sollte die Einsatzmöglichkeit von Projektmanagern zur Unterstützung der Behörden bei der Erarbeitung von Unterlagen (gute Erfahrung damit in Niedersachsen) flächendeckend erlaubt werden. Schließlich wäre es eine große Erleichterung, wenn schon vor Vorliegen des Planfeststellungsbeschlusses ein vorzeitiger Baubeginn (§44c EnWG) ermöglicht würde, um z. B. wegen des Vogelschutzes vor dem 28. Februar Rodungen vorzunehmen. Hier hat das kürzlich verabschiedete Osterpaket der Bundesregierung einige wichtige Verbesserungen gebracht.

Letztendlich ist vor allem die Politik gefordert, die geeigneten Schritte zeitnah umzusetzen, und auch die Mandatsträger aller politischer Ebenen, den Diskussionsprozess vor Ort konstruktiv zu begleiten, damit die Energiewende tatsächlich ein Erfolg wird. (JK) ■ www.tennet.eu/de



„Windstrom – Ja auch in Bayern!“



GEORG FREIHERR VON ARETIN | OSTWIND ERNEUERBARE ENERGIEN GMBH

(Ost-)Wind soll verstärkt in Bayern Strom erzeugen

COMEBACK DER BAYERISCHEN WINDKRAFT

Georg Freiherr von Aretin, Leiter Projektentwicklung Windenergie bei der Regensburger OSTWIND Erneuerbare Energien GmbH, skizzierte die Entwicklung der Windenergienutzung in Bayern vom Gründungsjahr der OSTWIND 1992 bis zum erhofften Comeback mit dem beschlossenen „Aufweichen“ der kontraproduktiven 10-H-Regel, die den Windkraftwerksausbau im Freistaat de facto zum Erliegen gebracht hat. Der Tiefpunkt war 2018 mit einem Windkraftzubau von 22 Megawatt, 0,9 Prozent des bundesdeutschen Zuwachses von rund 2.400 Megawatt; Besserung bis heute nicht wirklich in Sicht.

Besonders beeindruckend zeigte sich die konsequente Inkonsequenz der Bayerischen Regierung in dem Kaleidoskop von Aussagen zur Windkraftnutzung durch den derzeitigen Ministerpräsidenten von Bayern, Markus Söder:

2011 wollte er große Teile des Freistaats (zwei Prozent der Landesfläche) für den Bau von Windkraftanlagen freigeben und die Genehmigungsverfahren radikal vereinfachen.

2018 folgte der radikal vereinfachte Umkehrschluss, dass Bayern KEIN Windland sei und es keine Verspargelung der Landschaft geben solle.

Und in der Kabinettsitzung vom 17. Mai 2022 wurde ein klares JEIN zur Windkraftnutzung im Freistaat postuliert: Die 10-H-Regelung (Mindestabstand der Anlage entsprechend dem 10-fachen ihrer Höhe zu Wohnbebauung) bleibt bestehen, wird aber reformiert, so dass mindestens 800 neue Windkraftwerke in den nächsten Jahren errichtet werden und auch zwei Prozent der Fläche Bayerns für einen entsprechenden Windkraftausbau verfügbar gemacht werden. Es sollen verbindliche Flächen in Vorranggebieten für Windkraftnutzung in der Regionalplanung ausgewiesen werden. Entsprechende Regelungen sind im Landesentwicklungsplan zu verankern. Künftig ist lediglich ein Mindestabstand von 1.000 Meter von der Wohnbebauung einzuhalten, was beim Repowering älterer Anlagen, die teilweise näher an der Wohnbebauung stehen, zu Problemen führen dürfte.

Auf diesen Kabinettsbeschluss baut die international projektierende OSTWIND ihre Windkraft-Comeback-Hoffnung in Bayern. Das Unternehmen hat bisher knapp 1.100 Megawatt Windkraftleistung in 120 Windparks mit über 600

Windrädern sowie 15 Solarparks projektiert und ist selber auch Betriebsführer von Erneuerbare Energien-Anlagen.

Die technische Entwicklung in der Windkraftwerkstechnik lässt auch Bayern zu einem wirtschaftlich attraktiven Windkraftwerksstandort insbesondere in der nördlichen Hälfte des Freistaates werden. Moderne Windräder haben eine Leistung von sechs bis sieben Megawatt bei einer Nabenhöhe von rund 160 Meter, wo die Windgeschwindigkeit in einem Bereich liegt, der über 2.100 Volllaststunden Stromerzeugung zulässt, und das auch in der südlichen Landeshälfte.

Dieser künftigen Nutzungsskizze stehen allerdings zahlreiche Hindernisse entgegen, vor allem Natur- und Artenschutzbelange sowie die Berücksichtigung kommunaler Planungshoheit, die durch die angestrebte freistaatliche Neuregelung ausgehebelt würde.

OSTWIND schlägt aufbauend auf dem zarten Pflänzchen Bayerischer Windoffenheit deshalb ein besseres Windkonzept für Bayern vor: Dazu zählt in erster Linie die ersatzlose Streichung der 10-H-Regel sowie die konsequente Beibehaltung der kommunalen Planungshoheit. Sie ist ein entscheidender Faktor, die Akzeptanz für neue Windkraftwerke vor Ort in der Bevölkerung zu schaffen bzw. zu stärken. Da die einzelnen Kommunen aber keine gesamträumliche Planung erbringen können, muss die Planungssteuerung in einer Region bei der Regionalplanung als Zusammenschluss der Gemeinden und Landkreise liegen. Die Grundsätze für einen regionalplanerischen Rahmen sollten im Landesentwicklungsprogramm dargestellt werden. Das Landesentwicklungsprogramm sollte hierzu zwingend eine den Zielen des Bundes angepasste Vorgabe für Flächenziele machen (Ausweisung von einem Prozent der Landesfläche bis 2024 und zwei Prozent bis 2030 als Windkraftwerks-Vorranggebiete). Dabei muss eine verbindliche zeitliche Vorgabe für die Neuaufstellung der Regionalpläne die Grundlage sein, um den Windkraftwerksausbau nicht durch den vorgelagerten Planungsprozess zu verzögern.

Grundsätzlich sollte gelten, dass unter Einbeziehung aller Kriterien tatsächlich die besten Standorte für die Erzeugung von Windstrom (auch in Bayern) ausgewählt werden. (JK) ■

Weitere Informationen unter www.ostwind.de

MARTHA MÜLLER | JUWI AG

Windenergie im Wald



Martha Müller

Mit ihrer Erfahrung aus über 25 Jahren zählt die juwi-Gruppe zu den Marktführern bei der Windenergie in Deutschland. Seit 2006, so Projektleiterin Martha Müller, realisierte das Unternehmen im Wald 350 Windenergieanlagen mit 900 MW, wobei die Standorte in enger Kooperation mit Waldbesitzern und dem Forstamt festgelegt wurden.

Müller zufolge gibt es gute Gründe, Windenergie im Wald zu installieren. Schließlich gelinge dort die Optimierung mehrerer Standortkriterien oft sehr gut:

- BEWALDETE HÖHENLAGEN SIND DURCH GUTE WINDBEDINGUNGEN BESONDERS GEEIGNET.
- WEA-STANDORTE BEFINDEN SICH MEIST AUF INTENSIV FORSTWIRTSCHAFTLICH GENUTZTEN FLÄCHEN – VORZUGSWEISE IN MONOKULTUREN ODER VORGESCHÄDIGTEN GEBIETEN.
- DURCH GEZIELTE AUSGLEICHSMASSNAHMEN WERDEN DER NATUR- UND ERHOLUNGSRAUM WALD AUFGEWERTET, NEUE LEBENSÄUERE FÜR GESCHÜTZTE TIERE UND PFLANZEN GESCHAFFEN UND DER BRANDSCHUTZ IM WALD VERBESSERT.
- ES BESTEHT EINE GRÖßERE DISTANZ ZUR WOHNBEBAUUNG UND ZU GROSSVOGELHORSTEN AM WALDRAND UND DAMIT EIN GERINGERES KONFLIKTPOTENZIAL.
- DURCH WINDENERGIE GEHT KEIN WALD VERLOREN – GERODETE FLÄCHEN WERDEN IN DER REGEL AN ANDERER STELLE WIEDER AUFGEFORSTET ODER DURCH FORSTWIRTSCHAFTLICH UND ÖKOLOGISCH WERTVOLLE MASSNAHMEN INNERHALB DES WALDES KOMPENSIERT.
- DIE PACTZAHlungen AUS DER WINDENERGIE BIETEN SPIELRAUM BEI DER FINANZIERUNG DES NOTWENDIGEN WALDUMBAUS.

Nach Angaben der Stiftung Unternehmen Wald bindet ein Hektar Wald pro Jahr über alle Altersklassen der Bäume hinweg 13 Tonnen CO₂. Auf der gleichen Fläche spart ein 6-MW-WEA 9.000 Tonnen CO₂ pro Jahr. Das bedeutet: Eine moderne WEA spart auf einem Hektar Wald im Jahr mindestens rund 750-mal so viel CO₂ ein, wie ein Hektar

Wald binden kann. Ausgehend von der reinen, dauerhaft umgewandelten Waldfläche von ca. 0,5 ha pro WEA, ist es sogar 1.500-mal so viel CO₂.

37 Prozent der Fläche Bayerns, d.h. ca. 26.000 km², sind bewaldet. Eine Windenergieanlage V162 mit einer Gesamthöhe von bis zu 250 Metern benötigt dauerhaft nur ca. 6.000 m². Dies entspricht 85 Prozent der Fläche eines Standard-Fußballfeldes.

Als besondere Herausforderungen von Windenergie im Wald nannte Müller die Besonderheiten bei der Planung (Standortwahl und Eingriffsminimierung) sowie Naturschutz und Logistik im Wald. Für eine sorgfältige Planung sei teilweise eine vorzeitige Baumentnahme für die Baugrunduntersuchung nötig, ebenso die Nutzung bestehender Forstwirtschaftswege (Langholzabfuhr). Kurvenradien erforderten eine zusätzliche Rodungsfläche; es gelte, Rodungen und den Freischnitt des Lichtraumprofils einzuplanen, Artenschutz-Auflagen im Zeitplan zu berücksichtigen, und die Umweltbaubegleitung einzubinden.

Dass Windenergie im Wald eine planbare Größe ist, zeigte die Projektleiterin anhand der Tatsache auf, dass Waldbesitzer bei der Projektumsetzung planbare Pachteinahmen erzielen können, um die Forstbetriebe zu stützen und Klimafolgeanpassungen (für die WEA-Standorte, Zuwegung und Kabeltrasse) zu finanzieren. Für die Kommunen seien umfangreiche natur- und forstrechtliche Kompensationsmaßnahmen für den Eingriff möglich, auch könnten durch den Verkauf von Ökopunkten Einnahmen generiert werden und Maßnahmen für den Naturschutz durch eine Ersatzgeldzahlung umgesetzt werden. Einnahmen gemäß §6 EEG von 0,2 ct/ingespeiste kWh für die im 2,5 Kilometer-Radius angrenzenden Gemeinden ergäben pro Jahr ca. 25.000 Euro pro WEA, insgesamt also 500.000 Euro über einen Zeitraum von 20 Jahren.

Nach der Betriebszeit sei der Rückbau klar geregelt, betonte Müller: „Es gibt keine Bau-Ruinen – wird der Betrieb einer Anlage vollständig eingestellt, muss diese vollständig abgebaut werden.“ juwi biete Verträge an, bei denen auch das komplette Fundament verpflichtend zurückgebaut wird. Eine Rückbaubürgschaft in Höhe von über 150.000 Euro werde vor Baubeginn zu Gunsten der Genehmigungsbehörde gestellt. Damit sei sichergestellt, dass jederzeit genug Geld für den Rückbau zur Verfügung steht. (DK) ■

Sie haben Fragen zum energieeffizienten Bauen und Sanieren? Wir haben die Antworten und die passenden Expertinnen und Experten.

Unter den über 7.500 Mitgliedern der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau finden Sie unabhängige Energie-Experten im Bauwesen.

> **Kostenfreie Datenbank unter www.planersuche.de**

Informieren Sie sich mit unseren Broschüren zum energieeffizienten Bauen und Sanieren.

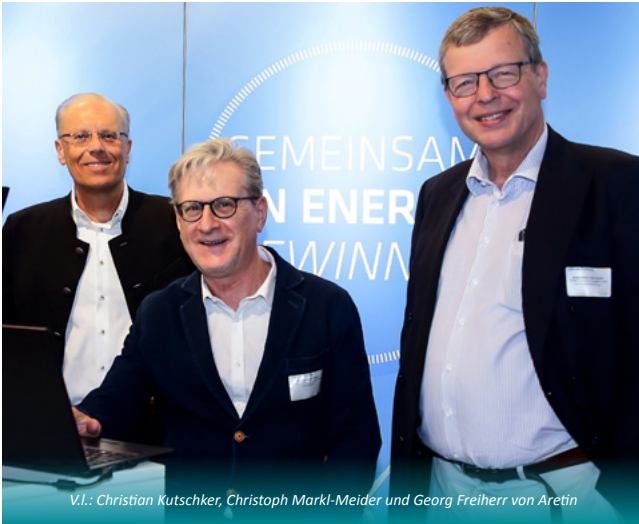
> **Kostenfrei unter www.bayika.de/download**



Zukunft gemeinsam gestalten.

CHRISTIAN KUTSCHKER | OSTWIND ERNEUERBARE ENERGIEN GMBH

Gemeinsam Sonne clever nutzen



V.l.: Christian Kutschker, Christoph Markl-Meider und Georg Freiherr von Aretin

Die mittelständische Firmengruppe Ostwind mit Sitz in Regensburg und Straßburg projiziert und errichtet europaweit Wind- und Solarparks zur Nutzung erneuerbarer Energien. Seit 1992 hat das Unternehmen laut Prokurist Christian Kutschker 603 Windenergieanlagen mit 1085 MW Leistung geplant, gebaut sowie ans Netz gebracht und ist darüber hinaus für 120 Windparks mit 616 MW Leistung in der Betriebsführung verantwortlich. Vor rund zwei Jahren erfolgte der Einstieg in Planung, Bau und Betriebsführung von Photovoltaik-Anlagen und Solarprojekten.

Kutschker zufolge konnte 2020 im Jahressaldo mehr als jede zweite in Bayern erzeugte kWh durch erneuerbare Energien bereitgestellt werden. Dabei betrug der Anteil der Photovoltaik rund 17 Prozent (12,9 TWh). Ihre installierte Anlagenleistung belief sich auf 14,2 GWpeak. „Mit Dach-PV-Anlagen werden wir die Klimaziele bis 2035 nicht erreichen“, so der Prokurist. Da Freiflächen-PV-Anlagen die günstigste Form der Stromerzeugung darstellen, sei die Kombination aus PV-Freiflächen- und Dachanlagen „ein Muss“.

Nach einer Auswertung der Münchner Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FFE) müsste ein klimaneutrales Bayern bis zum Jahr 2040 Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von etwa 79,4 GWp (aktuell ca. 14,2 GWp) am Netz haben. Um dieses Ziel erreichen zu können, müssten von 2021 bis 2040 jährlich rund 3,26 GWp PV-Leistung in Betrieb gehen. Zum Vergleich: Zwischen 2000 und 2020 betrug der jährliche Zubau im Mittelwert 125 MW.

„Unsere Philosophie lautet: Kommunale Partnerschaft und Wertschöpfung im Einklang mit den Interessen der Kommunen, der Landwirtschaft, der Natur und der Menschen vor Ort“, betonte Kutschker. Ostwind gestalte Betriebs- und Beteiligungsmodelle entsprechend der Interessen und Bedürfnisse vor Ort und realisiere bzw. betreibe erfolgreich erneuerbare Energien gemeinsam mit regionalen Partnern wie Energiegenossenschaften und Stadtwerken. Eine regionale Wertschöpfung ergebe sich auch durch erhöhte Steuereinnahmen und die Beauftragung regionaler Unternehmen.

Besonders die Solarenergie biete die großartige Chance, die Energiezukunft gemeinsam zu gestalten und zu einem Gewinn für alle zu machen: sozial, ökologisch und regional.

DIE VORTEILE EINER BETEILIGUNG AN PHOTOVOLTAIKANLAGEN LÄGEN AUF DER HAND:

- Modulare und maßgeschneiderte Anlagen
- Schnelle Realisierbarkeit
- Niedrige Umwandlungskosten
- Stabiler Cashflow
- Niedriger Verschleiß
- 35 Jahre Solarstrom

Laut EEG 2021 steht der Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse und dient zudem der öffentlichen Sicherheit. Auch im Ort Altenschwand nahe Bodenwöhr (Landkreis Schwandorf) will man künftig auf die Nutzung erneuerbarer Energien setzen. Dort errichtet Ostwind einen Solarpark mit einer Fläche von 9,7 Hektar und einer Leistung von ca. 10,4 MWp. Damit kann eine Jahresproduktion von etwa 11,3 GWh generiert werden. Dies entspricht dem Bau von 1.040 Dachanlagen (10 kWpeak) und der Erzeugung von Strom für rund 3.800 Haushalte (3.000 kWh/a). Auch können damit 3.000 E-Autos mit einer Jahresleistung von 15.000 km gefahren werden. Anfang Oktober soll der Solarpark in Betrieb gehen.



Bild von Andreas Gücklhorn auf Unsplash

Kommunen sollen mit Freiflächenanlagen auf ihrem Gebiet finanziell angemessen profitieren können. Laut § 6 EEG 2021 kann eine Gemeinde eine freiwillige, einseitige finanzielle Zuwendung ohne Gegenleistung und ohne Zweckbindung erhalten. Diese beträgt 0,2 Cent pro eingespeiste Kilowattstunde. Explizit gilt dies für neue Freiflächenanlagen, nicht aber für Solaranlagen, die auf, an oder in einem Gebäude oder einer sonstigen baulichen Anlage angebracht sind. Bei einer prognostizierten Jahresenergieeinspeisung von 11.300.000 kWh am Solarpark Altenschwand und einer finanziellen Beteiligung der Gemeinde Bodenwöhr von 0,2 ct/kWh bedeutet dies einen jährlichen Bonus in Höhe von 22.600 Euro für die Gemeindekasse.

Konkret sucht Ostwind nach Konversionsflächen, d.h. Brachflächen mit ökologischer Vorbelastung, nach benachteiligten Gebieten, also Flächen, die niedrigere landwirtschaftliche Erträge liefern, Flächen entlang von Autobahnen oder Bahnlinien, sowie ungenutzte Gewerbeflächen. „Dort kann Energie regional, dezentral erzeugt und damit ein wesentlicher Teil zum Gelingen der Energiewende beigetragen werden“, machte Kutschker deutlich. (DK) ■

MICHAEL AUßENDORF | KLIMAZENTRUM AM LFU - BAYERISCHES LANDESAMT FÜR UMWELT (KLIZ)

Klimaschutz und Klimaanpassung zusammendenken

HANDLUNGSFELDER, KONFLIKTE, SYNERGIEN

Zur Einleitung bestätigt Außendorf: „Der Klimawandel ist Realität. Die Frage ist aber, wie wird er aussehen? Und woran müssen wir uns in Zukunft anpassen?“ Hier setzen die Aufgaben des Klimazentrums ein: Die Entwicklung des Klimawandels zu beobachten, die Klimafolgen abzuschätzen und Maßnahmen zur Klimaanpassung zu erarbeiten. Wesentlich ist auch die Berechnung von Klimakennwerten sowohl für die Vergangenheit als auch für die Zukunft. Als Beispiel dafür wurde eine Grafik mit dem Anstieg der Jahresmitteltemperatur in Bayern im Zeitraum von 1950 bis 2085 mit und ohne Klimaschutz gemäß dem Pariser Klimaabkommen präsentiert.

DIE KLIMAWANDELFOLGEN IN BAYERN LASSEN SICH ZUSAMMENFASSEN:

- Zunehmende Hitzebelastung
- Zunehmende Trockenheit im Sommer
- Längere Vegetationsperioden
- Erhöhte Spätfrostgefährdung
- Veränderung der Schneebedeckung
- Häufigere und intensivere Extrem-Wetterereignisse, wie Dürre und Starkregen
- Ausbreitung von Krankheits- und Schaderregern

Als Querschnittsaufgabe müssen Klimaschutz und Klimaanpassung zusammen gedacht werden: Einerseits die Reduktion von CO₂-Emissionen und andererseits eine Anpassung an die unabwendbaren Folgen des Klimawandels. Um die Ziele der kommunalen Klimaanpassung zu erreichen, bieten sich die folgenden Handlungsbereiche an: Planen und Bauen, Ver- und Entsorgung, Bevölkerungsschutz, Biodiversität und Naturschutz, menschliche Gesundheit, Stadtgrün sowie Öffentlichkeitsarbeit.

Eine nachhaltige Siedlungsentwicklung wird u.a. durch die Nutzung nachwachsender Rohstoffe, Hitze- und Kälteschutz, Schaffung von Grünflächen, Flächensparen sowie Verkehrsvermeidung und -beruhigung unterstützt. Die Städtische Ver- und Entsorgung umfasst die Themen Abwasser, erneuerbare Energien, Grundwasserbewirtschaft-



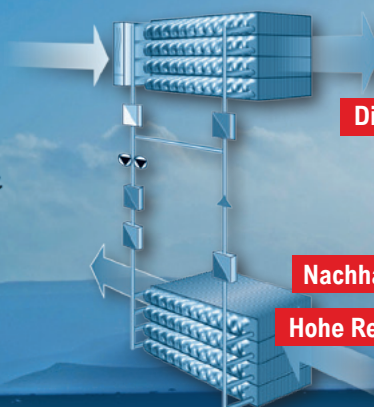
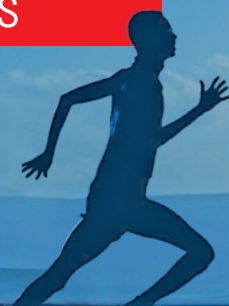
ung und Trinkwasser. Grünflächen und Straßenbäume unterstützen Kohlenstoffreduktion, Luftreinhaltung, Frischluftzufuhr, Kühlung durch Verdunstung sowie Versickerungs- und Retentionsflächen.

Neben einigen Konflikten zwischen Klimaschutz und Klimaanpassung existieren aber auch Synergien. Beispiele dafür sind Solar Gründächer, Solarthermie, Eisspeicher und Erdwärme, die gleichermaßen Klimaschutz und Klimaanpassung bedienen.

Außendorfs Fazit lautet auf den Punkt gebracht: Klimaschutz und Klimaanpassung müssen zusammen gedacht werden. Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung können Synergien erzeugen, wenn sie aufeinander abgestimmt sind (Beispiel: Solargründach, das durch Erzeugung erneuerbarer Energien zum Klimaschutz beiträgt. Als Maßnahme zur Klimaanpassung kann durch Verschattung Hitzevorsorge betrieben werden. Eine Ergänzung mit Begrünung, versickerungsfähigen Belägen oder einer klimasensiblen Auswahl von Oberflächenmaterialien wird empfohlen). Die Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung können aber auch gegenläufig wirken und Konflikte erzeugen (Beispiel: Die Nutzung von Sonnenwärme im Gegensatz zur Verschattung). Solche Konflikte können jedoch konzeptionell oder technisch gelöst werden. Ergriffene Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung führen in der Regel zu einer höheren Lebensqualität. Die von der Kommune geplanten Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung müssen positiv besetzt den Einwohnern kommuniziert werden. Die Klimaanpassung findet nämlich vor Ort statt. Daher haben die Kommunen auch eine Schlüsselstellung. (GK) ■

DER ENERGIEPREISERHÖHUNG EINEN SCHRITT VORAUS

Integrieren Sie die GSWT[®]-Technologie in Ihre Lüftungsanlage und sparen Sie so nachhaltig Energie- und Betriebskosten.

**Direkte Investitionseinsparungen****Umrüstung im Bestand****Einbau vor Ort****Nachhaltigkeit im dauerhaften Betrieb****Hohe Redundanz und Betriebssicherheit**

GUNNAR BRAUN | VKU (VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN E.V.) LANDESGRUPPE BAYERN

Souverän aus der Energiekrise

Nach der (Pandemie-)Krise ist vor der (Energie-)Krise, mit der niemand rechnen wollte, und in der sich Deutschland dennoch wiederfindet. Statt nur dabei sind besonders auch die Kommunen und ihre Stadtwerke mittendrin – getrieben durch den illegitimen Überfall Russlands auf die Ukraine. Russland spielt die Klaviatur der Energieverknappung und treibt die europäische Energiepolitik vor sich her im Bemühen, sich vom russischen Ressourcentropf abzunabeln.

Gunnar Braun ist Geschäftsführer der VKU Landesgruppe Bayern, von der rund 200 bayerische Stadt- und Gemeindewerke politisch vertreten werden. Der VKU unterstützt die kommunalen Versorger im Wandel ihrer Versorgungsinfrastrukturen. Dies schließt die Konzeption z. B. von Wärmenetzen, Quartierslösungen und die künftige Rolle von Wasserstoff im dezentral kommunalen Energiesystem ein. Brauns Credo: Statt immer neuen Überbrückungsmechanismen für das bestehende System, verlangen die Krisen souverän aus der Energiekrise zu steuern, durch stringenten Umbau unserer Versorgung. Die Transformation der Wirtschaft entlang des European Green Deal verändert die Nachfrage und erlaubt – weg von einer endlosen Energiewende light – die konsequente Energiewende auf Basis erneuerbarer Energien.

Dazu ist sowohl in der Wirtschaft als auch in der Politik ein grundlegendes Umdenken erforderlich, das in bestimmten Ansätzen schon begonnen hat.

Die aktuelle Krisensituation zeigt einmal mehr, dass der Staat nicht endlos reale oder auch vermeintliche Verluste, zumal teilweise in Vorkrisenzeiten selbst verschuldet, finanziell ausgleichen kann. Dazu sind die Staatseinnahmen an den Gesamtausgaben mit den jüngsten Kreditaufnahmen krisenbedingt in bisher (seit 1955) nie gekanntem Maß eingebrochen. Dagegen kann derzeit der Staat im historischen Vergleich noch günstig Schulden aufnehmen und sollte Investitionen befördern, mit denen wir uns von laufenden Energieverbräuchen lösen. Einsparung und Effizienz, wie auch erneuerbare Energien sind regelmäßig solche, kapitalintensive Investitionen, die helfen, operative Verbrauchskosten dauerhaft zu senken.

Braun plädiert daher an die Politik, sich mehr auf die Förderung von Investitionen, z. B. in regenerative Energieerzeugung, zu konzentrieren, als das bestehende fossile System mit Steuererleichterungen oder Energiepauschalen für jedermann zu subventionieren und die laufenden Kosten abzufedern. Erdgas durch Flüssiggas zu überbrücken ist strukturell nötig. Zugleich darf es keine anreizlose Brücke sein, die den Status quo der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zementiert. Investitionen in mehr Sparsamkeit und Effizienz beim Energieverbrauch zu tätigen, müsste das Gebot der Stunde sein. Und in diesem Bereich gibt es in Deutschland noch eine ganze Menge Luft nach oben. Der deutsche Primärenergieverbrauch ist aktuell (1.Q.2022) zu fast 80 Prozent fossil und zu gut 18 Prozent regenerativ. Die Gretchenfrage bleibt: Wie ist der Entzug von fossilen Energiequellen zu schaffen?

Braun legt an ein einigen Beispielen dar, dass unter der



Prämisse, weniger (Primärenergie) ist mehr, mit geringerem Energieeinsatz gleicher Nutzen erzielbar ist. Die Importabhängigkeit von fossilen Energieträgern nimmt ab, gleichsam Ressourcenbedarf durch mehr Energieeffizienz, Veränderungen von Prozessen und Einführung neuer Verfahren. Wichtig ist, die richtige Stellschraube für die passende Anwendung zu definieren. So können Glasbehältnisse mit Strom anstelle von Gas produziert werden, oder – noch sparsamer – durch ein Pfandsystem bis zu 50 Mal genutzt werden. Klar ist dabei, das Pfandsystem wird nicht durch die Glasindustrie initiiert werden. Es muss aus der Wirtschaft, mit der Gesellschaft und staatlich angestoßen als Einsparoption realisiert werden.

Ein Knackpunkt bei der Gestaltung der Energiezukunft wird sicher der zunehmende Fachkräftemangel sein. Diese knappe und außerordentliche wertvolle Ressource zu sichern und zielgerichtet einzusetzen, ist schon jetzt eine der größten Herausforderungen für die Gesellschaft.

Laut den Handwerksverbänden und der IG Metall besteht aktuell ein Sanierungsstau bei 19,2 Millionen Gebäuden. Auf allen Ebenen fehlen bereits entsprechend ausgebildete Fachkräfte (Planer, Installateure, Elektriker, Solaranlagenbauer, etc.). Der Fachkräftemangel bei einem Gewerk führt zum Kaskadeneffekt bei den weiteren Aufgaben. Und Fachkräfte, die mit dem Erhalt bzw. der Sanierung der bestehenden Energiesysteme ausgelastet sind, lernen und bauen nicht an Energiewende-Systemen der Zukunft.

Angesichts Energiekrise und Klimawandel muss auch der Katastrophenschutz zukunftsorientiert gedacht werden.

Katastrophenschutz ist eine originäre Aufgabe der Kommune bzw. des Landkreises. Wie also kann die Kommune den Katastrophenschutz erneuerbar gestalten? Im Rahmen der Energiewende müssen die Kommunen die verfügbaren, regionalen, erneuerbaren Energien im Sinne des Katastrophenschutzes für diese Aufgabe nutzen lernen. Der Umbau der Energieversorgung zu regenerativen Energien verändert auch die Logik, in der Katastrophensituationen zur inneren Sicherheit abgesichert werden können. Mangels entsprechender Beispiele in Deutschland zeigte Braun ein interessantes Beispiel aus der österreichischen Gemeinde Mooskirchen in der Steiermark: Dort wurde unter anderem eine als Notunterkunft vorbereitete Turnhalle mit einer blackout-resistenten Stromversorgung durch eine netzunabhängige Photovoltaikanlage mit Stromspeicher ausgestattet. →

Auch die Bio-Nahwärmebedarfsdeckung für die öffentlichen Bildungseinrichtungen und die besagte Turnhalle kann dank des Solarkraftwerks mit Stromspeicher bei einem gravierenden Stromausfall sichergestellt werden, da sie auch die Wärme-Übergabestation mit dem gespeicherten Strom in Betrieb hält. Ohne eine solche Stromquelle gäbe es im Katastrophenfall auch keine Wärme.

Brauns Appell an die Kommunen: Bei der Energiewende und in der jetzigen Krisensituation ist es dringend erforderlich, nicht nur in der aktuell bestehenden Ersatzlogik zu denken, Energie ist teuer und muss unbedingt günstiger (durch Steuergeschenke etc.) gemacht werden. Vielmehr müssen dringend mehr Investitionen über die noch notwendigen Brücken hinaus getätigt werden, die den Weg in eine ressourcensparende, effiziente, nichtfossile Energiezu-

kunft ebnet. Sicher ist, dass sich der Energiebedarf und die Anwendungsfelder deutlich verschieben werden. Das hat enorme Auswirkungen auf die entsprechend notwendige Infrastruktur und deren Wirtschaftlichkeit wie z. B. die Rolle der Gas- und Wärmenetze oder der Ausbau der Stromnetze im Zuge der Elektrifizierung vieler Prozesse, wie des Verkehrs. An der Zukunft des Energiesystemumbaus hinter den Brücken führt kein Weg vorbei. (UK) ■

Weitere Informationen:

Die sicherheitspolitische Bedeutung erneuerbarer Energien (2007), im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

www.adelphi.de

www.vku.de

ANITA KEMP DA SILVA | BAYERISCHES LANDESAMT FÜR UMWELT

Das Energiesparfestival „Synergie“

EIN BEISPIEL FÜR NIEDERSCHWELIGE KOMMUNIKATION MIT BÜRGERINNEN UND BÜRGERN



Dr. Stephan Leitschuh und Anita Kemp da Silva, LfU

Kommunikation im Umweltbereich ist schwierig. Deshalb wurde einleitend ein Blick auf die Schritte der Umweltkommunikation geworfen. Eine Botschaft muss nicht nur verstanden, sondern auch in Handeln umgesetzt werden. Das Bayerische Landesamt für Umwelt hat deshalb bereits 2016 ein Konzept basierend auf der niederschweligen Kommunikation entwickelt. Ein relevanter Leitfaden dazu ist verfügbar. Er bietet einen leichten und angenehmen Einstieg insbesondere bei schwierigen Themen und fehlender oder unklarer Akzeptanz. Als Beispiel dient das Festival Synergie zum Thema „Energiebedarf senken“. Dieses soll Fragen wie: **Wie wollen wir morgen leben? Was ist genug? und wie können wir dabei Wohlstand für alle erlangen und bewahren? beantworten.**

Das Energiesparfestival „Synergie“ sollte u.a. neue Lebensstile, Gemeinschaftsgefühle, Geborgenheit und Gesundheit beleuchten. Auch andere Konsumformen wie z.B. Qualität statt Quantität, bewusster Konsum oder regionale Wertschöpfung wurden behandelt. Kemp da Silva setzte dabei zur Umsetzung auf die niederschwellige Kommunikation: „Sie hat den Vorteil, dass Sie wenig Vorwissen brauchen, die Leute mit dem partizipativen Ansatz mitbestimmen können und sie unterstützt die Aktivierung von Zielgruppen wie Lehrer und Schüler zum Mitmachen. Wir hatten schon Theatergruppen dabei und es wurden Modeschauen gezeigt.“

Der Aufwand für die Zielgruppenpersonen gestaltet sich eher gering. Er ist grundsätzlich für alle Zielgruppen geeignet. Dennoch sollte ein möglichst zielgruppenorientierter Ansatz gewählt werden. Den erreicht man durch eine entsprechende Zielgruppenanalyse (z.B. Persona-Ansatz). Empfohlen wird die Einbettung in das jeweilige Gesamtkonzept zur Klima- bzw. Energiewende-Kommunikation.

Die Strategie, um mit der Zielgruppe spezifisch zu kommunizieren beschreibt Kemp da Silva wie folgt:

„ES GEHT DARUM, DIE ZIELGRUPPEN ZU IDENTIFIZIEREN UND ZU CHARAKTERISIEREN. MAN SOLLTE DIE ZIELGRUPPENSPEZIFISCHEN WEGE DER ANSPRACHE KENNEN, DABEI GEHT ES UM DIE AUSWAHL DER ENTSPRECHENDEN MEDIEN BZW. DER GEEIGNETEN AKTEURE UND ES EMPFIEHLT SICH FÜR DIE ZIELGRUPPE GEEIGNETE TEXTE ZU SCHREIBEN ODER AUCH ANDERE MEDIEN ZU NUTZEN.“

Zur Vertiefung in das Thema gab Kemp da Silva diese beiden Lesetipps: www.klimafakten.de www.21-kom.de

Es sind weitere Festivals geplant, an denen man sich beteiligen kann. Eines davon noch in diesem Jahr. Das sind die Festivaltermine für die Jahre 2022 und 2023 zusammengefasst:

- KOLBERMOOR (LDK. ROSENHEIM): 24. SEPTEMBER 2022
- EBERMANNSTADT (LANDKREIS FORCHHEIM): 13. MAI 2023
- UNTERHACHING (LANDKREIS MÜNCHEN): 12. JULI 2023
- FÜRTH (REGIERUNGSBEZIRK MITTELFRANKEN): 15. JULI 2023

Wenn Sie Lust bekommen haben sich das Format einmal näher anzusehen, kommen Sie gerne vorbei. Oder nutzen Sie den Leitfaden, in dem Sie weitere Informationen zur Organisation sowie eine relevante Checkliste finden. Ferner werden darin die Kosten und weitere Aspekte solcher Veranstaltungen beleuchtet. Den Leitfaden zum Energiesparfestival mit wertvollen Anleitungen, Checkliste und Tipps können Sie als PDF kostenlos von der Webseite www.synergie-festival.de herunterladen oder als gedrucktes Exemplar hier bestellen: oekoenergie@lfu.bayern.de. (GK) ■



HEINZ MAYR | KREISFEUERWEHRVERBAND DONAU-RIES

Stromausfall 2019 in Wemding

EIN PRAKTISCHER ERFAHRUNGSBERICHT

Ohne Strom steht unsere Welt still. Diese unliebsame Erfahrung machten die Bürger der schwäbischen Kleinstadt Wemding im Donau-Ries

im März 2019. Wichtige Erkenntnisse hierzu lieferte Kreisbrandinspektor Heinz Mayr vom Kreisfeuerwehrverband Donau-Ries. Als Einsatzleiter lenkte er im Auftrag und nach Weisungen der Katastrophenschutzbehörde alle Einsatzmaßnahmen vor Ort.

„Gegen 17 Uhr ging bei der Integrierten Leitstelle Augsburg die Mitteilung ein, dass es in einer Trafostation in Wemding zu einem Brand gekommen sei. Die Alarmierung erfolgte um 17.01 Uhr durch die Integrierte Leitstelle Augsburg“, berichtete Mayr. Aufgrund der Intensität des „Schmorbrandes“ und der Bedeutung der Verteilstation für die Energieversorgung der Kommune war zunächst von einem etwa 24-stündigen Ausfall der Stromversorgung auszugehen.

„Es brennt die Schaltanlage“, lautete die erste Lagemeldung. „Betreten nicht möglich, da noch keine bestätigte Freischaltung vorliegt.“ Betroffen sei die Steuerungsanlage für Wemding, somit sei keine Stromversorgung für die Stadt Wemding und angrenzende Gebiete möglich. Über die Kommandantur in Oettingen wurde ein Stromaggregat zur Versorgung des Alten- und Pflegeheims angefordert. Zudem wurde bei der Autorisierten Stelle Bayern angefragt, über welche Kapazitätspuffer die TETRA-Basisstation verfügt.

Nach telefonischer Rücksprache mit dem Ansprechpartner im Landratsamt wurde KBI Mayr zum örtlichen Einsatzleiter nach Art. 15 BayKSG bestellt. Daraufhin erfolgte der Nachalarm der „Führungsgruppe Katastrophenschutz“ durch die Integrierte Leitstelle Augsburg. Eine Unterstützungsgruppe wurde alarmiert, örtliche Einsatzleiter führen

mit zwei Einsatzleitwagen zur Einsatzstelle. Neben der Koordination und Absprache der Maßnahmen in Zusammenarbeit mit der Polizei stand der Überblick über die Lösch- und Reparaturarbeiten im Hinblick auf die Dauer und Ursache des Brandes im Fokus.

Alles, was mit Strom betrieben wird, war für mehrere Stunden nicht zu gebrauchen. Beleuchtungen fielen aus, ebenso Alarmanlagen bei Banken und Juwelieren, Telefon, Internet/Festnetz, Mobilfunk funktionierten nicht mehr, Bankautomaten konnten nicht mehr benutzt werden, in den Einkaufsläden waren die Kassensysteme lahmgelegt. Zudem mussten Seniorenheime notversorgt werden. Zwei Firmen in der Umgebung brachen die Nachtschicht ab, insgesamt 800 Mitarbeiter wurden nach Hause geschickt.

Insgesamt waren rund 150 Mitarbeiter von Polizei, Feuerwehr und THW im Einsatz. „Gerade die zahlreichen polizeilichen Einsatzkräfte sorgten für ein gestärktes Sicherheitsgefühl“, so Mayr. Noch während der Löscharbeiten der Feuerwehr wurde damit begonnen, eine zentrale Informations- und Anlaufstelle für die Bevölkerung Wemdings auf dem Marktplatz auszuleuchten. Lautsprecherdurchsagen sorgten für die nötige Kommunikation. Gleichzeitig kümmerten sich Einsatzkräfte des THW darum, einen eingerichteten Verpflegungsplatz in einer Turnhalle zu beheizen und mit Strom zu versorgen. Hierfür setzten sie eine sog. Netzersatzanlage ein. Auch bei einem landwirtschaftlichen Betrieb speisten ehrenamtliche Helfer Strom ein.

Ab Mitternacht etwa konnte wieder eine provisorische, stabile Stromversorgung hergestellt werden. Das Einsatzende erfolgte gegen 0.30 Uhr, die Schadensursache war „Schwelbrand“. Es gab keine Verletzten, der Sachschaden belief sich auf ca. 600.000 Euro. Insgesamt attestierte Kreisbrandinspektor Mayr „eine sehr gute Zusammenarbeit der beteiligten Organisationen“. (DK) ■



MICHAEL STAHL | LANDRATSAMT CHAM

Lokale Katastrophenschutzvorsorge

GEMEINSAME VERANTWORTUNG VON LANDKREIS UND GEMEINDE

„Die Folgen von Stromausfällen sind komplex. Dauern sie länger an, wird es keinen Lebensbereich geben, der nicht betroffen ist.“ Nach

Einschätzung von Kreisbrandrat Michael Stahl „ist es ein Irrtum zu glauben, die Abwehrmechanismen der operativen Katastrophenabwehr (Feuerwehr- und Katastrophenschutz) allein seien ausreichend“.

Zahlreiche Beispiele in Bayern zeigten, dass Handlungsbedarf bestehe, führte der Leiter der Kreisbrandinspektion Cham aus. Aus seiner Sicht sind die bestehenden Rechtsgrundlagen (BayKSG Art. 1 und 3) nicht hilfreich. Der Lösungsansatz im Landkreis Cham sei deshalb „ein flächendeckendes Konzept zum Bewältigen der planbaren Probleme“.

Mitwirkende am „Einsatzkonzept langfristiger Stromausfall“ seien neben den Kommunen die Katastrophenschutzbehörde, der Freistaat Bayern, Wirtschaft und Bevölkerung, →

sowie die Netzbetreiber. Aufgabe der Kommunen sei die Zustimmung zur Mitarbeit durch die Bürgermeister, die Besprechung mit den Sachbearbeitern der Kommunen, die Hilfestellung durch Abfragebögen sowie Exceltabellen durch das Landratsamt, eine gemeinsame Festlegung der Maßnahmen, wie etwa eine Notstromversorgung der Rathäuser und bestimmte FF-Gerätehäuser als Leuchttürme, sowie eine umfangreiche Checkliste der zu ergreifenden Maßnahmen. Wirtschaft und Bevölkerung, so Stahl, müssten für eine generelle Eigenvorsorge im Stromausfall sensibilisiert werden.

Für die Überprüfung der landkreiseigenen Vorsorge sei die Katastrophenschutzbehörde, d. h. das Landratsamt Cham, zuständig, erläuterte der Kreisbrandrat. Die Behörde erstelle unter anderem Planungshilfen und lege Schutzziele fest.

Nach Stahls Angaben ist das Katastrophenschutzzentrum im Landratsamt Cham notstromversorgt. Für das Landratsamt gilt dies nur in Teilbereichen. Bei den Kreisbauhöfen sind Dieseltankstellen mit ca. 20.000 Litern vorrätig und notstromversorgt, bei den Kreiswasserwerken in Neubäu am See gilt dies für Teile der Wasserversorgung. In Falkenstein wird eine Katastrophenschutzeinheit mit einem 50 kv-Stromerzeuger vorgehalten, zudem existieren bei den Feuerwehren drei mobile Tankstellen. Das THW Roding verfügt wiederum über mehrere große Stromerzeuger. Eine Liste vorhandener Stromerzeuger bei den Feuerwehren liegt vor. Planung und Abfrage sind „dringend notwendig, da keine flächendeckenden Informationen vorhanden sind“.

ALS PLANUNGSSCHRITTE FÜR DAS „EINSATZKONZEPT LANGFRISTIGER STROMAUSFALL“ NANNT STAHL:

- Datenerhebung (Infrastruktur, besondere Objekte, Versorgungsstruktur, Verwaltung/Führung)
- Auswertung (Rückmeldungen der Gemeinden)
- Priorisierung der ersten Maßnahmen (Kliniken, Tankstellen, Rettungswachen, Feuerwehrlöcher und -wachen, zudem Pflegeeinrichtungen/Pflegedienste, Wasserwerke, Kläranlagen, Tierhaltungsbetriebe, Verwaltungsstellen, sowie Einrichtungen, die über eine Ersatzstromversorgung verfügen).

„Die kommunale Daseinsversorgung hat oberste Priorität“, machte Stahl deutlich. Dabei komme den Feuerwehren, Hilfsorganisationen und dem THW eine besondere Bedeutung zu. Bei einem Stromausfall ab einer Dauer von +/-30 Minuten seien die Feuerwehrlöcher bzw. Unterkünfte aufzufordern zu besetzen. Diese dienten sodann als erste Anlaufstelle für die ratsuchende Bevölkerung, als Auskunftsstelle, als Annahmestelle für Notrufe von der Bevölkerung, sowie als Verbindungsstelle zwischen verfügbaren Einsatzkräften und Einsatzleitung. Als problematisch bezeichnete Stahl in diesem Zusammenhang u.a. die unzureichenden Personalressourcen bei den Kommunen und Landratsämtern sowie die Finanzierung, weshalb Chams Landrat Franz Löffler einer professionellen Unterstützung zugestimmt habe. Um die Resilienz gegenüber den Auswirkungen eines Stromausfalls/Blackouts zu steigern, seien eine kommunale Impact Analyse, ein Sonderschutzplan, ein Katastrophenschutz-Kommunikationskonzept sowie deren technische Umsetzung mögliche Ansätze. (DK) ■



Prof. Dr. Harald Schaub

PROF. DR. HARALD SCHAUB | UNIVERSITÄT BAMBERG

Psychologische Aspekte

KOMMUNIKATION IM KATASTROPHENSCHUTZ

Weltweit nehmen Wetterextreme wie Hochwasser, Starkregen oder Sturm zu, außerdem gibt es Naturkatastrophen und neue Bedrohungen wie etwa Cyber- oder Terrorangriffe. „In der Krisenprävention und Krisenvorsorge besteht für die Kommunen Handlungsbedarf, gilt es doch, in kritischen Situationen psychologisch angemessen zu reagieren“, betonte Prof. Dr. Harald Schaub.

Dazu zähle in der Krisenabwehrstruktur zunächst unter anderem die Wahrnehmung. Neben der Identifizierung kritischer Infrastrukturen müssten Schutzziele definiert, die Handlungsfähigkeit sichergestellt, der Umgang mit Risiken bewertet und Schwachstellen behoben werden.

Im Bereich Krisen- und Notfallplanung liege das Augenmerk u.a. auf dem Umgang mit Information und Wissen. Hier gelte es, ein Krisenmanagementkonzept zu erarbeiten, Aufbau- und Ablauforganisation zu bestimmen, einen Notfallkrisenstab aufzubauen und die Alarmierung festzulegen.

Bei der Krisenkommunikation sei etwa das Erfassen der

Komplexität eine psychologische Herausforderung. Dazu zählen: Öffentlichkeitsarbeit vorbereiten; Internet, Medien und Social Media festlegen; Kommunikationsmittel und -medien bereitstellen; technisches Equipment bereitstellen und prüfen.

Handeln in kritischen Situationen sei wiederum Teil der Maßnahmen der Krisenvorsorge. Schaub zufolge müssen Szenarien für die Kommune erarbeitet, Maßnahmen abgeleitet und Kriseneinsatzpläne „Szenario-orientiert“ erstellt werden. Wichtig sei zudem, ein individuelles Krisenhandbuch der Kommune zu verfassen sowie Übungen zu planen, durchzuführen und kritisch zu bewerten.

Mit Blick auf die Fragestellung, wie der Mensch mit neuen Bedrohungen umgeht, stellte Schaub fest: „Unsere kognitiven Fähigkeiten sind begrenzter als wir meinen. Expertise macht konservativ - Erfahrung ist oft die Lösung, manchmal aber das Problem, da eine hohe Expertise dazu führen kann, dass Neuartiges übersehen wird.“ Grundsätzlich müsse sich der Mensch vor Augen halten, in welcher Rolle er führt: „Bin ich Problem oder Problemlöser?“ Systemisch denken und entscheiden, bedeute Denkwerkzeuge zu erlernen und zu nutzen. Neue Herausforderungen stellten sich „real, virtuell und subjektiv“. (DK) ■



KRAFTWERK KRAFT-WÄRME-KOPPLUNG GMBH

Integration von Erzeugungstechnologien

Die drei größten Herausforderungen der aktuellen Energieversorgung sind, die Reduktion der Treibhausgasemissionen, die Versorgungssicherheit und die Wirtschaftlichkeit. Wie können diese Ziele erreicht werden? Reduktion des Energieverbrauchs, der Ausstieg aus Kohle, Erdöl und Erdgas. Die Versorgungssicherheit kann durch sichere, verfügbare, steuerbare Erzeugungsleistung garantiert werden. Die Sicherstellung leistungsfähiger Netze tragen zur Versorgungssicherheit bei, das Ganze auf einer wirt-

schaftlichen Basis. Kosteneffizient und durch eine gesellschaftliche Akzeptanz getragen. Die Kraft-Wärme-Kopplung trägt schon heute als eine Sektorenkopplungstechnologie in verschiedensten Bereichen dazu bei. Gleichzeitige Erzeugung von Strom und Wärme, bei verschiedenen nutzbaren, klimaneutralen Energieträgern. Zeitliche Entkopplung durch Wärmespeicher, bei hoher Brennstoffausnutzung. KWK-Anlagen können zu 100 Prozent erneuerbar betrieben werden, schnellstmögliche Nutzung von Wasserstoff „H2-ready“. Zudem sind KWK-Anlagen fähig einen flexiblen Betrieb zu ermöglichen, in der heutigen Zeit essentiell wichtig. Somit können KWK-Anlagen die Integration von

emissionsarmen und erneuerbaren Erzeugungstechnologien ermöglichen. Kurzfristig noch auf Basis der effizienten Nutzung von fossilen Brennstoffen und zukünftig auf Basis von klimaneutralen und erneuerbaren Brennstoffen. Schon heute erzeugen KWK-Anlagen 22 Prozent der Netto-Stromerzeugung und 17 Prozent der benötigten Wärme in Deutschland. In Verbindung mit anderen erneuerbaren Technologien (Photovoltaik und Wind) sind KWK-Anlagen der Schlüssel zu einer effizienten, dezentralen Energieversorgung der Zukunft.

*Martin-Tobias Kloth | Kraftwerk
Kraft-Wärme-Kopplung GmbH Hannover
www.kwk.info*



LFA FÖRDERBANK BAYERN

Erfolgreiche Finanzierung des Energieumstiegs mit Förderkrediten

Die nachhaltige Förderung energiespezifischer Investitionen von Kommunen und mittelständischen Unternehmen ist ein Schwerpunkt der LfA. Dabei unterstützt die staatliche Spezialbank die bayerischen Kommunen und Betriebe bei Investitionen in eine moderne Infrastruktur, in nachhaltige Energieeinsparung und Energieeffizienz sowie bei der Umstellung auf umweltfreundliche und erneuerbare Energieträger mit zinsgünstigen und langfristigen Förderkrediten.

Mit dem Spezialprogramm Infrakredit Energie bietet die LfA den Kommunen eine zinsgünstige Finanzierung von Maßnahmen zur Energieeinspa-

rung von mindestens 20 Prozent – zum Beispiel die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Lampen. Auch die Umstellung auf erneuerbare Energieträger ist förderfähig. Allgemeine Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur Umstellung auf umweltfreundliche Energieträger, die nicht im Infrakredit Energie finanzierbar sind, fördert die LfA zudem mit ihrem Basisangebot für die öffentliche Infrastruktur dem Infrakredit Kommunal. Mit diesem Programm werden auch Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, die touristische Infrastruktur oder die Ver- und Entsorgung gefördert. Investitionsvorhaben in Bereichen, in denen der Antragsteller eine wirtschaftliche Tätigkeit im EU-beihilferechtlichen Sinne ausübt, sind in beiden Programmen nicht förderfähig. Den Ausbau der Breitbandnetze unterstützt die LfA mit dem Infrakredit Breitband.

Neben äußerst günstigen Konditionen bieten die Darlehen weitere Vorteile: Mit Laufzeiten von 5, 10, 20 und 30 Jahren sind sie langfristig ausgerichtet und bieten so Planungssicherheit. Je nach Laufzeit sind zwischen 1 und 5 Tilgungsfreijahre möglich. Der Finanzierungsanteil der LfA beträgt bis zu 100 Prozent. Finanzierungsmöglichkeiten in Investitionsbereichen, in denen die LfA nicht tätig ist, bietet die BayernLabo.

Beantragt werden die Infrastruktur-Förderdarlehen direkt bei der LfA. Bei Fragen hierzu steht das Team Infrastrukturfinanzierung der LfA zur Verfügung.

*Kontakt:
Team Infrastrukturfinanzierung
Tel.: +49 89 2124 1505
E-Mail: infra@lfa.de*

www.lfa.de/infrastruktur



Robin Leenen

SEW

Energiekosten senken

Seit 1983 rüstet SEW® Lüftungs- und Klimaanlage zur keim- und schadstoffübertragungsfreien Wärmerückgewinnung und FCKW-freien Naturkühlung mit hocheffizienter GSWT®-Technologie aus.

Lüftungsanlagen müssen nicht immer zu den größten Energieverbrauchern gehören. Aktuell steigen die Energie- und somit die Betriebskosten so stark an, dass es spätestens jetzt Zeit wird, über den richtigen Einsatz eines hocheffizienten Wärmerückgewinnungssystems in der Lüftungsanlage nachzudenken. Mit der GSWT®-Technologie bietet die SEW® eine hocheffiziente Wärmerückgewinnung zur Energieeinsparung an und leistet damit einen Beitrag für eine nachhaltige Energiewende zum Nutzen von Mensch, Gebäude und Umwelt und Sie sind der Energiepreiserhöhung einen Schritt voraus.

Die GSWT®-Technologie ist eine betriebssichere Wärme- und Kälterückgewinnungstechnik. Das Basisbauteil dieser Technik ist der modular aufgebaute Gegenstrom-Schicht-Wärmetauscher (GSWT), welcher aus einer Vielzahl von eigenständigen, absperrbaren Wärmetauschermodulen besteht. In diesem Wärmetauscher findet ein sehr effizienter Temperatureaustausch zwischen Luft und Wasser statt.

Durch die hohe Redundanz und Betriebssicherheit der GSWT®-Technologie können bei Berücksichtigung in der Planungsphase die vorzuhaltenden Leistungen reell angepasst und reduziert werden. Die dabei möglichen Investitionseinsparungen „finanzieren“ die Energieeinsparungstechnik. Neben kleineren und effizienteren Heiz- und Kälteaggregaten kann ggf. die komplette Rückkühltechnik ersetzt werden.

Retrofit

Nachrüstungen / Sanierungen im Bestand bringen bei der Umsetzung der Technik oft auch Einbringungsprobleme mit sich. Durch die modulare Bauweise und Zerlegbarkeit der einzelnen Wärmetauscher kann SEW auch in schwer zugänglichen Lüftungszentralen die GSWT®-Technologie im Bestand installieren. Zur Einbringung reichen vorhandene Zentralen-Türen aus. Bauliche Änderungen, wie z. B. das Öffnen der Wände, können damit vermieden werden. Meist kann die Montage im laufenden Betrieb erfolgen.

Hohe Luftqualität

Durch die Trennung von Zu- und Abluft findet bei den Systemen konstruktionsbedingt keine Übertragung von Keimen oder Schadstoffen aus der Abluft auf den Zuluftstrom statt. Dies gewährleistet dauerhaft eine hohe Luftqualität.

Links zu verschiedenen digitalen Kommunikationskanälen und -plattformen:

Website: www.sew-kempen.de **Newsletter:** www.sew.kempen.de/newsletter **GSWT-VR:** www.sew-kempen.de/gswt-vr

Temperaturänderungsgrad-Rechner: <https://www.sew-kempen.de/toolsundwissen/temperaturaenderungsggrad/>

Xing: <https://www.xing.com/pages/sew-systemtechnik-fuer-energierecycling-und-waermeflussbegrenzung-gmbh>

LinkedIn: <https://www.linkedin.com/company/sew-gmbh>

Terminhinweise

13. OKTOBER 2022

**9. BAYERISCHES
BREITBAND
FORUM**

**AMBERGER CONGRESS
CENTRUM – ACC**

www.bayerisches-breitbandforum.de

15. JUNI 2023

Erstmals – zusammen an einem Tag!

**14. BAYERISCHES
ENERGIE
FORUM**

&

**9. BAYERISCHES
WASSERKRAFT
FORUM**

www.bayerisches-energieforum.de

www.bayerisches-wasserkraftforum.de

IMPRESSUM:

Sonderdruck Nr. 15-16/2022 der
Bayerischen Gemeindezeitung

Redaktion: Constanze von Hassel,
Doris Kirchner, Jan Kiver,
Gerhard Kafka
Gestaltung: Michael Seidl
Fotos: Jessica Maiwald-Kassner
(Veranstaltung), sonst wie
angegeben
Verantwortlich: Constanze von Hassel
Anzeigenleitung: Monika Steer
Veranstaltungen: Theresa von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de
info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck
Gutenbergstr. 1
96050 Bamberg

Nicht verpassen! Gemeindezeitung Akademie

GZ-AKADEMIE



GZ-AKADEMIE | THEMEN UND TERMINE:

Online-Expertenrunden

Limitierte Teilnehmerzahl, Anmeldung unter:

veranstaltungen@gemeindezeitung.de

ONLINE-SEMINAR

Rechtssicheres Gemeinde- oder Stadtblatt

19. Oktober 2022 | 14:00 - 15:30

145,- € zzgl. MwSt

Referentin Gisela Goblirsch, PR-Competence

Gemeindeblätter sind nach dem Urteil zum Stadtblatt in Crailsheim inhaltlich und im Layout eingeschränkt. Vieles darf nicht mehr mitgeteilt werden - vieles, was gerade das Zwischenmenschliche in einer Kommune ausmacht. Das hat seine Berechtigung. Aber was bleibt dann noch für die Gemeindeblätter übrig? Wie realisiert man ein attraktives Blatt mit eingeschränkten Inhalten? Der Vortrag zeigt Wege für ein qualitativvolles Blatt, das nicht in Konkurrenz zur freien Presse tritt.

ONLINE-SEMINAR

Bildrechte & DSGVO - Teil 1 & Teil 2

18. November & 9. Dezember 2021 | 14:00 - 16:30

je 145,- € zzgl. MwSt

Referentin Gisela Goblirsch, PR-Competence

Die Menschen lieben Bilder. Bilder können besser verstanden werden als Texte. Deshalb können weder Politik noch Verwaltung auf Bilder verzichten. Doch was muss man wissen, um nicht die Fallen der Betrüger und die Mühlen der Justiz zu geraten. Das Ganze ist nicht so einfach, wie man glaubt – aber auch nicht so schwierig, wie befürchtet. Aber es braucht Zeit, um Sicherheit zu gewinnen. Deshalb wird dieser Vortrag zweigeteilt. Ihre Fragen dazu sind herzlich willkommen.

Die Fachveranstaltungen der Bayerischen Gemeindezeitung:



BAYERISCHES
INFRASTRUKTUR
FORUM



BAYERISCHES
ENERGIE
FORUM



BAYERISCHES
WASSERKRAFT
FORUM



BAYERISCHES
BREITBAND
FORUM